

# Sitzungsbericht

## 7. Sitzung der Tagung 1993/94 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich Mittwoch, den 1. Dezember 1993

### Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 554).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 554).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 554).
4. **Spezialdebatte:** Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.  
**Berichterstatter:** Abg. Dr. Prober (Seite 558).  
**Redner:** Abg. Ing. Hofbauer (Seite 558), Abg. Marchat mit 3 Resolutionsanträgen (Seite 559), Abg. Schütz (Seite 565), Abg. Lembacher mit Resolutionsantrag (Seite 567), Abg. Kurzreiter mit Resolutionsantrag (Seite 570), Abg. Marchat (Seite 576), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 577), Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 579), Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 581), Abg. Rupp (Seite 585), Abg. Friewald (Seite 587), Abg. Dkfm. Rambossek mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 591), Abg. Keusch mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 596), Abg. Breininger (Seite 601), Abg. Dirnberger (Seite 604), Abg. Breininger (Seite 608), Abg. Mag. Kaufmann mit Resolutionsantrag (Seite 608), Abg. Hoffinger (Seite 614), Abg. Hiller (Seite 617), Abg. Ing. Wagner Josef (Seite 617), Abg. Sivec (Seite 618), Abg. Dr. Bauer (Seite 618), Abg. Preiszler (Seite 620), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 621).  
**Abstimmung** (Seite 622).
5. **Spezialdebatte:** Gruppe 8, Dienstleistungen.
6. **Berichterstatter:** Abg. Dr. Prober (Seite 623).  
**Redner:** Abg. Gratzer mit Resolutionsantrag (Seite 623), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 624), Abg. Dr. Bauer (Seite 625).  
**Abstimmung** (Seite 626).
6. **Spezialdebatte:** Gruppe 9, Finanzwirtschaft.  
**Berichterstatter:** Abg. Dr. Prober (Seite 626).  
**Redner:** Abg. Hrubesch (Seite 626), Abg. Keusch (Seite 628), Abg. Treitler (Seite 629).  
**Abstimmung** (Seite 632).
7. Dienstpostenplan 1994.  
**Berichterstatter:** Abg. Dr. Prober (Seite 632).  
**Abstimmung** (Seite 633).
8. Abstimmung über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Seite 633).
9. Schlußwort des Finanzreferenten LR Mag. Freibauer (Seite 633).
10. Antrag des Finanz-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend den Gemeindepensionsverband und den Gemeindeärzte-Pensionsverband.  
**Berichterstatter:** Abg. Mag. Schneeberger (Seite 635).  
**Redner:** Abg. Hrubesch (Seite 635).  
**Abstimmung** (Seite 637).
11. Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden

- allgemeine Aktion, Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.  
**Berichterstatter:** Abg. Moser (Seite 637).  
**Abstimmung** (Seite 638).
12. Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Melk, 3. Bauabschnitt, Küchentrakt.  
**Berichterstatter:** Abg. Keusch (Seite 638).  
**Abstimmung** (Seite 639).
13. Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Bezirkshauptmannschaft Baden, Neubau eines Amtsgebäudes.  
**Berichterstatter:** Abg. Breininger (Seite 639).  
**Abstimmung** (Seite 640).
14. Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime Zwettl, Laa/Thaya und St. Peter/Au; Neuerrichtung bzw. Zu- und Umbau.  
**Berichterstatter:** Abg. Hoffinger (Seite 640).  
**Abstimmung** (Seite 641).
15. Schlußworte des Präsidenten des Landtages, Mag. Romeder (Seite 641).

\* \* \*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (um 9.00 Uhr): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es wurde nicht beanstandet und gilt demnach als genehmigt.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis (*liest*):

Ltg. 68/B-3- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976.

Ich weise diese Vorlage zur weiteren Behandlung dem Bau-Ausschuß zu.

Ltg. 75/L-5- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landesumlagegesetzes und

Ltg. 76/A-11- Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Abgabenordnung 1977.

Beide Geschäftsstücke weise ich dem Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 74/E-1/1- Eingabe des Verbandes freier und unabhängiger Gemeindevertreter betreffend Abfallwirtschaftsverbände in Niederösterreich.

Diese Vorlage weise ich dem Umwelt-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 73/E-1- Eingabe des Verbandes freier und unabhängiger Gemeindevertreter betreffend Einführung des amtlichen Stimmzettels bei Gemeinderatswahlen.

Diese Vorlage weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Ltg. 72/A-5/3- Anfrage des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek an Herrn Landesrat Gabmann betreffend Planung und Finanzierung des Ennschafens.

Ich darf dem Hohen Haus bekanntgeben, daß ich am 29. November 1993 diese Anfrage dem Herrn Landesrat mit dem Ersuchen um Beantwortung übermittelt habe.

Ich darf abschließend bekanntgeben, daß die Anfragebeantwortungen zu den Geschäftsstücken 45/A-5/2 und 61/A-4/2 bereits eingelangt sind und den zuständigen Abgeordneten bzw. Klubs ausfolgt wurden.

Die eingelangten Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Anfrage des Herrn Abgeordneten Grätzer an Landesrat Mag. Freibauer betreffend die Finanzierung des Landtagsviertels und Kulturbezirkes ("Hauptstadtmodell"), Ltg. 45/A-5/2:

"Ich erlaube mir, auch unter Hinweis auf meine Beantwortung an den Herrn Abgeordneten a.D. Dr. Kremnitzer zu seiner Anfrage betreffend außerbudgetäre Finanzierung des Regierungsviertels, Ltg. 471/A-4/53, wie folgt zu antworten:

Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 2. Juli 1992 der außerbudgetären Finanzierung des Hauptstadtprojektes in Sonderfinanzierungsform durch Projektgesellschaften aus dem Bereich der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank AG zugestimmt, damit im Interesse der anderen Regionen des Landes das Landesbudget von den Finanzierungsmaßnahmen für die Landeshauptstadt entlastet wird.

Zwischen dem Land Niederösterreich und der Hypo Leasing wurde bereits auf Grund des Regierungsbeschlusses vom 5. März 1991 am 12. März 1991 ein Rahmenvertrag zum NÖ Sonderfinanzierungsmodell abgeschlossen, welcher für alle zwischen dem Land Niederösterreich und Hypo-Gesellschaften zur Ausführung gelangenden Projekte gilt. Dieser Vertrag bildet daher auch die Rechtsgrundlage für die Anwendung des NÖ Sonderfinanzierungsmodells auf das Hauptstadtprojekt.

Dieses NÖ Sonderfinanzierungsmodell, seine Gestaltung und Wirkungsweise, wurde im Herbst 1991 den Klubs der im NÖ Landtag vertretenen politischen Parteien eingehend dargestellt. Im NÖ Landtagsklub der FPÖ erfolgte diese Präsentation am 31. Oktober 1991.

Dem Vertrag zufolge gilt das NÖ Sonderfinanzierungsmodell jedoch nur so weit und so lange, als nicht gesonderte vertragliche Regelungen geschaffen werden.

Parallel zu den angelaufenen Bauarbeiten wurde an derartigen gesonderten Vertragsregelungen mit der Zielsetzung gearbeitet, unter Berücksichtigung spezifischer Besonderheiten einzelner Projektteile das NÖ Sonderfinanzierungsmodell weiter zu entwickeln und zu optimieren. Dies galt insbesondere für den Bereich der Refinanzierung durch Nutzung kostengünstiger Finanzierungsinstrumente bzw. -formen, z.B. Modelle im Zusammenhang mit der neuen Kapitalertragssteuer (KEST).

Diese Parallelität bot den Vorteil größerer Flexibilität und die Möglichkeit der Anpassung an Erfordernisse und Erfahrungen der Praxis bei der Projektabwicklung.

All diese Überlegungen sind in den von der NÖ Landesregierung am 30. März 1993 beschlossenen Vertrag zwischen dem Land Niederösterreich, NÖ Landesbank-Hypothekenbank AG und Landesbank-Hypothekenbank LeasinggesmbH. eingeflossen.

Dieser Vertrag schafft den rechtlichen und organisatorischen Rahmen für das Projekt. Ein wesentlicher Eckpunkt dabei ist die Kostenmiete. Bei diesem Modell bilden die Basis die Gesamtinvestitionskosten (GIK) inklusive den Refinanzierungskosten.

Für das zu gestionierende Gesamtvolumen ist ein Finanzierungsplan durch die NÖ Landesbank-Hypothekenbank AG zu erstellen. Laut dem Vertrag vom März 1993 hat dabei die Gestionierung der Refinanzierung des projektbezogenen Kapitalbedarfs durch die Hypo in Form einer Ausschreibung zu erfolgen.

Durch diese vertragliche Bestimmung ist sichergestellt, daß alle in Frage kommenden Finanzierungsvarianten, bezogen auf den jeweiligen Entscheidungszeitpunkt, in einem optimalen Mix verwendet werden können.

Sowohl das Finanzierungskonzept als auch die Ausschreibung und die Erteilung des Zuschlages unterliegen der laufenden Prüfung der SOT, Süd-Ost Treuhand AG Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, die als unabhängige begleitende Kontrolle für den kaufmännisch-wirtschaftlichen Bereich installiert wurde.

Zu den oben angeführten Vertragsbestimmungen nimmt die SOT Süd-Ost Treuhand in einem ihrer Prüfberichte wie folgt Stellung:

'Die Ausschreibung der Refinanzierung ist zu begrüßen, zumal damit einer Kritik des Rechnungshofes Rechnung getragen wird. Damit wird erreicht, daß zusätzlich zu den Baukosten die Kapitalkosten unter Wettbewerbsbedingungen ermittelt werden können, was eine maximale Kosteneinsparung ermöglicht.'

Zu den Detailfragen darf bemerkt werden, daß Frage 1. bis 3. bereits in der einleitenden Darstellung umfassend behandelt wurden.

Trotzdem erlaube ich mir in der Folge noch einmal darauf einzugehen:

ad 1) Wie bereits dargestellt, ist in Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 2. Juli 1992 am 30. März 1993 ein Vertrag abgeschlossen worden, der die erforderliche Flexibilität bietet, alle in Frage kommenden Finanzierungsvarianten in einem optimalen Mix zu verwenden, wobei diese Entscheidungen der Prüfung der unabhängigen begleitenden Kontrolle - kaufmännisch-wirtschaftlicher Bereich der SOT Süd-

Ost Treuhand AG Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft übertragen ist, unterliegen.

- ad 2) Einen weiteren Eckpunkt des Sonderfinanzierungsmodells neben der Kostenmiete stellt die Kostenvorteilsgarantie dar. Sie beinhaltet die Verpflichtung der NÖ Landesbank Hypothekbank-AG bzw. der Hypo Leasing aus der Projektrealisierung in Form des Sonderfinanzierungsmodells einen Kostenvorteil von 20% der Nettogesamtinvestitionskosten gegenüber einer traditionellen Finanzierung und Vorgangsweise zu erzielen. Die Kostenvergleichsrechnung ist binnen Jahresfrist ab Endabrechnung und anschließend mindestens alle fünf Jahre durch die NÖ Hypo Leasing zu erstellen. Spätestens mit Ablauf der Mindestmietdauer ist eine endgültige Kostenvergleichsrechnung durchzuführen. Sollte die Kostenvergleichsrechnung eine Abweichung zu Lasten des Landes ergeben, so ist der Kostenvorteil durch einen entsprechenden Ausgleich zu gewährleisten.
- ad 3) Die Ersparnis des Hauptstadtmodells beträgt, wie schon in 2. ausgeführt, mindestens 20%. Auf Grund der Rahmencharakteristik des Hauptstadtmodells ist es möglich, auch hinsichtlich der Ersparnis den optimalen Finanzierungsmix, bezogen auf den Entscheidungszeitpunkt, Kapitalmenge, Laufzeit, Fristigkeit und Bindung zu wählen.
- ad 4) Zu dieser Frage erlaube ich mir festzuhalten, daß diese nicht in meinen Kompetenzbereich fällt. Ich erlaube mir aber, die mir von der zuständigen Stelle zugegangene Information weiterzugeben:

Zur detaillierten Beurteilung der Bedarfsituation für ein Festspielhaus St. Pölten wurden mehrere Untersuchungen in Auftrag gegeben (Kulturentwicklungsplan St. Pölten von IKUS, Veranstalterbefragung von Triconsult, Prüfung des Marktpotentials sowie Konzept- und Kapazitätsstudie zum geplanten Festspielhaus St. Pölten durch die Edinger Tourismusberatung). Dabei wurden folgende Analysen durchgeführt:

- wichtigste kulturelle Veranstaltungskapazitäten in St. Pölten,
- Wettbewerbssituation in St. Pölten,
- Auslastungs- und Wettbewerbssituation ähnlicher Festspielbetriebe in Österreich.

Die 'Konzept- und Kapazitätsstudie zum geplanten Festspielhaus St. Pölten' kommt zu folgendem Resümee:

'Bei Erfüllung der festgelegten Anforderungen in allen relevanten angebotsseitigen und organisatorischen Bereichen, muß die gegenwärtig geplante kapazitätsmäßige Ausrichtung des Festspielhauses auf ca. 1.000 Sitzplätze aus Sicht des Verfassers bei gegebener Konzeption als jedenfalls erforderlich erachtet werden.'

Diese Studie wurde dem Baubeirat 'Kulturbezirk' am 12. Juli 1993 als Grundlage für den vorgelegten Entwurf zum Festspielhaus vorgelegt. Der Entwurf wurde vom Baubeirat freigegeben."

Anfrage des Herrn Abgeordneten Hrubesch an Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, LtG. 61/A-4/2, betreffend Dienstpostenplan des Amtes der NÖ Landesregierung:

"Zu der am 4. November 1993 von Herrn Abgeordneten Hrubesch eingebrachten Anfrage wird wie folgt Stellung genommen:

zu Punkt 1: Im Laufe des Jahres 1993 sind zusätzlich 350 Dienstposten besetzt worden. Der Dienstpostenplan 1993 sah eine Erhöhung um 194 Dienstposten vor. 156 Dienstposten aus dem Jahre 1992 waren aus den vorangegangenen Jahren mangels ausreichender Bewerbungen nicht besetzt; sie konnten im Laufe des Jahres 1993 nachbesetzt werden.

zu Punkt 2: Die im Dienstpostenplan 1993 vorgesehenen zusätzlichen Dienstposten wurden für jene Bereiche eingesetzt, die im Motivenbericht zum Dienstpostenplan 1993 für die

Privatwirtschaftsverwaltung im Detail durch Anführen der Dienststellen und der geplanten Verwendung der neuen Mitarbeiter ausgeführt wurden. Es darf darauf hingewiesen werden, daß in dieser Aufstellung auch Einsparungen aufscheinen.

- Die mangels Bewerbungen freien 156 Dienstposten wurden überwiegend für den Sozialbereich aufgenommen. Die Vermehrungen in der Hoheitsverwaltung (53 Dienstposten) bezieht sich auf folgende Abteilungen und Verwendungsgruppen:
- 11 Juristen (8 Dienstposten für Bezirkshauptmannschaften, je 1 Dienstposten für die Abteilungen R/1, VII/3 und I/2),
- 12 Dienstposten für das LAKIS-Projekt (davon 1 A und 11 B),
- 12 Techniker für die Abteilung B/9 (davon 10 A- und 2 B-Dienstposten),
- 12 Mitarbeiter für Bezirkshauptmannschaften (im Bereich der Verwendungsgruppen D und C),
- 6 Akademiker des Dienstzweiges "Wissenschaftlicher Dienst" für die Abteilungen VII/1, III/2, VIII/6, R/4 (2 Dienstposten) und BauDion.

Beilage: Motivenbericht

Gemäß § 6 Abs. 1 der Dienstpragmatik des Landesbeamten 1972 hat die Landesregierung alljährlich einen Dienstpostenplan zu verfassen und dem Landtag gemeinsam mit dem Vorschlag vorzulegen.

Gegenüber den vom Hohen Landtag für 1992 systemisierten 17.138 Dienstposten und den mit den Beschlüssen der Landesregierung vom 18. Februar 1992 sowie von 4. April 1992 und vom 3. Juli 1992 zusätzlich systemisierten 18 Dienstposten werden für 1993 17.350 Dienstposten beantragt. Dies bedeutet eine Vermehrung um 194 Dienstposten. Das sind rund 1,13 %.

Im Einzelnen sind folgende Änderungen erforderlich:

1. Hoheitsverwaltung  
Die für die Hoheitsverwaltung ausgewiesene Anzahl von Dienstposten mußte um 53

vermehrt werden. Ein weiterer Bedarf konnte durch Einsparung von 28 Dienstposten kompensiert werden. Die Schwerpunkte der Dienstpostenaufstockung liegen im Umweltbereich, wie Gewässerschutzprogramm, Trinkwasserüberwachung und Vollziehung des Abfallwirtschaftsgesetzes, weiters durch den Ausbau der Elektronischen Datenverarbeitung sowie durch den steigenden Arbeitsanfall bei der Fremdenpolizei.

## 2. Privatwirtschaftsverwaltung

### 2.1. Landesanstalten

Für die öffentliche NÖ Landeskrankenanstalt und Heilstätte Grimmenstein werden zufolge steigender Behandlungs- und Therapieangebote eine weitere Sekundärarztstelle sowie eine Röntgenassistentin benötigt, somit 2 DP

Für die NÖ Landesnervenklinik Gugging ist aufgrund des Mangels an Fachärzten eine Erhöhung der neurologischen Ausbildungsstellen um zwei und für eine dem Unterbringungsrecht einigermaßen entsprechende pflegerische Ausstattung eine Aufstockung um zehn Dienstposten für Stationsgehilfen erforderlich; desweiteren sind zur Entlastung des Diplompflegepersonals zwei Stationssekretärinnen notwendig, sohin insgesamt 14 DP

Für die NÖ Landesnervenklinik Mauer ist aus obgenannten Gründen gleichfalls eine Vermehrung im ärztlichen Bereich um vier Dienstposten unumgänglich; weiters wird ein halber Dienstposten für einen teilzeitbeschäftigten Psychologen benötigt. Für die geplante Schule für Physiko- und Ergotherapie ergibt sich ab Herbst 1993 ein Bedarf von vier zusätzlichen Dienstposten, und zwar für zwei Leiterfunktionen, einen Lehrassistenten und einen für Sekretariatsarbeiten, somit 8,5 DP

Für das A.ö. NÖ Landeskrankenhaus Mödling ist für die weitere Anhebung der Zahl der Fachärzte (NÖ SAG 1992) bzw. Facharzt-Ausbildungsstellen eine Aufstockung um acht und bedingt durch die Ausweitung der computertomographischen Untersuchungen und physikalischen Leistungen eine Erhöhung um zwei Dienstposten für Röntgenassistenten und einen für die Physiotherapie unerlässlich. Überdies bedingt der ständig steigende pflegerische Aufwand eine Zugabe von 17 Dienstposten für Di-

plompflege- und Sanitätshilfsdienstpersonal. Benötigt werden ferner zwei zusätzliche Ärzteschreibkräfte und je eine Lehrschwester für die Krankenpflegeschule und -akademie, insgesamt 32 DP

Bei der A.ö. NÖ Landeskrankenanstalt Tulln muß aus den zuvor genannten Argumenten bei den Facharztstellen um vier Dienstposten für Oberärzte und zwei für Ausbildungsassistenten aufgestockt werden. Für Aufschulungen des Sanitätshilfsdienstpersonals zum Pflegehelfer wird wie beim NÖ LKH Mödling zusätzlich eine Lehrschwester für die Krankenpflegeschule benötigt, desweiteren eine Physiotherapeutin zur Mitversorgung des NÖ Landespflegeheimes Tulln und eine Hilfskraft für die Zentralsterilisation: ein Mehrbedarf in den Abteilungssekretariaten konnte durch Umschichtungen kompensiert werden."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Nunmehr setzen wir die Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 7 fort.

Ich darf den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Prober, bitten, zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, umfaßt die Gebarungsvorgänge Grundlagenverbesserung der Land- und Forstwirtschaft, sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Förderung der Energiewirtschaft, Förderung des Fremdenverkehrs sowie Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 1.429,559.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 110,220.000 gegenüber stehen.

Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 3,48 %.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als erster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Das Budget 1994 ist von der angespannten Wirtschaftslage in Österreich und in Europa gekennzeichnet. Dem Kapitel Wirtschaftsförderung kommt daher als Konjunkturlokomotive heute besondere Bedeutung zu. Ich will mich mit dem landwirtschaftlichen Bereich beschäftigen und hier die Verbindung zwischen Arbeitsplatzsicherung, Erhalten von Natur und Umwelt und Sicherung der Ernährung herstellen. Diese drei Teile sollen für mich heute Basis meiner Stellungnahme sein.

Die NÖ Land- und Forstwirtschaft erarbeitet mit 31,3 % der gesamten österreichischen agrarischen Produktion einen überdurchschnittlich hohen Anteil, einen Wert von 35 Milliarden Schilling und damit fast 17 % des NÖ Bruttoinlandsproduktes. Diese große Produktionsmenge an pflanzlichen und tierischen Produkten stellt auf der einen Seite die Basis für eine gesunde Ernährung und auf der anderen Seite auch die Basis für die Verarbeitungsbetriebe landwirtschaftlicher Produkte dar. Die Verarbeiter agrarischer Rohstoffe, und hier insbesondere Zuckerfabriken, Gemüse- und Obstverwerter, Kartoffelverarbeiter, Molkereien und viele andere gewerbliche Betriebe, also der gesamte Bereich der Nahrungsmittelindustrie beschäftigt in Niederösterreich 18.000 Mitarbeiter und gehört damit beim Bereich der Arbeitsplatzsicherung zu einem der größten Arbeitgeber.

Der Herr Klubobmann Dr. Bauer hat in der Generaldebatte erwähnt und auch bemängelt, vielleicht sogar mit Recht, daß die NÖ Industrie und das Gewerbe im Bereich der Innovation und Produktforschung nicht im Spitzenfeld liegen. Ich gehe hier konform, will aber auch einige Beispiele anführen, wo wir Maßnahmen gesetzt haben und wo Niederösterreich herausragend in diesen Punkten ist.

So war die Zuckerindustrie zum Beispiel mit dem "no-name-product" Zucker in den letzten Jahren imstande, Marken und Produkte anzubieten bis hin zu Vollzucker, der nicht nur in Österreich, sondern auch in den Ländern der Europäischen Union heute Absatzmärkte findet und selbst in Ländern, in denen es selbst Zuckerüberschüsse gibt, verkauft werden kann.

Auch im Bereich der Stärkeindustrie können wir feststellen, daß hier durch Innovation und Produktentwicklung es möglich geworden ist, aus pflanzlichen Rohstoffen Farbstoffe, Verpackungsmaterialien herzustellen, die in Zukunft sicherlich

bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und auch im Umweltbereich besondere Bedeutung erhalten. Die Bioforschungszentrale in Tulln stellt hier eine ganz große Bedeutung für die Landwirtschaft und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte dar.

Ich will mich nochmals mit dem Bereich der Beschäftigten in der Nahrungsmittelindustrie befassen. Diese Betriebe liegen sehr häufig in ländlichen Gebieten und bieten damit auch wertvolle Arbeitsplätze für Nebenerwerbslandwirte. Wir wissen, daß heute das Einkommen unserer Familien sehr häufig auf das Einkommen von Mann und Frau ausgerichtet ist. In erster Linie denkt man dabei aber an das Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit. Aber auch Nebenerwerbslandwirte, egal ob jetzt der Bauer selbst oder die Gattin einer Nebenbeschäftigung nachgeht, stellen eigentlich Doppelverdiener dar. Es ist egal, ob das Einkommen aus einer unselbständigen Tätigkeit oder aus dem agrarischen, landwirtschaftlichen Betrieb kommt. Es ist nur entscheidend, daß das Einkommen insgesamt ausreichend ist. Für mich stellt sich des öfteren die Frage, ob gerade, wenn oft bei Großbetrieben Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, es dann richtig ist, daß mit dem Argument, der Arbeitnehmer hat ohnedies zu Hause seinen Betrieb, diese Leute vielleicht vorrangig gekündigt werden dürfen. Damit kann ich mich nicht identifizieren und ich glaube, daß die Nebenerwerbslandwirte auch im Bereich der Arbeitslosenentschädigung sicherlich anderen Dienstnehmern gleichgestellt werden müssen. Noch dazu kommt, daß gerade Nebenerwerbslandwirte bei der Flexibilität benachteiligt werden. Sie haben ja zu Hause ihren Betrieb und können daher auch ihren Wohnsitz nur schwer ändern. Hier sollte es keine Benachteiligung geben.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich mich mit der Arbeitnehmerschaft und Personalvertretung beschäftigen. Die Land- und Forstarbeiter in Niederösterreich sind wohl eine kleine Gruppe. Aber die Eigenständigkeit der Land- und Forstarbeiterkammer in Niederösterreich und in Österreich ist für mich von entscheidender Bedeutung. Die Effizienz dieser wohl kleinen Kammer ist gerade für die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft von großer Wichtigkeit. Die Unterstützung, die diesen Arbeitnehmern im Bereich der Bildungsarbeit, beim Eigenheimbau, aber auch bei Notstandsunterstützungen und bis hin zur Zeckenschutzimpfung gewährt wird, ist sehr wichtig. Es ist für mich sehr erfreulich, daß das

Budget des Jahres 1994 die Dotierung der Landarbeiterkammer erhöhen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr viele Debattenredner haben sich gestern und vorgestern mit der flächendeckenden Landwirtschaft und mit der Erhaltung von Natur- und Kulturlandschaft beschäftigt. Ich glaube, daß wir besonders auch in den agrarisch schwierigen Gebieten des Waldviertels, des Weinviertels, der Wachau und in anderen Bereichen dringend notwendige Maßnahmen setzen müssen, daß wir die bäuerliche Landwirtschaft erhalten können. Die Verbesserung der Produktionsbedingungen ist für mich genauso wichtig wie das Thema aller ökologischer Fragen. Zur Verbesserung der Produktionsbedingungen gehört für mich auch Kommasierung, Wegebau. Das sind oft Bereiche, die draußen sehr intensiv diskutiert werden, geben aber die einzige Chance, daß wir in Zukunft unseren Voll- und Nebenerwerbslandwirten die Möglichkeit geben, die Kultur- und Naturlandschaft zu erhalten.

Es ist daher für mich erfreulich, daß im Budget 1994 diese Bereiche gut dotiert sind und daher auch die Arbeiten auf diesem Gebiet entsprechend fortgeführt werden können. Für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es keine Frage, daß ich so wie alle Kollegen meiner Fraktion dem vorliegenden Budget mit seinen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Verbesserung der Landwirtschaft zustimmen werde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich war fast versucht zu sagen, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Nunmehr wurde noch rechtzeitig meiner Versuchung entgegengewirkt. Der Herr Kollege Marchat ist am Wort.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich beschäftige mich ebenfalls wie der Kollege Hofbauer mit der Förderung in der Land- und Forstwirtschaft, mit dem Agrarbudget. Bevor ich auf das Agrarbudget eingehen werde, ein paar Anmerkungen zum Kollegen Hofbauer. Ich glaube,

es war wieder genau typisch, wo Ihre Sorgen liegen. Die erste Sorge gilt den Genossenschaften, der verarbeitenden Industrie, der Zucker-Stärke-industrie. Das ist, glaube ich, nicht die Aufgabe eines Bauernvertreters! (*Abg. Kurzreiter: Die braucht man doch auch! Oder sind Sie der Meinung, die brauchen wir nicht! - Zwischenruf: Das ist doch reine Polemik! - Unruhe im Hohen Hause.*)

Das ist keine Polemik! Ich sage nur, wo da die Prioritäten gesetzt werden. Für einen Bauernvertreter, glaube ich, ist Priorität I, den bäuerlichen Vollerwerb zu erhalten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und da sind wir schon wieder dort. Die Aussage, daß es egal ist, ob einer zwei Berufe ausübt oder einen, nur unter dem Strich muß dasselbe herauskommen, ist wieder genau die großkoalitionäre Agrarpolitik, die den Bauern in den Nebenerwerb drängen soll. Der Vollerwerbsbetrieb soll die Ausnahme werden! (*Abg. Uhl: Also, wenn Sie uns eine Agrarpolitik in dieser Art unterstellen, dann verstehe ich Sie nicht!*)

Ich weiß nicht, wer die Agrarpolitik im Bund macht. Da macht sie die ÖVP. Und sichtlich nicht besser als bundesweit! Der Nebenerwerb soll ja Regel werden, der Vollerwerbsbetrieb soll sterben. Die nächste Sorge gilt der Landarbeiterkammer. Zu den Kammern komme ich sowieso noch. Eine Kammerförderung in eine Landwirtschaftsförderung hineinzunehmen in das Budget, daß man die Budgetzahlen so frisiert, ist meines Erachtens sowieso eine Frechheit. Und über die Kommissierung und den Wegebau sind die Bauern nicht überall so glücklich. Wir machen einerseits einen Landschaftsfonds, wo wir Ökoflächen präsentieren mit Punkteprogrammen. Andererseits machen wir wieder Riesenflächen, wo es dann die Erosionen gibt, Abschwemmungen usw. Das ist doch, glaube ich, alles bekannt. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich gehe jetzt ein zu den Punkten des Kapitels Wirtschaftsförderung. Mit 3,48 % ist das sicher nicht berühmt. Die land- und forstwirtschaftliche Förderung macht ca. 60 % aus. Wir sind dann bei einem Prozentsatz von ca. 2,5 %. Ich bin einer Meinung mit dem Klubobmann Bauer von der SPÖ. Wir brauchen nicht unbedingt mehr Förderung, wir müssen das Geld nur besser einsetzen. Das hat der Klubobmann Bauer in der Generaldebatte gesagt. Weil ich glaube, wie jetzt die land- und forstwirtschaftliche Förderung ausschaut,

können Österreichs Bauern oder speziell Niederösterreichs Bauern nicht guten Gewissens in die Europäische Gemeinschaft, oder jetzt Europäische Union gehen. Die Bauern "eurofit" zu machen, ist ein Schlagwort des Herrn Ministers Fischler. Er kommt aber jetzt selber schon drauf, daß das nicht so einfach ist. Und er hat gesagt, es wird kein Bauernopfer geben. Nur, um ohne Wenn und Aber dieser Europäischen Union beizutreten, zäumt man jetzt das Pferd von hinten auf. Man bringt die Bauern schon vorher um. Wenn wir in die EG gehen, dann sind ohnehin keine mehr da, dann ist das schon hinfällig. Dann ist das schon hinfällig und dann kann niemand mehr sagen, der Beitritt zur Europäischen Union hat den Bauern die Existenz gekostet. (*Abg. Dr. Strasser: Geh' das sind doch keine Vorschläge! Gibt es auch einen konkreten Vorschlag oder nur Polemik?*) Meine Vorschläge kommen, Herr Kollege Strasser! Sie kommen sofort!

Wir finden auch hier genau die Parallelen wieder im Budget zwischen Bund und Land. Der Agrarfachmann, der Landesrat Blochberger wird sich sicher bemüht haben, etwas herauszuholen. Der Mann, der die Finanzen hat, der Herr Finanzlandesrat, spuckt halt zu wenig aus. Ich möchte eines auch noch sagen, damit sich die Kollegen ein bißchen beruhigen. Wir haben in Niederösterreich wenigstens einen Landesrat, der meines Erachtens landwirtschaftlich kompetent ist, der selber Bauer ist. Was ja beim Bund anders ist. Da haben wir einen Kammerangestellten als Landwirtschaftsminister. Und darum glaube ich, daß die Agrarpolitik vom Bund her ja noch schlechter ist als die in Niederösterreich! (*Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Dr. Strasser: Auch in Kärnten gab es einen Agrarreferenten, der kein Bauer war!*) Das sagt ja nicht, daß er schlecht war. (*Heiterkeit im Hohen Hause. - Zwischenruf bei Abg. Dkfm. Rambossek. - Abg. Hiller: Herr Kollege! Nehmen Sie das auch wirklich ernst?*) Ob ich mich ernst nehme, ist mein Problem. Ob ich Sie ernst nehme, ist auch mein Problem. Sehe ich das richtig? (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich komme jetzt zum ersten Kapitel, zu den Grundlagenverbesserungen in der Land- und Forstwirtschaft. Die Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft sind auf der Ausgabenseite geringer budgetiert als im Rechnungsabschluß 1992. Also, wenn man da von einer Erhöhung des Agrarbudgets spricht, wo das erhöht



worden ist, da komme ich nachher noch hin. Das ist bei den sogenannten sonstigen Förderungen, Kammerbeiträge und so etc. erhöht worden.

Einige Punkte daraus: Den landwirtschaftlichen Wegebau hat der Kollege Hofbauer schon angesprochen, er ist einer der großen Brocken. 1992 waren es zehn Millionen im Rechnungsab-schluß, jetzt sind 25 Millionen veranschlagt. Das sind Gelder, von denen den Bauern kein Schilling zukommt. Das bekommt wieder die Bauindustrie, die Wegebauer. Der Bauer selbst sieht von diesem Geld keinen Schilling. Darum sage ich ja, das hat in einer Landwirtschaftsförderung überhaupt nichts zu suchen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Selbstverständlich hat man auch beim landwirtschaftlichen Wasserbau eingespart. Das ist ja bezeichnend, Herr Abgeordneter Hiller. Und jetzt bin ich dort, ob ich Sie noch ernst nehme. Sie haben bei einer Diskussion im Pulkautal gesagt, Sie werden sich einsetzen, daß man dort mit einer Bewässerung irgendetwas macht für die betroffenen Bauern. Und dann budgetiert man um zwei Millionen weniger als vor zwei Jahren! Da ist jetzt die Frage für mich, wen nehme ich ernst? Was verspricht wer den Bauern draußen und was tut er wirklich? Wie setzt er sich ein für die Bauern?

Die Strukturverbesserung der Landwirtschaft mit den dazugehörigen Kapiteln Viehabsatzförderung, Almbewirtschaftung und Almverbesserung sind mit 135 Millionen veranschlagt. 1992 haben wir 150 Millionen gebraucht, 1993 wurde mit 120 Millionen veranschlagt und es gab einen Nachtrag. Und jetzt kommt man mit 135 Millionen aus. Also ich glaube, da bin ich kein Prophet, wenn ich jetzt schon sage, dieses Budget ist friert. Diese Zahlen können gar nicht stimmen! Denn eines ist uns auch klar. Bei der derzeitigen Situation am Vieh- und Fleischmarkt wird es uns nicht erspart bleiben, vermehrt wieder Geld einzusetzen in den Viehabsatz.

Im landwirtschaftlichen Förderungsfonds gab es ein Plus, aber durch eine Anfrage unseres Abgeordneten im Finanz-Ausschuß wurde geklärt, daß dafür das Grenzlandsonderprogramm eingestellt wurde, de facto. *(LR Blochberger: Herr Kollege, das stimmt nicht! Das ist nicht eingestellt! Das ist übersiedelt in den Förderungsfonds!)* Das habe ich ja gerade gesagt. Im Förderungsfonds ein Plus, dafür hat man das Grenzlandsonderprogramm eingestellt. Aber in budgetäre Posten hat man es überstellt, daher kommt für mich de facto wieder ein Gleichstand heraus, wenn man das zusammenrechnet. Stimmt das, Herr Landesrat? *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Und jetzt sind wir bei dem zweiten Kapitel, "sonstige Förderung". Das Kapitel 1/74. Und da macht halt der größte Brocken die Kammerbeiträge aus. Hier ist nämlich wirklich eine echte Steigerung im Gegensatz zu allen anderen Budgetposten. Und die sind ja bezeichnenderweise keine Gelder für die Landwirtschaft. Das geht in die Landeslandwirtschaftskammern hinein, daß man diesen Riesen-Apparat erhalten kann. Und ich werde da immer geprügelt, wenn ich sage, wenn man die Bauernhöfe zusperren muß, dann können wir auch etliche Kammern zusperren. Ich habe noch nie gesagt, man soll generell die Kammern zusperren. Aber das Modell der 21 Schwerpunktkammern, welches ja von der ÖVP kommt, ich würde allerdings nur 21 Schwerpunktkammern nehmen und alle anderen zusperren. Denn wenn wir die 21 Schwerpunktkammern nehmen und die anderen läßt man auch offen, dann ersparen wir uns das gleich und bleiben gleich bei den 65.

Ich bringe deshalb einen Resolutionsantrag ein *(liest)*:

#### "Resolutionsantrag

des Abgeordneten Franz Marchat zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. 52/V-1, betreffend Landwirtschaftskammer Pflichtabgabe sowie Landwirtschaftskammer Parteienbeiträge.

Infolge der ungünstigen Entwicklung in der Landwirtschaft ist es unerlässlich, daß die Landwirtschaftskammer Einsparungen tätigt. Es erscheint angemessen, daß Förderungsausgaben, Pflichtausgaben und vor allem die Parteienbeiträge auf dem Stand von 1993 eingefroren (keine Erhöhungen) werden. Die anfallenden Beiträge (Differenz aus der Beitragserhöhung 1994 gegenüber 1993) sollten in Form einer sinnvollen, sowie gerechten Förderung den bäuerlichen Betrieben direkt zugeführt werden. (Erhöhung der ökosozialen Direktzahlungen).

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der obigen Begründung entsprechende Maßnahmen zu setzen, um den landwirtschaftlichen Betrieben eine Förderung aus der nicht realisierten Beitragserhöhung direkt zukommen zu lassen."

Ich glaube, daß dieser Antrag sehr wohl seine Berechtigung hat, weil, wenn der Bauer sparen muß, wenn die Bauern jedes Jahr eine Minuslohnrunde haben, dann sollen das auch die Landwirtschaftskammern haben.

Der nächste Punkt, die Bildung und Beratung in der Landwirtschaft. Hier finden sich ebenfalls Einsparungen. Es ist ja bezeichnend, daß vorgehern der Kollege Gansch heraußen noch gesagt hat, er will keine landwirtschaftlichen Schulen zusperren. Und dann setzt er sich auf den Antrag der Sozialdemokraten drauf, daß man das Ganze überarbeitet und daß man sicher etliche Schulen zusperren wird. Für mich würde es mehr Sinn ergeben, man laßt die Schulen offen. Mir ist schon klar, es gibt Landwirtschaftsschulen, da sind eben nur mehr 17, 20 Schüler und 7, 8 Lehrer. Da muß man halt die Lehrer einsparen und nicht die Schule zusperren. Das wäre einmal ein vernünftiger Weg.

Zum Beispiel kann man die Schule Pyhra und Tulln nicht zusammenlegen, weil das zwei fachspezifische Gebiete sind. Mir ist das schon klar, ich bin in Pyhra in die Berufsschule gegangen. War dann im Absolventenverband. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich erzähle ein Beispiel. Das wäre vielleicht interessant. Der Herr Landesrat hat damals dem damaligen Direktor versprochen, die Berufsschule in Pyhra wird nicht zugesperrt. Ich war im Absolventenverband. Wir haben eine Küche um eine Million Schilling bekommen für die Berufsschule Pyhra und ein Jahr darauf hat man die Schule zugesperrt. Also das kann man nicht als Einsparung bezeichnen. Zuerst kauft man eine Küche um eine Million Schilling und ein Jahr darauf sperrt man die Schule zu. Das ist aber so passiert, Herr Landesrat! (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Zum Kapitel Weinabsatz. Hier wurde ebenfalls das Budget eingefroren auf 34 Millionen. Bezeichnend: im Budget 1993 ebenfalls 34 Millionen und ein Nachtrag von 38 Millionen. Also es wird die Regel, daß weniger budgetiert wird, als wir nachher im Nachtrag brauchen. Der Großteil dieser Mittel geht ja auf für sogenannte Förderungsmaßnahmen. Ich sage immer, eine Rodungsprämie ist für mich keine Förderungsmaßnahme in der Land- und Forstwirtschaft. Im Gegenteil! Das ist genau das Verkehrte! Zu dem Kapitel kann man noch sagen, die Weinsteuer ist noch immer nicht gefallen. Wir bringen da herinnen gemeinsam Dreiparteienanträge ein und es passiert bundesweit nichts.

An Notstandsmaßnahmen für die NÖ Land- und Forstwirtschaft wurde ebenfalls um 6 Millionen weniger budgetiert als 1993. Und als der Rechnungsabschluß 1992 ergeben hat.

Die Hagelversicherung, ein heikles Thema, bleibt konstant. Ist auch klar, weil der Prozentsatz nicht geändert wird. Und das wäre, glaube ich, ein Punkt, wo man ansetzen könnte. Wenn wir schon unbedingt hinein wollen in das große Europa, dann sollen wir uns ein bißchen die Förderungen anschauen. Es gibt in der Europäischen Gemeinschaft ein Förderungsmodell, daß man die Hagelversicherungsprämien entsprechend stützt. Denn es ist heuer passiert, daß viele Leute gerade heuer aus der Hagelversicherung ausgetreten sind. Und dann war der große Hagelschlag. Und diese Menschen stehen vor dem Ruin. Ich bringe daher zum Thema Hagelversicherung folgenden Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Franz Marchat zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. 52/V-1, betreffend Hagelversicherung.

Durch die prekäre Lage in der Landwirtschaft ist es den niederösterreichischen Bauern teilweise nicht mehr möglich, die Prämien für die Hagelversicherung zu bezahlen. So gibt es z.B. Landwirte, die 20 Jahre lang die Hagelversicherungsprämien bezahlt haben und die heuer erstmalig aus dem Vertrag mit der Hagelversicherungsanstalt ausgestiegen sind. Gerade solche Landwirte wurden heuer durch Hagelschlag in ihrer Existenz auf das Ärgste bedroht. Es ist daher sinnvoll, die Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Hagelversicherung zu erhöhen. In der EG ist dies schon geschehen. Ein vernünftiger Schlüssel ist folgende

Aufteilung:  
50 % der Prämie bezahlt der Landwirt selbst  
25 % kommen aus Landesmitteln und  
25 % schießt der Bund zu.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung (insbesondere beim Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft sowie beim Bundesminister für Finanzen) dafür einzusetzen, eine im Sinne der Antragsbegründung geeignete Regelung festzulegen."

Ich komme gleich zum nächsten Resolutionsantrag. Der befaßt sich mit den ökosozialen Direktzahlungen. Es ist für mich schon ein Wahnsinn, wenn man den Bergbauern, den biologisch wirtschaftenden Bauern und Biobauern in dem Land insgesamt 70 Millionen Schilling zur Verfügung stellt. Jetzt werden viele denken, das ist eigentlich viel. Wenn ich zum Vergleich - und ich bin kein Kulturbanause - die NÖ Tonkünstler hernehme, die im Jahr einen Abgang von 75 Millionen haben und sämtliche Bergbauern Niederösterreichs, Biobauern und biologisch wirtschaftende Bauern bekommen 70 Millionen, dann weiß ich nicht, wo in diesem Budget die Schwerpunkte gesetzt worden sind. Das ist für mich keine Errungenschaft, 70 Millionen für sämtliche Bergbauern in Niederösterreich, die schwer arbeiten. Und das wird in Zukunft nicht gehen, daß man dort keine Erhöhungen vornimmt, daß man dort vielleicht sogar noch einspart. Und dann reden, wir werden mit einer flächendeckenden Landwirtschaft nach Europa gehen.

Ich stelle daher folgenden Resolutionsantrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Franz Marchat zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. 52/V-1, betreffend ökosoziale Direktzahlungen.

Als Vorbereitung eines eventuellen EG-Beitrittes aber auch auf Grund des verstärkten internationalen Handels mit Lebensmitteln sowie zur Aufrechterhaltung der Landschaftspflege durch die niederösterreichischen Bauern ist es dringend erforderlich, die ökosozialen Direktzahlungen drastisch zu erhöhen.

Da Biobauern, biologisch wirtschaftende Bauern sowie Bergbauern im Konkurrenzkampf gegen ausländische Agrarfabriken einen erheblichen Wettbewerbsnachteil haben, erscheint die Erhöhung der Direktzahlungen als einzig wirksame Maßnahme, die Existenz dieser benachteiligten bäuerlichen Betriebe zu gewährleisten.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der obigen Begründung Maßnahmen zu setzen, um eine Erhöhung der Direktzahlungen an die bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen."

Ein Punkt noch und da bin ich mir nicht ganz klar: Das ist die sogenannte LAKO. Im Jahre 1992 mit null budgetiert - damals hat man sie ja auch noch nicht gebraucht. 1993 mit zwei Millionen, heuer mit sieben Millionen Schilling budgetiert. Vielleicht kann mich der Abgeordnete Friewald dann aufklären, was die LAKO tut. Sie sitzt in Tulln in der landwirtschaftlichen Fachschule. Da sitzen 6, 7 Lehrer beisammen, ich glaube, Dein Bruder ist auch dabei. Und die brauchen sieben Millionen Schilling. Dem gegenüber wieder das Beispiel von den sämtlichen Bergbauern in Niederösterreich, die bekommen 70 Millionen. Das ist kein Agrarbudget! Bei diesem Budget verdienen die Leute, die einfach an der Landwirtschaft mitverdienen. Der Bauer selber verdient ja nichts mehr. Und genau dahin geht das! (*Abg. Hiller: Wovon lebst Du?*) Wovon lebst Du? Das ist so ein unseriöser Zwischenruf, wovon lebst denn Du? Das geht Dich genau so viel an wie mich es etwas angeht! (*Abg. Hiller: Womit hast Du Deinen Betrieb aufgebaut?*)

Gut. Zu dem komme ich noch. Da sind wir dann beim Zukunftsvertrag des Herrn Landeshauptmannes. Zu dem kommen wir noch, wie die Säulen ausschauen einer vernünftigen Agrarpolitik. Wie viele von den Säulen es noch gibt. (*Abg. Uhl: Also, wenn Euch ein Fabriksarbeiter hört, dem kommen die Tränen!*)

Herr Abgeordneter! Zu der Subventionierung möchte ich schon sagen, es ist schon ein paar Mal gefallen, das Wichtigste ist die Arbeitsplatzsicherung in dem Land. Und da bin ich hundertprozentig einer Meinung. Aber der Arbeitsplatz in der Land- und Forstwirtschaft muß genauso viel wert sein wie der Arbeitsplatz in einer Fabrik, darüber müssen wir uns einmal klar sein! (*Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Keusch: Kein Einwand! Aber wenn man dauernd von den Verlusten in der Industrie spricht und sagt, es gibt kein Geld vom Staat mehr, dann frage ich mich, wie die in der Landwirtschaft tun!*)

Nun, das kann ich sofort beantworten! Betriebswirtschaftlich ist das ja ganz klar. Die Landwirtschaft leistet so viel für den österreichischen Fremdenverkehr. Ich kann das Beispiel erzählen. Das Beispiel ist, glaube ich, schon einmal erzählt worden von dieser Wiese in Salzburg, die ein Bauer gemäht hat um 4.000,- Schilling. Dann hat die Stadtgemeinde Salzburg gesagt, 4.000,- Schilling ist zu wenig, sie wollen 5.000,- Schilling. Der Bauer hat gesagt, um 5.000,- Schilling nehme ich sie nicht mehr. Damit hat man das ausgeschrieben und der billigste Gärtner hat diese

Wiese gepflegt im Jahr um 70.000,- Schilling. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Das ist belegbar. Der Bauer hat 4.000,- Schilling bezahlt, daß er sie mähen darf, das war denen zu wenig und dann haben sie 70.000,- Schilling im Jahr bezahlt. Legen Sie das jetzt um auf die Fläche von ganz Österreich, was uns die Landschaftspflege kostet. Und da sage ich, da muß uns das schon etwas wert sein! (*Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich möchte zum Schluß ein Resümee ziehen über das Kapitel Landwirtschaftsförderung. Ich glaube, man kann von einer Landwirtschaftsförderung nicht sprechen. Es ist eine Kammerförderung. Eine Förderung für alle Mitverdiener in der NÖ Landwirtschaft. Es freut mich, daß der Herr Landeshauptmann soeben eingetroffen ist, ich begrüße ihn. Ich komme nämlich gerade zu seiner Regierungserklärung, in der er den Bauer Franz zitiert. Ich heiße auch Franz, ich bin auch 30 Jahre alt, also das könnte fast ich sein. Ich habe allerdings keinen Betrieb, der ökologisch wirtschaftet. Da steht, der Bauer Franz hat es nicht bereut, daß er seinen Betrieb ökologisch bewirtschaftet. Bis zum Jahr 1998 haben Sie ja noch Zeit. Und zum Schluß steht da, wir sind endlich soweit, daß die Landschaftspflege, die von uns Bauern fast überall im Alleingang betrieben wird, endlich auch anerkannt ist und finanziell abgegolten wird.

Das steht doch genau im Widerspruch zu dem, was in diesem Budget steht. Die ökosozialen Direktzahlungen sind nicht erhöht worden. Der landwirtschaftliche Wasserbau ist eingeschränkt worden. Alles, was den Bauern, gerade den ökologisch wirtschaftenden Bauern zugute kommen würde, ist verringert worden, nicht erhöht worden. Und wenn wir schon beim Zukunftsvertrag sind, den habe ich mir auch zu Gemüte geführt. Und damit kommen wir zum bäuerlichen Einkommen. Ein Satz, ein Resümee: Bäuerliche Landwirtschaft ist die unverzichtbare Basis für eine Ökopartnerschaft zwischen Stadt und Land. Das gefällt mir sehr gut, wird aber nicht realisiert. Das bäuerliche Einkommen ist getragen von diesen Säulen. Der Produktionserlös ist ganz wichtig. Die Ökoleistungen wären wichtig, die Dienstleistungen. Und unten steht, bei sozialer Gleichstellung mit den anderen gesellschaftlichen Gruppen. Aber bitte, da ist ja auch nichts passiert! Ein Antrag für eine bäuerliche Mindestpension von 5.000,- Schilling wird da herinnen abgeschmettert und da hört man über den Radio von Herrn Obmann Donabauer, das ist unseriös. 5.000,- Schilling für einen Pensionisten ist meines Erachtens nach nicht unseriös, das ist eher zu

wenig. Nicht einmal diesem hat man zugestimmt! (*Abg. Hülmbauer: Herr Kollege, das ist beschlossen, das gibt es ja!*)

Darauf warten wir. Ich zitiere noch einmal und das geht in die Richtung unseres Resolutionsantrages bezüglich Hagelversicherung. Das Land Niederösterreich wird weiterhin verlangen, daß die Prämien für die Hagelversicherung aus den Mitteln des Katastrophenfonds bezuschußt werden. Und ich hoffe, in verstärkter Form denn bis jetzt.

Und abschließend aus dem Zukunftsvertrag: Das Land Niederösterreich bietet zusätzliche finanzielle Förderungen im Rahmen dieses Zukunftsvertrages an. Für die Umsetzung sind wir jedoch auf einem dynamischen und motivierten Bauernstand angewiesen. Es muß Freude machen, im Land Niederösterreich Bäuerin und Bauer zu sein. Es muß Freude machen. Das macht es aber den Leuten nicht mehr, weil es einfach zu schwer gemacht wird, in diesem Land zu wirtschaften!

Abschließend kann ich nur noch sagen, wir werden diesem Budgetkapitel 7, Wirtschaftsförderung, insgesamt, aber insbesondere dem Kapitel Landwirtschaftsförderung selbstverständlich nicht die Zustimmung geben. Dieses Landwirtschaftsbudget ist ideenlos. Es bietet überhaupt keine Hilfen für die Bauern an. Die Politik von Land und Bund gleichen einander. Ich glaube, die Landespolitik ist nur ein Fortsatz der Bundespolitik. Und ich glaube, wenn wir so weiter machen, dann können wir wirklich in die EG gehen mit diesen zweieinhalb, drei Prozent Bauern, die man prognostiziert hat. Zuerst hat man prognostiziert, so viele werden übrig bleiben, wenn wir in die EG gehen. Ich glaube, die werden schon vorher dezimiert werden. Und diese zweieinhalb, drei Prozent werden es dann schaffen müssen. Die werden dann dahinvegetieren mit dem 50 Hektar-Betrieb. Der Abgeordnete Friewald macht das dann mit einem Hektar, da wünsche ich ihm jetzt schon viel Glück. Ich hoffe, daß unsere Resolutionsanträge Zustimmung finden. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schütz.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach diesen Schwarzmalereien, die etwas übertrieben sind meiner Ansicht nach, ein bißchen konkretere Dinge. Nachdem ich schon bei der letzten Landtagssitzung eine Reihe von wichtigen

Fragen, die unsere Landwirtschaft betreffen, behandelt habe, kann ich im Rahmen meiner Ausführungen und Themen trotz übervollen Herzens für die Landwirtschaft doch den Rahmen etwas einengen. Im vorliegenden Budget ist aus der Sicht der Bauernvertreter für die Landwirtschaft und deren bäuerliche Familienbetriebe auch für das kommende Jahr vorgesorgt worden. Nun, ich nehme mir die Freiheit, zu sagen, aus der Sicht der Bauernvertreter haben Sie recht. Ich behaupte aber auch - und ich werde darauf noch zurückkommen - der einzelne Bauer, der kein Funktionär einer Interessensvertretung ist, wird das sicherlich anders sehen.

Einige Anmerkungen zu unseren Wäldern und unseren Waldbesitzern. Meine Damen und Herren! Der Wald ist ein Teil unserer natürlichen Umwelt. Vor allem aber bei uns in Niederösterreich, so meine ich, ein ganz besonderer. Er gehört zum größten Teil Privaten, die aus seiner Bewirtschaftung einen Teil ihres Einkommens beziehen. In unserer liberalen Wirtschaftsordnung bestimmt der Eigentümer das Wirtschaftsziel und die Art der Bewirtschaftung. Die forstlichen Maßnahmen, wie Holzartenwahl, Mischungsart, Nutzungsart, Erschließung usw. prägen aber nicht nur die Nutzungsmöglichkeiten vom Standpunkt des Eigentümers, sondern auch vom Standpunkt der übrigen Gesellschaft unseres Landes. Der Spielraum des Waldeigentümers wird aber mehr und mehr im öffentlichen Interesse und auf Intervention der übrigen Gesellschaft eingeengt. Das eigentliche Ziel des Waldeigentümers wird von einer Vielzahl von Beweggründen bestimmt, unter denen im Regelfall monetäre, also finanzielle Ziele eine dominierende Rolle spielen.

In Fremdenverkehrsgebieten wird allerdings eine Erweiterung der Produktpalette Wald, eine Mehrfachproduktion die Einkommenssituation bestimmen. Die Möglichkeit der Einhebung von Benützungsgebühren sollte, so meine ich, daher in Zukunft nicht außer acht gelassen werden. Das heißt, daß in Zukunft manche forstliche Dienstleistungen marktfähig werden, die heute ausschließlich als öffentliche Güter betrachtet werden. Dafür gibt es aber auch Gründe. Erstens nimmt die Rivalität um die Natur zu, weil das Produkt unberührte Natur immer knapper wird und dadurch andererseits die Attraktivität gesteigert, aber auch die Bereitschaft der Nutznießer, einen finanziellen Beitrag zu leisten mehr und mehr zunimmt. Anders gesagt, die neuen gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald sind vielfältig und betreffen überwiegend Dienstleistungen der Forstwirtschaft. Wir alle kennen ja die

Forderungen von Reit-, Radfahr- und Wandervereinen und ihre Nutzungsinteressen. Und es wird nicht zuletzt an uns Politikern liegen, gemeinsam mit den Waldbesitzern und Eigentümern und den Interessensvertretungen ein befriedigendes Ergebnis zu finden.

Noch eine Feststellung, meine Damen und Herren: Für den Waldeigentümer ist es durchaus nicht gleichgültig, ob er in seiner betrieblichen Planung auf Marktsignale reagieren kann oder sich einer staatlichen Intervention fügen muß. Es ist auch eine Tatsache, daß die Vermarktung der neuen gesellschaftlichen Ansprüche von den Waldeigentümern Innovationsbereitschaft, unternehmerische Initiative und Beherrschung von Marketinggrundsätzen verlangen. Und genau hier müßten unsere land- und forstwirtschaftlichen Schulen im Land Niederösterreich der bäuerlichen Jugend im besonderen Maße Hilfestellung anbieten, da die finanziellen Mittel des Landes in ausreichendem Umfang vorhanden bzw. bereitgestellt sind.

Grundvoraussetzung für alle diese Maßnahmen, die unseren Wald betreffen, ist jedoch der Zustand unserer Wälder. Und der ist in weiten Teilen Niederösterreichs durchaus nicht gut, wie wir aus den vorliegenden Berichten entnehmen können. Vor allem durch die Trockenheit der letzten Jahre haben die daraus resultierenden Schäden durch verstärkten Insektenbefall rasant zugenommen. Es wird daher notwendig sein, sofern den Waldbesitzern ernsthaft geholfen werden soll, die Auswirkungen der ökologischen Nachhaltigkeit auf eine gewinnorientierte Forstwirtschaft zu prüfen.

Nun, meine Damen und Herren, zwei Themen, die den einen oder anderen der anwesenden Bauernvertreter, sofern sie ehrlich in sich hineinhorchen, unangenehm berühren werden. Das eine ist die Frage, ob die Bauernvertreter auch tatsächlich noch Anwälte der Bauern sind. Und das zweite ist die Vergabe der Förderungen durch die Landwirtschaftskammer. Zugegebenermaßen zwei heikle Themen, über die die Vertreter der Bauern gar nicht gerne reden.

Es ist eine unleugbare Tatsache, daß die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft immer weniger werden. Das heißt, daß immer weniger Bauern immer mehr produzieren müssen, um überleben zu können. Unter dem Überbegriff Strukturwandel wird diese Entwicklung von den Bauernvertretern sozusagen achselzuckend hingenommen. Warum, fragt sich aber der Laie, ist

das so? Weshalb geschieht hier nichts? Die Antwort ist relativ einfach. Weil die sogenannten Anwälte der Bauern zu allererst die Interessen der Agrarindustrie, des Agrarhandels und der landwirtschaftlichen Verwertungsorganisationen, vielfach ohne es zu wissen, vertreten.

Zum Beispiel die Ertragssteigerung im Pflanzenbau. Sie wird erzielt mit zugekauften Mitteln, wie Dünger und Chemie. Daraus folgt, je höher die Erträge, umso weniger Bauern werden benötigt. Je mehr Überschüsse, umso schlechter die Preise und je mehr Geld für die Überschußverwertung, umso weniger Geld direkt für unsere Bauern. Und noch ein Beispiel: Die Milchleistungssteigerung mit Getreide ist ja großer Schlager. Doch je mehr Milch eine Kuh gibt, desto weniger Kühe braucht man, um die benötigte Milchmenge zu erzeugen. Das ist ganz einfach. Daher braucht man in der Folge auch weniger Bauern. Oder, je mehr man von einer Kuh Milch haben will, umso mehr Kraftfutter, also Getreide, muß man verfüttern. Die Folge ist, daß man weniger Grünfläche, aber mehr Getreidefläche zur Erzeugung der benötigten Milchmenge braucht.

Ich will damit aufzeigen, meine Damen und Herren, daß die bäuerlichen Berufsvertreter die Zusammenhänge den Bauern bewußter vor Augen führen sollten. Daß mit hohem Fremdstoffeinsatz unnötige Ertragssteigerung betrieben wird, die sich aber nicht nur qualitäts- und umweltbelastend auswirkt.

Der zweite Bereich, der mir besonders am Herzen liegt: Seit 1991 haben wir den landwirtschaftlichen Förderungsfonds, der sich als wirkungsvolles Instrumentarium im positiven Sinn für unsere Bauern entwickelt hat. Dies geht aus den objektiven Berichten der zuständigen Abteilung eindeutig hervor. Bei genauerer Durchsicht merkt man allerdings, daß auch ungemein hohe Beiträge an diverse Interessensgemeinschaften ausgewiesen werden, die eigentlich den Bauern zustehen würden oder ihnen vorenthalten werden.

Die künftige Entwicklung der Landwirtschaft erfordert aber geradezu ein Umdenken, so rasch als möglich, in dieser Richtung. Ich meine damit, daß einerseits im Hinblick auf den Ausbau der Direktzahlungen und andererseits auf eine Mitgliedschaft bei der Europäischen Union eine Neuordnung der landwirtschaftlichen Förderungen von besonderer Bedeutung und notwendig ist. Was will ich damit sagen, meine Damen und Herren? Daß die Konzentration aller landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen

Förderungsfonds erfolgen sollte und erfolgen muß.

Abschließend darf ich feststellen, daß uns das Europa von heute zunehmend vor Probleme stellt, die die nationale Ebene bei weitem überschreiten. Die Bauern müssen qualitativ hochwertige Produkte erzeugen und es wird immer wichtiger, daß unsere Bauern ihre Lebensmittel den Konsumenten bewußt machen, die Vorteile und das Besondere herausstreichen und auch entsprechend zum Verkauf anbieten. Fragen der Umwelt, der Gesundheit, bis hin zur gesunden Ernährung verlangen die Bereitschaft zu ständigen Veränderungen. Unsere Bauern haben den heimischen, den regionalen Markt noch lange nicht optimal ausgenützt. Auch das muß einmal klar gesagt werden. So wie die Chancen, die sich für eine höhere Wertschöpfung bäuerlicher Produkte anbieten, noch immer nicht voll erkannt wurden. Auch hier sehe ich ein weites Betätigungsfeld für die große Zahl der Bauernfunktionäre und der Interessensvertretun-

gen, keinesfalls aber in der Vergabe von Förderungen an unsere Bauern.

Meine Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, die geprägt ist von gewaltigen Veränderungen in Europa, ja in der ganzen Welt. Unser Niederösterreich ist davon nicht ausgenommen. Wir, die Politiker, sind aufgerufen, Entscheidungen und Wege einzuschlagen, die geeignet sind, den Wohlstand der Bevölkerung nicht nur zu erhalten, sondern womöglich noch zu verbessern. Die Menschen in diesem Lande erwarten Handlungen und nicht sinnlose und endlose Palaver, wie dies zum Beispiel beim Semmering-Tunnel, beim Nahverkehr oder bei den Maßnahmen der Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzbeschaffung seitens der ÖVP laufend geschieht!

Meine Damen und Herren! Wir sollten die Themen bzw. Probleme in den Regionen auf ihre nachhaltige Nutzung oder Entwicklung hin behandeln. Was meine ich damit? Nun, es ist in Niederösterreich doch üblich, im Zuge der diversen Landesausstellungen von den Interessenten eine nachhaltige Nutzung der für diesen Zweck geförderten Gebäude der Region zu verlangen bzw. den Nachweis darüber. Nun haben wir in den verschiedensten Regionen sogenannte Viertelsbeauftragte mit mehr oder weniger Erfolg installiert. Ich meine, daß man diese nachhaltige Nutzung, die ich erwähnte, diese erweitern muß auf eine nachhaltige Entwicklung, die auf eine ganze Region ausgedehnt werden müßte. Es müßten alle Produktionsströme in und aus einer Region erfaßt werden. Ausgehend von den gewonnenen Daten aller eingesetzten Rohstoffe und anfallenden Abfälle müssen dann Verbindungen hergestellt werden. Regionales Wiederverwerten, meine Damen und Herren, wird mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Kreisläufe würden nach dieser Vorgangsweise geschlossen, die Transportkosten geringer und die Wertschöpfung würde in den Regionen bleiben. Diese aufgezeigte Möglichkeit könnte sicherlich auch auf die Landwirtschaft bezogen werden. Eine Chance oder ein Beitrag, der unseren Bauern neue Einkommenskombinationen eröffnen könnte. Meine Fraktion wird dem Kapitel Landwirtschaft die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich beschäftige mich mit einem Bereich der Landwirtschaft und zwar mit dem Weinbau. Am Beginn meiner Rede möchte ich gleich meiner großen Enttäuschung darüber Ausdruck verleihen, daß es nicht gelungen ist, die Weinsteuer bei der Steuerreform abzuschaffen. Herr Kollege Uhl, mir tut es ganz besonders leid, daß gerade Ihre Fraktion, die hier im Landtag unserem Resolutionsantrag die Zustimmung gegeben hat, sich auf der Bundesebene nicht durchsetzen konnte. Es ist nicht gelungen, die Weinsteuer abzuschaffen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren von der freiheitlichen Fraktion! Ihr Antrag, der zuerst gelautet hat und dem Sie zugestimmt haben, die Weinsteuer auf acht Schilling hinaufzusetzen, hat mit dazu beigetragen, daß diese Erfolge nicht gelungen sind. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Letztendlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, letztendlich war es dann so, daß Finanzminister Lacina ... *(Abg. Keusch: Der Finanzminister hat ganz andere Sorgen als die "depperte" Weinsteuer!)*

Die Weinsteuer ist sicher auch eine große Sorge für die Weinbauern, denn sie belastet die Betriebe sicher ganz enorm. *(Abg. Keusch: Mich belasten die vielen Arbeitslosen!)* Viele Weinbauern, die Flaschen vermarkten und gezwungen sind, vierteljährlich große Mengen an Geld abzuliefern, sind sicher sehr schwer betroffen. Und Sie sagen, die Arbeitslosen belasten Sie. Die belasten uns auch. Doch wenn es so weiter geht in der Weinwirtschaft und in der Landwirtschaft, haben wir auch in dem Bereich große Schwierigkeiten und es werden sich sicher die Arbeitslosenzahlen noch weiter erhöhen, befürchte ich.

Ein paar Worte zur Ernte und zur Situation 1993. Ähnlich wie 1992 war auch 1993 die Trockenheit im Sommer für die Weinbauern eine große Belastung. Es war wieder die Angst da, daß die Weintrauben nicht optimal reifen könnten. Aber letztendlich ist dann doch durch den Sommer und durch den Regen eine gute Qualität entstanden. Der Jahrgang 1993, so kann man sagen, wird wieder ein Weinjahrgang, der von der Qualität her sehr gut ist. Mit angenehmer Säure wird er gut zu trinken sein.

Auch der Ertrag liegt unter dem Durchschnitt. Wir haben eine Erntemenge nach Schätzungen von 2 Millionen Hektoliter bis 2,2 Millionen Hektoliter. Es ist dadurch, Gottseidank ein leichtes Ansteigen auch der Traubenpreise und der Faßweinepreise zu verzeichnen gewesen.

Eines hat uns aber sehr stark zu schaffen gemacht, ganz besonders in meinem Gebiet, das waren die schweren Frostschäden, die es gab. Und es hat Betriebe gegeben, bei denen ca. 80 Prozent ihrer Weingärten durch den Frost geschädigt wurden. Sie können sich vorstellen, welche wirtschaftlich schwierige Situation das für die einzelnen Betriebe bedeutet, wenn man ein ganzes Jahr kein Einkommen aus dem Betrieb erlangt. Wir haben uns alle bei der letzten Landtagssitzung damit beschäftigt, diese Frostschäden abzugelten. Doch auch da ist noch nichts gelungen. Das muß ich sagen. Ich wünsche daher und ich hoffe und ich stelle die Forderung auf, daß endlich auch im Bund diesbezüglich etwas weiter geht. Fragen Sie Ihren Kollegen, den Herrn Finanzminister Lacina! Der bremst sicher und daher geht leider Gottes überhaupt nichts weiter. *(Abg. Uhl: Hat es da nicht geheißen, es gibt etwas über den Katastrophenfonds?)*

Ja, hat es geheißen. Aber da ist es notwendig, das Gesetz zu ändern. Und da ist es auch wieder Ihre Fraktion, die sich im Nationalrat dagegen stellt. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Marchat: Die haben doch keine absolute Mehrheit!)* Haben sie nicht, aber wir leider auch nicht. Nicht einmal mit den Freiheitlichen zusammen, muß ich sagen, hätten wir die Mehrheit. Wenn die mitgehen würden. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

In manchen Bereichen muß ich sagen, gerade wenn es um den Bereich Landwirtschaft geht, würde ich es mir wirklich wünschen manches Mal. Da sind die Interessen doch da. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Uhl: Na, das ist ein ganz schönes Liebäugeln!)* Das hat mit "Liebäugeln" nichts zu tun. Sondern, wenn es um die Sache geht, muß ich sagen, und um Probleme geht, wie man einer Berufsgruppe helfen kann, dann bin ich sehr wohl der Meinung, daß man alles unternehmen sollte. Und ich muß noch eines sagen, Herr Kollege! Ich muß noch eines sagen: Wenn alle Ihrer Fraktion der Landwirtschaft so positiv gegenüber stehen würden wie der Herr Abgeordnete Schütz, dann bin ich überzeugt, würden wir mehr schaffen. Leider Gottes ist es nicht so! *(Abg. Uhl: Da muß ich schon sagen, es hat nicht einmal während der SPÖ-Alleinregierung eine Reduktion der Förderungen auf Bundesebene gegeben!)*

Aber jetzt, muß ich sagen, leider Gottes, jetzt hat man so den Eindruck, daß eine Gruppe am Werk ist, die mit der Landwirtschaft nicht sehr viel im Sinn hat. Oder die der Landwirtschaft nicht sehr positiv gegenübersteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!  
Nun ein paar Dinge zur Situation im Weinbau all-

gemein, europaweit. Weltweit geht der Konsum an Wein zurück. Das trifft sicher auch uns. Wenn der Absatz generell nicht so groß ist, ist es natürlich auch schwieriger für uns, Wein zu verkaufen. Selbst in Amerika ist dieser Trend feststellbar. In Österreich war es so, daß in den ersten sechs Monaten ein Rückgang im Weinkonsum von fünf Prozent in den Privathaushalten zu verzeichnen war. Der Ab-Hof-Verkauf ist leicht rückläufig. Das wirkt sich natürlich auch auf die Preissituation aus.

Der Ab-Hof-Verkauf ist von 56 % auf 52 % zurückgegangen. Ein leichter Anstieg ist im Lebensmittelhandel zu verzeichnen gewesen. Es ist das ein Zeichen, daß verstärkt auch Anstrengungen notwendig sind, in diesem Bereich einzusteigen und nicht an Boden zu verlieren. Das auch im Hinblick auf eine mögliche EG-Integration. Anstrengungen müssen aber auch unternommen werden, das ist ganz klar, um neue Märkte zu erschließen und den Weinabsatz zu heben. Gottseidank gibt es immer wieder auch innovative Weinbauern, innovative Gruppen, die neue Wege gehen. Es hat vor einiger Zeit in Retz in Symposium gegeben, daß sich mit Spezialweinen und Weinspezialitäten beschäftigt hat. Klubobmann Dr. Bauer war dort. Mir tut es nur leid, daß Sie so schnell wieder weg haben müssen, sonst hätten Sie wirklich interessante Dinge auch über die Entwicklung im Weinbau hören können. Fachleute und Praktiker haben dort aufgezeigt, was man eigentlich aus Wein machen kann, aus Trauben machen kann. Angefangen vom Trester-Brand, vom Geleger-Brand bis zur Sekterzeugung. Das ist natürlich auch eine Spezialität der Weinerzeugung. Der Sektkonsum ist ja steigend. Als Grundprodukt ist natürlich auch die Traube und der Wein aus dem Weinviertel sehr gut geeignet, mit seinen angenehmen Säurewerten.

Ganz sicher und unbedingt notwendig ist auch eine Ankurbelung des Exportes. Dies, um auf internationalen Märkten Fuß zu fassen. Wir haben guten Wein. In Österreich gibt es einen spezifischen Wein, der mit einer Fruchtigkeit ausgestattet ist, mit einer eleganten Säure, der sicher auch Möglichkeit hätte, von Bewohnern anderer Länder getrunken zu werden.

Wir haben sicher ein Manko, das muß man sagen. Wir sind nicht unbedingt in der Lage, große Mengen an gleichwertigen Weinen anzubieten. Das ist sicher ein Manko, das geändert werden sollte. Wir haben den Winzerverband, wir haben viele Winzergenossenschaften, die in der Lage sind, dies zu tun. Was wir aber brauchen, es ist sicher



notwendig, Werbung zu machen. Das sieht man an jedem Produkt. Geld ist notwendig, um Produkte bewerben zu können, um überhaupt gelistet zu werden.

Und ich wünsche - und darauf möchte ich zurückkommen - daß wirklich der Katastrophenfonds geändert wird. Es wäre Geld da, das man für Exportankurbelung verwenden könnte, wenn man nicht dann wieder Frostschäden usw. abgelten müßte, was auch notwendig ist. Es nützt nichts, immer nur abzugelten oder zu helfen, sondern man muß natürlich auch nach vorne schauen.

Es ist also die Weinmarketing-Gesellschaft Gottseidank bestehen geblieben, wenn auch unter neuer Führung. Es hat sicher einige Schwierigkeiten gegeben. Aber es ist oft schade, daß, wenn etwas gut läuft, daß es dann immer wieder verschiedene Interessen gibt, die dann positive Dinge eigentlich beenden und zusehen, daß diese nicht so wirksam werden können. Wir sehen auch, daß der Trend weltweit zu Weißweinen geht, zu Produkten, die wir durchaus imstande sind, zu erzeugen.

Bei einem helfen sicher auch die Weinbauern, die Landwirte mit und das haben wir schon in der Debatte von verschiedenen Kollegen gehört, nämlich die Erhaltung der Kulturlandschaft. Gerade Österreich als Fremdenverkehrsland, als Tourismusland ist abhängig von einer gepflegten Landschaft.

Und ein paar Worte noch, weil ich in letzter Zeit konfrontiert worden bin auch mit der Situation in der Wachau. Mit den Terrassen, wo bei vielen, die diese Landschaft lieben und schätzen, die Sorge besteht, daß diese Terrassenweingärten in Zukunft nicht mehr gepflegt werden. Weil eben, auch im Weinviertel natürlich, aber speziell in der Wachau, der Bau der Mauern sehr viel Mühe macht. Die Sorge besteht, daß diese Flächen, wenn wir der EG beitreten, nicht mehr gefördert werden. Ich bin sehr froh, daß das Land Niederösterreich hier einspringt und den Bergweinbauflächenzuschuß weiterhin auch gewährt. Im Jahr 1992 waren es bereits 622 Anträge, die positiv behandelt worden sind.

Eine Forderung der Weinbauern, die schon sehr lange besteht, ist auch immer wieder der Abbau der Bürokratie. Wenn Sie die Bestandsmeldung - ich weiß nicht, ob Sie die kennen - einmal anschauen, wo es dann um die Überlagerung geht, das ist eine enorme Arbeit. Das wird auf

Dauer unübersichtlich, wenn mehr Ernte da ist und ist sehr schwer zu handhaben.

Eine Forderung von uns - wenn ich sage von uns, meine ich jetzt den Bundesweinbauverband und den Landesweinbauverband - ist auch die Einbeziehung von Tafelwein in die Mengenregelung. Wir haben zwei verschiedene Listen zu führen, für Qualitätswein, dann Prädikatswein und Tafelwein. Da besteht die Möglichkeit und ich finde, man müßte sie ergreifen, einem zu großen Angebot an Wein entgegenwirken zu können. In der EG gibt es auch Verwertungsmöglichkeiten von Tafelwein. Das muß man natürlich auch mit einbeziehen und schauen, daß das letztendlich auch bei uns möglich wird.

Ich bringe daher einen Resolutionsantrag ein, der sich mit dem Thema Wein beschäftigt. Eben mit diesen Dingen, die ich angesprochen habe. Und ich ersuche die anderen Fraktionen, diesem Antrag zuzustimmen oder beizutreten (*liest*):

#### "Resolutionsantrag

der Abgeordneten Lembacher zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1994 (Ltg. 52/V-1) betreffend Stärkung der Weinwirtschaft.

Zur Verbesserung der schwierigen Situation, in der sich ein Großteil der NÖ Weinbauern durch die anhaltend angespannte Preis- und Absatzsituation befindet und die sich durch die Frostschäden des Jahres 1993 weiter verschärft hat, sowie zur Stärkung der Ausgangsposition im Hinblick auf die zunehmende wirtschaftliche Integration Europas, ist ein umfassendes Maßnahmenbündel raschest in Angriff zu nehmen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, bei der Bundesregierung

- für eine praxismgerechte, bürokratische Hemmnisse abbauende Novellierung des Weingesetzes durch folgende Punkte einzutreten:
  - schrittweise Anpassung der Mengenkontrolle an EG-rechtliche Bestimmungen,
  - Schaffung einer Mengenbeschränkung unter Einbeziehung des Tafelweines, bei der pro Jahr nicht mehr als 7.500 Liter je Hektar in Verkehr gebracht werden dürfen,"

Das heißt also, daß die Weinbauern selber entscheiden, ob sie diese Menge in dem Jahr verkaufen oder ob sie sie überlagern wollen, um diese große Bürokratie, die da ist, abzubauen. *(Abg. Dr. Bauer: Frau Kollegin! Das war ein Wunsch Ihrer Fraktion, diesen Tafelwein extra zu behandeln!)*

Nein, das war kein Wunsch, das können Sie mir nicht erzählen. Das stimmt ja nicht! Denn der Landesweinbauverband und Bundesweinbauverband waren immer der Meinung, den Tafelwein in die Mengenregelung einzubeziehen. Das war er von Anfang bis zum Schluß. *(Abg. Dr. Bauer: Im Parlament war dem nicht so!)*

Ich setze mit dem Antrag fort *(liest)*:

- "- Vereinfachung der Bestands- und Mengenmeldungen,
  - Schaffung von EG-konformen Verwertungsmöglichkeiten,
- sich für eine steuerliche Entlastung der Weinwirtschaft einzusetzen, um Wettbewerbsnachteile zu beseitigen,"

Wie ich gehört habe, gibt es Gottseidank noch eine Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt und mit der Weinsteuern beschäftigt. Und vielleicht gelingt es doch noch, für die Weinbauern und für die Weinwirtschaft einen Erfolg zu erzielen *(liest)*:

- für eine Abgeltung der Frostschäden im Weinbau zu sorgen,
- sich für eine Unterstützung beim Aufbau von Gebietswein-Weinmarken einzusetzen, um neue, kaufkräftige Märkte für den hoch qualitativen Wein aus NÖ raschest erschließen zu können."

Soweit der Resolutionsantrag. Ich ersuche die Damen und Herren der Fraktionen, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben im Interesse der Weinwirtschaft Niederösterreichs. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kurzreiter.

Abg. KURZREITER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorerst ein paar Anmerkungen zu jenem, was bisher im Zuge der sogenannten Agrardebatte

hier im Landtag gesagt wurde. Herr Kollege Marchat, ich möchte festhalten, Sie haben hier den Herrn Ing. Hofbauer falsch interpretiert. So hat er es nämlich nicht gemeint. Daß es hier nur um die Interessen der verarbeitenden Industrie ginge. Aber auch Ihnen als praktizierenden Bauern müßte bekannt sein, daß der Bauer unter anderem auch Erzeuger von Rohstoffen ist und wir ein eminentes Interesse daran haben müßten, hier wirksame und schlagkräftige Be- und Verarbeitungsbetriebe zu haben. Dann nur dann können wir unsere Möglichkeiten auf diesem Gebiet voll ausnützen. Hier sitzen wir in einem Boot, hier brauchen wir diese Verarbeitungsbetriebe. Darüber hinaus arbeiten gerade in diesen Bereichen viele Nebenerwerbsbauern, die dort ihre Arbeitsplätze finden.

Wenn Sie gesagt haben, es geht Ihnen vorrangig um die Erhaltung der Vollerwerbsbetriebe, dann ist das natürlich auch ein Ziel der Agrarpolitik, möglichst viele Vollerwerbsbetriebe zu erhalten. Aber darüber hinaus möchte ich hier festhalten, daß auch der Nebenerwerb wichtig ist und daß es daher auch den Nebenerwerb in Zukunft geben wird. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Und wir sind an einer guten Wirtschaftspolitik interessiert. Vor allem auch daran, daß auch in ländlichen Regionen genügend Betriebe vorhanden sind, in denen Nebenerwerbsbauern in annehmbarer Entfernung Arbeitsplätze vorfinden, weil damit die Infrastruktur in ländlichen Regionen aufrecht erhalten werden kann. Und das ist ein ganz wichtiges Ziel auch der Agrarpolitik. Das war immer unsere Linie.

Ein weiterer Aspekt: Sie haben gesagt, Kommassierungen seien was Negatives. Ich möchte

hier festhalten, daß es Kommassierungen gegeben hat, wo die Art, wie man diese Operationen durchgeführt hat, auch negative Auswirkungen vor allem in ökologischer Hinsicht, mit sich gebracht hat. Hier hat jedoch ein klares Umdenken Platz gegriffen. Kommassierungen werden zur Zeit in einer Art und Weise durchgeführt, daß sehr wohl auf ein Landschaftsbild, auf die Erhaltung der natürlichen Ressourcen in der Landschaft Rücksicht genommen wird. Aber ich möchte trotzdem hier betonen, daß für die Bauern selbst Kommassierungsverfahren eine wichtige Maßnahme darstellen, um rationeller wirtschaften zu können und dementsprechend rascher die Bewirtschaftung ihrer Flächen bewerkstelligen zu können.

So einfach, wie Sie sich das halt immer wieder bei Ihren Aussagen machen, liegen die Dinge nicht. Man muß diese immer wieder differenziert sehen. Und wenn Sie sagen, Geld für die bäuerliche Interessensvertretung ist kein Geld für die Bauern, so bin ich auch hier nicht Ihrer Meinung. Wir sind sehr wohl daran interessiert, eine schlagkräftige bäuerliche Interessensvertretung zu haben. Sie wissen, daß es nicht so ohne weiteres möglich ist, die Kammerumlage zu erhöhen, weil man damit die Bauern belasten würde. Diesen Sinn haben auch diese Mittel hier im Landesbudget, dafür eingesetzt zu werden, daß die Interessensvertretung dementsprechend ihre Aufgaben effizient erfüllen kann.

Und ich glaube, der Großteil der Bauern ist auch nicht Ihrer Meinung, wenn Sie hier neuerlich verlangt haben, daß man Bezirksbauernkammern zusperrt. Weil diese Kammern eine sehr positive Arbeit leisten, Stützpunkte für die Landwirtschaft und für die Bauern in den Bezirken sind, bestmögliche Beratungsarbeit geleistet wird, was die Bauernjugend, was die Bäuerinnenorganisation und ähnliches mehr anbelangt. Natürlich muß man diese Organisationen immer wieder nach den Kriterien der Sparsamkeit überprüfen, das ist schon richtig und das geschieht bitte auch. Aber man muß auch zur Kenntnis nehmen, daß es wieder eine Beamtenlohnrunde von 2,55 Prozent gegeben hat und daß auch dort das Personal entsprechend bezahlt werden muß, also höhere Kosten auflaufen. Das ist im Bereich der Landesbediensteten, der Bundesbediensteten, überall so. Und wir haben uns ebenfalls damit zu beschäftigen.

In einem stimme ich Ihnen voll zu, was hier den Hagelversicherungsbeitrag anbelangt, sowohl vom Bund her als auch vom Land her. Und ich kann für meine Person sagen, wir werden Ihren Resolutionsantrag unterstützen. Ich glaube, das

ist eine EG-konforme Regelung, daß man Bauern bei diesen Beiträgen, die wichtig sind, entlastet. Diese Versicherungen sind ungemein wichtig und wir wollen, daß sich die Bauern versichern lassen. Daher muß es zu einer Entlastung bei den Beiträgen kommen, dann wird auch der Prozentsatz der Bauern, die sich versichern lassen, deutlich höher sein. Hier glaube ich, ist es notwendig, daß etwas geschieht. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Auch mit den Prozentsätzen, das ist voll in Ordnung.

Bei der Erhöhung der Direktzahlungen liegen Sie natürlich auf der offiziellen Linie der Agrarpolitik, daran führt kein Weg vorbei. Das ist klar. Hier deckt sich Ihre Forderung voll mit der Forderungen der offiziellen Linie der Agrarpolitik.

Der Herr Kollege Schütz hat gesprochen zu der schwierigen Situation des Waldes und der Holzwirtschaft. Ich muß ihm hier recht geben. Ich habe mich mit Forstleuten unterhalten, die sich auch beklagt haben, daß der Wald zur Zeit leider kaum Rendite abwirft. Das ist nicht nur ein Problem für die Bauern, sondern betrifft die gesamte Forstwirtschaft. Letztlich auch die Arbeitnehmer im Forstbereich, weil die Bewirtschaftung gefährdet ist, weil ein Wirtschaftszweig hier kaum Rendite abwirft.

Sie haben auch, Herr Kollege Schütz, die Frage aufgeworfen, Sie glauben, daß hier oft die Bauernvertreter nicht die Interessen der Bauern vertreten. Der Strukturwandel wird achselzuckend hingenommen, sagen Sie, und sie vertreten Ihrer Meinung nach vorwiegend die Interessen der Agrarindustrie. Ich muß das für meine Person, Herr Kollege Schütz, zurückweisen. Ich empfinde das fast als Beleidigung. Wir sind hier Jahr und Tag bemüht, für die Bauern etwas herauszuholen. Sie wissen selbst, wie schwierig das ist. Gerade auch als Angehöriger der Sozialdemokratischen Fraktion müßten Sie wissen, wie schwierig es gerade oft auch in Ihren Reihen ist, Verständnis für die Interessen der Bauern zu finden. Ich muß sagen, diese Aussage von Ihnen hat mich wirklich ein bißchen peinlich berührt. Und weil Sie sagen, je höher die Erträge, umso schlechter für die Bauern: Wir haben alle seinerzeit in unseren Fachschulen und in der Ausbildung gehört, daß der Bauer rationell wirtschaften soll. Und es sei eine Steigerung der Erträge wichtig, weil er dann eine bessere Rendite hat. Wir wissen schon, daß die Zwangslage bei der Verwertung der agrarischen Produkte es uns als angepaßt erscheinen läßt, hier ab und zu die Produktion zurückzunehmen. Aber wenn Sie hier in den letzten vier, fünf Jahren die Linie der Agrarpolitik verfolgt haben, so glaube ich, geschieht das ja bitte auch.

Wir haben den Milchmarkt in den Griff bekommen. Wir haben auch in anderen Bereichen, wenn ich an das Getreide denke, die Produktion deutlich zurückgenommen durch verschiedene Maßnahmen. Und hier geschieht einiges. Die Konzentration der Förderungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Förderungsfonds, auch das, Herr Kollege Schütz, passiert ja.

Ich habe auch gehört, daß der Herr Kollege Keusch, der ja gerade nicht unbedingt sich immer wieder durch agrarfreundliche Aussagen hervortut, gesagt hat, wir haben andere Sorgen als die "depperte" Weinsteuer. Es ist, Herr Kollege, wieder bezeichnend, wie Sie hier die Situation der Landwirtschaft qualifizieren, welchen Stellenwert das bei Ihnen hat. *(Zwischenruf: Es gibt tatsächlich wichtigere Probleme!)*

Ich möchte dazu keinen Kommentar abgeben. Es ist bezeichnend für Ihre Geisteshaltung. Auch der Herr Kollege Uhl hat ja im Zuge der vorgestrigen und gestrigen Debatte einige Male eingeworfen, naja für die Bauern ist immer Geld da und für dieses und jenes ist halt keines da. *(Abg. Uhl: Reißen Sie bitte Wortmeldungen nicht aus dem Zusammenhang!)* Herr Kollege Uhl, so ist es leider nicht! *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Redner kann auf die Zwischenrufe nicht reagieren, wenn Sie gleichzeitig erfolgen.

*(Abg. Uhl: Wenn Mittel für die Landwirtschaft in Niederösterreich aufgewendet werden sollen, da wird nicht gezögert, dann müssen sie da sein. Bei anderen Maßnahmen heißt es, es ist halt kein Geld da. Ich habe nicht die Förderung kritisiert!)*

Abg. KURZREITER (ÖVP): Sie haben das jetzt klargestellt. Ich darf Sie bitten, mir weiter aufmerksam zuzuhören. Dann werden Sie nämlich draufkommen, daß dem nicht so ist, daß immer, wenn für den Agrarbereich Geld benötigt wird, das auch vorhanden wäre. Sie werden, wenn Sie mir

zuhören, noch draufkommen, daß das bei Gott - und leider, muß ich aus meiner Sicht sagen - nicht so ist.

Zu Beginn vielleicht ein kurzes Wort zur wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaft in Niederösterreich. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei schwierige, vor allem auch witterungsmäßig äußerst ungünstige Jahre mit beachtlichen Dürre- und Frostschäden haben gebietsweise zu empfindlichen Ernteausfällen geführt.

Eine deutliche Verschlechterung des Waldzustandes - Kollege Schütz hat es angezogen - mit gleichzeitigen Tiefstpreisen bei Holz, weiters Niedrigstpreise im Bereich der Schweineproduktion, Probleme bei der Weinvermarktung - Kollegin Lembacher hat darauf hingewiesen - bereiten unseren Bauern große Sorgen. Sie führen zur Verunsicherung und teilweise auch zur Resignation. Das möchte ich auch deutlich sagen. Dazu kommen noch die großen Schwierigkeiten bei den Beitrittsverhandlungen mit der EG und ein möglicher Abschluß der GATT-Verhandlungen. Heute findet ja hier wieder eine Verhandlungsrunde statt, wo sich ja nicht gerade Vorteile für die Landwirtschaft abzeichnen. Dazu komme ich aber noch im späteren Teil meiner Ausführungen.

Gerade unter diesen Aspekten, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Haltung des Finanzministers der Republik Österreich völlig unverständlich. Nämlich, bisher keine Budgetmittel, keine Bundesmittel zur Abdeckung der ärgsten Schäden und Ernteeinbußen durch die Dürre im heurigen Jahr zur Verfügung zu stellen. Und es hat auch keine Bereitschaft der SPÖ-Fraktion im Parlament, im Nationalrat gegeben, zu einer Änderung des Katastrophenfondsgesetzes, um diese Abdeckung vornehmen zu können. Das ist der ausschließliche Grund dafür, daß bisher nichts geschehen ist. Die betroffenen Bundesländer, auch Niederösterreich, haben längst ihre Bereitschaft bekundet, ihren Anteil dafür zu übernehmen. Eine Finanzierung 60:40 ist ja hier vereinbart. Und gerade Minister Lacina hat im Sommer bei der Förderungsabwicklung im Bereich der Landwirtschaft hier die Abwicklung blockiert, weil es zu dieser Vereinbarung 60:40 gekommen ist. Dies wurde also vereinbart und würde für das Land Niederösterreich in den nächsten Jahren bedeuten, daß wir zusätzliche Budgetmittel allein aus diesem Titel zur Verfügung stellen müssen. Und trotzdem bisher keine Bereitschaft auf Bundesebene, von Seiten des Finanzministers, Mittel zur Verfügung zu stellen. *(Zwischenruf: Herr*

*Kollege, Weihnachten kommt erst! Wünschen kannst Du Dir viel!*

Zur Abdeckung der Milliardenverluste bei der AMAG, meine sehr verehrten Damen und Herren, verursacht unter anderem durch unsinnige Auslandsbeteiligungen, wofür hoffentlich die Verantwortlichen auch zur Verantwortung gezogen werden - ich hoffe, daß das auch in Ihrem Sinne ist, Herr Kollege Mag. Kaufmann - Milliardenbeträge in zweistelliger Höhe zur Verfügung zu stellen, diese Bereitschaft des Herrn Finanzministers schätze ich wesentlich höher ein. (*Heftige Unruhe im Hohen Hause. - Abg Mag. Kaufmann: Das ist nur ein Bruchteil der Überschußförderung!*) Auch das stimmt nicht, was Sie sagen! Bitte, Sie wissen selbst genau, daß das nicht stimmt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bin es eigentlich leid, aber ich muß hier neuerlich einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Kurzreiter zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1994 (Ltg. 52/V-1) betreffend Dürre- und Frostschäden in der Landwirtschaft.

Der Landtag von NÖ hat in seiner Sitzung vom 4. November 1993 die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß die Dürre- und Frostschäden in der NÖ Landwirtschaft durch eine ähnliche Förderungsaktion wie im Jahr 1992 abgegolten werden.

Auf Grund dieses Antrages ist der Agrarreferent des Landes NÖ bereits mehrmals" - ich möchte das betonen, bereits mehrmals und mit wirklicher Vehemenz; ich setze fort - "bei der Bundesregierung vorstellig geworden. Eine Regelung im Sinne des Antrages konnte bisher nicht erreicht werden.

Eine ehebaldige Abgeltung der Dürre- und Frostschäden stellt für die Landwirtschaft eine unbedingte Notwendigkeit dar und sind daher vom Bund sofort Maßnahmen zu setzen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Die Landesregierung wird neuerlich aufgefordert, sich für eine Abgeltung der Dürre- und Frostschäden bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundesminister für Finanzen einzusetzen."

Ich darf Sie bitten, mir Ihre Zustimmung zu diesem Antrag zu geben. Und ich hoffe, daß jetzt endlich - die Verzögerung ist ja eklatant - es hier zu Maßnahmen von seiten des Bundes und von seiten des Finanzministers kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird des öfteren behauptet, Niederösterreich ist das führende Agrarland der Republik. Ich glaube, diese Behauptung stimmt. Es ist der Stellenwert in Niederösterreich, was die Landwirtschaft betrifft, höher als in anderen Bundesländern. Der Voranschlag 1994 trägt dieser Tatsache, meiner Meinung nach leider nur bedingt Rechnung. Insgesamt stehen im Budget des Landes 849 Millionen Schilling für die Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung. Das ist zwar eine Steigerung gegenüber 1993 um etwas mehr als neun Prozent. Das ist also der Anteil ohne das landwirtschaftliche Schulwesen. Es handelt sich hier um einen Prozentsatz am Gesamtbudget von ziemlich genau zwei Prozent. Und ich möchte hier festhalten, daß, wenn man immer wieder sagt, "führendes Agrarland der Republik", daß dieser Budgetanteil im Vergleich zu anderen Bundesländern sich eher bescheiden ausnimmt und daß es klares Faktum ist, daß wir gerade auch in den nächsten Jahren - ich komme dann noch darauf zurück, in welchen Bereichen - hier klare und deutliche Schwerpunkte setzen müssen!

Durch die Landwirtschaftsförderung werden viele Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum unterstützt. Die wichtigste Maßnahme dabei ist die Förderung des Güterwegebau, des Güterwegeausbaues, des Neubaus, wofür im Budget rund 100 Millionen Schilling an bauwirksamen Förderungsmaßnahmen von seiten des Landes vorgesehen sind. Die 25 Millionen, Herr Kollege Marchat, die Sie angezogen haben, hier handelt es sich um die Güterwegeerhaltung, für die wir Gottseidank einen beachtlichen Schwerpunkt setzen konnten und mit den Gemeindemitteln, mit der Bedarfszuweisung und den Interessentenbeiträgen können wir auch rund 100 Millionen Schilling für die Güterwegeerhaltung zur Verfügung stellen. Mit den 100 Millionen für den Ausbau ist das ein

echter Schwerpunkt. Und das ist sehr wohl im Interesse der Bauern. Es ist mir völlig unverständlich, wie Sie sagen können, hier haben die Bauern nichts davon! Meine Meinung ist, sehr wohl haben die Bauern etwas davon. Es haben auch die anderen etwas davon. Wenn ich an unsere Fremdenverkehrsgebiete denke und so weiter. Jawohl, wenn Sie das meinen, gebe ich Ihnen recht. Aber zu sagen, das sei nicht im Interesse der Bauern, ich weiß nicht, da kann ich Ihrer Argumentation wirklich nicht folgen.

Der landwirtschaftliche Förderungsfonds ist mit 310 Millionen Schilling dotiert, womit auch die Finanzierung der Sonderprogramme und heuer erstmals auch das Grenzlandsonderprogramm abgedeckt wird. Bei diesen Sonderprogrammen geht es vorrangig darum, klimatisch und strukturell benachteiligten Regionen eine zusätzliche Hilfestellung angedeihen zu lassen.

*(Zweiter Präsident Haufek übernimmt den Vorsitz.)*

Darüber hinaus wurde mit der Errichtung von ökosozialen Direktzahlungen auch von seiten des Landes Niederösterreich ein wichtiger und notwendiger Schritt in die Richtung getan, die Pflege und Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft jenen verstärkt abzugelten, welche diese Leistungen im Interesse der gesamten Bevölkerung erbringen. Im Voranschlag sind dafür rund 70 Millionen vorgesehen. Herr Kollege Uhl, damit bin ich wieder bei Ihnen! 70 Millionen Schilling, keine Aufstockung dieser Budgetpost. Herr Kollege Uhl ist jetzt nicht bereit zuzuhören, dann stellt er wieder Behauptungen auf, die nicht stimmen. Jetzt hört er mir leider nicht zu. 70 Millionen Schilling beträgt diese Budgetpost, so wie im Vorjahr. Es gab keine Erhöhung. Wobei immer wieder auch von Ihrer Fraktion eine Ausweitung der Direktzahlungen verlangt wird, Herr Kollege Schütz! Keine Anhebung dieser Position, wiederhole ich. Das ist für mich ein Beweis, daß es nicht so ist, daß immer wieder Geld da ist für die Bauern, so je nach Bedarf halt. Leider ist dem nicht so! *(Zwischenruf bei Abg. Kautz.)*

Sie müssen sich, Herr Kollege Kautz, das genauer anschauen. Ich habe immer den Eindruck, Sie wissen nicht genau, wovon Sie sprechen. Sie sind hier nicht Fachmann, obwohl Sie immer wieder den Eindruck erwecken wollen. Schauen Sie sich die Zahlen bitte einmal genau an.

Mit diesen Ausgleichszahlungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, welche gerade für unsere Bergbauern äußerst wichtig sind und die

eine weitere rasante Abwanderung aus unseren jetzt schon zum Teil sehr dünn besiedelten Gebieten hintanhaltend sollen, wollen wir eine Abgeltung der Leistungen im Rahmen der Landschaftspflege erreichen. Dieses Instrumentarium der Ausgleichszahlungen - und das muß ich auch sagen - mit dem wir in Österreich noch weit hinter den meisten EG-Ländern zurück liegen, gilt es in den nächsten Jahren auszubauen und zu verbessern, das ist überhaupt keine Frage.

Aber vor einem muß ich in diesem Zusammenhang auch warnen. Weil es nicht realistisch ist: Man versucht immer wieder den Eindruck zu erwecken, diese Einkommenseinbußen, die dann eintreten, wenn es zu einem massiven Preisverfall bei den agrarischen Produkten kommt, können mit diesen Direktzahlungen ausgeglichen werden. Ich muß Ihnen sagen, daß 1 Prozent Preisreduzierungen bei allen Sparten der bäuerlichen Produktion rund 650 Millionen Schilling Einkommensverlust bedeutet. Ich frage mich, wer soll das ausgleichen, wenn davon gesprochen wird, daß Agrarpreise um 20 %, 30 % zurückgehen; bei diesen Budgetproblemen, die es jetzt schon gibt. Also, Herr Kollege Uhl, da gebe ich Ihnen recht! Das ist eine Problematik, die größte Probleme aufwirft.

Es geht, glaube ich, auch in Zukunft darum, die Urproduktion im Bereich der Landwirtschaft abzusichern, durch die der Großteil der Bauern ihr Einkommen erwirtschaftet. Wobei natürlich ständig die Verpflichtung gegeben ist, auf die Wünsche und Bedürfnisse der Konsumenten einzugehen. Auch auf jene des Marktes einzugehen. Auch darauf, was unsere Be- und Verarbeitungsbetriebe verarbeiten können, wo zusätzliche Marktchancen sich darstellen. Und darauf muß auch die Produktion ausgerichtet werden. Die Positionen im Voranschlag Viehabsatz mit 135 Millionen und Weinabsatz mit 34 Millionen Schilling sind als solche Maßnahmen zu sehen, um notwendige Exportmaßnahmen sicherstellen zu können, die Absatzmärkte abzusichern und dramatische Preiseinbrüche verhindern zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es dafürsteht, kurzfristiger, oft auch unbedeutender finanzieller Vorteile Willen für die Konsumenten, wobei sehr oft auch noch die geringeren Qualitätsansprüche berücksichtigt werden müssen, die Existenz zehntausender bäuerlicher Betriebe in Europa zu vernichten. Um diese Problematik geht es letztlich bei den sogenannten GATT-Verhandlungen, zu denen auch heute wieder eine Verhandlungsrunde stattfindet.

Und wo einige Überseeländer wie USA, Kanada, Australien und andere, einen völlig freien Zugang ihrer Agrarproduktion in den gesamten europäischen Raum verlangen.

In den Bergregionen Europas und auch Österreichs sind Strukturen und Betriebsgrößen, sprich Agrarfabriken, wie in den USA undenkbar. Das würde zu einer Verödung weiter Landstriche führen, zur weiteren Entsiedlung ländlicher Räume und zu einem Zusammenbruch der Infrastruktur. Auch mit der Versorgung in Krisenzeiten wäre es sehr schlecht bestellt. Und es wären letztlich auch - und das ist für Österreich, glaube ich, von großer Bedeutung - massive Einbrüche im Bereich des Fremdenverkehrs zu befürchten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der bisherige Verlauf der EG-Beitrittsverhandlungen im Bereich Landwirtschaft mit der harten und uneinsichtigen Haltung von Seiten der EG ist bei Gott nicht dazu angetan, Optimismus und Zuversicht in der Bauernschaft zu erzeugen. In dieser Situation geht es darum, daß die Interessen und Existenzsicherung der österreichischen Landwirtschaft ein nationales Anliegen sein müssen. Daß die Solidarität der gesamten österreichischen Gesellschaft zu einer Berufsgruppe gefordert ist, welche unverzichtbare Leistungen im Interesse aller Staatsbürger erbringt. Das heißt ganz konkret, daß wir selbst, der österreichische Staat, Bund und Länder, uns für die Landwirtschaft zuständig und verantwortlich fühlen müssen. Um in der Folge auch alle Möglichkeiten im Bereich des EG-Förderungssystems ausschöpfen zu können.

Eine wirtschaftlich gesunde und erfolgreiche Landwirtschaft sichert Arbeitsplätze im Bereich von Gewerbe und Industrie. Herr Klubobmann Dr. Bauer hat hier bei seinem Beitrag deutlich darauf hingewiesen, daß uns zur Zeit auch Investitionen fehlen im Bereich der Wirtschaft. Leider halten sich auch die Bauern mit Investitionen in dieser Situation zurück, obwohl wir gerade diese Investitionen, wenn ich an die Landmaschinenindustrie, an die Bauwirtschaft und ähnliches denke, diese Investitionen für einen Aufschwung der Wirtschaft sehr notwendig brauchen würden. Diese funktionierende Landwirtschaft erhält letztlich die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes, pflegt und erhält unsere Kultur- und Erholungslandschaft und garantiert letztlich die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln auch in Krisenzeiten. Sie bedeutet damit Sicherheit für alle Staatsbürger.

Sollte sich im Zuge der EG-Beitrittsverhandlungen herausstellen, daß letztlich die Bauern als klare Verlierer bei einem Beitritt Österreichs übrig bleiben, so wird dies einen wesentlichen, wenn nicht sogar entscheidenden Einfluß auf das Abstimmungsverhalten der Österreicher haben. In negativer Hinsicht nämlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, das muß uns natürlich allen klar sein. Ich glaube, es ist notwendig, dies so klar und deutlich zu sagen, weil es zur Zeit den Anschein hat, daß es keinesfalls möglich ist, unsere Forderungen im Bereich der Landwirtschaft bei den Verhandlungen auch nur annähernd umsetzen zu können. Ich persönlich bin überzeugt, daß im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung die Land- und Forstwirtschaft einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Und es erscheint wahrscheinlich nur ganz wenigen Mitbürgern als eine anzustrebende Maxime, einen zusätzlichen Wohlstandsgewinn unter der Prämisse zu erreichen, daß ein ganzer Berufsstand letztlich wirtschaftlich ins Out gedrängt wird und unter die Räder kommt.

Auch in einem vereinten Europa werden wir unsere nationale Eigenständigkeit bewahren. Das wollen wir, hier darf es keine Zugeständnisse in irgendeiner Richtung geben. In diesem gemeinsamen Haus Österreich muß auch die Existenz einer wirtschaftlich gesunden, leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft möglich sein. Das ist für die Menschen in diesem Land ein Anliegen und die politischen Verantwortungsträger im Bund und Land sind hier voll gefordert, dafür auch die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Demzufolge sind die Beitrittsverhandlungen mit der notwendigen Härte und Konsequenz zu führen. Nur ein akzeptables Verhandlungsergebnis, verbunden auch mit nationalen, verbindlichen Zusagen kann hier zu einem positiven und zustimmenden Abstimmungsverhalten führen. Ein Grundkonsens über Parteigrenzen hinweg sowie die Solidarität aller Mitbürger ist hier unumgänglich notwendig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Marchat gemeldet.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich mußte mich nochmals zu Wort melden, um ein paar Unklarheiten richtig zu stellen, die der Herr Abgeordnete Kurzreiter in den Raum gestellt hat.

Bezüglich der Nebenerwerbsbauern: Es war überhaupt nicht meine Absicht, auf die Nebener-

werbsbauern loszugehen, im Gegenteil. Ich habe gesagt, die Regel sollte der Nebenerwerbsbetrieb werden und das kann es nicht sein. Der Beruf eines Nebenerwerbsbauern ist unmenschlich. Zwei Berufe auszuüben, man kann auch nur einmal leben. Am Tag geht er in die Arbeit, am Abend, am Wochenende, an den Feiertagen betreibt er seine Landwirtschaft. Die Arbeit in der Landwirtschaft wird größtenteils dann von der Bäuerin getragen. Der Gesundheitszustand dieser Berufsgruppe ist, das dürfte bekannt sein, schlecht. Gerade die Bäuerinnen bei Nebenerwerbsbauern sind gesundheitlich sehr angegriffen. Und es muß doch, glaube ich, volkswirtschaftlich interessanter sein, daß man im Vollerwerbsbetrieb die Zukunftsvariante sieht. Wenn ich mir das anhöre, es zielt alles nur mehr auf den Nebenerwerbsbetrieb hin. Und das kann es nicht sein, zweimal arbeiten zu müssen, um einmal zu leben.

Zu den Kommassierungen, also ob da alle so glücklich sind, bezweifle ich. Gehen Sie ein bißchen ins Land hinaus. Fahren Sie nach Oritzberg, da ist im Jahr 1972 eine Kommassierung gemacht worden, die ist bis heute nicht abgeschlossen. Das ist beim Europäischen Gerichtshof anhängig, es liegt bei der Bundesregierung ... *(Abg. Kurzreiter: Sie nennen ein Beispiel, das 21 Jahre zurückliegt!)*

Das ist nicht ein Beispiel, da gibt es genug Beispiele. Sogar im Waldviertel, in Ihrer unmittelbaren Umgebung gibt es ein Beispiel. Und dann ist mir auch klar, daß wir so viele Millionen für die Wegesanierung brauchen. Die Kommassierungen, wie sie seinerzeit angelegt worden sind, sind nicht richtig. Das muß man einmal ehrlicherweise sagen. Heute wird sicherlich schon anders kommassiert, kleiner kommassiert. Damals hat man es nicht besser gewußt. Ich mache da niemandem einen Vorwurf. Aber ich kann es heute nicht als das Allheilmittel da heraußen loben. Das sollte nicht passieren. *(Abg. Kurzreiter: Sie haben gesagt, das brauchen wir nicht!)* Ich habe nicht gesagt, das brauchen wir nicht. Das sind immer so Unterstellungen.

Bezüglich der Direktzahlungen, glaube ich, als Landwirt kann ich schon so stolz sein und sagen, das fordern wir. Und das wird auch zu bezahlen sein. Weil wenn ich rechne, daß in den nächsten vier, fünf Jahren sicher 40.000 bis 50.000 Personen aus der Land- und Forstwirtschaft auf den Arbeitsmarkt drängen werden, dann wird es sinnvoll sein, daß man diese Personen auf ihrem Bauernhof zu Hause läßt, bei ihrer Familie. Das hat auch einen

familienpolitischen Aspekt. Die Bäuerin kann mehr Kinder bekommen. Wir haben wieder mehr Leute, die in die Pensionsversicherungsanstalt einzahlen. Das ist doch ein Aspekt. Und diese Bevölkerung belastet nicht den Arbeitsmarkt. Das bedeutet, um 40.000 oder 50.000 Arbeitslose weniger. *(Heiterkeit im Hohen Hause.)* Bei 50.000 Arbeitslosen weniger, wenn man sich das ausrechnet, was für einen Betrag das ausmacht, sind die 650 Millionen gar nichts dagegen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, als Bauer muß man schon so stolz sein, das einfach zu fordern. Ich habe nichts gegen die Eisenbahner. Aber 34 Milliarden für die Eisenbahn, die werden einfach vergeben. Da fragt niemand, wieviele Leute profitieren davon. 34 Milliarden und da fragt niemand, wer finanziert denn das? Das ist denen egal. Wir Bauern machen uns Gedanken, wie man das finanzieren kann durch Entlastung des Arbeitsmarktes usw. Und da, glaube ich, können wir schon so viel Mut beweisen. Da müssen wir halt zusammenhalten!

Ein wesentlicher Aspekt, den Sie angesprochen haben, sind die Investitionen in die Maschinenindustrie. Ich habe genau dasselbe, aber genau dasselbe, bei der Agrardebatte gesagt in der letzten Landtagssitzung. Der Herr Abgeordnete Friewald lacht schon. Die Maschinenbauer sind ihm wurscht, hat er gesagt. Und Sie sagen heute, Sie machen sich Sorgen um die Maschinenindustrie. *(Abg. Kurzreiter: Ich sagte, die Bauern halten sich mit ihren Investitionen zurück!)* Genau dasselbe habe ich gesagt. Das steht im Protokoll. Genau dasselbe habe ich gesagt. Und da hat der Abgeordnete Friewald gesagt, es ist ja gar nicht gut, wenn sie so viel investieren. Ist ja klar, wenn sie kein Geld haben, können sie nichts investieren. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Daher lebt auch die Maschinenindustrie damit und das sind wieder Arbeitsplätze usw. Ich glaube, wir kommen alle auf einen gemeinsamen Nenner.

Zu den beiden Anträgen. Beim Antrag der Frau Abgeordneten Lembacher können wir mitgehen. Ich möchte nur wissen, wo der Beschluß ist, in dem die Freiheitliche Partei einer Weinsteuern von acht Schilling zugestimmt hat. Das möchte ich einmal sehen. Weil ich kenne dies nur vom Rednerpult und im Bauernbündler lese ich das, aber ich habe das noch nie schwarz auf weiß gesehen. Herr Landesrat, Sie haben gestern auch gesagt, wenn da heraußen etwas behauptet wird, dann soll es auch belegt sein. Ich möchte das auch gern belegt haben. *(LR Blochberger: Fragen Sie Herrn Abgeordneten Schreiner! - Abg. Hiller: Das war, Herr Kollge, ein Antrag des Abgeordneten*



und *Hoteliers Peter!*  
Naja, der ist ja ein Liberaler. Der ist Mitglied beim Liberalen Forum! (*Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Stix: Zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht!*)

Zum Antrag des Abgeordneten Kurzreiter werden wir selbstverständlich auch unsere Zustimmung geben. Ich begrüße das sogar, daß Du da noch einmal nachhakst. Ich möchte aber schon in Erinnerung rufen, daß wir im September bereits die ersten waren, die das beantragt haben. Und selbstverständlich wissen wir auch die Leistungen des Herrn Landesrates zu würdigen, der sich wirklich einsetzt. Aber eines muß auch klar sein: Wenn wir das heute einstimmig über die Bühne bringen, dann muß der Druck noch verschärft werden, damit bei der Bundesregierung endlich etwas passiert. Und da sind wirklich auch die Genossen aufgerufen. (*Unruhe im Hohen Hause. - Beifall bei der FPÖ.- Abg. Uhl: Wissen Sie, das Wort "Genossen" besitzt bei uns einen hohen Stellenwert und ich bitte Sie, das auch so zu verstehen!*)

Herr Abgeordneter Uhl! Sie behandeln mich auch nicht immer so, wie das die Kinderstube vorschreibt. Also ich glaube, Sie verzeihen mir den Ausrutscher. Setzt Euch ein bei Eurem Finanzminister, daß der Katastrophenfonds geöffnet wird. Und dann sind wir alle zufrieden. (*Abg. Soukup: Ihr kommt immer dann zu uns, wenn ihr was braucht!*)

Das ist halt so, Ihr habt den Minister, der das Geld hat und wir haben leider keinen Minister. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Ing. Dautzenberg das Wort.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es wird mir sicher schwer fallen, diese gute Stimmung zu halten, aber ich werde mir Mühe geben.

Grundsätzlich ist es so, daß wir über die Haushaltsgruppe 7 etwas enttäuscht sind, weil sie eigentlich mit einer geringeren Budgetierung arbeitet als im Vorjahr. Dazu möchte ich klarlegen, daß das Liberale Forum der Meinung ist, daß diese Probleme, die heute hier diskutiert werden, vom Land allein nicht gelöst werden können. Das heißt, wir werden überall die Hilfe des Bundes dazu brauchen, umso mehr, als es sich bei der Landwirtschaft um den Zweig handelt, der am schwersten bei einem Unionsbeitritt betroffen ist. Das steht außer Diskussion. Und ich glaube auch,

daß die Ausarbeitungen, die bis jetzt vorliegen, die man vom Landwirtschaftsministerium bekommt und die man sich bei Fachgremien beschaffen kann, vollkommen ungenügend sind und nur statistische Aufzählungen bringen, aber keine Lösungsansätze.

Es ist auch unbestritten, daß wir in Österreich 69 % Nebenerwerbsbauern haben. Ein abnormal hoher Satz. Der Schluß zwischen Nebenerwerb und Kinderkriegen ist mir nicht ganz klar, Herr Kollege! Aber irgendwie werden Sie sich etwas dabei gedacht haben dabei. Ich glaube, daß es nicht schädlich ist, wenn man von Nebenerwerb spricht. Denn Nebenerwerb bedeutet ja nicht grundsätzlich, daß der Bauer von seinem Hof weg muß. Man kann hier vom Tourismus sprechen. Das wird in Tirol im extremen Maß betrieben. Man kann hier auch vom Produkt der Lebensmittelindustrie sprechen. Ich vermisse dabei wesentliche Maßstäbe in der Werbung seitens der Kammern dafür. Die österreichischen Produkte werden viel zu schlecht vermarktet. Sie sind es aber nicht. Wir brauchen keine ausländischen Käsesorten im Überangebot in den Läden. Wir haben selbst die Möglichkeit, unsere Sorten so anzubieten, daß sie auch angenommen werden, denn vom Geschmack und der Qualität her besteht kein Unterschied. Gibt man die Etiketten weg, dann erkennt man keinen Unterschied.

Grundsätzlich möchte ich dazu sagen, daß es uns stört - das habe ich gestern auch schon erwähnt - daß im Budget die Direktzuwendungen an die Bauern reduziert wurden. Und zwar beträchtlich. Ich verstehe natürlich die Probleme des Herrn Landesrat Mag. Freibauer, daß es hier Einschnitte geben muß, weil die Gelder nicht vorhanden sind. Wir müßten aber mit Vehemenz trachten, daß wir diesen Zweig unserer Beschäftigten wirklich so erhalten, daß er in der Zukunft den Landschaftsschutz, die Kultur, das Brauchtum und auch die Produkte in dem Maße zur Verfügung stellen kann, wie das Österreich braucht.

Prinzipiell ist dabei die Möglichkeit gegeben, daß Umschichtungen durchgeführt werden. Denn es ist ja heute schon jedem bekannt, daß der Warenaustausch zu etwa 70 Prozent mit der jetzigen EG erfolgt. Und es ist auch bekannt, daß viele Industriezweige enorm durch den Anschluß profitieren werden. Die Bauern gehören nicht dazu. Das kann man nicht diskutieren, das ist so! Es wird daher notwendig sein, daß man dieses Plus, das andere Wirtschaftszweige erarbeiten, in einer ordentlichen Form den Bauern zuführt, um diese sehr wichtige Gruppe zu erhalten. *(Beifall bei Abg. Kurzreiter.)*

Ein weiteres Problem sehe ich auch bei der Holzwirtschaft. Es ist bekannt, daß ich sehr viel im Ostblock bin. Dort sind ungeahnte Reserven an Holz vorhanden, die nie erschlossen wurden. Die praktisch brach liegen und die man jetzt mit Vehemenz in die westeuropäischen Märkte pumpen wird. Ich bin daher der Meinung, daß der Holzpreisverfall von 1.700,- Schilling auf 800,- sich nicht mehr wesentlich ändern wird. Und daher glaube ich, daß es notwendig ist, daß man auch hier überlegt, wie unsere Wälder in Zukunft zu bewirtschaften sind, ohne daß ein Chaos entsteht.

Ein weiterer Punkt, der mich bewegt, ist auch die Förderung der Wege. Sicher müssen diese Wege gebaut werden, um die entfernten Gegenden zu erschließen, um den Wald bewirtschaften zu können. Auf der anderen Seite stört es mich, daß hier Subventionen, Steuermittel aufgewendet werden und diese Wege der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden. Ich glaube, daß der Landtag trachten sollte, daß hier ein Gesetz entsteht, ein Regulativ entsteht, das die Nutzung dieser Wege für den Tourismus ohne Bedenken ermöglicht. Ich kann Ihnen ein Beispiel bringen: Am Annaberg gibt es einen Reitverein, der die größten Probleme hat. Die Hotels sind angefüllt mit Holländern, mit Deutschen und mit Ungarn, die gerne reiten. Aber die Betreiber dieses

Reitstalles bewegen sich ständig im illegalen Bereich. Reiten sie mit ihren Gästen in den Wald und es passiert etwas, haften sie für die Touristen. Die Grundbesitzer halten sich bei ihnen schadlos. Unser erklärtes Ziel ist, wenn man den Tourismus in Niederösterreich fördern will, auch dafür Sorge zu tragen, daß die Landwirtschaft den Reitsport als Nebenerwerb nutzen kann. Und das ist ein guter Nebenerwerb. Es wird heute für diesen Sport schon um zwei Milliarden Schilling allein Futter zugekauft. Das sind 20.000 Kleinbauern. Also so zu unterschätzen ist diese Sportart nicht mehr. Ich glaube, daß der Landtag mit den Interessensvertretungen hier wirklich Sorge tragen sollte, daß der Tourismus dort Zugang findet, damit auch die Tourismusindustrie und der Nebenerwerb gefördert wird.

Die Wirtschaft kommt im Budget überhaupt schlecht weg. Ich bin, ich habe das oft schon hier gesagt, wirklich der Meinung, daß die Klein- und Mittelbetriebe endlich einmal den Stellenwert sowohl in den Budgets, als auch in der Politik bekommen sollten, der ihnen zusteht. Die glorreichen Tage der Staatsindustrie sind vorbei, das bestreitet niemand mehr. Und auch die Bundesregierung hat sich jetzt endlich nach vielen hundert Milliarden Abgang durchgerungen, Schritte zu setzen. Diese Gelder wurden von der Klein- und Mittelindustrie, zum Teil auch vom Kleinstgewerbe aufgebracht. An dieser Stelle möchte ich mich daher dafür einsetzen, daß Klein- und Mittelbetriebe endlich den ihnen zustehenden Stellenwert erhalten.

Kultur- und Landschaftsschutz, das habe ich schon erwähnt, ist ein wesentlicher Bereich, der von den Bauern wahrgenommen wird. In Lackenhof hat der letzte Viehhaltungsbetrieb geschlossen. Jetzt stehen sie dort vor gigantischen Problemen, wie sie die Hänge bewirtschaften sollen bzw. in Ordnung halten sollen. Das Ganze bildet ein integrierendes Gebäude, bei dem die kleinste Entnahme zu einem Einsturz führen kann. Das bitte ich zu bedenken. Angesichts der hier nicht getroffenen Ansätze wird meine Fraktion dieser Haushaltsgruppe nicht zustimmen. *(Beifall beim LIF.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Mautner Markhof gemeldet.

Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Angesichts der Probleme der Verstaatlichten Industrie und die sind leider eine "never ending story", trifft man in Österreich zunehmend auf Skepsis. Man tut sich recht schwer, wenn man für die berechtigten Anliegen der Industrie eine Lanze brechen will. Denn die Verstaatlichte Industrie oder mit ihrer ebenfalls schon ramponierten Bezeichnung "Austrian Industries" wird in Österreich oft als Synonym für Industrie überhaupt genommen. Was für den Großteil der Industriebetriebe nahezu einer Rufschädigung gleichkommt. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Denn man darf ja nicht vergessen, welcher großen Anteil an der Wertschöpfung die Industrie hat. Natürlich unter Einschluß auch der Verstaatlichten Industrie. Bei uns in Niederösterreich trägt die Industrie seit langem rund ein Drittel der realen Wertschöpfung des gesamten Bundeslandes. Sie ist also mit Abstand der größte Sektor in unserer niederösterreichischen Wirtschaft. Und dabei sind wir immer deutlich über dem österreichischen Durchschnitt gelegen.

Wir können als Niederösterreicher auch stolz darauf sein, daß wir als industrielles Kernland Österreichs nicht weniger als ein Fünftel zur Wertschöpfung der gesamtösterreichischen Industrie beitragen. Und letztlich muß auch darauf hingewiesen werden, daß in Niederösterreich dieser Anteil an der realen Wertschöpfung von knapp 30 % mit nur 20 % der Beschäftigten erreicht wurde. Und mit qualifizierten Beschäftigten. Das zeigt deutlich, daß wir in Niederösterreich die Industrie brauchen. Eine moderne und wettbewerbsfähige Industrie.

Nun hört man zu Recht so oft vom Ziel, Niederösterreich müsse der Feinkostladen Europas werden. Ist das ein Widerspruch zu meiner Forderung nach Industrie? Einer modernen und wettbewerbsfähigen Industrie? Keineswegs. Denn der Begriff "Feinkostladen" wird vielfach nur falsch verstanden. Das ist keine Greißlerei, sondern ein Anbot von Besonderem, von Speziellem. Und das gibt es natürlich auch in der Industrie.

Beim Wort Industrie denken manche fälschlicherweise nur an Großkonzerne. Und das ist eben nichts für unser kleines Land. Dem liegt ein doppelter Irrtum zugrunde. Denn erstens besteht die

Industrie nicht nur aus Multis, und zweitens wäre das falsche Bescheidenheit und Kleingläubigkeit. Niederösterreich ist nicht zu klein für Industrie. Eine international konkurrenzfähige Industrie ist auch in Niederösterreich möglich. Das haben wir seit Jahrzehnten bewiesen. Niederösterreich und auch Österreich insgesamt hat eine große Tradition als Industrieland, ist ein guter Standort. Und das darf nicht vergessen werden, die Industrie ist seit jeher der Motor der gesamten Wirtschaft. Das zeigt deutlich, daß wir in Niederösterreich die Industrie brauchen. (*Abg. Sacher: Welche Industrie?*)

Beide, auch die Verstaatlichte Industrie. (*Abg. Sacher: Und dann schimpfen Sie über die Hälfte?*) Ich schimpfe ja nicht, ich sage nur, wie es ist. (*Abg. Sacher: Sie haben doch gerade die Verstaatlichte in Mißkredit gebracht!*)

Ich habe sie nicht mißkreditiert. Aber bestreiten Sie, daß die Verstaatlichte Industrie momentan in einer schlechten Situation ist? (*Abg. Sacher: Würden Sie in der Branche arbeiten, hätten Sie dieselben Probleme!*)

Wichtig ist Optimismus und Selbstbewußtsein. Das ist Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Wirtschaft im allgemeinen und der Industrie im besonderen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Niederösterreich sind jedenfalls sehr geeignet, diesen Optimismus zu ermöglichen. Es wäre allerdings ein Fehler, die vorhandenen Probleme, nicht nur in der Verstaatlichten Industrie, zu übersehen. Der Wandel zu einer durchgängig modernen Industriestruktur ist noch nicht vollzogen. Ich erwähne hier insbesondere das Stichwort "High-Tech".

In der Forschungsintensität erzielen wir in Niederösterreich nur recht mäßige Werte im Vergleich zur gesamtösterreichischen Industrie, die ja bekanntlich hinsichtlich der Forschung selbst nur schwach entwickelt ist. Ein Problem sind auch jene exponierten Industrien in den Grenzregionen, die noch deutlich lohnintensiv produzieren. Es ragen zwar exzellente Einzelbetriebe in nahezu allen Branchen heraus, aber die heutzutage so wichtigen Verbundeffekte können sich noch nicht entwickeln. Anstelle der früher bekannten Industrielandschaften sind noch keine modernen Industrieparks getreten, wo man internationale Branchen und Regionen Niederösterreichs spontan mit hoher Leistungskraft verbindet. Ein internationales Industrieimage also. Es sind daher im Rahmen einer industriepolitischen Offensive zahlreiche Aktivitäten auf vielen Ebenen erforderlich, um eine zukunftssträchtige Industrie zu erreichen. Verbesserung der Standortfaktoren,

wie hauptsächlich ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, Verkehrsinfrastruktur sowie berechenbare öffentliche Lasten und Auflagen. Übersichtliche Förderungsbedingungen, die natürlich mit EWR- und EG-Bedingungen zu koordinieren sind. Eine Forschungs- und Technologieoffensive, für die der NÖ Innovations- und Technologiefonds beispielhaft ist, wo Unternehmen für innovative Forschungsprojekte bis zu 50 % der Kosten zugeschossen werden können. Eine äußerst sinnhafte Investition in die Zukunft unserer gesamten Wirtschaft. Eine Qualifikationsoffensive, für die wir in Niederösterreich mit den Fachhochschulen auf dem richtigen Weg sind. Nur müssen sie auf die regionalen Industriestrukturen speziell ausgerichtet werden. Eine Verkehrsoffensive, die aber nicht einseitig sein darf. In einem noch zu verbessernden vernetzten System von Schiene, Wasser, Straße und Luftweg hat nämlich jeder seine Bedeutung für den Transport. Und auch der oft zu Unrecht verteufelte LKW ist in vielen Bereichen schlicht unersetzbar. Eine Internationalisierungsoffensive in Form eines möglichst raschen Beitrittes zur Europäischen Union. Eine Verwaltungsreform, wie zum Beispiel die Verfahrenskonzentration. Nicht zu vergessen ist auf Privatisierungsmöglichkeiten und eine industriepolitische Umweltoffensive. Vor allem müssen in diesem Bereich die Rahmenbedingungen langfristig festgelegt werden und für den Unternehmer berechenbar sein.

Jeder von Ihnen, meine Damen und Herren, kennt in seinem Bezirk Betriebe und weiß, wie viele Arbeitsplätze das sind. Gerade im derzeitigen Konjunktural können wir auf keinen einzigen davon verzichten. Natürlich ist die sogenannte "kleine Wirtschaft" auch wichtig. Aber ganz ohne Industrie geht es nicht. Ich führe als eines der markantesten Merkmale dafür die Rolle der Industrie in der Forschung und Entwicklung an. Meine Damen und Herren! Forschung und Entwicklung ist seit jeher jener Bereich, in dem die Industrie die Vorreiterrolle spielt. Das ist ganz logisch. Denn Forschung und Entwicklung ist ja auch eine Kostenfrage. Von diesem Bereich gehen aber wichtige Impulse aus und daher sind Forschung und Entwicklung für unser Land langfristig wichtig. Und damit auch jener Wirtschaftsbereich, der dies garantiert wie kein zweiter.

Das zeigt deutlich, daß wir in Niederösterreich die Industrie brauchen. Eine moderne und wettbewerbsfähige Industrie. Um diese Qualität zu erreichen, zu erhalten und wettbewerbsfähig zu sein, gibt es auch vom Land

Niederösterreich seit Jahresbeginn 1993 eine Förderung für die Iso-Norm 9000. Diese internationale Norm für Qualitätssicherungssysteme gilt seit 1990 auch in Österreich. Alle westeuropäischen Staaten haben sich diesem Abkommen angeschlossen. Man könnte auch sagen, anschließen müssen. Denn sonst ist man aus dem Kreis der Anbieter im großen europäischen Markt draußen.

Und es gibt noch viele andere Bereiche, wo wir uns, selbst wenn wir uns fatalerweise entschließen würden, nicht in die EG zu gehen, praktisch anschließen müssen. Es stellt sich daher die Frage, warum man dann nicht gleich der EG, der Europäischen Union, beitreten soll.

Meine Damen und Herren! Es gibt gute Gründe für einen EG-Beitritt. Und weil es in der Wirtschaft im Dutzend bekanntlich billiger ist, will ich Ihnen zwölf gute Gründe für einen Beitritt nennen:

1. Sicherung unserer Exporte in die EG. Und damit unserer Betriebsstätten und Arbeitsplätze.
2. Chancengleichheit für unsere Wirtschaft im gemeinsamen Binnenmarkt.
3. Mitgestaltungsmöglichkeit bei der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion unter Wahrung der Stabilität des Schillings.
4. Teilnahme an der europäischen Forschung und an europäischen Ausschreibungen und dadurch ebenfalls Sicherung der Zukunft unserer Betriebsstätten und Arbeitsplätze.

Aber es gibt nicht nur aus meiner Sicht als Vertreter der Wirtschaft gute Gründe, sondern auch aus anderer Sicht. Etwa für unsere Landwirtschaft:

5. Dauerhafter und unbeschränkter Zugang zum europäischen Markt, günstigere Betriebsmittelpreise und in benachteiligten Gebieten Direktzuschüsse aus dem Agrarfonds. In diesem Zusammenhang möchte ich hier ausdrücklich die Solidarität für die Anliegen der Landwirtschaft ansprechen. Diese ist bei uns allen gefordert.
6. Niederlassungsfreiheit in ganz Europa, also keine Arbeitsgenehmigungen mehr für Österreicher im Ausland.
7. Keine Grenzkontrollen innerhalb der EG.
8. Wirksame, grenzüberschreitende Umweltpolitik unter Beibehaltung des österreichischen Standards und weiters

9. gleichberechtigte Mitbestimmung Österreichs im EG-Ministerrat, in der EG-Kommission und im Europäischen Parlament.
10. Erhöhte Sicherheit gegen Bedrohung von Außen, gegen Drogen und organisierte Kriminalität.
11. Ausbau der demokratischen Kontrolle.
12. Wirtschaftliches Überleben und Behauptung im Rahmen der EG gegen die anderen Wirtschaftsgroßmächte Japan und USA.

Man kann also mit Fug und Recht sagen, die Vollmitgliedschaft bei der EG ist für Österreich eine unabdingbare Notwendigkeit, um das Mitspracherecht für unser Land zu sichern und zu verhindern, daß Österreich zu einer europäischen Bettlerrepublik wird. Dieser Satz stammt nicht von mir, sondern von FPÖ-Obmann Dr. Haider. Er hat ihn am 25. März 1987 in seinem Parteipresse-dienst gesagt.

Meine Damen und Herren! In der EG bzw. Europäischen Union, also ohne die für unsere Industrie oft hemmenden Zollschranken, werden zu unserem Vorteil noch jene Wettbewerbsnachteile wegfallen, die allein auf der Zollbürokratie beruhen. Somit bieten sich erst recht Chancen, die wir für Niederösterreich wahrnehmen müssen. Das zeigt deutlich, daß wir in Niederösterreich die Industrie brauchen. Wettbewerbsfähig ist aber nur eine Industrie, die auch aus Eigenem leben kann und nicht betteln gehen muß um Förderungen. Darum ist auch die Verstaatlichte Industrie, ein Faß ohne Boden, größtenteils nicht jene Art von Industrie, die Zukunft hat.

Was die Industrie aber noch mehr braucht als Förderungen ist eine Industriegesinnung, ohne welche die von mir genannten Offensiven gar nicht erfolgreich sein können. Diese Industriegesinnung muß von einem unternehmerischen Geist auf allen Ebenen getragen sein. Auch auf der Ebene der Politik. Es wäre falsch, industriepolitische Offensiven nur als Eingriffe von oben zu interpretieren. Denn die beste Industriepolitik ist jene, die nicht dirigistisch eingreift, sondern nur Rahmenbedingungen schafft und die Leistungskraft des Einzelnen mobilisiert. Mobilisiert für die Industrie als Teil unserer Wirtschaft.

Meine Damen und Herren! Walter Rathenau, deutscher Philosoph, Industrieller, Minister für Wiederaufbau nach dem ersten Weltkrieg und nebenbei Sohn des Gründers der AEG hat einmal

gesagt: "Nicht die Politik ist unser Schicksal, sondern die Wirtschaft." Dem ist nichts hinzuzufügen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Preisler.

Abg. PREISLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Wir reden zur Wirtschaft und ich vermissе eigentlich den Herrn Wirtschaftslandesrat Gabmann. Zuvor war es zumindest so, daß der Herr Landesrat Blochberger in der Debatte über die Landwirtschaft anwesend war. Ich glaube schon, daß es auch zu der guten Sitten des Hohen Hauses gehören würde, wenn der Herr Landesrat uns ein Ohr leihen würde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nichts desto weniger habe ich gerade in einer taurischen Zeitung *(Abg. Preisler hält eine Zeitung hoch)*, dem Standard, gelesen, fast 10 % mehr Arbeitslose in Österreich. Ende November waren 233.000 Arbeitslose vorgemerkt. Das sind um 20.000 mehr als im Vorjahr. Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, das sagt wahnsinnig viel aus.

Niederösterreich liegt dabei nicht so, wie immer wiederum hier im Hohen Haus glorreich verkündet wird, wie günstig wir lägen mit unserer Wirtschaftsstatistik. Dem ist nicht so! Wir liegen an dritter Stelle der Bundesländer und haben selbst eine Steigerung von 12,6 % zu verzeichnen.

Jetzt frage ich mich, wo der Gabmann-Plan geblieben ist, der ja fast mehr versprochen hat das erste Mal, wie ich gehört habe. Ich habe sogar damals gesagt, "Gabmann-Plan statt Marshall-Plan", den es nach dem Krieg gegeben hat. Jetzt wird Niederösterreich aufatmen. Jetzt kommen die glorreichen Zeiten der Wirtschaft in Niederösterreich. Und heute muß ich feststellen, es ist niemand da. Ich weiß nicht, gibt es eine Regierungssitzung? *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Tun Sie doch nicht immer krankjammern, es greift ja!)* Nicht krankjammern, ich sage nur das, Kollege Eichinger, was in den Zeitungen steht. Und das sind halt einmal Tatsachen, was soll es? *(Abg. Gratzner: Eure Methode, das Gesundbeten, hilft halt auch nicht!)*

Gesundbeten brauchen wir bei Gott nichts. Herr Dr. Mautner Markhof hat soeben gesagt - ich wollte ihn nicht zitieren, aber tue es jetzt trotzdem - Er hat immer wiederum gesagt, Niederösterreich

wäre prädestiniert für Industrie. Na selbstverständlich, das wissen wir schon lange. Nur, frage ich mich, Herr Dr. Mautner Markhof, was haben Sie dazu beigetragen? Ich weiß schon, Ihre Dynastie usw. Naja, aber wenn Sie es wissen, dann bitte setzen Sie es auch um. Die ÖVP hätte doch hier die Gelegenheit, sehr viel positiv umzusetzen. Nur immer von Visionen zu reden, wie der Herr Landeshauptmann Pröll, der hat immer Visionen. Jeden Tag neue, hört man im Radio, im Fernsehen, in den Medien. Nur, aus den Visionen werden Illusionen und die Bevölkerung draußen wartet. Die wartet noch immer. Vor allem warten sie sehr stark in den Bezirken im südlichen Niederösterreich. Und der Herr Landeshauptmann Höger, wiederum genesen, gibt uns heute auch hier die Ehre, zwar nicht momentan. Auch ihm würde ich ins Stammbuch schreiben, gerade in seiner Region, im Gerichtsbezirk Berndorf, da gibt es Horrormeldungen von Arbeitslosenstatistiken, die ja bei Gott nicht dazu angetan sind, Herr Kollege Eichinger, in Freudensprünge auszubrechen. *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Wer redet denn von Freudensprüngen? Aber Krankjammern wird sicher nicht helfen!)*

Wir tun sie nicht krankjammern, sondern man muß einmal davon ausgehen, einmal eine Bestandserhebung zu machen und sich nicht, was weiß ich, einen rosa Schleier vor die Augen zu ziehen. Mit Träumen und mit Visionen wird man natürlich keine Wirtschaft gesund machen, sondern mit konkreten Maßnahmen. Und diese Maßnahmen fehlen uns noch. Die fehlen in Niederösterreich laufend. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein besonderes Kapitel - und das ist eigentlich der Grund meiner Wortmeldung - ist ja altbekannt von mir, daß ich sage, wie schaut es in der Wirtschaft mit der illegalen Ausländerbeschäftigung aus? Geschätzte Damen und Herren! *(Zwischenruf bei der SPÖ: Oje!)* Ja, oje! Aber man muß darüber reden, Herr Kollege Kaufmann! Ich

weiß schon, gerade Sie als Arbeiterkämmerer. *(Abg. Mag. Kaufmann: Ich habe nichts gesagt! - Heiterkeit im Hohen Hause.)*

Sie haben es als positiv vermerkt, das freut mich. Sie kennen es. Ich kenne es auch. Und ich nehme an, die Kollegen der anderen Fraktion müßten es eigentlich auch schon lange kennen. Nur, hier wissen wir, Herr Kollege Gruber, wenn Sie mir vielleicht ein bißchen zuhören, wäre das auch ganz nett. Auch in St. Pölten steht es nicht so rosig. *(Abg. Gruber: Gibt es eine neue Information?)* Ich sage Ihnen dann eine Statistik. Sie sind sicher ein eifriger Zuhörer.

Alle Maßnahmen, die bis jetzt gesetzt wurden, um dieses leidvolle Problem, das es ja zweifelsohne ist, einigermaßen in den Griff zu bekommen, waren bis jetzt vergeblich. Man hat versucht, mit Strafen der Unternehmer, die Ausländer illegal, das betone ich, illegal beschäftigen, dem Problem Herr zu werden. Was war der Erfolg davon? *(LR Gabmann betritt den Sitzungssaal. - Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist doch selbstverständlich so, daß ein Großunternehmer, beispielsweise in der Bauwirtschaft - und deren gibt es ja zur Genüge - wo diese Leute sich so herumtummeln, die Strafe links wegzahlt, locker. Etwa so, wie wenn ich jetzt 'rausgehe und mir einen Straßenbahnfahrchein kaufe. Vielleicht tut mir persönlich - ich bin nicht der Ärmste, aber bei Gott nicht der Reichste - das eher mehr weh als einem Firmenunternehmer, der das im Tag -zigfach verdient. Wenn er wirklich einmal das Pech haben sollte, daß er dabei erwischt wird.

Dann gibt es die sogenannten verstärkten Kontrollen, Razzien, nennen es gewisse Gruppierungen, die halt damit keine Freude haben und die von einer Ausländerhatz sprechen, die von ausländerfeindlichen Tätigkeiten immer wiederum gerne reden. Aber die die Realität nicht sehen wollen oder sie tatsächlich nicht sehen, was ich zum Großteil annehme.

Darf ich Ihnen hier kurz einen Bericht zitieren vom Landesarbeitsamt Niederösterreich. Aus einer Presseinformation vom 16. September. Nicht die neueste, aber die neueste ist ja gar nicht so leicht zu bekommen. Ich habe mich jetzt stundenlang bemüht, die neueste Statistik zu bekommen.

Die wird gehütet, als wenn sie der größte Schatz wäre. Warum weiß ich nicht. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich habe dann doch einiges bekommen, aber das war halt schon sehr, sehr mühselig. Der Herr Landesrat Gabmann ist da, danke schön. Das ist nett, daß Sie gekommen sind. Das wertet uns auf und wir freuen uns. (*LR Gabmann: Ich sitze schon lange da!*)

Zurück zu dieser Statistik. Und hier heißt es, da hat sich eine Zeitung besonders ausgelassen und eben diese von mir gerade zitierten Aussprüche getan. Und da hat der Leiter des Arbeitsamtes Niederösterreich einen kurzen Brief geschrieben. Ich darf nur auszugsweise zitieren: "Zu Ihrem Bericht über diese dem Servicecharakter der Arbeitsämter widersprechende Pflicht der Kontrollen ein kurzer Nachtrag. Ihnen oder uns Razziamethoden und die Schuld am Arbeits- und Fachkräftemangel vorzuwerfen, trifft dieses Amt sehr, sehr hart und löst nicht das Problem. Leider führt es aber häufig zur Verhärtung der Beziehung zwischen Betrieben und Arbeitnehmern."

Warum sage ich das? Ich sage das deswegen, weil wir Freiheitlichen uns auf Bundesebene seit Jahren bemühen, hier einmal tätig zu werden. Das heißt, bis jetzt war es ja so, daß man von verschiedenen Institutionen, Kammern, Arbeitsämtern ja nicht sehr viel gehört hat. Aber seit Jahren, immer wiederum von uns initiiert, von anderen als Polemik bezeichnet, tut sich einiges. Und die Herrschaften wissen jetzt wenigstens, wofür sie zuständig sind. Nicht nur, daß sie sich selbst verwalten müssen, sondern daß sie wirklich der Wirtschaft zur Hand gehen sollten. Das tun sie jetzt mit der Folge, daß gerade aus ÖVP-Kreisen sehr viele entsprechende Kräfte entgegenzuwirken versuchen und eben dann wiederum die Betroffenen, vor allem die Arbeitsämter, die Gendarmerie, die Polizei, Finanz und etc. immer wiederum der Methoden bezichtigt werden. Und wir haben ja gestern, ich möchte auf das Thema gar nicht mehr zu sprechen kommen, so an gewisse Zeiten erinnert.

Herrschaften, das wäre wirklich einmal etwas, wo man einen Aufbruch verzeichnen müßte und dezidiert sagen, da muß man ansetzen. Wir haben nichts davon, wenn wir das immer wiederum beschönigen, Dinge vor uns herschieben und sagen, wir können nichts ändern daran. Jeder kann etwas ändern, vorausgesetzt, er versteht es und er will. Und hier, geschätzte Damen und Herren, glaube ich, sollte man diesen Institutionen wirklich zur Seite stehen.

Über gewisse Bezirke habe ich schon gesprochen, vor allem im südlichen Raum von Niederösterreich mit einer groß geplanten Vision, jetzt wiederum des Herrn Landeshauptmannes Höger. Er hat auch schon Visionen über den großen Technologiepark in Berndorf. Nur wird halt nichts daraus. Da hat es schon einmal vor Jahren so etwas gegeben. Eine große Schweizer Firma, Sogip, wollte dort investieren, hat wirklich einiges schon an Vorarbeiten geleistet. Ich kann mich gut erinnern, das war zu Beginn der Landtagsperiode 1988. Es ist nichts geworden. Es war ein Flop, ein regelrechter Flop.

Und ich glaube, auch diese Visionen von Herrn Landeshauptmann Höger ist nur eine Beruhigungsphase, in der man versucht, mit dem Herrn Bundeskanzler und allem, was da an großen politischen Stars aufzubieten ist, die Betriebe zu besuchen. Den Leuten auf die Schulter zu klopfen und zu sagen, wir stehen hinter euch, wir werden euch sicherlich nicht im Stich lassen. (*Zwischenruf: Herr Kollege! Was haben Sie gemacht zur Arbeitsplatzbeschaffung? - Abg. Kautz: Ihr spart nicht mit Kritik, aber wo sind Eure Leistungen?*)

Aber bitte, wir sind ja nicht in der Regierung, Herr Kollege! Wir sitzen ja nicht, oder wir sitzen noch nicht an den entsprechenden Hebeln, um hier wirklich etwas zu bewirken. Aber es wird schon noch die Zeit kommen! Gut Ding braucht Weile. (*LR Votruba: Ihr sitzt doch in der Regierung!*) Mit Wasser alleine werden wir es jetzt nicht machen, da in Niederösterreich, wenn Sie das meinen. (*Abg. Sacher: Wie war das Wirtschaftswachstum in Kärnten unter Haider?*) Sie werden ja nicht behaupten, daß wir unten jetzt den Landeshauptmann stellen. Aber gerade, weil Sie mir das sagen, Herr Kollege, Sie haben ein sehr gutes Beispiel gegeben. Kärnten ist sicherlich wirtschaftlich nicht begünstigt, das wissen wir. Aber in Kärnten hat die Regierung schon bewiesen, daß man einiges besser machen kann, vorausgesetzt man geht die Probleme an, auch unliebsame Probleme, wenn es notwendig ist. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Herr Kollege! Die Kreisky-Ära, die tut uns noch heute weh und die wird wahrscheinlich unseren Kindern noch weh tun. (*Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der SPÖ.*) Weil das, was Sie damals verbochen haben für die Republik Österreich, das rächt sich an uns und das wird sich noch an unseren Kindern rächen. Also die glorreiche Zeit, so glorreich war das wieder nicht. (*Abg. Soukup: Sie tun mir leid, Sie stehen daneben! - Abg. Knotzer: Das ist eine unglaubliche Frechheit!*)

Wieso? Sie finden das als Frechheit? Herr Kollege, was meinen Sie? Warum? Also bitte, lesen Sie keine Zeitung, lesen Sie nicht Bücher? Also Sie werden ja nicht glauben, daß ich jetzt in Jubelrufe ausbrechen werde, wenn Sie von Kreisky sprechen. So glorreich für uns war das bei Gott nicht. Wenn Sie das als glorreich befinden, das mag Ihnen dahingestellt sein. Wir als Freiheitliche sehen das sicher nicht so.

Aber jetzt zurück zur Ausländerbeschäftigung. Hier hat man als zweite Maßnahme gesagt, okay, die Strafen alleine genügen nicht, wir werden verstärkte Kontrollen ansetzen. Das hat man getan. Und was höre ich jetzt? Daß von verschiedenen Institutionen im Hintergrund schon wiederum eingewirkt wird, so durch Interventionen, ja nicht überraschend zu kommen und wenn möglich, diesen Besuch anzusagen. Das ist ja überhaupt das Schönste! (Abg. Kautz: Reden Sie von Ihrem Dr. Haider?) Nein von Ihrer Arbeitsmarktverwaltung! Den sagen wir auch an, wenn er kommt.

Doch ob das einen Erfolg bringt, das bezweifle ich ehrlich. Und auch der Vorschlag der Sozialisten, glaube ich, hier im Haus einmal, Firmen, die laufend Schwarzarbeiter, ausländische illegale Schwarzarbeiter beschäftigen, einfach von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Eine gute Aktion, nur auch zu wenig. Weil ja und deswegen geht es nicht, weil ja da wiederum eine gewisse Freunderlwirtschaft dahintersteckt. (Abg. Uhl: Also Sie meinen, es ist gescheitert, wenn man die Gastarbeiter heimschickt, denn dann können die nicht schwarz arbeiten?)

Nein, das wollen wir nicht. Nein, so nicht. So einfach machen wir es uns nicht, Herr Kollege Uhl. Übrigens, ich darf Sie wirklich bewundern. Sie sind ein äußerst fachkompetenter Abgeordneter. Sie sind ein bißchen ein verkanntes Genie. Ich könnte mir vorstellen, wenn Sie da an den richtigen Stellen und Hebeln sitzen würden, daß Sie einiges wirklich zum Positiven gewendet hätten. (Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)

Meine Damen und Herren! Nach all diesen Exkursen zur Sache. Ich glaube, daß alle diese Maßnahmen stärkere höhere Bestrafung, wofür wir eintreten, verstärkte Kontrolltätigkeit, Ausschluß aus verschiedenen öffentlichen Aufträgen, daß das alles nicht greift, wenn wir nicht zur Sache selbst kommen. (Unruhe im Hohen Hause.)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Bitte um mehr Aufmerksamkeit!

Abg. PREISZLER (FPÖ): Darum, Herr Kollege Uhl, horchen Sie her jetzt, darum darf ich wieder, wie im Vorjahr einen Antrag einbringen eine Resolution betreffend Ausweisungspflicht für ausländische Arbeitnehmer (liest):

#### "Resolutionsantrag

des Abgeordneten Alois Preiszler zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (LtG. 52/V-1) betreffend Ausweisungspflicht für ausländische Arbeitnehmer.

Aufgrund der Rezession, die auch die Wirtschaft in Niederösterreich stark beeinträchtigt, ist ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Darüber hinaus muß auch ein Ansteigen der Schwarzarbeit festgestellt werden, wobei vor allem ausländische Arbeitskräfte aus dem ehemaligen Ostblock von heimischen Unternehmen eingesetzt werden.

Daher sind nach wie vor alle geeigneten Maßnahmen zur Kontrolle und Vermeidung illegaler Arbeit und unerlaubten Aufenthaltes zu ergreifen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, daß ehestens die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausweisungspflicht für ausländische Arbeitnehmer auf dem Arbeitsplatz - wobei aus diesem Ausweis die Arbeitsgenehmigung und die Anmeldung zur Krankenversicherung hervorzugehen hat - geschaffen werden."

Herr Kollege Schneeberger, Sie verneinen. Ich darf Ihnen sagen, daß ähnliche Tendenzen auch im Bundesparlament schon eingebracht wurden. Da gibt es eine Anfrage, allerdings an den



Sozialminister, von den freiheitlichen Abgeordneten Dolinschek und Meisinger an den Bundesminister für Soziales, an den Herrn Hesoun, betreffend Sozialversicherungsausweis mit Lichtbild. Da gibt es einen Entschließungsantrag eines Abgeordneten Dietachmayr, der ebenfalls einen Antrag über illegal Beschäftigte bei öffentlichen Aufträgen sowie Förderungen und Subventionen des Bundes eingebracht hat.

Das wurde auf Bundesebene getan. Es gibt ein Ausländerbeschäftigungsgesetz, das kenne ich, mit dem habe ich mich beschäftigt. Aber alle diese Maßnahmen greifen nicht, sind zu wenig. Daher meine Bitte, wirklich diesen Antrag zu unterstützen im Interesse des Landes Niederösterreich, im Interesse tausender Arbeitsloser in Österreich, vor allem auch in Niederösterreich, im Interesse derjenigen Bürger, die jetzt gerade vor Weihnachten wiederum eine Bescherung bekommen, die ihnen zukommt, von der sie nicht wissen, wie lange sie ihren Arbeitsplatz noch haben. Ich verweise vor allem auf die ÖMV, auf die Verstaatlichte Industrie. Da gibt es tausende, die leider Gottes jetzt vor Weihnachten nicht so rosig sehen, wie wir es als Abgeordnete sehen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Aber wir können dazu beitragen. Wir müssen nicht, weil es in Jugoslawien Krieg gibt, auch bei uns in Österreich einem Krieg huldigen. Sondern wir können, wir müssen, wir haben die Pflicht, dagegen anzutreten und alle Maßnahmen zu ergreifen, die dazu geeignet sind, dem NÖ Arbeitnehmer und der niederösterreichischen Bevölkerung zu helfen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Rupp gemeldet.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte namens meiner Fraktion zur Energiewirtschaft. Gestatten Sie mir aber, bevor ich in diese Materie eingehe, möchte ich ganz kurz für mich persönlich ein Resümee ziehen der letzten zweieinhalb Stunden. Ich muß den Vertretern der Landwirtschaftssprecher recht herzlich gratulieren. Es ist Ihnen gelungen, meine Damen und Herren, in diesen zweieinhalb Stunden, etwa acht, neun Anträge und Resolutionen für Förderung und Unterstützung einzubringen. Ich würde mich freuen, wenn das jetzt so weiter gehen würde in der Gruppe 7, daß man auch bei den unselbständig Erwerbstätigen, meine Damen und Herren, auch solche Anträge einbringen möge, auf Stützungen und

Förderungen. Zum Beispiel bei Kurzarbeit Unterstützung: Wenn Mitarbeiter über ein Jahr kurz arbeiten, über tausend Schilling im Monat verlieren, trotz der schon geförderten Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, die ja leider viel zu gering ist. *(Abg. Kurzreiter: Dieser Antrag richtet sich an den Finanzminister, der seit 30 Monaten nicht tätig wird, Herr Kollege!)*

Lieber Kollege! Wir hören immer nur von den Nebenerwerbslandwirten, wie wichtig sie sind. Ich unterstreiche das. Wir werden auch mit den meisten Förderungen und Resolutionen als Sozialdemokraten mitgehen. Ich würde aber um eines bitten: Daß auch einmal von Eurer Seite, jetzt spreche ich nach links und rechts, solche Förderungen und Anträge kommen, daß auch für die unselbständig Erwerbstätigen Förderungen und Unterstützungen gegeben werden. Das wollte ich einmal klarstellen dazu. *(Abg. Hülmbauer: Herr Kollege! Wieviel fließt in die Verstaatlichte Industrie?)*

Lieber Kollege, darf ich Dir sagen: Etwa sieben Prozent sind in der Landwirtschaft tätig. Und ihr bekommt pro Jahr 32 Milliarden Schilling. Wenn die Verstaatlichte 3,5 Milliarden bekommt, dann wird ein großes Geschrei gemacht! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Kurzreiter: Sie haben falsche Zahlen. Sie dürfen die Sozialversicherungsbeiträge nicht als Förderung rechnen! - Abg. Hülmbauer: 19 Milliarden sind es!)*

Lieber Kollege! Ich sage ja, ich vergönne Euch das! Ich würde nur erwarten, wenn wir solche Anträge stellen, daß ebenfalls die Unterstützung von Euch gegeben ist. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Die anderen haben nur drei bekommen. Aber ich sage, wir fördern und wir unterstützen Euch. Ihr müßtet nur mit gleicher Solidarität auch andere unterstützen und fördern.

Zur Energiewirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Gegensatz zu den Entwicklungen im Berichtszeitraum 1989 bis 1991 ist der Energieverbrauch im Jahr 1992 stark zurückgegangen. Der Gesamtenergieverbrauch nahm im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 % ab. Der energetische Energieverbrauch ging um 2,6 % zurück. Gleichzeitig konnten die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 7 % gesenkt werden.

Der beachtliche Verbrauchsrückgang ist auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen. Neben der effizienteren Energienutzung liegen die Hauptursachen wohl in der Abschwächung der Konjunktur sowie den im Vergleich zum Vorjahr wesentlich günstigeren Witterungsverhältnissen.

Der niedrige Energiebedarf für die Stromerzeugung durch die gute Wasserführung sowie mäßige Ergebnisse im Reiseverkehr trugen zu dieser Entwicklung bei. Die Rationalisierung des Energieverbrauches konnte 1992 forciert werden. Durch den starken Energieverbrauchsrückgang und das gleichzeitige, wenn auch abgeschwächte Wirtschaftswachstum ging der relative Energieverbrauch je Einheit um 4,8 % zurück. Der relative Energieverbrauch der Energie sank somit im Jahr 1992 um 5 %.

Der Energieverbrauch des Verkehrssektors ist um rund ein Prozent gestiegen, das ist zum überwiegenden Teil auf einen höheren Benzinspreis zurückzuführen. Der Energieverbrauch der Kleinabnehmer ist 1992 um rund 4 % zurückgegangen. Hauptgrund dafür waren die günstigen Witterungsverhältnisse, die den Energiebedarf für Heizzwecke verringerten. Die Zahl der Heizgradtage lag um 11 % unter dem langjährigen Durchschnitt und um 9 % unter dem Wert von 1989.

Zu den Energiepreisen: Im Jahr 1992 stiegen die Energiepreise um rund drei Prozent. Während der Weltmarktpreis gesunken ist, war die Verteuerung in Österreich in erster Linie auf die Erhöhung der Mineralölsteuer zurückzuführen.

Zur heimischen Energieerzeugung: Im Jahr 1992 nahm die inländische Energieproduktion um rund vier Prozent zu, die Stromerzeugung aus Wasserkraft um 10 %. Die Erdgasförderung konnte um 8 % erhöht werden. Dagegen nahmen sowohl die Kohleförderung um 15 % und die Erdölförderung um 8 % deutlich ab. Wasserkraft deckte 1992 rund 57 %, Rohöl 17,7 %, Naturgas 18,3 % und Braunkohle 6,8 %. Die gesamten Energieimporte gingen 1992 geringfügig um 0,3 % zurück, während die Energieexporte um fast 23 % anstiegen.

Zur Kohle: Der Kohleverbrauch ist auch 1992 erheblich gesunken. Der Gesamtverbrauch an Kohle ging um 22 %, der energetische Energieverbrauch um 10,7 % zurück. Stark gesunken ist insbesondere der Kohleeinsatz zur Stromerzeugung nämlich um 41 % sowie jener zur Fernwärmeerzeugung um 43 %. Auch der Ölverbrauch ist im Vergleich zu 1991 um 1,2 % zurückgegangen.

Der gesamte Energieverbrauch an Gas nahm um 1,8 % ab. Fernwärme: Trotz günstiger Witterungsverhältnisse nahm der Verbrauch an Fernwärme um 4,8 % zu. Der zügige Fernwärmeausbau wird somit erfolgreich vorangetrieben. Erfreulich ist, meine sehr verehrten Damen und Herren,

daß es in Niederösterreich derzeit 50 Fernheizwerke auf Biomassebasis gibt, die eine Gesamtleistung von rund 66 Megawatt einbringen. Erzeugt werden in diesen Anlagen etwa 90 Kilowattstunden Fernwärme.

Meine Forderung ist, keine Erhöhung der Strompreise für 1994. Und zwar aus folgenden Gründen: Die mit 1994 in Kraft tretende zweite Steuerreformetappe brachte der Elektrizitätswirtschaft durch den Wegfall der Gewerbesteuer und der Vermögenssteuer Steuerentlastungen im Ausmaß von 1,8 Milliarden Schilling. Auch die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich spricht sich daher gegen eine Strompreiserhöhung bei der Verbundgesellschaft aus.

Faszinierende Technik - Strom aus der Sonne. Rund 100 private Stromerzeuger speisen ca. 200.000 Kilowattstunden umweltfreundlichen Solarstrom in das öffentliche Stromnetz ein. Das ist das Ergebnis des von der österreichischen Elektrizitätswirtschaft maßgeblich getragenen und 1992 begonnenen Photovoltaik-Breitentests.

Ich freue mich, daß von unserer Landesregierung in der Sitzung vom 5. Oktober 1993 eine Solarenergie- oder Solarpumpenförderung beschlossen wurde. Mit dem Ziel, daß viele unserer Landesbürger von dieser Förderungsmöglichkeit auch Gebrauch machen. Die Nutzung der Sonnenenergie ist in unserem Bundesland ebenfalls steigend. Einen wesentlichen Anteil daran haben die Selbstbaugruppen, die im vergangenen Jahr insgesamt 13.300 Quadratmeter Kollektorflächen errichteten. Die E-Wirtschaft setzt verstärkt auf Erforschung erneuerbarer Energien. Erneuerbare Energien haben im Rahmen der Forschungsarbeiten der heimischen Stromversorger Vorrang. Der Schwerpunkt bei der Nutzung erneuerbarer Energien liegt zwangsläufig bei der Wasserkraft. Bei den erneuerbaren Energien haben die ebenfalls reichlich vorhandene Biomasse, derzeit überwiegend für die Wärmeversorgung, nicht zur Stromerzeugung, und die solare Stromerzeugung mittels Fotovoltaik Priorität.

Eine der wichtigsten Aufgaben wäre natürlich die Einsparung von Energie. Es wird vorgeschlagen, unter Bedachtnahme auf diese Zielsetzung, beim Bau erhaltene Vorschriften über die Wärmedämmung genauestens einzuhalten, wobei bei den Wärmedurchgangszahlen Mindestwerte eingehalten werden sollen. Mein Vorschlag wäre, daß bei der Fertigstellung eines Hauses oder eines öffentlichen Gebäudes eine zusätzliche Energieförderung bezahlt wird, wenn alle k-Werte

der Wärmedurchgangszahlen eingehalten worden sind. Denken wir an die Außenwandflächen, die Verglasung der Fenster und Türen gegen Außenluft, Isolierung von Dachflächen oder Durchfahrten. Ich glaube, daß durch eine solche zusätzliche Energieförderung ein beachtlicher Anreiz gegeben wäre, noch eine höhere Energieeinsparung zu erzielen.

Auf die Energie aus Biomasse möchte ich ebenfalls eingehen, weil dieser Energieträger für die Zukunft eine besondere Bedeutung hat. Durch eine entsprechende Nutzung von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft als Rohstoff für die Energieproduktion kann Biomasse sowohl energiepolitisch als auch volkswirtschaftlich zu einem bedeutenden Faktor werden. Es kommen folgende biogene Energieträger in Betracht: Brennholz, Hackschnitzel, Sägenebenprodukte, Waldhackgut und Rinde, Stroh, Biogas, Klärgas, Deponiegas. Ich möchte stellvertretend die Hackschnitzelheizung besonders herausgreifen. Im Leistungsbereich bis zu 100 Kilowatt, also Kleinanlagen, verzeichnen Hackschnitzelheizungsanlagen bis 1986 eine deutliche Zunahme bei der Anzahl der jährlich errichteten Anlagen. Durch den Ölpreiserückgang gab es eine Verringerung der Zuwachsraten bei den Anlagen bis 1989. In den Jahren 1990 bis 1992 wurde ein neuerlicher Anstieg registriert. In Österreich waren mit Ende 1992 rund 11.500 Kleinanlagen mit einer Leistung von 498 Kilowatt in Betrieb. Niederösterreich liegt mit 31 % aller Kleinanlagen knapp hinter Oberösterreich mit 33 % aller Bundesländer. Im Interesse einer wirkungsvollen Energieausnutzung ist die Energiegewinnung aus Biomasse ein unverzichtbarer Energieträger. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Ich möchte sehr herzlich die Schüler und Lehrkräfte des Bundesgymnasiums Baden begrüßen, die nun als Zuhörer auf der Galerie Platz genommen haben. Ich darf als weiteren Redner dem Abgeordneten Friewald das Wort erteilen.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Herr Präsident! Meine geschätzten Kollegen dieses Hohen Landtages!

Bevor ich mich mit der Thematik Energiewirtschaft beschäftige, möchte ich auf einige kurze Bemerkungen eingehen, in denen ich angesprochen wurde vom Kollegen Marchat, der in Frage gestellt hat die LAKO, die Landwirtschaftliche Koordinierungsstelle in Tulln, in der auch mein Bruder als Lehrer beschäftigt ist.

Es handelt sich um eine Institution, welche sehr wohl Aufgaben zu bewältigen hat. Nämlich die Aufgabe, Lehrer entsprechend auszubilden. Und ich glaube, gerade die Weiter- und Neuausbildung von Lehrern ist eines der wesentlichsten Elemente, um hier schnellere und neuere Methoden denjenigen, die die es brauchen, sehr wohl zur Verfügung stellen zu können. Hier sind wir, glaube ich, gefordert, rasch greifende Bewegungen einzuleiten, damit unsere Kinder die entsprechende und vernünftige Ausbildung bekommen.

Weiters zur Frage der Landwirtschaft, die angesprochen wurde in der Form, wir wollen die Bauern liquidieren, bevor wir zur EG gehen, um danach sagen zu können, in der EG haben wir keine verloren. Ich glaube, daß hier ganz einfach der Strukturwandel als Realität anerkannt werden muß. Wenn im Jahr 1955 einer behauptet hätte, alle Wagner und Schmiede müssen erhalten bleiben, hätte man damals wahrscheinlich Beifall geklatscht. Nur, die Realität zeigt uns heute ein anderes Bild. Wir leben nun einmal im Wandel verschiedener Zeiten und müssen die Realitäten auch im Wirtschaftsleben zur Kenntnis nehmen. Wir müssen versuchen, die Rahmenbedingungen für die Veränderungen in der Bevölkerung entsprechend positiv zu gestalten, damit wir den Betroffenen Unterstützung gewähren können.

Ein für mich treffender Moment ist gestern hier in diesem Saal gefallen. Es gab da die Presseaussendung des Kollegen Sivec bezüglich der Marchfeldkanal Gesellschaft und Herrn Dr. Christian. Herr Kollege, hier möchte ich schon feststellen: Wenn man eine Behauptung aufstellt, daß jemand gerade mit öffentlichen Geldmitteln hantiert, und dies nicht beweisen kann, würde ich mir erwarten, daß man dafür sich entschuldigt. Denn gerade unter dem Schutz der Immunität

eines Politikers solche Behauptungen aufzustellen, glaube ich, widerspricht auch Ihrer Person. Hier sollte man wirklich persönliche Differenzierungen walten lassen. Ich würde Sie daher ersuchen, hiezu Stellung zu nehmen! *(Beifall bei der ÖVP und auf der Galerie.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich muß bitten, von Beifallsbezeugungen auf der Galerie Abstand zu nehmen! Hier haben nur die Abgeordneten des Hauses die Möglichkeit, Beifall zu bezeugen oder sich zum Wort zu melden.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Mein Vorredner ist auf den Themenbereich Energie, Energiewirtschaft in unserem Bundesland schon wesentlich eingegangen. Er hat die Fakten aufgezählt, er hat die Probleme dargestellt. Überlegen wir gemeinsam, was dieses Wort Energie, das tagtäglich in unserem Leben verwendet wird, eigentlich bedeutet. Sind wir uns bewußt, auf welcher Grundlage wir eigentlich unseren wirtschaftlichen Erfolg, unsere Lebensgrundlage, den heutigen Lebensstandard aufgebaut haben? Es ist und bleibt die Frage der billigen Energie. Das müssen wir und sollen wir auch sehr bewußt immer wieder in den Raum stellen und zur Kenntnis nehmen.

Ich sage sehr hart, vielleicht überzeichnend: Wir haben lange Zeit eigentlich bewußt quasi das "Schwarze Gold" von den barfuß laufenden Völkern, wenn man so will, irgendwo aus den Entwicklungsländern zu Billigstarifen bei uns verwendet, um unseren Lebensstandard aufzubauen. Diese Dinge sollten wir zur Kenntnis nehmen. Diese Dinge sind heute im Laufen. Und wir müssen sehr wohl erkennen, daß sie nicht nur negativ für andere Völker, für andere Strukturen waren, sondern auch negative Auswirkungen auf unseren Umwelthaushalt und unseren Lebensbereich haben.

Wir haben gestern den Antrag hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Reduktion ja einstimmig beschlossen und uns klar dafür ausgesprochen, eine Reduktion vorzunehmen. Deshalb müssen wir auch versuchen, Energieträger heute in Einsatz zu bringen, welche im Kreislauf stehen. Nicht, daß eine CO<sub>2</sub>-Belastung aus Ressourcen kommt, die in Jahrtausenden eigentlich in unserer Mutter Erde entstanden sind. Hier sind wir gefordert, die politischen Rahmenbedingungen zu setzen. Hier sind wir gefordert, auch dementsprechende Steuermechanismen einzusetzen, um eine Gestaltung und Umgestaltung herbeizuführen.

Wenn der regenerierbare Energieträger immer wieder angesprochen wird, denken wir an die Biomasse. Mein Kollege hat ausgeführt, Hackgut, Stroh, Biodiesel, egal in welchem Bereich wir denken. Wir vergessen sehr oft, für mich ein wesentliches Element, was hier in unserem Staat Österreich vorhanden ist. Zu dem sollten wir uns bekennen und zu dessen Nutzen. Ich glaube, die Wasserkraft ist ein wesentliches Element in unserem Staat. Wir haben damit ein Energiepotential, das in vernünftiger Art und Weise genutzt werden muß. Zu unser aller Wohl. Zum Wohle einer vernünftigen Energiebilanz. Und wir sind auch aufgefordert, entsprechend vernünftig darüber nachzudenken, in welchen Formen wir hier Einsatzmöglichkeiten finden können.

Wir haben vor nicht allzu langer Zeit, vor 20 Jahren noch, die Kleinstanlagen, wenn ich mich zurückerinnere, im Bereich von Wieselburg, Scheibbs heraus, wo es hier Kleinkraftwerke in einzelnen Gehöften, Firmenanlagen gegeben hat, alle liquidiert. Auch unsere Energiepolitik der EVN war daran schuld, das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Wir sind aufgefordert, diese damals schon erkannten Lösungsansätze sehr wohl wieder in unsere Kreisläufe mit einzubauen und dementsprechend diese Energienutzung zu forcieren. Denn das Allheilmittel allein sind Großkraftwerke nicht. Wir kommen immer mehr zu dieser Erkenntnis, bei allen unseren Überlegungen, daß auch sogenannte kleine und Kleinsteinheiten positive Elemente in unserem Wirtschaftsgefüge herbeiführen können.

Wenn wir die Grundlage der Stromproduktion betrachten, dann müssen wir auch klar der Bevölkerung eines mitteilen: Selbstverständlich ist es, daß es hier herinnen warm ist für Sie alle. Selbstverständlich ist es, daß das Licht da oben brennt. Aber nicht so selbstverständlich ist mehr die Produktion dieses Stroms. Nicht so selbstverständlich ist diese Produktion der elektrischen Energie. Aber wir nützen sie in selbstverständlicher Weise in unseren Spitälern, in allen Bereichen unseres Lebens. Und wir vergessen immer wieder dabei, daß das produziert werden muß. Produziert auch in unserem eigenen Land. Hier haben wir eine Ver-

antwortung, hier sollen wir diese Verantwortung tragen und auch umsetzen. Wir haben uns dazu bekannt, keinen Strom aus Atomgrundlagen herzustellen. Dies können wir in unserem Land umsetzen. Wir wissen aber sehr wohl, daß europa- und weltweit hauptsächlich Energie lieferant eben diese Atomenergie ist. Wir müssen deshalb für unsere Eigenversorgung stehen, denn die können wir umweltpolitisch beeinflussen und auch so gestalten, daß wir in der Verantwortung unserer Generationen, die nach uns kommen, sehr wohl, glaube ich, in die Augen blicken können. Und damit auch einen weiteren positiven Aspekt für die Umweltgestaltung der Zukunft geleistet haben. *(Abg. Uhl: Das heißt im Klartext, die Wasserkraft!)* Im Klartext, nach Möglichkeit immer die vernünftigste Form der Energienutzung, die sauberste Nutzung. Sicher eine Frage der Wasserenergie. Wir wissen aber gleichzeitig, daß wir nicht in der Lage sind, gewisse Spitzenwerte gerade in den Wintermonaten nur mit dieser Wasserkraft abzudecken. Hier sind wir gefordert, auch entsprechende Überlegungen anzustellen, die wir ja auch schon des öfteren diskutiert haben. Der Herr Kollege Feurer hat es auch mit angeführt. Auch die Frage der Abfallbewirtschaftung ist mit ins Kalkül zu ziehen. Hier ist die Frage, wie die Frau Kollegin Stix gestern ausgeführt hat, die Frage der Fernwärmeversorgung und somit Verminderung des Hausbrandes sehr wohl mit ins Kalkül zu ziehen. Hier sind wir gefordert, einmal nicht nur stur Sackgassendenken walten zu lassen, sondern darüber hinaus wirklich zu überlegen, wie können wir diese Elemente verschmelzen lassen und dieses Verschmelzen im positiven Sinne hier in die Entwicklung einfließen lassen.

Ich glaube, daß gerade die Stromfrage hier in diesem Haus schon sehr oft zu Debatten geführt hat, die meiner Meinung nach absolut nicht dienlich dem Bürger und somit dem Konsumenten waren. Etwa die Frage, es ist in den Medien das als "Stromkrieg" in den letzten Jahren beschrieben worden, ob das Wiener Umland von der EVN oder den Wiener Stadtwerken beliefert werden soll. Das kann man meiner Meinung nach nicht Strompreiskrieg nennen, sondern hier geht es rein darum, in welcher Form kann ein Energieversorgungsunternehmen, das für Niederösterreich kompetent ist, auch für seine Bürger die billigsten Tarife liefern und auch die entsprechende Versorgung gewährleisten. Es ist halt gegeben, daß wir rund um Wien das dichtbesiedelte Gebiet haben, daß hier ein kostengünstiges Versorgen möglich ist. Daß aber unser Energieversorgungsunternehmen, die EVN, heute Leitungen ins Waldviertel, ins letzte Mostviertel, mit wenig Abnahme unterhalten muß und somit andere Kostenfaktoren

auf dem Tisch liegen. Und hier sehr wohl meiner Meinung nach ein Nachteil für die Bürger Niederösterreichs erwächst. Diesen Nachteil auszugleichen wäre möglich durch einen wirtschaftlichen Ausgleich. Ob jetzt im Versorgungssystem eine Veränderung Platz greift, oder mit einem Abkommen mit der Stadtgemeinde Wien, das etwa Geldleistungen als Ausgleich gegenüberstellt, darüber kann man diskutieren. Diese Prüfung wird jetzt durchgeführt. Für die Zukunft soll eine vernünftige Entscheidung zum Wohle der Bürger in unserem Bundesland Niederösterreich getroffen werden.

Wenn wir in Niederösterreich 40 % unseres Energiebedarfes aus Öl decken, 18 % aus Gas, 15 % aus Strom und bereits 14 % aus Biomasse, dann hat sich die Politik hier in unserem Land bewährt, die Fördermittel dort einzusetzen, wo sie hingehören. Um eben Schadstoffe zu reduzieren, um nicht zusätzlich teure Filteranlagen einbauen zu müssen, sondern um den vernünftigen Energieträger vorweg zu verwenden und hier gleichzeitig positive Elemente zu erreichen.

Wenn wir vergleichen, daß 73,4 % des Bedarfes in Niederösterreich importiert werden, diese Energie kommt unserer Volkswirtschaft eigentlich nicht zugute. Wir wissen aber, daß die Biogrundlage, das heißt Hackgut, Stroh, etc. egal welche Grundstoffe in der Bioenergie stecken, nicht importiert wird. Wir wissen, daß sehr wohl das der Volkswirtschaft in Österreich dient.

Dann kommt immer wieder in der Wirtschaftsdebatte die Frage der Arbeitsplätze. Die Bewertung zwischen Bauern und Arbeitnehmern. Wollen wir als Bürger dieses Landes nicht zur Kenntnis nehmen, daß wir alle im selben Land leben? Daß wir in einem Boot sitzen? Daß wir dieses Boot mitsammen steuern müssen, über Wasser halten sollen und nicht einer dem anderen das Loch haut, damit wir alle gemeinsam abtaufen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß diese Elemente immer mit berücksichtigt werden sollten. Wenn mein Kollege Rupp zuvor gesagt hat, sieben Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und den Vergleich hier anstellt mit Fördermitteln, dann würde ich mich hier verwehren, eine Bewertung durchzuführen zwischen den 7 %, zwischen den 20 % und von mir aus den 15 % auf der anderen Seite, im Beamtenbereich. Bitte nehmen wir zur Kenntnis, daß, wenn wir ein Gefüge haben und dieses Gefüge Wirtschaft ist normalerweise ein Rad, wenn wir hier einen Zahn herausnehmen, dann dreht sich das nicht mehr. Und dieses Drehen, dafür sind wir verantwortlich. Daß wir hier je-

den einzelnen Zahn auf diesem Zahnrad dementsprechend erhalten. Daß wir hier versuchen, auch unterstützend einzugreifen, wo es notwendig ist.

Genauso wird es im Bereich einer Verstaatlichten Industrie, die in Probleme kommen kann, teilweise notwendig sein. Nur muß man sich überlegen, Umgestaltungen vorzunehmen. Auch wir im landwirtschaftlichen Bereich sind gefordert, Umgestaltungen vorzunehmen. Und wir haben Möglichkeiten, Umgestaltungen im industriellen Bereich wie auch im Produktionsgrundlagenbereich der Landwirtschaft zu setzen. Wenn wir uns vor Augen führen, daß allein der Einsatz des derzeitigen Hackgutes bereits eine Verminderung von 430 Tonnen Öl bewirkt hat und somit 1.560 Kilogramm Schwefeldioxyd weniger sich in der Luft befinden, dann ist das sehr wohl ein positives Element, das wir unterstreichen sollten. Und hierzu sind Förderungsmittel ganz einfach notwendig. Und sie sind auch vernünftig investiert.

Wenn die Frage der Sonnenenergie angesprochen wurde, so könnte man darüber diskutieren, oder über die Windenergie. Alle diese Alternativenenergien und -möglichkeiten des Einsatzes von neuen Technologien sind sehr bewußt konkret zu behandeln. Und hier sind sehr wohl für mich gefordert die heutigen Energieversorgungsunternehmen. Sie haben die Aufgabe, eine Forschung im Bereich von neuen Energieträgern zu betreiben. Daran arbeiten wir und haben dadurch die Verpflichtung, darauf Druck auszuüben.

Wenn mein Vorredner angeführt hat, die E-Wirtschaft erspart sich nun 1,8 Milliarden Schilling, dann müßte man eigentlich diese E-Wirtschaft verpflichten, diese 1,8 Milliarden in neue Technologien zu stecken. Dieses Potential an Kapital in ein zukunftsweisendes Forschungsprojekt zu stecken, um neue Energieträger und neue Formen der Energieproduktion auf die Beine zu stellen. Denn das kann, sehr wohl auch wirtschaftlich gedacht, einen Erfolg für diese Energiewirtschaft bringen. Und es kann und wird einen Erfolg in

unserem Land in dem Sinn bringen, daß hier auch unsere Bewohner mit gefordert sind, ihre Ideen und Technologien auf den Tisch zu legen.

Weil wir gerade von Ideen und Technologien sprechen, dann hatte ich das Glück, vor kurzem bei der Eröffnung der AME, einer Altstoff-Methylester-Anlage, dabei zu sein, wo eigentlich nichts Weltbewegendes passiert. Ein Altstoff, nämlich Speiseöl, Pflanzenöl wird aufbereitet, um danach als Diesel in Dieselmotoren zum Einsatz kommen zu können. Das heißt, ein Abfallprodukt, welches zuerst als Problemstoff deklariert war, wird hier zu einem wertvollen Rohstoff, zu einem wertvollen Energieträger umgewandelt. Das hat somit zwei positive Elemente. Diese Technologie ist von Österreichern in Österreich entwickelt worden, diese Technologie können wir und müssen wir auch entsprechend zum wirtschaftlichen Vorteil für unser Land verwerten und vermarkten. Es gibt bereits Interesse aus der Bundesrepublik Deutschland, wo Bundesminister Töpfer erklärt hat, diese Technologie kann und soll auch in Zukunft in Deutschland eingesetzt werden, um gleichzeitig Entsorgung mit Versorgung in Koppelung durchzusetzen. Ich glaube, daß diese Dinge für uns sehr wichtig sind und in Zukunft auch entsprechend positiv bewertet werden müssen.

Wenn wir in Niederösterreich eine Solarförderung durch Landesrat Mag. Freibauer neu installiert haben, dann ist das ein wesentliches Element, um hier Energien zu nutzen, die kostenlos vorhanden sind. Wir haben die Sonne, die tagtäglich für uns scheint. Diese Energieleistungen müssen wir in irgendeiner Form nutzbar machen. Ob wir sie über Pflanzen sammeln, oder über Sonnenkollektoren. Wir sind gefordert, diese Leistungen auch entsprechend auf die Schiene zu stellen. Damit können wir einen wirtschaftlichen Ausgleich schaffen. Der wirtschaftliche Ausgleich ist ein wichtiges Element. Und wir sind gefordert, entsprechende Umstiege, etwa durch ein Steuersystem, zu beeinflussen, damit unsere Eigenversorgung auch im Umweltbereich vonstatten gehen kann.

Ich glaube, daß das Land Niederösterreich dabei immer wieder Vorreiter war. Etwa in der Frage der Fernwärme bzw. der Wärmepumpen, die im Bereich unserer Landesinstitutionen, in Schulen, Krankenhäusern zum Einsatz kommen. Unsere Krankenhäuser, die heute errichtet

werden, haben alle bereits Kraft-Wärmekupplungen, mit denen Energie bewußt genutzt und verwertet wird.

Man sollte auch hinweisen, daß wir auch bereit sind, gewisse Mehrkosten zu übernehmen, um einen absoluten positiven, vernünftigen Verwertungsbereich und umweltbewußten Einsatz der Energie durchzusetzen. Wir müssen aber - und das stelle ich auch fest - zur Kenntnis nehmen, daß es nicht so sein kann, daß immer andere die Leistungen für uns erbringen müssen, sondern auch wir selbst. Und ich stelle das sehr wohl selbstkritisch dar. Wenn wir heute RME, das Produkt, das von Raps, aus Sonnenblumen produziert wird, zum Einsatz bringen, dann stelle ich die Frage, inwieweit haben wir selbst das Bewußtsein, diese Produkte zu verwenden. Ich meine mit "wir" uns selbst im bäuerlichen Bereich. Auch die Bauern sind gefordert, diese Produkte bewußt in ihren Betrieben einzusetzen.

Genauso gefordert sind wir, die im politischen Leben stehen, hier in Vorbildfunktion diese Produkte sehr wohl positiv zu verwenden. Das Land Niederösterreich mit Landesrat Blochberger beweist ständig, daß es hier Einsatzmöglichkeiten gibt. Einsatzmöglichkeiten vom Straßendienst über unsere Flußbauhöfe, über verschiedenste Einrichtungen, die in der Lage sind, zum gleichen Preis dieses Produkt einzusetzen. Die somit eigentlich mit Salatöl "spazierenfahren" und damit auch kaum Belastungen der Umwelt verursachen. Ich glaube, daß das ein wichtiges Element ist, daß wir auch selbst zu unseren Produkten stehen. Und mit diesem selbst zu unseren Produkten stehen möchte ich zu dieser heutigen Debatte allgemein noch abschließend bemerken: Wenn ich zuhören in der Wirtschaftsdebatte, und es geht um die Streitfrage der Arbeitsplätze, wenn es darum geht, den positiven Wirtschaftsstandort Niederösterreich hervorzuheben, dann vernehme ich sehr oft Kritik. Kritik an unserem Bundesland. Glauben Sie, wenn wir uns selbst bejammern, daß andere positiv auf uns blicken? Haben wir nicht die Verpflichtung, gerade als politische Verantwortungsträger, sehr wohl sehr laut auch die positiven Elemente, den positiven Wirtschaftsentwicklungen Niederösterreichs bewußt entgegenzusehen und deutlich und klar nach außen zu tragen, daß wir ein Standort sind, in den man investieren kann? Daß wir ein Standort sind, dessen Wirtschaft mit Elementen ausgestattet ist, daß kostengünstig und vernünftig produziert werden kann. Denken wir zurück, vielleicht hilft das. Im Jahr 1945 standen die Generationen vor uns vor dem Ende. Sie hatten nichts. Ihnen ist es gelungen, mit Optimismus das Heute

zu erreichen. Haben wir nicht heute die Verpflichtung, mit demselben Optimismus und Engagement dieses Heute zu schaffen für die Zukunft unserer nachfolgenden Generationen? (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEEK: Es hat sich nun der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek zu Wort gemeldet, ich erteile es.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die zunehmende Verschlechterung der österreichischen Wirtschaft im heurigen Jahr, die vor allem durch eine Zunahme der Arbeitslosenrate und durch Ansteigen der Insolvenzen augenfällig in Erscheinung tritt, gibt sicherlich Anlaß, sich über die Zukunftschancen Österreichs und somit auch Niederösterreichs als Wirtschaftsstandort Gedanken zu machen.

Mein Vorredner hat ja diesbezüglich auch bereits einige Ausführungen gemacht. Es geht dabei aber insbesondere um die Frage, ob die derzeitige Rezessionsphase Bestandteil eines als normal anzusehenden Konjunkturzyklus ist, oder ob sich die Konsequenz einer rückläufigen Qualität Österreichs und Niederösterreichs als Wirtschaftsraum darstellt.

In den vergangenen drei Jahrzehnten konnte Österreich eine überdurchschnittlich positive Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verzeichnen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist von 1950 bis 1991 auf das 4,6-fache des Ausgangswertes angewachsen, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 3,8 % entspricht. Hand in Hand mit dieser Steigerung des Bruttoinlandsproduktes ging eine zunehmende Erschließung ausländischer Märkte, die sich im wesentlich stärkeren Ausmaß vollzog als bei anderen Industrienationen. Während 1950 die Exportleistung unseres Landes nur 80 Prozent des OECD-Durchschnittes betrug, erreichte sie 1991 134 Prozent. Hohes Haus! Diese positiven Entwicklungen bis Mitte des Jahres 1991 wurden vor allem durch überdurchschnittlich starke Produktivitätssteigerungen ermöglicht. Durch einen kontinuierlichen Anstieg erreichte das heimische

Produktionsniveau 1990 die Marke des OECD-Durchschnittes. Diese positiven Entwicklungen sind jedoch seit Mitte 1991 einerseits durch eine globale Konjunkturschwäche und andererseits durch sich abzeichnende, grundlegende Strukturveränderungen, wie die Öffnung des Ostens oder die Marktsättigung in wesentlichen Wirtschaftsbe-  
reichen gestoppt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der Öffnung des Ostens, der Veränderungen in der Wettbewerbslandschaft sowie auf Grund der Wanderungsbewegungen haben sich neue Wirtschaftsstrukturen gebildet und wir werden diese neuen Märkte und innerhalb dieser neuen Wirtschaftsstrukturen die Neupositionierung Österreichs und Niederösterreichs zu begreifen haben. Wir werden zu begreifen haben, daß Österreich und Niederösterreich nur drei wirklich wertvolle Rohstoffe hat. Diese sind

1. hohes Qualifikations- und Ausbildungsniveau der Menschen,
2. günstige verkehrstechnische Lage im Zentrum Europas und Nähe zu neuen Märkten und
3. hoher Freizeit-, Erholungs- und Kulturwert.

Diese drei Faktoren ergeben zusammen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich, des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich. Und diese Attraktivität werden wir international anzubieten haben. Es wird eine aktive Betriebsansiedlungspolitik verstärkt Platz greifen müssen. Denn - und darüber gibt es keinen Zweifel - nur neue Betriebe schaffen auch neue Arbeitsplätze! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hohes Haus! Angesichts der verheerenden Lage auf dem Arbeitsmarkt in unserem Land - an Arbeitslosen sind im dritten Quartal 1993 30.760 Menschen vorgemerkt, was einer absoluten Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 4.870 oder einer relativen Erhöhung um 18 % gleichkommt - angesichts dieser tristen Lage auf dem Arbeitsmarkt sind wir aufgerufen, gezielte Maßnahmen zu setzen, um Investoren die Standortattraktivität Niederösterreichs offerieren zu können. Die Voraussetzung dafür aber ist, über Grundstücksreserven mit entsprechender Infrastruktur zu verfügen. Damit diese Rahmenbedingung für zukünftige Betriebsansiedlungen sichergestellt werden kann, bringe ich folgenden Resolutionsantrag ein *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Edwin Rambossek zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Ltg. 52/V-1) betreffend Konjunkturausgleichsteil.

Die wirtschaftliche Rezession in Niederösterreich manifestiert sich bereits seit über einem Jahr in einer hohen Arbeitslosenzahl. Neue Arbeitsplätze können aber nur durch vermehrte Betriebsansiedlungen in Standorten mit geeigneter Infrastruktur geschaffen werden. Daher muß der Wirtschaftsstandort Niederösterreich gesichert und auch international beworben sowie attraktiv gestaltet werden. In diesem Bereich sollen S 60.000.000,- aus dem Konjunkturausgleichsteil zur Verfügung gestellt werden.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung zu veranlassen, daß der im Budgetansatz 3/61160 sowie im Budgetansatz 7/61190 jeweils vorgesehene Betrag von S 30.000.000,-, in Summe S 60.000.000,-, in den Budgetansatz 3/78297, Betriebsansiedlung, Grundstücke, Ausgaben für Anlagen, Ermessensausgaben im gesamten Betrag umgewandelt wird."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einem Ja zu diesem Resolutionsantrag könnten Sie heute der NÖ Wirtschaftspolitik einen neuen Stempel aufdrücken. Könnten Sie signalisieren, daß ab sofort die NÖ Wirtschaftspolitik der Konjunktorentwicklung nicht mehr nachläuft, sondern dieser vorausseilt.

Hohes Haus! Ich habe diesen Resolutionsantrag heute ganz bewußt eingebracht. Denn es könnte ja sein, daß der Herr Klubobmann Böhm seit 18. November vielleicht die Richtigkeit dieser wirtschaftspolitischen Maßnahme erkannt hat. Ich darf in diesem Zusammenhang schon den Herrn Klubobmann Böhm, ersuchen, bei den freiheitlichen Anträgen im Ausschuß ein bißchen mehr sachlich zu bleiben und den Bericht und den Antrag zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für 1994 oder die VRV genau zu lesen. Denn dann hätte es ihm sicherlich nicht entgehen können, daß die vorgesehenen Kreditmittel im Konjunkturausgleichsteil sehr wahrscheinlich, aber nicht unbedingt zum Einsatz kommen müssen. Ich bezeichne es dabei wirklich nicht als ganz fair, Herr Klubobmann! *(Zwischenruf: Was*



ist der Unterschied zwischen "sehr wahrscheinlich" und "nicht unbedingt"?)

Das steht vorne in den Erläuterungen und das steht in der VRV. Es ist eindeutig geregelt, daß der Einsatz der Mittel erst auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung 1994 zum Einsatz kommt. Aber in dem Zusammenhang, Herr Klubobmann, bezeichne ich es wirklich nicht als ganz sehr fair, wenn Sie, was den Straßenbau betrifft, der ja von Ihrer Partei verwaltet wird, und wenn im Waldviertel zu wenig bezüglich der Straßeninstandsetzungen und Straßenneubauten geschehen ist, daß Sie diese Versäumnisse im Ausschuß praktisch auf den Abgeordneten Hrubesch abzuwälzen versuchen. Denn ich meine hier schon eines. Wenn es wirklich der Willen des Referenten, der Ihrer Partei angehört, gewesen wäre, wenn er die feste Absicht gehabt hätte, 1994 das Straßenbauprogramm für das Waldviertel zu realisieren, dann hätten die Kreditmittel dafür im ordentlichen Teil und im außerordentlichen Teil des Voranschlages - und ich nehme an, daß wir uns da nach der VRV einig sind - budgetiert werden müssen und nicht im Konjunkturausgleichsteil. Denn der muß nun einmal nicht unbedingt zum Einsatz kommen. Ich glaube daher, Herr Klubobmann, daß der Speer, mit dem Sie eigentlich meinen Kollegen Hrubesch treffen wollte, ein bißchen daneben gegangen ist, bedauerlicherweise für Sie. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat uns die Gesamtsummen der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, wissen lassen. Dazu ist anzumerken, daß gegenüber dem Vorjahr bedauerlicherweise eine rückläufige Zuwachsrate festzustellen ist. Stiegen von 1992 auf 1993 die für die Wirtschaftsförderung veranschlagten Mittel noch um 152 Millionen Schilling oder 12,96 %, so betrug die Erhöhung von 1993 auf 1994 nur mehr 105 Millionen Schilling oder 7,92 %, was natürlich auch zur Folge hat, daß der Anteil der Gruppe Wirtschaftsförderung am Ausgabenvolumen des ordentlichen Haushaltes, wenn auch nur geringfügig, so doch sichtbar zurückgegangen ist.

Ich möchte heute aber auch die Ausgabenstruktur dieser Gruppe etwas näher beleuchten. Die Gruppenbezeichnung Wirtschaftsförderung ist etwas irreführend und müßte die Kapitelbezeichnung zutreffenderweise "Wirtschafts- und Kammerförderung" lauten. Denn von den Gesamtausgaben von 1,4 Milliarden Schilling entfallen nämlich insgesamt 163 Millionen Schilling oder 11,41 % auf Förderungsausgaben für die Landeslandwirtschaftskammer, die Landarbeiterkammer,

die Arbeiterkammer und die Handelskammer. Demgegenüber hebt sich die Förderung im Energiebereich in Höhe von einer Million Schilling oder 0,07 % der Gesamtausgaben mehr als bescheiden ab. Die Förderungsausgaben für den land- und forstwirtschaftlichen Bereich betragen in Summe 707 Millionen Schilling oder 49,5 % der Gesamtausgaben. Jene für Handel, Gewerbe und Industrie 330 Millionen Schilling oder 23,1 % und jene für Tourismuswerbung und den Fremdenverkehr 228 Millionen Schilling oder 15,9 %.

Hohes Haus! Ich gebe grundsätzlich schon zu, daß die großen, langfristig wirksamen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, also die große Wirtschaftspolitik - als solche möchte ich sie bezeichnen - auf Bundesebene entschieden wird. Die Feinsteuerung aber, und dazu gehört nun einmal unser Instrumentarium der Förderungsmaßnahmen, die von den Unternehmern angesprochen werden können, diese Feinsteuerung jedoch erfolgt auf Landesebene.

Wenn nun die Mittel für den Fremdenverkehrsförderungsfonds gegenüber dem Vorjahr um 37 Millionen Schilling oder fast 29 % auf 165 Millionen Schilling und jene für den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds gegenüber dem Vorjahr um 55 Millionen Schilling oder fast 23 % auf 295 Millionen Schilling angehoben wurden, so nehmen wir diese Steigerung gerne zur Kenntnis. Angesichts des derzeitigen Minuswachstums in der Wirtschaft und der Situation auf dem Arbeitsmarkt werden aber auch diese erhöhten Mittel noch immer nicht ausreichend sein, um den Unternehmen jene Förderungen für Erneuerungs- und Strukturverbesserungsinvestitionen gewähren zu können, die nun einmal notwendig sind, um die Wettbewerbskraft und damit die Arbeitsplätze in den NÖ Betrieben abzusichern.

Was die Förderungsstrategie betrifft, so sind wir Freiheitlichen stets für nur wenige, dafür aber gezielt und konzentriert einsetzbare Förderungsaktionen eingetreten und wir haben stets das Gießkannenprinzip beim Förderungswesen abgelehnt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es freut mich daher besonders, daß diese von uns seit Jahren aufgestellte Forderung nun auch durch das touristische Leitbild Niederösterreich 2001 voll und ganz bestätigt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ein erster Schritt in Richtung einer Vereinfachung der Förderungsvielfalt wurde vom Herrn Landesrat bereits getan. Damit es nicht bei diesem einen

Schritt bleibt, damit dieser positive Ansatz nicht auf halben Wege ins Stocken gerät, bringe ich auch in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag ein und ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Landtages, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Edwin Rambossek zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Ltg. 52/V-1) betreffend Vereinfachung im Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung.

Nach wie vor besteht im Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung eine Vielzahl teilweise parallellaufender Bundes- und Landesaktionen, die für den Förderungswerber unübersichtlich und erklärungsbedürftig sind.

Die Klein- und Mittelbetriebe, als Säulen der Arbeitsplatzsicherung in NÖ, werden aus den angeführten Gründen sehr oft von der Inanspruchnahme der jeweiligen Förderung abgehalten.

Ein erster Schritt zur Entwirrung des Förderungsdschungels wurde bereits beim Wirtschaftsförderungsfonds durch die Einführung eines einzigen Formulars für 5 Landesaktionen gesetzt. Dieser begonnene Weg in Richtung einer Vereinfachung der Wirtschaftsförderung sollte fortgesetzt und auch auf die Tourismusförderung ausgedehnt werden.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Bedachtnahme auf die vorgegebenen Richtlinien der Bundesförderungen, im Sinne der obengenannten Erwägungen Maßnahmen mit dem Ziel zu

setzen, eine weitere Straffung, d.h. Reduzierung der Förderungsaktionen im Wirtschafts-, insbesondere aber im Tourismusbereich herbeizuführen."

Hoher Landtag! Gestatten Sie mir bitte auch ein paar Worte zur Wirtschaftspolitik auf Bundesebene. Aus Aktualitätsgründen möchte ich aus freiheitlicher Sicht schon festhalten, daß die zweite Etappe der Steuerreform, an ihrem Ziel, eine steuerliche Entlastung herbeizuführen, und damit frischen Wind in unsere Wirtschaft zu bringen, völlig vorbeigegangen ist.

Eine Steuerreform, die die bereinigte Abgabenquote von 43,3 % auf 42,9 % absenkt, verdient es wirklich nicht, als Steuerreform bezeichnet zu werden. Denn diese geringfügige Absenkung der Abgabenquote stellt eine Entlastung von lediglich 130,- Schilling je Monat und erwerbstätigen Österreicher dar. Unsere Bundesregierung hat jedoch bereits dafür gesorgt, daß diese 130,- Schilling je Monat und noch einiges mehr von jedem erwerbstätigen Österreicher wieder abkassiert werden. Ab 1. Jänner 1994 werden die Postgebühren erhöht um durchschnittlich 6,7 %. In absehbarer Zeit wird mit einer sechsprozentigen Strompreiserhöhung zu rechnen sein.

Der Länderzuschlag zur Mineralölsteuer von 50 Groschen plus 20 % wird Österreichs Steuerzahler ebenfalls schwer belasten. Auch durch die Erhöhung der Versicherungssteuer um einen Prozentpunkt wird abkassiert. Die Verpackungsverordnung bringt eine zusätzliche Belastung für jeden Konsumenten von rund 260,- Schilling pro Monat und bei den ÖBB-Tarifen ist seit heute eine Preissteigerung von rund vier Prozent gegeben. Bedauernswerterweise kann ich mit dieser Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Es sollte jedoch in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß durch diese Preissteigerungen und durch die ganz normale Inflation die Inlandsnachfrage ganz empfindlich geschwächt werden wird. Unsere Bundesregierung dürfte in diesem Zusammenhang offensichtlich vergessen haben, daß es gerade die starke Inlandsnachfrage war, die im heurigen Jahr einen größeren Konjunkturerinbruch in Österreich verhindern konnte.

Hohes Haus! Bevor ich zum Tourismusbereich komme, noch einige Worte zum öffentlichen Vergabewesen. Vor allem bei jener großen Anzahl von Landesaufträgen, die über Leasing-Gesellschaften abgewickelt werden, kann im vermehrten Maße festgestellt werden, daß die

Vergabe zumeist nicht nach dem geregelten Verfahren der Ö-Norm A 2050 erfolgt. Der Umstand, daß die Leasinggesellschaften nach dem Einlangen der Firmenangebote nachverhandeln, widerspricht einem fairen Wettbewerb und ist mit den Spielregeln einer geordneten Marktwirtschaft ganz einfach unvereinbar. Ich meine in diesem Zusammenhang, daß der Herr Wirtschaftslandesrat Gabmann aufgerufen ist, in diesem Bereich ehestens Ordnung zu schaffen. Es ist nun einmal auf die auftraggebenden Leasinggesellschaften, auch wenn diese dem Lande nahestehen, einzuwirken, daß zukünftig die Ö-Norm eingehalten wird und dadurch für die Firmen wieder ein Zustand der Rechtssicherung und des unternehmerischen Wettbewerbes hergestellt wird.

Hohes Haus! Die Budgetansätze 1994 für den Tourismusbereich betragen insgesamt 228 Millionen Schilling, wovon 165 Millionen Schilling für den Fremdenverkehrsförderungsfonds bereitgestellt werden. Der Rest kommt im wesentlichen der Tourismuswerbung und in Höhe der Regionaltaxe den Tourismusregionen zugute.

Zieht man als Indikator für die Entwicklung der NÖ Tourismuswirtschaft einen Dreijahresvergleich der Übernachtungszahlen in allen Unterkünften heran, so zeigt dieser Vergleich 1991 bis 1993 in bedauerlicher Weise eine stete Abwärtsentwicklung in diesem Wirtschaftsbereich auf.

Trotz Landeseinsatzes von über einer halben Milliarde Schilling Steuergelder ist es den dafür in unserem Land Verantwortlichen in der Zeit von 1991 bis 1993 nicht gelungen, in der NÖ Tourismuswirtschaft eine Trendumkehr herbeizuführen, obwohl gerade die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in den vergangenen Jahren zu den Wachstumsbranchen ersten Ranges gezählt werden konnte. Analysiert man, meine sehr geehrten Damen und Herren, den vorläufigen Tätigkeitsbericht der Tourismusabteilung V/4 für 1993, so wird man nicht nur mit in diesem Tätigkeitsbericht enthaltenen Ungereimtheiten konfrontiert, sondern kann aus diesem Bericht auch ganz wesentliche Schlüsse ableiten. In diesem vorläufigen Tätigkeitsbericht der Tourismusabteilung V/4 heißt es wortwörtlich: Nach den bisher vorliegenden Statistikergebnissen - gemeint ist der Zeitraum Jänner bis August 1993 - konnte für Niederösterreich ein Nächtigungszuwachs von fast 6 % erzielt werden. Aus der diesem Bericht beigelegten tabellarischen Übersicht ist jedoch eindeutig zu entnehmen, daß Niederösterreich im Zeitraum von Jänner bis

August 1993 gegenüber 1992 ein Nächtigungsminus von 1,5 % zu verzeichnen hat. Irgend etwas stimmt hier also nicht.

Ich muß daher das dringende Ersuchen an den Herrn Landesrat Gabmann richten, Einfluß darauf zu nehmen, daß die Tätigkeitsberichte in Zukunft sorgfältiger erstellt und die Abgeordneten zum NÖ Landtag nicht falsch informiert werden.

Wir jedenfalls haben dieses Faktum zum Anlaß genommen, uns die Originalzahlen direkt vom statistischen Zentralamt zu besorgen. Ich ersuche jedoch den Herrn Landesrat auch von dieser Stelle aus, in der Abteilung zu veranlassen, daß den Freiheitlichen in Zukunft auch alle Detailergebnisse der Fremdenverkehrsentwicklung zur Verfügung gestellt werden. *(LR Gabmann: Sie sitzen doch im Kuratorium!)*

Ja, aber die Detailanalysen wollen wir auch bekommen, damit wir nicht alles immer über das statistische Zentralamt beschaffen müssen. *(LR Gabmann: Ihr sitzt im Kuratorium! Dort wird über alles geredet und man kann alles erfragen!)*

Im Kuratorium sind beim letzten Mal nur die Förderungen besprochen worden. Aber es muß ja auch, Herr Landesrat, für die Abgeordneten und für die Klubs möglich sein, das zu bekommen. Und ich bitte Sie, das zu veranlassen. Das kann ja nicht so schwierig sein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun wieder zurück zur Tourismusentwicklung. Ich habe hier festgestellt, daß mit der Angabe der 6 % im wörtlichen Bericht offensichtlich die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß über den Rückgang im Fremdenverkehr bewußt im Unklaren gelassen werden sollte. Während österreichweit 1992 noch Zuwachsraten bei den Übernachtungen erzielt werden konnten, gab es in Niederösterreich bereits einen besorgniserregenden Rückgang bei den Übernachtungen im Ausmaß von vier Prozent. Dieser Rückgang hat 1993 bis August um weitere 1,5 % zugenommen, sodaß das Niederösterreich-Minus im Vergleich zu den Österreichwerten wesentlich schlechter ausgefallen ist. Die Detailzahlen beweisen dies klar und deutlich. Ich vergleiche immer die Periode Jänner bis August, so wie dies auch im Tätigkeitsbericht der Abteilung V/4

gemacht wurde. Gegenüber 1991 hat Niederösterreich 193.000 Nächtigungen oder 4,3 % verloren. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind zum Beispiel mehr Nächtigungen, als die bekannten Fremdenverkehrsorte Melk und Krems pro Jahr gemeinsam erzielen. Im Vergleich dazu beträgt der Rückgang in ganz Österreich lediglich 0,7 %.

*(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)*

Auffällig ist in diesem Zusammenhang aber auch, daß die Anzahl der Gäste, die Niederösterreich besucht haben, um immerhin 2,4 % gestiegen ist. Aus diesen Zahlen kann man nun folgende Schlüsse ziehen:

1. Durch gezielte Werbeaktionen ist es offensichtlich gelungen, sowohl 1992 als auch 1993 mehr Gäste zu veranlassen, Niederösterreich zu besuchen, was besonders positiv anzumerken ist.
2. Offensichtlich ist für diese Gäste jedoch das touristische Angebot unseres Bundeslandes nicht attraktiv genug, da man ansonsten nicht ein Minus von 193.000 Übernachtungen in Kauf hätte nehmen müssen.
3. Der Schluß liegt daher auch nahe, daß die Förderungspolitik und damit auch die Investitionspolitik im NÖ Fremdenverkehr in die falsche Richtung gelaufen ist.

Wir haben dies bereits seit längerem erkannt und daher auch dem letzten Jahresbericht des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds unsere Zustimmung verweigert. Es ist ja zwischenzeitlich im Landtag auch der Bericht des Finanzkontrollausschusses III/1992 eingetroffen. Und ich kann nur hoffen, daß sich der Herr Landesrat Gabmann zwischenzeitlich auch mit dem Inhalt dieses Berichtes des Finanzkontrollausschusses vertraut gemacht hat und abteilungsintern Kontrollmechanismen eingezogen wurden, sodaß sich ein finanzielles Desaster, wie es im Bericht des Finanzkontrollausschusses aufgezeigt wurde, in keiner Weise mehr wiederholt.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich Sie noch einmal ersuchen, den beiden von mir dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegten Resolutionsanträgen die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Fachleute sind sich einig, daß die Freizeitwirtschaft auch in Zukunft eine Wachstumsbranche sein wird und die Impulse für dieses Wachstum, meinen die Experten, werden ein Wiedereinsetzen des Wirtschaftswachstums in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sein bzw. eine Verlagerung der Bedürfnisbefriedigung in Richtung verstärkter Freizeitkonsum. Vieles spricht dafür, daß Österreich diese gute Position im Tourismus auch in Zukunft halten wird können. Und ich meine, daß die Voraussetzungen dafür, daß Niederösterreich an diesem Tourismuswachstum partizipieren kann, da sein sollten. Nämlich die Absicht, den Lebensstandard der Menschen zu verbessern oder bestimmte wirtschaftliche Strukturen in gewissen unterentwickelten Regionen zu verbessern, zu heben, natürlich auch befriedigende Ergebnisse für die Tourismuswirtschaft zu erzielen, die zweifelsohne ja nicht in der besten wirtschaftlichen Situation sind, das wissen wir, was die Eigenkapitalbasis betrifft usw. Dazu gehört natürlich die Bereitschaft aller am Tourismus Beteiligten. Diese sollten in Abstimmung mit den Interessen der Tourismusregionen und meiner Meinung nach unter Rücksichtnahme auf raumordnungspolitische Ordnungslinien aktiv an der Neustrukturierung der Tourismuswirtschaft, die ja derzeit im Gange ist, mitwirken.

Es geht also darum, die Angebotsstruktur den Nachfrageerfordernissen anzupassen. Unabdingbar ist natürlich hierbei, daß das Land die Richtung vorgibt, in die der Tourismuszug fahren soll, was bisher ja nicht der Fall war. Die NÖ Tourismusunternehmer waren Einzelkämpfer. Entsprechend schaut natürlich auch das Tourismusergebnis in Niederösterreich aus. Dennoch meine ich, daß Niederösterreich trotz einer vergleichsweise zu anderen Bundesländern relativ bescheidenen Tourismusintensität mit den vorhandenen, erschließbaren natürlichen Tourismusressourcen über ein beachtliches Wachstumspotential in diesem Wirtschaftszweig verfügt.

Das Tourismuskapital Niederösterreichs ist, wie gesagt, trotz dieser Angebotsschwäche und den Mängeln in der Tourismusstruktur, die land-

schaftliche Vielfalt und die landschaftlichen Eigenheiten Niederösterreichs, die reichhaltigen Kulturgüter in Verbindung mit der historischen Bedeutung Niederösterreichs. Im Tourismusleitbild wird ja auf die Bedeutung der Kultur hingewiesen. Und ich meine auch noch, eine intakte Natur, das ist das Kapital, sind sozusagen die Grundlagen des Tourismus in Niederösterreich.

Und insofern ist Niederösterreich natürlich ein klassisches Kurzurlaubsland mit einer sehr ausgeprägten Ausflugs-tourismuskomponente. Unsere Tourismusstärke oder die Angebotsschwerpunkte sind ja hinlänglich bekannt. Jetzt haben wir es durch das Tourismusleitbild sozusagen "gutachtlich" oder amtlich bestätigt erhalten. Sie sind im Kulturtourismus, Gesundheits-, Freizeit-, Sport- oder Fitnesstourismus, im Familientourismus, im Seminar- oder Tagungstourismus und natürlich ist eine ausgeprägte Erlebniskomponente dabei festzustellen.

Und ich konzidiere dem Herrn Landesrat sehr gerne, daß jetzt, nach den Pannen in der Vor-Ära Gabmann auf diesem Sektor neuerdings sehr professionell an das Thema Stärkung oder Ausbau des Niederösterreichtourismus herangegangen wird. Und daß die von der Tourismusabteilung eingeleiteten Maßnahmen zur Neuordnung der Tourismuspolitik in Niederösterreich tatsächlich zu greifen beginnen. Ich meine, der Niederösterreichtourismus oder die NÖ Tourismuspolitik nimmt Konturen an.

Ich darf hier die Erstellung des Leitbildes Niederösterreich 2001 anführen, das im Zusammenhang oder in Gemeinsamkeit mit Oberösterreich und Wien in Auftrag gegebene Donauraumkonzept erwähnen. Ich stelle die Ausgliederung der Tourismuswerbung fest und auch die, wenn auch schon dringend gewordene Novellierung des Tourismusgesetzes. Die ja in Arbeit ist, die höhere Dotation - heute schon angesprochen - des Fremdenverkehrsbudgets, wovon den Löwenanteil der Fremdenverkehrsförderungsfonds erhalten hat. Das Fremdenverkehrsbudget ist insgesamt um nicht ganz 23 % auf 228,5 Millionen angehoben worden. 165 Millionen davon bindet der Fremdenverkehrsförderungsfonds, das ist eine Erhöhung um 22,4 % oder 37 Millionen.

Ich habe das deswegen ein wenig detaillierter ausgeführt, weil ich meine, man muß diese Zahlen entglorifizieren oder hinterleuchten. Diese sehr massiv wirkende Erhöhung im Bereiche des Tourismus ist einerseits schon deswegen notwendig, weil der

Fremdenverkehrsförderungsfonds natürlich Verbindlichkeiten bei den Banken von über 60 Millionen hat, also mit über 60 Millionen bei den Banken in der Kreide steht. Und außerdem nur mehr ein sehr geringer Teil des Fondsvermögens frei verfügbar ist, also noch nicht durch finanzielle Zusagen an die Tourismuswirtschaft gebunden ist. Und das setzt natürlich eine so massive Erhöhung des Fremdenverkehrsförderungsfonds voraus. Und natürlich, wenn es zu einer tatsächlich verstärkten Tourismusförderung auf Grund massiver touristischer Aktivitäten kommt, dann braucht man zwangsläufig mehr Geld dazu. Ich meine also, daß man diese 228,5 Millionen insgesamt des Tourismusbudgets oder die 165 Millionen für den Fonds relativieren muß. Es gibt also gute Gründe dafür.

Ein paar Sätze zum Tourismusleitbild Niederösterreich 2001. Es liegt im ersten Teil vor, der sich sozusagen mit den Strukturen für das Land Niederösterreich beschäftigt. Der zweite Teil ist in Arbeit. Es sollen Regionskonzepte erstellt werden. Und ich stelle wirklich zweifelsfrei fest, es ist eine hervorragende Grundlagenarbeit, dieses Tourismusleitbild NÖ 2001, eine gute Basis für die NÖ Tourismuspolitik. Und es enthält, auf eine wissenschaftliche Basis gestellt, die möglichen touristischen Angebotsschwerpunkte Niederösterreichs, eine Standortbestimmung. Wo befinden wir uns derzeit mit dem Niederösterreichtourismus? Es beinhaltet künftige Nachfragestrukturen und auch die touristischen Hoffungsgebiete in Niederösterreich, es handelt das Thema Förderungsstrategien ab. Es gibt also die Rahmenbedingungen und die Grundsätze und Ziele einer künftigen NÖ-Tourismuspolitik vor.

Und nun darf ich zu einer Äußerung des Herrn Landesrates Stellung nehmen, der in der Landeskorespondenz gemeint hat, dennoch soll die Tourismuspolitik sehr behutsam sein und nicht in einen Massentourismus münden. Ich glaube, Herr Landesrat, da hat die Fabel vom Fuchs, dem die Trauben zu hoch gehangen sind und der gesagt hat, er will sie gar nicht, ein bißchen durchgeschlagen. Ich glaube, die Sorgen, daß in Niederösterreich plötzlich der Massentourismus ausbrechen wird, brauchen wir viele Jahre lang noch nicht haben. Die sind völlig unbegründet. Und selbst wenn derzeit ein Tourismusboom auf Niederösterreich hereinbrechen würde, so könnten wir ihn leicht verkraften, wie ja die Nächtigungszahlen beweisen. Nur eine Zahl, ebenfalls aus dem Leitbild. Der durchschnittliche Bettenbelag hat im Jahr 1990/1991 nur 93 Tage, also etwa 25 % betragen. Und damit liegen wir

weit unter dem österreichischen Durchschnitt. Eine Ausnahme sind die Fünf- und Viersternbetriebe. Da liegen wir besser, ein Beweis für Maßnahmen in Richtung höhere Qualität.

Wenn ich schon die Nächtigungsstatistik angezogen habe, ich mache es kurz: In der Periode von Jänner bis September 1993, das sind jene Zahlen, die mir verfügbar waren, den Oktober habe ich noch nicht erhalten können, haben wir mit 5,183.347 Übernachtungen ein Minus von 1,8 Prozent vergleichsweise zum Vorjahr zu verzeichnen, wobei eine Steigerung der Nächtigungszahlen im Zehntelprozentbereich nur die Bundesländer Steiermark und Salzburg aufweisen. Alle anderen verzeichnen einen Nächtigungsrückgang, der nicht einmal unbedeutend ist. Kärnten, ein ganz etabliertes Tourismusland, 4,8 %, Wien gar 5,6 % Rückgang. Und in Österreich insgesamt in derselben Periode wurde mit 112,457.130 Nächtigungen ein Rückgang von 2,1 % im Vergleich zum Vorjahr vermerkt.

Einzig die Bundesrepublik Deutschland ragt aus dieser Situation mit einem Nächtigungsplus in Österreich von 1,3 % heraus. Wobei bei anderen wichtigen Tourismusherkunftsländern wie Holland, Italien, Schweiz und USA viel beachtlichere Nächtigungsrückgänge zu verzeichnen sind.

Interessant ist, wenn man sich die Bezirksergebnisse, die Nächtigungen in den Bezirken ansieht. Hier hat die Statutarstadt Krems vergleichsweise sehr gut abgeschnitten und einen Nächtigungszuwachs in diesen einzelnen Monaten von 12,6 % bis 12,1 % verzeichnet. Und ich meine, daß diese exorbitante Nächtigungssteigerung zweifelsfrei in dieser sehr spektakulär und werbewirksam gedrehten Fernsehserie "Donauprinzessin" zu suchen ist, die bestimmt einen Werbeeffect ausgeübt hat. Völlig konträr dazu die Entwicklung im Bezirk Baden, eingeschlossen die Kurstadt als überhaupt größtes, als nächtigungsstärkstes Kommunalwesen in Niederösterreich. Der Bezirk Baden hat Einbußen von 4,1 % bis 14,2 % zu verzeichnen in diesen Monaten I bis IX. Gut gehalten hat sich der Bezirk Scheibbs. Vermutlich wegen des nicht unbedeutenden Wintersportgebietes um den Ötscher. Der Bezirk Scheibbs hat in der Wintersaison 1993 einen Nächtigungszuwachs von 3,6 % bis 18,4 % zu verzeichnen. Und ab Mai über dem Sommer liegen die Nächtigungszahlen nur knapp unter dem Vorjahresergebnis.

Im Zusammenhang mit der Tourismussituation im Bezirk Scheibbs darf ich einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

#### "Resolutionsantrag

des Abgeordneten Keusch zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, LtG. 52/V-1, betreffend Zufahrt zum Naturpark Ötscher-Tormäuer.

Der Naturpark Ötscher-Tormäuer verfügt über drei Zufahrten, von denen zwei recht gut ausgebaut sind, die dritte, aufgrund ihres Einzugsbereiches wichtigste, allerdings völlig ungeeignet ist. Es handelt sich hierbei um die Zufahrt zum Naturparkeingang Eibenboden. Das Haupteinzugsgebiet dieser Zufahrt erfolgt über die Abfahrt von der Westautobahn und führt über Ybbs, Scheibbs und Gaming über gut ausgebaute Landesstraßen. Ab dem 'Haus Steiner' beginnt jedoch eine den österreichischen Bundesforsten gehörende, nicht asphaltierte Forststraße, die überdies eine sehr geringe Breite aufweist und für Busse, obwohl mit diesen trotzdem die Zufahrt vorgenommen wird, völlig ungeeignet ist.

Der Fremdenverkehr in Niederösterreich ist in einem hohen Ausmaß auf den Tagesausflugverkehr angewiesen, sodaß es erforderlich erscheint, gerade für diesen Ausflugsverkehr auch die nötige Infrastruktur zu schaffen. Sowohl das Land als auch die Gemeinden, vor allem jene, die den Naturparkverein tragen, haben für den Ausbau des Naturparks Ötscher-Tormäuer hohe Summen ausgegeben. Dieser Naturpark könnte sicher noch viel besser genützt werden, wenn die Übernahme dieser Forststraße durch das Land und der Ausbau dieses Straßenstückes erfolgen würde. Es darf darauf hingewiesen werden, daß die Marktgemeinde Gaming auch bereit wäre, die Landesstraße nach Polzberg im Gegenzug als Gemeindestraße zu übernehmen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Interesse der Verbesserung des Fremdenverkehrs im Bereich des Naturparks Ötscher-Tormäuer geeignete Maßnahmen zu setzen, um auch zum Naturparkeingang Eibenboden eine dem dringenden Bedarf entsprechende Zufahrt zu schaffen."

Meine Damen und Herren! Die Fakten sprechen ganz klar dafür, daß die Tourismuswerbung tatsächlich eine Schlüsselfunktion im NÖ Tourismus inne hat. Wie der Medienrummel um die "Donauprinzessin", also um diese Fernsehserie ja beweist, der die Werbewirksamkeit, wie man am

Beispiel Krems oder Wachau sehen kann, nicht verfehlt hat. Und hier wiederum eine klärende Feststellung. Die Behauptung nämlich, die zeitweise aufgestellt wurde, daß dieser exorbitante Nächtigungsrückgang in den letzten Jahren auf mangelnde Meldemoral zurückzuführen ist, eben auf mangelnde Meldemoral zufolge der Einhebung der Regionaltaxe, ist nicht aufrecht zu erhalten. Das hat eine von der Abteilung in Auftrag gegebene Analyse bewiesen. Aus dieser Analyse kann man keinen generellen Schluß ableiten, wurde in dem Bericht dazu festgestellt. Der Grund für diesen Nächtigungsrückgang im Niederösterreichischen Tourismus wird wirklich die geringere Attraktivität des NÖ Tourismusangebotes sein und möglicherweise in einer zu wenig aggressiven oder intensiven, wie immer man das nennen will, Werbung in den einzelnen Tourismusregionen liegen.

Nun ein Wort zur Ausgliederung der Tourismuswerbung, meine Damen und Herren. Diese wurde vom Finanzkontrollausschuß schon im Bericht I des Jahres 1987 verlangt. Der Finanzkontrollausschuß hat damals kritisiert, daß die Werbeabteilung, nämlich seit 1986 und das bis in die hohe Gegenwart herauf, Werbeaufträge in den Massenmedien, Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen, Illustrierte und Plakate, fast ausschließlich an ein und dieselbe Werbeagentur vergeben hat. Ich nenne den Namen nicht, obwohl ich das könnte, weil ich niemanden schaden möchte. 1986 waren das Aufträge im Ausmaß von 5,8 Millionen. Das bedeutet in etwa 16 % des gesamten Tourismusbudgets. Im Jahr 1992 flossen schon 10 Millionen an die besagte Firma, das sind 20 % des Etats für die Tourismuswerbung. Und in dem Zusammenhang bleibt natürlich die Frage offen, wo der Wettbewerb geblieben ist, in wirtschaftlicher Hinsicht natürlich. Und auch der Wettbewerb um neue Werbeideen. Und wo die Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmäßigkeit bei dieser Auftragsvergabe geblieben ist. Und in dem Zusammenhang hat der Herr Landesrat Gabmann sehr rasch reagiert, weil sein Vorgänger seit 1987 auf dem Sektor nichts unternommen hat. Er hat also, wie auch zu hören war, die Tourismuswerbung zur Ausgliederung vorgesehen. Dies soll sehr weit gediehen sein, wie mir bekannt ist und man kann gespannt darauf sein, wie diese Ausgliederung organisiert werden wird; Verein oder GesmbH, wie groß das Beteiligungsinteresse sein wird, wer die Gesellschafter dann sein werden, wie man dieses finanzieren wird. Es wäre recht interessant, davon ein bißchen zu hören, Herr Landesrat! Lauter ganz entscheidende Fragen. Auch was mit dem jetzigen Tourismuspersonal, mit dem

Werbepersonal geschehen wird. Und vor allem - und das ist ganz wichtig - ob diese Verselbständigung dann tatsächlich eine Verselbständigung ist und nicht nur eine Alibi-handlung ist. Damit es nicht so ein Flop wird wie der Verkauf des Landesreisebüros oder die Verselbständigung oder Privatisierung. Wobei ich meine, "Privatisierung" ist der falsche Ausdruck, es müßte "Verselbständigung der Tourismuswerbung des Landes" heißen. Sie sind also, Herr Landesrat, aufgefordert, für eine saubere, präzise Lösung der Privatisierung oder der Verselbständigung der Tourismuswerbung zu sorgen, die dieser neuen Gesellschaft dann die völlige Handlungsfreiheit, aber auch die totale Ergebnisverantwortlichkeit zuordnet.

Noch ein Wort zur Regionaltaxe, die ja die finanzielle Basis unserer Tourismusregionen darstellt. Auch hier hat es bei der Einhebung gravierende Anlaufschwierigkeiten gegeben. Ein unverzeihbares Faktum: Der damals zuständige Landesrat hat via Weisung den Auftrag gegeben, im Jahr 1991 auf die Regionaltaxe gänzlich zu verzichten, obwohl im Februar desselben Jahres die Kundmachung erfolgt ist, also das Gesetz schon in Kraft getreten war. Das heißt, er hat sich einem Beschluß des Landtages widersetzt. Und daß das nicht in die Nähe des Amtsmißbrauches kommt, möchte ich stark bezweifeln.

Heute noch bestehen in den Tourismusregionen große Finanzierungsprobleme. Das wird auch darin deutlich, daß damals bei der Novellierung des Tourismusgesetzes man von in etwa 20 Millionen ausgegangen ist, die über die Regionaltaxe zur Förderung der Tourismusregionen zur Verfügung stehen werden. Tatsache ist, daß im Rechnungsabschluß 1992 nur 8,5 Millionen Schilling ausgewiesen sind. Also eine weitaus geringere Einnahmenkomponente. Im Jahr 1993 hatte man 10,5 Millionen präliminiert und 1994 12 Millionen. Also wir liegen bei weitem noch nicht dort, wo wir ursprünglich angenommen haben, über diese Regionaltaxe die Tourismusregionen finanzieren zu können. Es ist das - und so steht es auch und ich verwende diesen Begriff absichtlich - es ist das ein Minimalbudget. Der Begriff ist im Bericht der Abteilung so vermerkt. Ein Minimalbudget, von dem ich meine, daß dieses Budget die Tourismusregionen wohl kaum in die Lage versetzen wird, ansprechende und nachfrageorientierte Marketingmaßnahmen zu setzen, wie es eigentlich von der Organisation des NÖ-Tourismus her Aufgabe der Regionen wäre.

Hier wird eine finanzielle Hilfe des Landes notwendig sein. Und ich appelliere an den Herrn

Landesrat Gabmann, bei der Novellierung des Tourismusgesetzes für eine ausreichende Finanzierung der Tourismusregionen zu sorgen. Hier müßte man halt das Gesetz ändern. Im § 10, wo es um die Förderung der Tourismusregionen geht. Das hat mich von Beginn an schon ein wenig gekratzt. Dort heißt es, "das Land kann". Wenn die Regionen aus eigenem nicht imstande sind, die Finanzierung ihrer Projekte vorzunehmen, kann das Land fördern.

Und ich meine, man müßte eine Formulierung finden, die es dem Land zwar ermöglicht, Einfluß darauf zu nehmen, was zu finanzieren ist. Aber an sich sollte die Frage außer Streit sein, daß das Land die Tourismusregionen zu fördern hat. Was zu fördern ist bzw. in welchem Ausmaß, darüber sollte es natürlich Handlungsspielraum geben. Aber ich glaube, das Land kann sich von der Verpflichtung der Förderung des Tourismus nicht entbinden. Ich bitte, das bei der Novellierung zur berücksichtigen.

Ein Wort noch zum Donauraum, zur Donau-region, weil ich meine, daß das ein ganz wesentliches Tourismuspotential ist. Für meine Begriffe hat die Donauregion eine ähnliche Bedeutung wie die Seenlandschaft für Kärnten. Ich ersehe darin eine Möglichkeit in Richtung Zweisaisonentourismus in Niederösterreich. Natürlich in bescheidenen Aspekten, gar keine Frage. Aber wir hätten zum Beispiel nicht schlecht ausgebaute Wintersportgebiete, wie Hochkar, Semmering, Ötscher und andere, Traisental meinetwegen, wo auch eifrig investiert wird in Liftanlagen und Schneekanonen, also in die Infrastruktur. Und auf der anderen Seite den Donauraum, wo man vom Frühjahr bis in den Herbst Radsport, Wassersport, Wasserskifahren, Barfußfahren und auch Sportboot fahren kann und auch in diesem Bereich dem Kulturtourismus frönen kann, weil eben die Donauregion sehr reich an Kulturgütern und an historischer Bedeutung ist.

Bezüglich der touristischen Nutzung des Donauraumes, glaube ich, sind grundsätzliche Weichenstellungen notwendig. Für meine Begriffe die Erstellung einer Konzeption zum geordneten Ausbau von Sportboothäfen als zweite Aufgabenstellung. Man könnte zusätzliche Anlegestellen für Bootstouristen schaffen, die ja nicht gerade zu den einkommensschwächsten Touristenkategorien zählen. Es ist das seit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donaukanals meiner Meinung, nach ein ganz wesentlicher Bereich. Und es ist auch ein sprunghafter Anstieg

bei den Bootstouristen zu verzeichnen. Und wie von oberösterreichischer Seite zu hören ist, denkt das Land Oberösterreich mit der ÖDOPAK, das ist die privatisierte Wasserstraßendirektion, an einen großzügigen Ausbau der Sportboothäfen in Grein, in der Ortschaft Au und in Mauthausen.

Ein Aspekt im Zusammenhang mit touristischer Nutzung des Donauraumes ist auch - und darüber wurde in diesem Haus in einer Aktuellen Stunde ja schon diskutiert - die Erhaltung der Personenschiffahrt auf der Donau als Linienschiffahrt durch die DDSG, meinetwegen unter Beteiligung des Landes und der Gemeinden, aber auch die Lokalschiffahrt, wie sie ja beispielsweise von Privaten auf der Donau schon betrieben wird. Und weil ich mich für die Tourismusnutzung im Donauraum so einsetze, darf ich auch eine leise Kritik der Frau Staatssekretär Fekter, die allerdings schon aus dem Vorjahr stammt, zitieren. Die Frau Staatssekretär meint, wir müssen versuchen, zusätzliche Attraktionen schmackhaft zu machen, die auch Wertschöpfung bringen. Als ersten Schritt will die Frau Staatssekretärin noch heuer eine Studie in Auftrag geben, die die Chancen des Fremdenverkehrs im Donauraum unter die Lupe nimmt. Untersuchen soll die Studie auch, wie man die gesamte Donauregion, an der die drei Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Wien Anteil haben, am besten vermarkten kann. Einen erhöhten Nachholbedarf ortet die Staatssekretärin diesbezüglich beim Land Niederösterreich, Herr Landesrat. Oberösterreich hat nämlich bereits vor zwei Jahren eine Organisation gegründet, die die einheitliche Vermarktung des Donauraumes betreibt. Niederösterreich war da bisher nicht so aktiv, kritisierte Fekter.

Ich darf in dem Zusammenhang einen weiteren Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Keusch zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Ausbau von Sporthäfen an der Donau.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung des NÖ Fremdenverkehrs ist es dringend erforderlich, nach Möglichkeit sowohl die Winter- als auch die Sommersaison zu nutzen. Besonders wesentlich für den Sommertourismus erscheinen alle Aktivitäten, die mit der Donau und ihrer europaweiten Verkehrsbedeutung in Zusammenhang stehen. Hierbei spielen nicht nur die durch den Rhein-Main-Donaukanal neugeschaffenen Verbindungen in den Westen eine wesentliche Rolle, sondern



kommt den an der Donau gelegenen Orten große Bedeutung als Ausgangspunkt für weitere touristische Aktivitäten zu. Insbesondere müßte auch das Augenmerk jenen Gästen zugewandt werden, die mit Sportbooten den Fluß bereisen, nicht zuletzt, weil es sich hierbei auch um eine finanziell potente Personengruppe handelt. Zur Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur an der Donau ist daher der Ausbau von Sporthäfen auch in Niederösterreich dringend erforderlich.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu setzen, um den ehestmöglichen Ausbau von Sporthäfen an dem in Niederösterreich gelegenen Teil der Donau voranzutreiben."

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß diese von der Abteilung eingeleiteten und vom Landesrat getragenen Maßnahmen, nämlich die Erhöhung des Tourismusbudgets, das in Auftrag gegebene und zum Teil schon vorliegende Tourismusleitbild Niederösterreich 2001, die Ausgliederung der Tourismuswerbung, die Novellierung des Tourismusgesetzes, ein Donauraumkonzept, tatsächlich den Durchbruch bringen, den der NÖ Tourismus braucht, um zu neuen Ufern zu gelangen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Prof. Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Am Tourismusbudget des Jahres 1994 kann ich, wie beim Kulturbudget auch, guten Gewissens die Leitschienen für das gesamte Budget des Landes Niederösterreich anlegen. Dieses Tourismusbudget hält auch diesen Anforderungen stand, die wir schon beim gesamten Haushalt 1994 ins Auge gefaßt haben. Nämlich die Themen der Sicherung der Arbeitsplätze, Sicherung der Wirtschaftsdaten, der relativ guten Wirtschaftsdaten und das Gefühl eines Selbstbewußtseins auch in diesem Haushaltsteil.

Wie beim Kulturbudget auch - und Sie wissen, daß Kultur und Fremdenverkehr viel miteinander zu tun haben, nämlich in Wechselwirkung und in Umwegrentabilität - geht es mir hier beim Fremdenverkehrsbudget vor der Nennung von Zahlen und Daten darum, unsere Positionen festzulegen. Die Positionen des Tourismus in Österreich insgesamt und die für Niederösterreich.

Denn man kann sich nicht ohne diese an sich in einem Bundesland bewegen.

Die Position des österreichischen Tourismus kommt einer Standortbestimmung gleich, die, wie gesagt, auch wieder nicht ohne internationale Sicht möglich ist. Es ist sehr schwer, auch für Volkswirtschaftler, die Wertschöpfung des Fremdenverkehrs volkswirtschaftlich exakt zu messen. Seine Kaufkraftimpulse und Umwegrentabilitäten ganz zu erfassen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus ist aber unbestritten. Sie geht weit über andere Wirtschaftsfaktoren hinaus und greift in die verschiedensten Bereiche ein. Vor allem in den Dienstleistungsbereich. In Ressourcen der Natur, wie Du richtig gesagt hast und auch Herr Kollege Dkfm. Rambossek richtig ausgeführt hat, in die Umwelt. Aber auch in den immateriellen Teil einer Tourismusgesinnung, der ebenfalls schwer zu messen ist, aber trotzdem relevant erscheint.

Österreich zählt unbestritten zu den führenden Tourismuskationen der Erde und damit auch selbstverständlich Europas. Österreich liegt mit 3,7 % Bruttoinlandsproduktanteilen des Hotel- und Gaststättenwesens deutlich über der EG-Marke, die sich um 2,5 % bewegt. Und wir sind nur durch Spanien und Portugal, die mit 6 % die Spitze anführen, übertroffen. Aber das hat einen Grund. Weil Spanien und Portugal einen abnorm hohen Binnentourismus zu verzeichnen haben, aus verschiedensten Gründen, gesetzlichen wie auch sozialen Gründen. Die Querverbindungen und die Synergieeffekte des Fremdenverkehrs sind evident zu Kultur, Sport, Gesundheit, Finanzwirtschaft, Bauwirtschaft und auch Land- und Forstwirtschaft.

In Österreich bewegt sich der übernachtungsrelevante Tourismus im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zirka um die 8 bis 8,5 Prozent. Inklusive Tagesausflüge und Ausländertransits. Wenn man dazu noch den Freizeitkonsummarkt rechnet und - bitte jetzt nicht lachen - das zunächst immer nicht ernst genommene aber wichtiger werdende, für den Fremdenverkehr nicht gerade vorteilhafte Schlagwort vom "Urlaub auf Balkonien". Das heißt, das von ganzen Freizeitindustrien forcierte Zu-Hause-bleiben. Das Geld zu Hause aufwenden, aber so tun, als ob. Wenn man das noch dazurechnet, dann sind wir bei 14 bis 15 Prozent.

Die Freizeitwirtschaft in Österreich macht also alles in allem gut 15 Prozent gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung aus. In Österreich werden

pro Kopf und Einwohner Einnahmen aus internationalem Reiseverkehr von 2.000,- US-Dollar verzeichnet und das sind, wieder umgelegt auf andere Zahlen, 13 Übernachtungen ausländischer Gäste, also Übernachtungshäufigkeit, und ca. 8,5 % Bruttoinlandsprodukt. Der Fremdenverkehr in Österreich hat also - das sage ich abschließend zu diesem Thema - hohe Bedeutung für den Zahlungsbilanzausgleich und für die Beschäftigungssicherung. Der Deckungsgrad zwischen Handelsbilanzdefizit und Reiseverkehr beträgt immerhin satte 70 Prozent.

Noch eine österreichische Zahl. 500.000 Personen, so schätzt und rechnet man, sind erwerbsmäßig in Österreich vom Tourismus abhängig. 400.000 davon unselbständig, direkt abhängig und beschäftigt und 300.000 davon sind Vollarbeitsplätze im Fremdenverkehr. Aus dieser Erkenntnis leitet sich auch der Schluß für das Leitbild Niederösterreich 2001 ab. Das Leitbild, Niederösterreich 2001 benannt, wurde, wenn Sie sich erinnern, Ende Oktober 1992, mit Start des neuen Tourismuslandesrates Ernest Gabmann in Auftrag gegeben. Und genau ein Jahr später, im Oktober 1993, war es soweit. Wir hatten die Kurz- und die Langfassung des NÖ Tourismusleitbildes 2001, Grundstufe - Prinzipien erstellt.

Denn dieses Leitbild gliedert sich in zwei Teile. Die erste Stufe ist das Leitbild an sich. Das ist fertig, ist nachsehbar, einsehbar, liegt uns vor. Das behandelt die Ausgangssituation, die Rahmenbedingungen in Niederösterreich, die Entwicklungsperspektiven, die Trends und die Hoffnungsfelder des Tourismus, die Zielsetzungen und Förderungsstrategien.

Die Stufe Zwei: Man könnte auch sagen, wie geht es weiter, benennt sich die Stufe 2. Was machen wir jetzt, wie setzen wir es um? Die wurde bei Dr. Kohl in Auftrag gegeben und ist in Arbeit. In ihr muß jetzt das, was für das Gesamte als richtig erkannt wurde, in den einzelnen Regionen und Verbänden umgesetzt werden. Das bedeutet Prioritätenfestlegung in den einzelnen Regionen, Stärken- Schwächenanalysen, konkret dort draußen, wo Tourismus zu machen ist.

Fest steht schon jetzt, meine Damen und Herren, daß sich folgende Analyse ergeben wird und ergeben hat für Niederösterreich. Wie Du richtig sagtest, der Fremdenverkehr in Niederösterreich hat noch die Chance, ein sanfter Tourismus genannt zu werden. Und er kann noch größer werden. Und Du hast schon recht und ich hab' das auch schon vor Jahren gesagt, wäre er nur ein bißchen wilder und nicht so sanft. Ein biß-

chen Wildheit könnten wir schon noch gebrauchen. Das sage ich in Baden auch immer. In Baden, wenn man mir sagt im Gemeinderat, um Gottes Willen, wenn das neue Kongreßhaus jetzt kommt und die Römertherme kommt, wo soll denn der ganze Verkehr hin? Als Abgeordneter sage ich, wenn sie nur schon da wären, die vielen Leute, daß wir dann erst die Frage erörtern können, wie wir sie wieder weg bekommen. Aber zuerst müssen sie einmal her.

Wichtig ist, daß wir Ressourcen haben in Niederösterreich. Und daß nicht alles verpatzt ist und nicht alles überlagert ist. Und es stimmt, daß natürlich die Relevanz, die Fremdenverkehrsrelevanz, diese Kaufkraftanteile in Niederösterreich gemessen am österreichischen Kaufkraftanteil, relativ klein ist und noch aufgepöppelt werden kann und muß. Der österreichische Anteil liegt nämlich bei zwei, das ist auch nicht so viel. Das muß man sich vor Augen halten. Ich habe eine Umfrage auch über unsere Region machen lassen vom Bundes-WIFI. Deren Zahl bestätigt, was ich hier lese. Wenn Sie heute einen Laien fragen, wie hoch ist die Wertschöpfungskraft des Fremdenverkehrs an der gesamten Wirtschaft, Hoteliers meinen 100 % ungefähr. Und Gastronomen sagen 80 %. Alle leben vom Fremdenverkehr. Die wirklich errechenbare, nachweisbare Wertschöpfung ist nur 2,8 %. Das darf uns aber nicht erschrecken. Das ist so. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ja, aber so ist es nicht, wie man oft glaubt. Indirekt kann man natürlich immer sagen, alles lebt vom Tourismus. Aber die echte Wertschöpfungskraft ist 2,8 Prozent und liegt in Niederösterreich nur über einem Prozent. Aber das ist eine höhere ökonomische Philosophie, wir sollten uns lieber an die anderen Daten halten.

Derzeit gibt es 65.700 Gästebetten in Niederösterreich. 1,7 Millionen Ankünfte, 6,3 Millionen Übernachtungen. Hohe Sommersaisonalität, der Winter kann natürlich in einem Voralpengebiet nicht so ausgebildet sein, es wird aber viel getan dafür. Ferner ein hoher Inländeranteil und relativ hohes Durchschnittsalter der Gäste. Was aber nicht schlecht sein muß. Man muß das nehmen, was man hat und darf nicht immer auf das sinnen, was man nie bekommt. Wenn wir ein hohes Altersniveau der Gäste haben, muß man für die etwas tun, die da sind. Und nicht immer nur nach Randgruppen suchen, die vielleicht nie kommen. Und bei der anderen Türe scheuchen wir die bisherigen Dauergäste hinaus.

Unser Kapital ist die Umwelt, die attraktive Landschaft, das sagt diese Studie aus, unser Reichtum an Kulturschätzen. Dadurch ergeben sich zwangsläufig auch die Schwachstellen: Fehlende Anbotsspezialisierung, Kapazitäten fehlen noch, richtige Autobuskapazitäten für absteigende Autobusse und Touren, und die Gruppenqualität. Allwetterangebote fehlen da und dort; nicht nur da und dort, sondern fehlen häufig.

Trends und Hoffnungsfelder, auch das wurde von meinen beiden Tourismus-Vorsprechern vorhin gesagt, liegen zweifellos im Kulturtourismus. Da haben wir etwas anzubieten. Wir sind das Land der Schlösser, der Burgen, der Kunst, der Kultur und des Theaters. Wir haben die Chance, Familientourismus zu betreiben. Letztlich bitte auch das Schlagwort Urlaub am Bauernhof. Das darf nicht vergessen werden. Gesundheitstourismus ist ein ganz großer Faktor. "Wellnes" - ich will gar nicht sagen, nur wellnes. Wellnes ist sozusagen die verminderte Art des Gesundheitstourismus, die sportliche, smarte. Aber wir sollten auch den seriösen Gesundheitstourismus nicht vergessen, der

sich mit dem Heilbad und dem Kurwesen beschäftigt. Alternative Heilmethoden müssen ins Auge gefaßt werden und das seriöse Heilbad darf, wie gesagt, nicht vergessen werden.

Solche Grundsätze, solches haben wir auch in Karlsbad erfahren. Ich hatte die Auszeichnung, in Karlsbad vor führenden Tourismusleuten von Tschechien zu sprechen über österreichische Verhältnisse. Und dort haben die dieselben Probleme, sind aber noch bei den Investitionen, Gottseidank oder leider, wenn man es international sieht, zurück.

Den sogenannten sanften Sport empfiehlt man uns, nicht den wilden Sport. Und den Seminar- und Tagungstourismus als zusätzliche Chance, die ja schon von vielen Hotels ergriffen wird.

Die Leitidee, der Megatrend heißt aber zweifellos Kulturtourismus. Daraus folgt folgende Förderungsstrategie: Mit Unterstützung der öffentlichen Hand, Gemeinde, Land und Bund, Betriebe zur Investition motivieren. Und wie dankenswerterweise auch gesagt wurde, man muß es hart aussprechen, weg von der Gießkannenförderung! Obwohl es bitte hart für einen Kleinen ist, wenn er nichts aus der Gießkanne bekommt. Ein Geschäft in Not, ein kleiner möchte gerne die Gießkanne, bevor er untergeht, das muß uns auch klar sein. Da darf man nicht hartherzig darüber hinweggehen. Oft braucht man auch die Gießkanne. Aber die Schwerpunktförderung muß sicherlich projektbezogen sein und muß projektorientierte Förderungen ins Auge fassen.

Damit sind wir beim Schlußthema, beim Hauptthema. Wie fördern wir? Neben der Gemeinde- und Verbandsförderung muß es ja auch Privatförderung vor allem geben für die Betriebe. Damit sind wir beim Thema Geld, das ich bewußt heute zurückgestellt habe, zu dem wir aber jetzt kommen. Wie hoch ist der Fremdenverkehrsfonds dotiert? Das haben alle gesagt, man muß es nicht noch einmal wiederholen. Er ist gut dotiert. Das Schaubild, das ich auch hier wieder mitgebracht habe, (*Abg. Breininger zeigt eine Tabelle.*) das Schaubild von Landesrat Mag. Freibauer ist heuer sehr angenehm, weil es herzeigbar ist und weil es gleich Auskunft gibt. Es zeigt einen Anstieg der Dotierung des Fremdenverkehrsförderungsfonds von 63 Millionen im Jahr 1988 auf 165 Millionen im Jahr 1994. Das kann man gar nicht darstellen, wie

viel das ist, das Dreifache fast, es sind 300 Prozent. Allein von 1992 auf 1994 gibt es schon eine 80prozentige Steigerung.

Es muß aber weiter aufwärts gehen. Insgesamt ist das Fremdenverkehrsbudget gut dotiert. Es ist um 23 Prozent auf 228 Millionen gestiegen. Vergessen wir auch nicht, bitte die neuen Richtlinien im Fonds, die durchgetragen wurden und durchgesetzt wurden. Und auch das neue NÖBEG-Modell, den Ablauf eines NÖBEG-Antrages, wie er sich jetzt abspielt. Er ist unkomplizierter und trotzdem rascher geworden. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Alle guten Ideen brauchen Flügel, meine Damen und Herren, um sich von der Schwerkraft des Alltages lösen zu können. So sagen wir oft großspurig und enthusiastisch. Aber ich sage immer als Finanzreferent meiner Gemeinde und auch als einer, der haushalten muß, die guten Ideen brauchen nicht nur Flügel, sie brauchen auch ein Fahrgestell zum Landen. Sonst gibt es einen "crash". Dieses Fahrgestell wurde gezimmert, glaube ich, in Niederösterreich, aus dem bestehenden Tourismusgesetz, das novelliert werden soll. Eine gerechtere Streuung der einzelnen Fremdenverkehrsabgaben, Stärkung der regionalen Tourismusverbände, da sind wir uns einig. Und das letzte, ob das jetzt im Gesetz steht oder sonst wie gemacht wird, eine Privatisierung, eine Ausgliederung der Tourismuswerbung. Auch da sind sich alle einig, Schaffung einer GesmbH mit eventueller Beteiligung auch anderer Wirtschaftspartner bzw. Verbände, mit denen ja zur Zeit noch gesprochen wird.

Bevor ich zum allerletzten Schlußsatz komme, möchte ich noch, glaube ich, fairerweise Stellung nehmen zu den eingebrachten Fraktionsresolutionen. Meine Fraktion hat vor, diesen beiden Resolutionen der SPÖ positiv gegenüberzustehen, nämlich, was die Zufahrt zum Naturpark Ötscher-Tormauer betrifft und auch den Antrag Donau-Sporthäfen betrifft. Und kann aus sachlichen Gründen der FPÖ-Resolution nicht beitreten. Warum? Ich halte entgegen, obwohl im Grundsätzlichen dagegen nichts einzuwenden wäre, daß bitte eine Vereinfachung der Fremdenverkehrsförderung und der Wirtschaftsförderung beim Fremdenverkehr im Moment aus zwei Gründen nicht schlagartig möglich ist.

Erstens einmal wird es nie ganz möglich sein. Denn wenn wir so vereinfachen, daß nur mehr ein Ansprechpartner Land bleibt, verlieren wir nämlich Wirtschaftsförderungstantiemen vom Bund. Wir

dürfen den Bund nicht aus seiner Verpflichtung entlassen, mitzuzahlen. Es gibt x-Förderungen, wo der Bund auch zahlen muß und erst dann geben wir unseren Beitrag dazu. Das wäre ja bitte eine Schwächung des Finanzapparates, wenn wir den Bund auslassen würden. Und aus einem zweiten Grund, bitte können wir dieser Sache nicht zustimmen: Weil eine Anpassung dieser Förderung und sicherlich auch Vereinfachungen ohnehin im Leitbild 2 geplant sind und wir die Fertigstellung und Ausformulierung des Leitbildes 2 abwarten wollen.

Abschließend, meine Damen und Herren, wir haben die Flügel und das Fahrgestell, heute wurde der Fremdenverkehr auch schon mit einem Schiff verglichen und mit einem Zug und dieses Geschöpf "Fremdenverkehr" eingehend besprochen. Das Modell Niederösterreich 2001 wird dieses Fahrgestell fit machen. Das Öl, die "Schmierage" sozusagen, Geld für das Getriebe ist laut Budget auch vorhanden. Daher können wir guten Gewissens sagen: Gute Fahrt Tourismus in Niederösterreich! (*Beifall bei der ÖVP und Abg. Keusch.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

"Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze." Ich glaube, wenn wir uns das vorliegende Zahlenwerk des Budgets anschauen, sehen wir, Landesrat Mag. Freibauer setzt, wie wir es gewohnt sind, präzise seine Vorstellungen im Budget in die Tat um. Und dabei darf ich doch voranstellen, Niederösterreich verfügt im Vergleich zu anderen Bundesländern über ein effizientes und umfangreiches Wirtschaftsförderungsinstrumentarium. Ich glaube, darüber können wir uns wirklich einig sein. Wenn wir die verschiedenen Instrumentarien der Länder vergleichen, können wir stolz sein, daß wir hier an der Spitze stehen.

Und was das Budget betrifft, so werden sowohl im Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, wie auch im Fremdenverkehrs-

förderungsfonds die Budgetansätze wesentlich erhöht für das kommende Jahr. Die wirtschaftliche Entwicklung, die sich derzeit weltweit in einer Flaute darstellt, wird damit voll berücksichtigt. Und wir setzen hier einen klaren Schwerpunkt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber dennoch, bei all diesen positiven Lösungsansätzen sollten wir uns auch kritische Fragen stellen. Eine ist zum Beispiel die Frage des Handlungsspielraumes. Bei dem Tempo des wirtschaftlichen Wandels, aber auch des gesellschaftlichen Wandels sollten wir ganz klar erkennen, daß wir angesichts dieses globalen Strukturwandels in der Wirtschaft im hohen Ausmaß dem direkten staatlichen Einfluß eigentlich verschiedener Fragen entzogen sind. Daß wir nicht überall von vornherein gestaltende Kraft sind, sondern daß sich hier eigene Entwicklungen ergeben, denen wir uns gegenübersehen. Und daher glaube ich ganz besonders, daß Qualität als Zukunftsstrategie unsere Leitlinie zu sein hat, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in Zukunft und damit die Arbeitsplätze sichern wollen. Und dazu gehören beispielhaft für mich an der Spitze die Fragen der Aus- und Weiterbildung, der Mitarbeitermotivation selbstverständlich, der Forschungstätigkeit. Vor allem auch das Eingehen-Können auf individuelle Kundenbedürfnisse, die Spezialisierung auf besondere Anforderungen usw. Diese Zukunftsbe- reiche sollten wir, glaube ich, verstärkt besetzen. Und dazu benötigen wir verstärkte Erforschung und Entwicklung neuer Werkstoffe, Umweltschutz, Biotechnologie, Schwerpunktsetzung vor allem aber auch auf qualifizierte Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungsdienstleistungen im Vorfeld der Industrie.

Wenn ich sage, im Vorfeld der Industrie, so ist das ein ganz besonderer Schwerpunkt. Denn da ist sicherlich ein strukturelles Problem, das sich in der österreichischen Volkswirtschaft hier entwickelt. Wenn wir von den Dienstleistungen reden, sehen wir uns konfrontiert mit einer langfristigen Entwicklung des Arbeitsmarktes, der uns vor große strukturelle Probleme setzt. Denn die Arbeitsplätze im Produktionssektor nehmen ständig ab. Man kann das, oder muß das, besser gesagt, Monat für Monat in den volkswirtschaftlichen Berichten feststellen, auch was Niederösterreich betrifft. Wenn die Industrie massiv Arbeitsplätze abbaut, so stehen leider diesem Abbau zu wenige neue Arbeitsplätze mit ähnlicher Qualifikation gegenüber. Der Dienstleistungssektor expandiert zwar weiter Gottseidank, aber vorwiegend bei einfachen Diensten in diesem Bereich. Zu wenig qualifizierte

Arbeitsplätze werden hiezu angeboten, wenn wir den Vergleich anstellen mit dem Abbau von qualifizierten Industriearbeitsplätzen.

Ich glaube daher, daß es eine der wichtigsten Zielsetzungen von uns ist, daß wir im ausreichenden Ausmaß künftig hier qualifizierte Dienstleistungen im industrienahen Bereich auch tatsächlich zustande bringen und anbieten können. Denn was ist denn die Folge dieses Weges von Arbeitsplätzen zunehmend in weniger qualifizierte Bereiche. Die Folge ist natürlich einerseits eine wirtschaftliche Strukturkonservierung und natürlich auch ein Lohndruck nach unten.

Daher wird es für Österreich und besonders für Niederösterreich in Zukunft ganz wichtig sein, daß wir Großunternehmen haben, deren Zentrale in Österreich und natürlich vor allem in Niederösterreich liegt. Denn, meine Damen und Herren, in der Regel werden sicherlich in einer Zentrale eines Unternehmens die höchsten Einkommen erzielt, aber auch alle wichtigen strategischen Entscheidungen werden im Regelfall in der Zentrale getroffen.

Ich glaube geradezu, wir brauchen in Zukunft ein Management an Verfügungsrechten. Das heißt, wir sollten dringend in das Bewußtsein einer österreichischen strategischen Industriepolitik diese Frage verankern, daß wir ein Verfügungsrecht in wesentlichen zentralen Bereichen in Österreich in Zukunft erhalten, behalten und vor allem auch ausbauen. Der Schwerpunkt zukunftsorientierter Beschäftigungspolitik muß daher, meine Damen und Herren, in einer Infrastrukturoffensive zur Hebung der Standortqualität sein. Und hier haben wir doch zwei Bereiche, wo Niederösterreich ganz besonders erfolgreich Probleme angegangen hat. Der erste Bereich ist die Verkehrspolitik, der Verkehrsbereich. Egal, ob das Schiene, Straße, Wasser oder Luftfahrt betrifft. Ich denke hier an die erfolgreichen Initiativen anlässlich der Schaffung unseres Landesverkehrskonzeptes, wo wir als erstes Bundesland dieses geordnete Zusammenwirken der verschiedenen Verkehrsträger programmatisch verankert haben. Als zweiter wesentlicher Bereich gehört natürlich dazu der Aufbau der Telekommunikationsinfrastruktur. Dieser rasche Ausbau ist eigentlich für die Betriebsansiedlung, vor allem auch ausländischer Unternehmen, von einer ganz entscheidenden Frage bei der Standortwahl. Und daher müssen wir eines klar festhalten: Die Infrastruktur muß hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und der Kosten so attraktiv gestaltet werden, daß internationale Firmen dem Standort Niederösterreich bei der

Ausweitung der Geschäftsinteressen den Vorzug geben. Und ich glaube, wir können wirklich stolz sein auf die Politik unseres Wirtschaftslandesrates Ernest Gabmann, der mit unserem Landeshauptmann erst vor kurzem wieder Erfolge vermelden konnte, wenn ich nur an die Ansiedlung in Schwechat konkret denke und andere Projekte, die ich namentlich jetzt nicht zu erwähnen brauche.

Aber wir brauchen auch, meine Damen und Herren, neben diesen Offensiven, wo uns vieles gelungen ist, in Zukunft ein anderes Augenmerk, das wir in den Mittelpunkt rücken sollten. Nämlich, Qualität kann nur in einer menschengerechten Arbeitswelt wachsen. Ich glaube, auch darüber sollten wir uns einig sein bei allen Fragen des Leistungsprinzipes.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zählt sicherlich zu den unmittelbaren Herausforderungen der Zukunft. Und hier haben wir sicherlich Problemfelder vor uns. Wenn ich nur denke an die Frage der Anzahl der Arbeitsunfälle. Wo wir, wenn wir uns die westeuropäischen Länder anschauen, nach Irland und Belgien am dritten Platz in dieser Negativliste stehen, was die Anzahl der Arbeitsunfälle betrifft. Oder die Entwicklung der vorzeitigen Berufsunfähigkeit. Hier stehen mir nur die Daten auch österreichweit zur Verfügung bezüglich der Invalidität. Hier gibt es bestimmte Branchen, Baubereich, Chemiebereich, aber auch Gastgewerbe, wo wir dem entschieden entgegenwirken müssen. Denn wenn wir das nicht energisch in den Griff nehmen, so entstehen weiter für die Betriebe enorme Kosten. Vor allem aber auch enorme volkswirtschaftliche Kosten. Nicht zuletzt ist das vor allem auch eine Frage der Humanität, daß wir hier gesunde Mitarbeiter, die auch sicherlich wesentlich mehr leisten können im Betrieb, wenn sie die Gesundheit langfristig erhalten, in Zukunft in den Mittelpunkt rücken.

Gesunde Arbeitsplätze; der Ausbau der Arbeitsmedizin und der Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz ist daher unabdingbar ein zentraler Stellenwert im Bereich gerade auch der Wirtschaftspolitik. Daher hat in Niederösterreich unser Landeshauptmann Dr. Pröll hier schon vor einem

Jahr damit begonnen, unmittelbar nach seinem Amtsantritt, die Fragen der Gesundheitsvorsorge endlich einer Lösung zuzuführen. Weil jahrzehntelang hier versteinerte Strukturen bestanden haben, wo man sowohl bei den Sozialversicherungsträgern nichts Rechtes mit der Gesundheitsvorsorge anzufangen wußte, und nichts zustande gebracht hat. Wenn wir gute Ansätze haben, müssen wir diese fortführen, aber auch hineintragen in diese Gesundheitsvorsorge und Arbeitsmedizin, besonders in die Arbeitswelt. Denken wir nur an diese große Anzahl von vorzeitigen Ausfällen, was Berufsunfähigkeit und vor allem was Unfälle überhaupt betrifft.

Zur Qualität in der Arbeitswelt und in der Arbeit gehört natürlich auch die Absicherung der sozialen Standards. Meine Damen und Herren! Wenn ich bei den sozialen Standards bin, möchte ich mir heute erlauben, aus der Vielzahl der Problematiken nur einen Problembereich herauszugreifen, nämlich die Frage der Schwarzarbeit. Ich glaube, Schwarzarbeit ist wie kaum ein zweiter vergleichbarer Bereich die größte Bedrohung unserer sozialen Standards. Daher möchte ich mich kurz mit dieser Frage beschäftigen. Hier sind zwei Resolutionsanträge vorbereitet worden. Der erste Resolutionsantrag liegt vor vom Abgeordneten Preiszler. Wenn die Freiheitliche Partei hier meint, wir sollten eine Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer am Arbeitsplatz beschließen, so kann ich nicht mitgehen und wir müssen diesen Antrag klar ablehnen.

Meine Damen und Herren von den Freiheitlichen! Wie stellen Sie sich denn das konkret vor? Wie erkennen Sie denn überhaupt ausländische Arbeitskräfte von vornherein? Sie suchen Sie ja sicherlich nicht nach der Hautfarbe. Sie machen sicherlich keinen Sprechtest dort am Arbeitsplatz. Wie soll man denn einen ausländischen Arbeitnehmer von vornherein erkennen und unterscheiden können? Ich glaube, die Idee der Auflegung eines Arbeitsbuches, streng nummeriert selbstverständlich, mit dem erreicht wird, daß an jeder Betriebsstätte eine konkrete Eintragung des Namens erfolgt, damit kein Mißbrauch betrieben werden kann, das ist ein viel besserer Lösungsansatz.

Dann wird heute noch der Abgeordnete Mag. Kaufmann einen Antrag einbringen, dem ich gerne beitrete, diesem Antrag, die Bekämpfung

der Schwarzarbeit im Lande Niederösterreich betreffend. Wir haben uns ja hier im Landtag schon oft mit dieser Frage beschäftigt.

Ich darf aber heute doch mit Freude eines hier festhalten, und das habe ich mir dazu mitgenommen. (*Abg. Dirnberger hält ein Konvolut hoch.*) Sowohl was die Bauvorhaben bei der Landeshauptstadt betrifft, wie auch alle Leasingbauten des Landes Niederösterreich wurde in den Verträgen festgelegt, daß der Auftrag entzogen wird bei Verstößen gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz. Ich habe heute dazu konkret mitgenommen die allgemeinen Vertragsbedingungen, die letztgültige Fassung vom 7. Oktober 1993 - also etwas sehr Aktuelles - die allen Verträgen verpflichtend beigegeben wurde.

Hier heißt es zum Ausländerbeschäftigungsgesetz: "Im Rahmen der Anbotsprüfung ist von den Bietern ein Freischein vom Bundesministerium für Soziales beizubringen, der nicht älter als drei Monate sein darf." Damit, glaube ich, wurde wirklich eine sehr konkrete Bedingung erfüllt. Das Land Niederösterreich, die Landesverwaltung ist hier wirklich mustergültig vorgegangen, weil besser, glaube ich, könnten wir das gar nicht tun. In der Tat sind raschestmöglich diese Fragen umgesetzt worden. Ich glaube, wir können wirklich mit Stolz darauf verweisen, daß wir Vorreiter in Niederösterreich, was das Land selbst als Auftraggeber betrifft, sind, wenn es um den Kampf gegen die Schwarzarbeit geht. Das nur dazu. Diesem Antrag des Abgeordneten Mag. Kaufmann trete ich selbstverständlich gerne bei.

Ein zweiter Bereich, was die Frage der Qualität in der Arbeitswelt betrifft, ist sicherlich die Frage der Einkommensgerechtigkeit. Meine Damen und Herren! Das darf uns, wenn wir uns als sozialreformatorische Bewegung verstehen, nicht ruhig schlafen lassen. Denn bei gleicher Qualifikation und gleicher Leistung sehen wir verstärkt einen Trend zu auseinandergehendem Einkommen, noch dazu verschärft in Niederösterreich durch regionale Einkommensdisparitäten. Ich habe heute eine Unterlage mitgenommen der Bundesarbeitskammer, wo leider diese Entwicklung sehr deutlich dargestellt wird. - Eine jüngste österreichweite Publikation. - Leider weichen wir als Niederöreicher auch von diesem Bundestrend nicht ab. Und wenn wir da die Einkommen der Beschäftigten in zehn Einkommensgruppen teilen, bei der untersten Gruppe jene Arbeitnehmer, die ein Einkommen im Schnitt von 8.200,- Schilling haben, ist es so, daß

in den letzten fünf Jahren von 1987 ausgehend als Basis 100, hier ein Einkommen von 116,5 gegeben ist. Bei der nächsten Gruppe sind es schon 118,6. Bei den Beschäftigten mit über 12.000,- Schilling 119,0. Dann geht es bei 16.000,- auf 190,1. Das steigert sich bei Einkommen über 18.000,- auf 119,4, über 20.000,- Einkommen auf 119,8 Indexwert, gemessen 1987.

Und das ist doch, glaube ich, eine Entwicklung, der wir ganz einfach auf Dauer nicht zuschauen können. Und Lösungsansätze finden müssen, die selbstverständlich nicht direkt hier in der Landespolitik gefunden werden können, sondern die weit darüber hinausragen. Wo wir Beiträge liefern mit zum Beispiel Strukturentwicklung und positiven Strukturen, wie ich sie erwähnt habe, in Bereichen, wo Qualitätsarbeit geleistet wird. Wenn es uns gelingt, das zu finden, aufzubauen, dann kämpfen wir dagegen an.

Aber wir sollten auch hier ganz klar sehen, daß das auch eine große Herausforderung an die Sozialpartner ist. Nämlich zur Berücksichtigung neuer Arbeits- und Unternehmensformen im Aufbau und in den Gremien der Sozialpartnerschaft, um auf die Erfordernisse der Zeit einzugehen. Ich glaube, es ist wichtiger, auf die Erfordernisse der Zeit einzugehen und nicht in althergebrachten Strukturen zu resignieren. Das sollten wir ganz klar auch hier festhalten.

Und ich habe einen weiteren Bericht mitgenommen, der uns doch als Niederöreicher ganz besonders, glaube ich, wirklich hervorhebt. Wenn wir im letzten Monatsbericht der NÖ Arbeiterkammer, die wirklich mustergültig diese Dinge Monat für Monat aufbereitet, nachlesen, so können wir sehen, daß wir trotz der Problematik, daß auch bei uns die Arbeitslosenziffern steigen, ganz klar eines festhalten können: Daß auch im letzten Berichtszeitraum im Gegensatz zum österreichischen Schnitt, wo wir eine Verringerung der Beschäftigten um 0,39 % verzeichnen mußten, wir in Niederösterreich trotz der Wirtschaftsflaute einen Zuwachs von 0,76 % feststellen können. Und auch bei den inländischen beschäftigten Arbeitnehmern, weil ja vielfach hier zunehmend Ausländer beschäftigt wurden, wenn wir es österreichweit anschauen, was diese Ziffern betrifft. In Niederösterreich haben wir auch, rein auf die Inländer bezogen, einen Zuwachs von 0,23 % trotz einer weltweiten Konjunkturflaute.

Ich glaube, darauf können wir wirklich stolz sein. Daß kann man natürlich auch untermauern meinerwegen mit der Bauproduktion, die vom Land Niederösterreich ausgeht in den Bereichen

des Wohnbaues oder der Landeshauptstadt, der Regionalisierung. Ich glaube, wir haben wirklich Mut zu Neuem bewiesen, wenn ich nur an die Idee, die Initiative von unserem Landesrat Gabmann denke, was zum Beispiel das Beteiligungsmodell im Rahmen der Wirtschaftsförderung betrifft.

Ich glaube, wir haben hier gezeigt, mit Mut zu Neuem, mit Mut zu neuen Ideen und Initiativen sind wir auf der Überholspur im Reigen der Bundesländer. Und ich glaube es ist wichtig, wenn wir wirtschaftlich in Zukunft Erfolge haben wollen, daß wir mit Optimismus und Selbstvertrauen die kommenden großen Probleme, die ich nicht verkleinern möchte, unterschätzen möchte, daß wir an die mit Mut und Optimismus herangehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Herr Landtagsabgeordneter Breininger hat sich gemäß § 58 LGO zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Ich darf bitten, die Redezeit von fünf Minuten nicht zu überschreiten.

Abg. BREININGER (ÖVP): Danke! Es wird kürzer sein. Ich habe gewartet, bis der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek zurück ist. Ich wollte nur, weil ich mir auch soeben den Fremdenverkehrsbericht, den Tätigkeitsbericht angeschaut habe, den Sie in einem Punkt kritisierten, festhalten, daß wir diese Frage sofort klären können. Was Sie als verwirrend gesehen haben, nämlich einerseits minus 1,5 % Nächtigungsrückgang, was statistisch richtig ist, andererseits steht an anderer Stelle 6 % plus. Wenn Sie genau lesen, steht bei den plus 6 %, diese beziehen sich auf die deutschen Mehrtouristen, die in den Donauroaum gekommen sind. So sagt mir die Abteilung. Die Mehrnächtigung der Deutschen, die wegen der "Donauprinzessin" in die Wachau gekommen sind. Aber unbestritten ist der Rückgang insgesamt von 1,5 %. Soweit die Klarstellung von mir. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Herr Abgeordneter! Ich stelle Ihnen den in meinen Händen befindlichen Tätigkeitsbericht zur Verfügung! Es stimmt nicht, was Sie da sagen!)* Das können wir ja objektiv begutachten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Mag. Kaufmann.

Abg. Mag. KAUFMANN (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wir haben vor wenigen Wochen eine Aktuelle Stunde gehabt zum Thema Arbeitsplatzsicherung

in Niederösterreich, wo wir sehr grundsätzlich die Dinge diskutiert haben, sodaß es heute möglich ist, noch auf einzelne Detailprobleme einzugehen.

Einer der wichtigsten Punkte, die wir diskutieren ist ganz sicherlich auch die Situation am Arbeitsmarkt in Niederösterreich, die deswegen schwierig ist, weil eben eine Konjunkturkrise mit einer strukturellen Krise zusammentrifft. Wir haben in Niederösterreich noch ein leichtes Ansteigen der Anzahl der unselbständig Beschäftigten zu verzeichnen gehabt. Es sind derzeit in Niederösterreich 503.000 Kolleginnen und Kollegen unselbständig beschäftigt. Das sind um 3.000 mehr als vor einem Jahr im Oktober beschäftigt waren. Von diesem Zuwachs von 3.000 entfallen etwa 2.000 auf ausländische Beschäftigte und etwa 1.000 auf inländische Beschäftigte. Die Arbeitslosenrate hat im Oktober 5,8 % betragen, ein Anstieg leider um 13 %. Im Oktober sind etwas mehr als 31.200 Kolleginnen und Kollegen arbeitslos gemeldet gewesen. Und besonders besorgniserregend für die Arbeitsmarktpolitik ist, daß davon 9.000 Personen über 50 Jahre alt waren und daß dort die Aussichten, sie weiter vermitteln zu können, relativ gering sind. Die Frage, die sich daher stellt ist die, wie diesem Umstand Einhalt zu gebieten ist. Wir müssen, das haben wir auch immer wieder gesagt, eine Politik betreiben, die geeignet ist, am Arbeitsmarkt in Niederösterreich, am Arbeitsmarkt in Österreich, Ordnung zu halten.

Ein Punkt ist natürlich dabei, die Ausländerbeschäftigung in den Griff zu bekommen. Das hat wieder zwei Seiten. Die legale Ausländerbeschäftigung und die illegale Ausländerbeschäftigung. Die legale Ausländerbeschäftigung ist, glaube ich, ordentlich geregelt. Es wird eine leichte Reduzierung der Quote der ausländischen Beschäftigten geben. Allein deswegen, weil jene, die jetzt mitgezählt werden und von EWR-Staaten kommen, dann nicht mehr mitgezählt werden, sodaß die Quote automatisch kleiner werden muß. Und



natürlich auch deswegen, weil die Arbeitsmarktsituation schlechter geworden ist.

Aber ein viel schwierigerer Teil dabei ist die illegale Beschäftigung. Wobei man sich immer vor Augen halten muß, daß wir nicht jenen gegenüber auftreten können und wollen, der hier illegal tätig werden. Denn wir müssen immer beachten, daß wir an einer Grenze leben, bei der es ein Einkommensgefälle von 1:10 gibt. Wenn bei uns ein durchschnittlicher Industriearbeiter, ein Industriearbeiter im Durchschnitt muß ich besser sagen, zwischen 16.000,- und 18.000,- Schilling verdient, so verdient er jenseits der Grenze in den neuen Reformstaaten etwa 1.800 Schilling. Und 500 Kilometer weiter östlich, etwa in Bulgarien, Rumänien, in der Ukraine etwa 200,- Schilling im Monat. Daß es da einen immensen Druck gibt, bei uns tätig zu werden, wo man vielleicht in zwei Tagen bei illegaler Beschäftigung einen Monatsverdienst erwerben kann, das sollte man denen, die in dieser tiefen Armut leben, nicht übel nehmen.

Wir sollten daher unser Augenmerk auf jene richten, die das gewerbsmäßig ausnützen. Auf die "Schwarzunternehmer", wie der Präsident des ÖGB, Verzetnitsch einmal gesagt hat. Denn die sind es, die die österreichische Wirtschaft damit in Mißkredit bringen. Die sind es, die wettbewerbsverzerrend agieren. Denn jeder Unternehmer, der ehrlich kalkuliert, der mit legaler Beschäftigung kalkuliert, ist natürlich nicht wettbewerbsfähig gegenüber jenen, die auch illegale Beschäftigung mit einkalkulieren können. Daher müssen wir wirklich die illegale Beschäftigung österreichischer Unternehmer hintanhalten. Und hier haben wir im NÖ Landtag ja schon einige Initiativen gestartet. Die ganz sicher wichtigste Initiative war die, daß wir gemeinsam beschlossen haben, daß Unternehmungen, die illegal beschäftigen, vom öffentlichen Auftragswesen ausgeschlossen werden sollen. Und der Herr Abgeordnete Dirnberger hat ja gerade berichtet, daß das im Land Niederösterreich auch durchgeführt wird.

Eine besondere Problematik stellt sich aber auch dar in jenen Betrieben, an denen das Land Niederösterreich beteiligt ist. Denn es ist formal nicht sehr einfach, einen Firmenvorstand anzuweisen, diesen Landtagsbeschluß entsprechend zu berücksichtigen. Das geht nach dem Aktiengesetz nicht. Ich bringe daher gemeinsam mit dem Abgeordneten Dirnberger und mit dem Abgeordneten Ing. Dautzenberg einen Resolutionsantrag ein, dessen Sinn es ist, den seinerzeitigen Landtagsbeschluß, daß nämlich Unternehmer, die illegal beschäftigen, vom öffentlichen Auftragswesen ausgeschlossen werden sollen, auch auf die Be-

teiligungen, auf Betriebe, an denen das Land Niederösterreich beteiligt ist, auszudehnen bzw. daß sich die Kolleginnen und Kollegen, die in den Aufsichtsräten, in den Organen dieser Firmen tätig sind, dort bemühen, dieses Prinzip des Landes Niederösterreich durchzusetzen.

Und ich darf daher den Resolutionsantrag verlesen (*liest*):

#### "Resolutionsantrag

der Abg. Mag. Kaufmann, Ing. Dautzenberg und Dirnberger zu Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Der Landtag von Niederösterreich hat sich wiederholt mit der Problematik der Beschäftigung von Ausländern und der Bekämpfung der Schwarzarbeit befaßt. Zuletzt wurde am 15.10.1992 ein umfangreicher Beschluß gefaßt, der zum Inhalt hatte, daß bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen in den Vertrag mit dem Auftragnehmer eine dahingehende Klausel aufzunehmen sei, mit welcher sich der Auftragnehmer ausdrücklich einverstanden erklärt, daß der Auftraggeber Auskünfte über allfällige Verletzungen der Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes von den zuständigen Behörden einholen kann. In gleicher Weise soll diese Regelung auch bei Förderungsvergaben an Gemeinden, Gemeindeverbände, Rechtsträger des Wohnbaus und bei Durchführung von Arbeiten durch Leasinggesellschaften angewendet werden bzw. diese zur Einhaltung solcher Vorgangsweisen verpflichtet werden.

In einem weiteren Punkt wurde die Landesregierung aufgefordert, allenfalls sonstige geeignete Maßnahmen zu setzen, um den genannten Landtagsbeschluß bzw. Regierungsbeschluß umzusetzen und innerhalb eines Jahres dem Landtag über die getroffenen Maßnahmen und allfällige Ergebnisse zu berichten. Abgesehen davon, daß ein solcher Bericht dem Antragsteller derzeit noch nicht bekannt ist, erscheint es in Spezifizierung dieses Punktes erforderlich, das Anliegen des Landtagsbeschlusses auch in jenen Unternehmen umzusetzen, an denen das Land beteiligt ist.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, in Entsprechung des Landtagsbeschlusses vom 15.10.1992 in den zuständigen Organen aller Unternehmen, an denen das Land Niederösterreich beteiligt ist, dahin zu wirken, daß dieser Beschluß

auch bei Vergabe von Leistungen durch das Unternehmen umgesetzt wird.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, sowohl über die bisher getroffenen Maßnahmen, als auch über die Maßnahmen in Vollziehung dieses Beschlusses dem Landtag umgehend zu berichten."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe diesen Resolutionsantrag ein und hoffe, daß dieser Resolutionsantrag die Zustimmung des Hauses erfahren wird.

Er kommt nicht von ungefähr und er hat auch eine ganz besondere Bedeutung. Es ist nicht eine Reaktion auf den Antrag der FPÖ, sondern es geht im Prinzip um folgenden Sachverhalt: Es ist in den letzten Tagen, vor allem bei einer wichtigen Beteiligungsfirma des Landes Niederösterreich, nämlich bei der Flughafen-Betriebsgesellschaft die Entscheidung gefallen, daß auch das Pier West gebaut wird. Eine Investition, die etwa zwei Milliarden Schilling betragen wird. Und ich halte es für ausgesprochen wichtig, daß die Vertreter des Landes Niederösterreich vor allem in dieser Flughafen-Betriebsgesellschaft dahin wirken, daß bei dieser Investition des Pier West Maßnahmen gesetzt werden, die diesem Antrag entsprechen. Denn wir wissen genau, daß es bei der letzten Investition am Flughafen einige Probleme mit der Verletzung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes gegeben hat. Es hat einige Probleme in diesem Bereich, im Bereich des Arbeitsamtes Schwechat gegeben. Und es ist absolut notwendig, daß wir bzw. dann die Vertreter des Landes Niederösterreich in der Flughafenbetriebsgesellschaft darauf drängen, daß dieser Landtagsbeschuß dort umgesetzt wird. Ich weiß, daß das formal nicht 1:1 möglich ist, aber das Drängen darauf werden wir vom Landtag her verlangen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt auch einen zweiten Resolutionsantrag zu diesem Thema, nämlich den des Abgeordneten Preiszler. Ich kann für die sozialdemokratische Fraktion ankündigen, daß wir diesem Antrag nicht zustimmen werden. Und zwar deswegen, weil wir den Inhalt dieses Antrages nicht für zielführend halten. Ich habe mehrmals mit dem Abgeordneten Preiszler darüber gesprochen und ich weiß, daß bei ihm nicht im Vordergrund steht, daß dadurch eine besondere Diskriminierung von Ausländern erfolgen soll. Aber bei manchen Teilen der FPÖ, insbesondere auf Bundesebene, ist nicht auszuschließen, daß damit auch Öl ins Feuer gegossen werden soll, um eine neue Ausländerhatz in die-

sem Land ins Leben zu rufen. *(Abg. Haberler: Das ist aber wieder eine Unterstellung!)*

Und ich sagen Ihnen auch sofort, warum. Ich habe auch den Abgeordneten Preiszler, der den Antrag gestellt hat, ausdrücklich ausgenommen. Ich sage Ihnen, warum. Wenn man verlangt, daß die Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer eingeführt wird, dann frage ich primär einmal, wie unterscheidet man denn den Gastarbeiter, der schon 20 Jahre hier arbeitet, vom österreichischen Arbeiter? Und wie unterscheidet man vielleicht den Lehrling, der in Österreich lernt? *(Abg. Gratzler: Herr Abg. Kaufmann! Dieser Wortlaut ist aus der Regierungserklärung, die Ihr Bundeskanzler unterschrieben hat! Fragen Sie Bundeskanzler Vranitzky, wie er es schafft!)* Herr Abgeordneter, es geht jetzt um Ihren Antrag! Und da frage ich, wie unterscheidet man denn den Lehrling, der vielleicht in Österreich geboren wurde und noch nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hat, wenn er auf einer Baustelle tätig wird?

Also, wenn der Antrag vernünftig sein soll, dann kann man nur die Ausweispflicht für alle verlangen. Und da weiß ich wirklich nicht, ob wir das wollen. Ich mache andere Vorschläge zu diesem Punkt, der auch mit den Sozialpartnern in Österreich diskutiert worden ist. Ich halte es primär für notwendig, daß natürlich die Kontrollmöglichkeiten an Ort und Stelle verstärkt werden. Das ist ja auch die Intention dieser Ausweispflicht. Der Vorschlag, der hier einzubringen ist und der auch innerhalb der Sozialpartner diskutiert wird, ist ein sogenanntes Anmeldebuch. Ein Anmeldebuch, das in jedem Betrieb, vor allem auf jeder Baustelle aufliegt und in das alle, die an einer bestimmten Betriebsstelle, an einer bestimmten Baustelle tätig werden, eingetragen werden. Denn gerade die, die an einer Baustelle tätig sind, werden dann in diesem Anmeldebuch geführt werden müssen.

Ein zweiter Punkt: Es geht auch darum, Maßnahmen gegen das Lohndumping zu setzen. Es wird die Forderung erhoben, daß nicht nur die Strafen angewandt werden, weil die oft viel zu gering sind und auch oft wegen Beweismangels nicht eingehoben werden können. Aber es ist klar, daß ein Unternehmer, der Arbeitskräfte illegal beschäftigt, immense Gewinne durch diese illegale Beschäftigung macht. Und es wäre notwendig, daß die Differenz zwischen dem, was er wirklich bezahlt und dem Betrag, den der Kollektivvertrag ausmacht, daß der zumindest in einen Fonds eingezahlt wird, mit dem dann eine weitere Bekämpfung der illegalen Beschäftigung stattfindet. Und zwar nicht nur dieser Betrag,

sondern vielleicht das Doppelte des Betrages. Denn das geht wirklich an die Substanz und das knüpft auch an am wirtschaftlichen Vorteil, der hier erwirkt werden kann. Wir müssen uns auch völlig klar sein, daß das, was wir im Landtag beschlossen haben, nämlich den Ausschluß der Unternehmungen, die illegal beschäftigten vom öffentlichen Auftragswesen, nicht für alle von Relevanz ist. Zum Beispiel bei einem Dienstleistungsbetrieb, bei einem Friseurbetrieb vielleicht, der illegal beschäftigt, wird es nicht wichtig für den sein, daß der vom illegalen Auftragswesen ausgeschlossen wird. Weil der keine öffentlichen Aufträge erhält. Es bedarf also auch anderer Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden. Aber für die, die vom illegalen Auftragswesen ausgeschlossen werden sollen, ist es auch ganz besonders wichtig - insbesondere für jene, die Aufträge vergeben - daß es ein zentrales Strafregister gibt in dieser Angelegenheit. Und es stellt sich daher die Forderung daß jene, die Verstöße zu verzeichnen haben gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz, auch in einem zentralen Strafregister aufzufinden sind. Daß jene, die Aufträge vergeben, auch in dieses zentrale Strafregister durch diese Ermächtigung Einschau halten können. Das ist derzeit nicht der Fall. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soweit zur illegalen Beschäftigung. Ich gebe recht, daß das jedenfalls ein brennendes Thema für die nächste Zeit sein wird.

Wenn ich schon vom NÖ Arbeitsmarkt gesprochen habe, so muß man auch feststellen, daß es insbesondere regional große Unterschiede gibt. Wir haben etwa im Arbeitsmarktbezirk Berndorf, im Bezirk Neunkirchen, im Bezirk Wr. Neustadt Arbeitslosenraten, die beachtlich hoch sind. In Berndorf etwa 9,3 %, in Neunkirchen 8,8 %. Und wir haben daher die Initiative, die "Arbeits- und Ausbildungsinitiative Süd" gestartet, die gemeinsam mit dem Arbeitsamt, mit dem Sozialministerium und auch mit dem Land Niederösterreich - wir werden noch entsprechende Verhandlungen darüber führen - gestartet werden soll. 300 Arbeitslose wollen wir in einem ersten Schritt einmal zu dieser Initiative einladen. Nicht jene, die ohnehin leicht vermittelt werden können, nicht jene, bei denen eine Vermittlung aussichtslos ist, sondern jene, die gerade dazwischen stehen. Die prinzipiell vermittelbar sind, wo es aber vermehrter Anstrengung für diese Vermittlung bedarf, sie wollen wir zu dieser Arbeitsinitiative einladen. Es wird dort Berufsfindungskurse geben, es wird so wie in den anderen Arbeitsinitiativen, hoffe ich, die Unternehmerschaft bereit sein, detailliert alle offenen

Stellen zu melden. Und es werden dann jene, die diesen Berufsfindungskurs durchgemacht haben, spezielle Ausbildungsprogramme angeboten erhalten, die für die gemeldeten offenen Stellen punktgenau ausgerichtet sind.

Die Arbeits- und Ausbildungsinitiative Süd wird etwa 25 Millionen Schilling kosten und es werden 300 Arbeitnehmer, 300 Arbeitslose dort aufgenommen werden können. Es ist zu hoffen, daß auch dort die Erfolgsquote bei etwa 70 % bis 80 % liegt. Eine ähnliche Arbeitsinitiative gibt es, das war die erste, im Gölsental. Eine ähnliche Arbeitsinitiative gibt es auch im Waldviertel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP! Damit bin ich bei einem Punkt, der doch zu bemerken ist. Nämlich, es gibt diese Arbeitsinitiativen. Diese Arbeitsinitiativen werden zu 3/4 bis 4/5 vom Bund, vom Sozialministerium bezahlt. Diese Arbeitsinitiativen wurden alle gemeinsam erarbeitet und ins Leben gerufen. In Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, mit der Handelskammer, mit der Arbeiterkammer und auch - das räume ich gerne ein - mit dem Lande Niederösterreich. Insbesondere mit der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop. Aber dann gibt es wieder Inserate, in denen steht, das ist die Arbeitsplatzpolitik á la Erwin Pröll. Meine Damen und Herren, so wird es in Zukunft nicht gehen! Denn man wird nicht alles, was gemeinsam erarbeitet wird, alles, was auch der Bund finanziert und zu dem das Land einen kleinen Beitrag dazu leistet, als die Arbeitsmarktpolitik á la Pröll und die Arbeitsmarktpolitik á la ÖVP verkaufen können. Das ist ganz einfach eine Verdrehung der Tatsachen.

Und wenn ich schon bei dieser Verdrehung der Tatsachen bin, dann muß ich zu einem Punkt kommen, den Sie alle ganz genau kennen. Das ist nämlich die Frage mit dem berufsschulfreien Samstag. Sie wissen ganz genau, daß die entsprechende Gesetzesinitiative für den berufsschulfreien Samstag die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hat. Sie wissen ganz genau, daß mit den Stimmen der ÖVP und gegen die Stimmen der SPÖ und der FPÖ im Schul-Ausschuß die rasche Behandlung dieses schulfreien Samstages im Landtag verhindert wurde. Weil ein Begutachtungsverfahren dazwischen geschaltet wurde. Sie wissen genau, daß dieses Begutachtungsverfahren bedeutet, daß dieser berufsschulfreie Samstag frühestens am 16. Dezember 1993 beschlossen werden kann, in der nächsten Landtagssitzung. Und daß das wiederum bedeutet, daß das entsprechende Gesetz erst acht Wochen später gültig wird, so sieht es eben die

Bundesverfassung und die Landesverfassung vor. Und daß der Turnus, der im Jänner in die Berufsschulen kommen wird, von diesem berufsschulfreien Samstag, wenn uns nicht noch etwas Besonderes einfällt, noch ausgenommen ist. Sie werden also für einen weiteren Turnus diesen berufsschulfreien Samstag verzögert haben. Trotz dieser Untätigkeit der ÖVP in dieser Sache sind Sie sich nicht zu schade, zu inserieren, das ist Schulpolitik á la Erwin Pröll. Schulfreier Samstag und die NÖ Volkspartei: Sie wissen ganz genau, wer diesen Antrag eingebracht hat und Sie wissen ganz genau, wer diesen Antrag im Schul-Ausschuß verzögert hat. Nämlich die ÖVP gegen die Stimmen der SPÖ und gegen die Stimmen der FPÖ! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wäre mir wirklich zu schade, ununterbrochen mit den Initiativen, mit der Kreativität, mit den Ideen anderer Inserate zu gestalten. Ich hoffe, daß auch Sie einmal irgendwelche Kreativitäten und Ideen entwickeln, die Sie dann wirklich inserieren können, die wirklich bei Ihnen entwickelt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Arbeitsmarktpolitik darf aber nicht nur defensiv betrachtet werden. Es geht nicht nur um Arbeitsinitiativen, es geht nicht nur um die Vermeidung illegaler Beschäftigung, es geht natürlich auch um die bessere Ausbildung schlechthin. Es geht um die Infrastruktur-Ausstattung und es geht vor allem auch um die Industriepolitik. Und bei der Industriepolitik muß ich anmerken, daß die Industrie in Niederösterreich in den letzten drei Jahren 10.000 Arbeitsplätze verloren hat. Wir hatten vor drei Jahren 95.000 Industriearbeitsplätze gehabt. Wir haben jetzt 85.000 Industriearbeitsplätze. Eine Entwicklung, die wirklich besorgniserregend ist. Man muß daher eine neue industriepolitische Initiative in Niederösterreich starten. Wenn ich sage, eine neue industriepolitische Initiative in Niederösterreich starten, so wird das mit der Gesinnung, die wir bisher auch gemeinsam an den Tag gelegt haben, zu starten sein. Nämlich, daß wir im Prinzip eine Wirtschaft erkennen. Und daß die Industrie derzeit ein Teil der gesamten Wirtschaft ist, die aber nun besonders wegen der konjunkturellen Probleme zu unterstützen ist. Und wenn wir eine Wirtschaft erkennen, so müssen wir auch eine Industrie erkennen. Wir können daher die Industrie nicht teilen nach der Eigentümerstruktur. Es hat mich daher wirklich empört, daß der Abgeordnete Mautner Markhof von der Verstaatlichten Industrie gesprochen hat, für die man sich genieren muß. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Schmid Schraubenwerke in Hainfeld waren kein verstaatlichter Betrieb. Die Firma Walek in Wr. Neustadt war kein

verstaatlichter Betrieb. Die Firmen des Herrn Assmann in der Steiermark sind kein verstaatlichter Betrieb!

Wenn wir beginnen, daß wir uns für bestimmte Industriezweige zu genieren beginnen, so müssen wir uns vor allem für die zu genieren beginnen, die derzeit gerichtsanhängig wegen fahrlässiger Krida sind. Das ist in manchen Industriezweigen der Fall. Aber wir sollten einbekennen, es geht um einzelne. Aber es kann nicht um die Verstaatlichte Industrie gehen.

Wir müssen aufhören, diese unsinnige Trennung zwischen privater und verstaatlichter Industrie zu machen! Es gibt in der Verstaatlichten Industrie genügend Betriebe, viele Unternehmungen, die sehr, sehr gut funktionieren und die absolut wie ein privater Betrieb organisiert sind und auch Erfolg erzielen. Und es gibt umgekehrt in der privaten Industrie viele Industriezweige, die viel schlechter dastehen als manche Industriezweige der Verstaatlichten. Daher sollten wir einmal mit dieser völlig unsinnigen Unterscheidung, die Sie hier wieder angeschnitten haben, aufhören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich auch im Rahmen der Wirtschaftsdebatte des Budgets nicht herumzukommen um die Europäische Union. Es haben schon einige Vorredner diese Europäische Union mitdiskutiert. Ich teile auch hier nicht die Ansicht des Herrn Abgeordneten Mautner Markhof, daß Österreich ein Armenhaus wird, wenn wir nicht Mitglied der Europäischen Union werden. Ich teile aber die Ansicht, daß es sehr, sehr viele Vorteile, vor allem wirtschaftspolitischer Natur hätte. Weil wir ganz einfach 70 % in den EG-Markt exportieren und weil wir 70 % und jeweils etwas weniger aus dem EG-Markt importieren. Daher ist eine so starke Verflechtung existent, daß es für uns relativ katastrophal wäre, wenn wir von dem gemeinsamen Markt diskriminiert werden würden. Und daher, um nicht diskriminiert zu werden, müssen wir letzten Endes oder sollen wir Mitglieder dieser Europäischen Union werden. Wobei - und das muß man gerade bei einer Wirtschaftsdebatte auch mit anführen - ich diese wirtschaftspolitischen Argumente gar nicht für die wichtigsten halte.

Ich halte etwa das Argument der Sicherheitspolitik für wichtiger. Daß wir nicht ausgeschlossen sein können von einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der reicheren Industriestaaten in diesem Europa. Daß nicht der Walsberg die Grenze der gemeinsamen Sicherheitspolitik sein kann, sondern daß Nickelsdorf, wenn schon, die Grenze der gemeinsamen Sicherheitspolitik der reicheren

europäischen Staaten sein muß. Das ist ein noch viel wichtigeres Argument als das wirtschaftspolitische Argument. Das muß man auch und sollte man auch hier immer wieder hinzufügen.

Und wenn ich schon über die EG gesprochen habe, so muß ich sagen, natürlich geht es auch um die Wettbewerbssituation. Und wenn ich über die Wettbewerbssituation spreche, so geht es natürlich auch um das Gewerberecht und um einzelne Gewerbe, die immer noch nicht offen genug sind, die immer noch nicht eine Wettbewerbssituation á la Europäische Union haben. Ein ganz besonderes Problem in Niederösterreich, wenn auch ein kleiner Wirtschaftszweig, stellt dabei - ich muß es immer wieder erwähnen - das Rauchfangkehrergewerbe dar. Es gibt den Antrag, die Tarife um 11,2 % zu erhöhen. Wir sind energisch dagegen aufgetreten. Und ich weiß auch vom Herrn Landesrat, daß er nicht beabsichtigt, eine derart hohe Tariferhöhung vorzunehmen. Ich glaube, daß es derzeit in diesem Sektor eine "Nulltariferhöhung" geben sollte, weil die Tarife ja exemplarisch hoch angehoben worden sind bei der letzten Tariferhöhung. Und es geht noch um einen ganz anderen Punkt. Es geht nämlich auch um die Kehrgebietsverordnung, die von Ihrem Vorgänger so gestaltet wurde, daß es in Wahrheit zwischen den Betrieben keinen Wettbewerb gibt. Weil der einzelne Kehrbezirk so klein ist, daß es nur eine sehr kleine Anzahl, oft nur zwei Betriebe gibt, die hier in Wettbewerb treten sollen. Was natürlich in Wahrheit zum Nicht-Wettbewerb führt. Ich habe das schon einmal vor zwei Jahren bei der Budgetdebatte erwähnt. Ihr Vorgänger, der Herr Landesrat Dkfm. Höfinger hat gemeint, es sollte ein halbes Jahr Beobachtungszeitraum geben, dann wird er diese Verordnung reformieren. Ich fordere Sie, Herr Landesrat auf, sich im Sinne eines offenen Wettbewerbes sich dieser Verordnung neuerlich anzunehmen. Vielleicht können wir das Versprechen, das der Herr Landesrat Höfinger damals abgegeben hat, jetzt auf Sie übertragen. Vielleicht sind Sie in einem halben Jahr, als Zielgröße einmal, soweit, daß Sie eine andere Verordnung in diesem Bereich haben. Damit es auch hier vernünftige, normale, europäische Wettbewerbsbedingungen gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir schon bei einer Wirtschaftsdebatte sind, dann kann man natürlich auch die Worte des Abgeordneten Preisler nicht unbeantwortet lassen. Der da gemeint hat, daß die Kreisky-Ära eine für Österreich sehr belastende Ära gewesen sei. Als Sozialdemokrat muß man dazu eine Antwort geben. Ich kann hier vorweg einmal sagen, Herr Ab-

geordneter, für Österreich war insbesondere die Ära Kreisky und insbesondere der Erfolg der siebziger Jahre jener, der uns am meisten gebracht hat. Wir waren gerade in dieser Zeit auf der europäischen Überholspur. Sie wissen ganz genau, daß die Sozialdemokraten in den frühen siebziger Jahren angetreten sind und den Slogan gehabt haben, Österreich europareif zu machen. Und wir können jetzt, 1993, feststellen, daß wir ein absolut europareifes Land sind. Daß wir von einem Land, das weit hinten im Spektrum der europäischen Länder gestanden ist, zu einem der reichsten europäischen Länder geworden sind. Und der Grundstein dafür ist vor allem in der Regierungszeit Kreisky gelegt worden. Diese letzten 23 Jahre, da wir in Österreich uns auf der Überholspur befanden, waren 23 Jahre, in denen es stets einen sozialdemokratischen Bundeskanzler in diesem Land gegeben hat. *(Abg. Gratzner: Aber zahlen muß das auch jemand!)*

Das ist ein sehr wichtiger Punkt, Herr Abgeordneter Gratzner. Ich bin dankbar für diesen Zwischenruf, weil ich ihn ohnehin gerade beantworten wollte, in Zahlen. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist in den letzten 20 Jahren zwischen 1970 und 1990 in Österreich um real 16 % gestiegen, in den 12 EG-Staaten um 8 %. Österreich war auf der Überholspur. Die private Wohlstandsvermehrung, gemessen am verfügbaren Nettoeinkommen plus Aufwand für Erziehung und Gesundheit, ein Maßstab, den die OECD stets anwendet, ist in Österreich um 17 % gewachsen, in den Jahren 1970 bis 1990. In der EG nur um 7 Prozent. Die EG lag 1970 bei einem Wert von 100, wir bei einem Wert von 91, also deutlich zurück. Beide liegen jetzt bei einem Wert von 107 in dieser Kennzahl. Und jetzt kann man natürlich sagen, wir haben uns diese Wohlstandsvermehrung nur auf Pump erwirtschaftet. Das ist ja das, was Sie offensichtlich in Ihrem Zwischenruf gemeint haben. Die reale Wirtschaftsentwicklung steht eigentlich nicht dahinter und es wird irgendwann noch einmal zum großen Kollaps kommen. *(Abg. Gratzner: Ich darf hier vielleicht erinnern, daß wir im Wohnbau an vorletzter Stelle, noch vor der Türkei liegen!)*

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Eine Zahl zu diesem Argument. Die Lohnstückkosten in der verarbeitenden Industrie, um unsere Wettbewerbssituation zu skizzieren, ist von einem Indexwert 100 in der EG auf 202 gestiegen, in Österreich von 100 auf 185. Ist also in diesen 20 Jahren deutlich geringer gestiegen. Wie ist es zu vereinbaren, daß sowohl die Einkommen und der

Lebensstandard stärker steigt als im europäischen Schnitt, aber auch die Kostenbelastung der Wirtschaft geringer steigt? Das ist deswegen zu vereinbaren, weil es enorme Produktivitätsfortschritte in unserem Land gegeben hat. Und für diese Produktivitätsfortschritte waren natürlich die Rahmenbedingungen maßgebend. Dafür war natürlich maßgebend, daß es die Rahmenbedingungen der damaligen Regierung Kreisky und der nachfolgenden Regierungen gegeben hat. Und war aber auch maßgebend, daß es in Österreich eine Sozialpartnerschaft gibt, die imstande ist, den Interessensausgleich effizienter zu gestalten als in allen anderen europäischen Staaten. Daher hat es in Österreich diese so positive Entwicklung unserer Wirtschaft gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Man sollte also wirklich gerade diese Punkte nicht unter den Scheffel stellen. Und es ist kein Zufall, daß wir bei den EG-Beitrittsverhandlungen jetzt als reiches Land und nicht als armes Land dieser EG gegenüberstehen. Nach 23 Jahren einer Regierung in Österreich, in der ein sozialdemokratischer Bundeskanzler an der Spitze gestanden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Schlußworte des Herrn Mag. Kaufmann waren bereits in Richtung Parlament gerichtet, in das er bald übersiedeln wird. Weshalb er heute hier im NÖ Landtag die Politik der Sozialdemokraten schon so lobt. Viel Glück im Parlament, Herr Magister! Wenn er gute Politik in der Bundesregierung macht, dann haben wir auch etwas davon.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch einmal zu Mag. Kaufmann. Der schulfreie Samstag ist halt in die Kompetenz des Landeshauptmannstellvertreters Höger gefallen. Er hat es versäumt, daß er nicht früher gekommen ist damit, daß er nicht früher ein Begutachtungsverfahren eingeleitet hat. *(Abg. Kautz: Herr Kollege! Er hat ja schon erklärt, warum er nicht früher gekommen ist, warum es ein Initiativantrag war. Verzögert habt Ihr!)*

Es macht ja nichts, es ist ja überhaupt nichts passiert. Wir haben nur gefordert, daß man die Leute fragt. Er sagt immer wieder, man soll mit den Sozialpartnern reden. Also sollen wir auch hier diesen Weg beschreiten und das haben wir gemacht jetzt. Und am 16. Dezember 1993 werden wir das beschließen und am 1. Jänner 1994 geht das über die Bühne. Und daher haben wir überhaupt nichts verzögert. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege, was ist mit dem Inserat?)*

Mit dem Inserat habe ich nichts zu tun. Das habe ich gar nicht gelesen. Das ist etwas anderes. *(Abg. Dr. Bauer: Einer, der sich distanziert!)* Ich sage das, was ich weiß, was im Ausschuß passiert ist, was wir beschlossen haben, was wir hier beschließen werden. Und da haben wir nichts verzögert. Es wird mit 1. Jänner 1994 möglich sein, dieses Gesetz auch umzusetzen.

Meine Damen und Herren! Die Budgetansätze des Landesvoranschlages 1994 für die Wirtschaftsförderung bringen klar zum Ausdruck, daß das Land gewillt ist und alles daran setzt, die NÖ Wirtschaft bei der Bewältigung der bevorstehenden, zum Teil sehr schwierigen Aufgaben und Herausforderungen, wirksam zu unterstützen. Ich darf ganz kurz aus meiner Sicht darstellen, worin diese Aufgaben, mit denen sich unsere Wirtschaft konfrontiert sieht, bestehen.

Erstens: Die Wirtschaft ist weltweit im Umbruch. Es gibt keine nationale Volkswirtschaft, die nicht mit zum Teil sehr schwierigen Problemen kämpft und die daher gezwungen ist, tiefgreifende Strukturmaßnahmen in Angriff zu nehmen.

Zweitens: Der Wettbewerb wird härter. Nur die Besseren, die Flexibleren, die Intelligenteren, die Schnelleren, die rasch erkennen, wo ihre Chancen liegen, werden sich auf Dauer durchsetzen können.

Drittens: Der Grundsatz, daß die Besseren die besten Chancen haben, gilt aber auch für den Arbeitsmarkt. Das heißt, daß die Qualität der beruflichen Ausbildung ausschlaggebend sein wird für sichere Arbeit und berufliches Einkommen.

Mit diesen drei Punkten habe ich, wie schon erwähnt, die Problemzonen bzw. zentralen Aufgabenpunkte, die zu bewältigen sind, nur kurz angerissen, ohne näher auf die Details einzugehen.

Die Wirtschaftsförderung des Landes ist ein wesentliches, allerdings nicht das einzige Instrument, um unsere Wirtschaft dabei zu unterstützen, die an sie gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Mit den Budgetansätzen für

das Jahr 1994 zeigt das Land Flagge. Und zwar in dem Sinn, daß erheblich mehr Mittel für die Wirtschaftsförderung zum Einsatz kommen.

Die Budgetzuführungen an die Fonds steigen gegenüber den Ansätzen des heurigen Jahres um 55 Millionen Schilling auf insgesamt 295 Millionen Schilling. Diese Steigerung kann sich wirklich sehen lassen! Ich verstehe darin, in diesem quantitativen Sprung auch ein Signal an die Wirtschaft, das unseren Wirtschaftstreibenden zu verstehen geben soll, daß das Land seiner Rolle als Partner der Wirtschaft voll gerecht werden will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir dürfen nicht übersehen, daß im Bereich der Wirtschaftsförderung schon heuer angesichts der Konjunkturlaute erhebliche Anstrengungen unternommen und zusätzliche Aktionen gesetzt wurden. Nicht zuletzt dadurch ist es gelungen, einen kapitalen Absturz der NÖ Wirtschaftsentwicklung abzubremsen. Die Wirtschaftsdaten in Niederösterreich sind, bei allen Problemen die es zweifellos gibt, relativ gut und besser als in anderen Bundesländern sowie im bundesweiten Durchschnitt. Und wenn hier der Herr Kollege Mag. Kaufmann gesagt hat, daß wir 503.000 unselbständig Beschäftigte im September dieses Jahres gehabt haben, dann ist das die höchste

Zahl, die wir jemals in Niederösterreich verzeichnen konnten. Und wenn er sagt, wir wollen die Arbeitsinitiativen gemeinsam fördern und fortführen, dann bin ich ebenfalls auf seiner Seite. Es war ja auch Frau Landesrat Prokop, die hier initiativ geworden ist. Ich weiß schon, daß natürlich die Hauptlast der Bund zu tragen hat. Aber alles werden wir wahrscheinlich im Land nicht schaffen können. Und daher glaube ich, ist es richtig, daß hier alle Kräfte zusammenarbeiten, damit wir die Vollbeschäftigung erhalten können.

Ich kann hier aus Zeitgründen nicht auf alle Aktivitäten, die zur Bekämpfung des Konjunkturrückganges eingesetzt wurden, eingehen und beschränke mich daher auf die signifikanten Erfolge. Mit dem Bauforum, also der beschleunigten Planung und Inangriffnahme der Bauvorhaben im Land haben wir der Bauwirtschaft eine gute Auftragslage gesichert und damit auch wirksam zur Arbeitsplatzsicherung beigetragen. Mit seinen Aufträgen hat das Land unter Einbeziehung des geförderten Wohnbaues über 20 Milliarden Schilling an bauwirksamen Investitionen ausgelöst. Auch für das kommende Jahr ist sichergestellt, daß die Bauwirtschaft durch öffentliche Aufträge gut ausgelastet werden kann. Auch für das kommende Jahr ist das sichergestellt.

Mit dem NÖ Beteiligungsmodell haben wir ein zusätzliches, einzigartiges Förderungsinstrument eingesetzt, das voll eingeschlagen hat. Inzwischen beträgt das von den NÖ Betrieben beantragte Volumen an Beteiligungskapital bereits fast 700 Millionen Schilling. Über 200 Millionen Schilling wurden bisher bewilligt. Das ist zugleich ein klarer Hinweis auf die Investitions- und Erneuerungsbereitschaft der NÖ Wirtschaft, die sich rechtzeitig für den härteren Wettbewerb rüsten will. Mit dem Pilotprojekt der Verhandlungskonzentration im Bezirk Gmünd wurde ein Meilenstein zum Bürokratieabbau für die Wirtschaft gesetzt. Die ersten Erfahrungen mit der Zusammenführung bau- und gewerberechtl. Verhandlungen auf einen Termin sind durchaus positiv, sodaß nun weitere Bezirke in diesen Modellversuch einbezogen werden sollen. Es handelt sich dabei um ein Anliegen der NÖ Wirtschaft von höchster Priorität. Aber auch um einen wichtigen Beitrag für die Absicherung und Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich.

Hoher Landtag! Im nächsten Jahr soll sich die Wirtschaft, so erwarten es die Wirtschaftsforscher mit ihren Prognosen, erholen und das Konjunkturbarometer wieder nach oben zeigen. Darauf kann und soll man sich nicht verlassen. Die Wirtschafts-

politik hat auch unter den prognostizierten günstigen Rahmenbedingungen im kommenden Jahr genug Handlungsbedarf.

Daß die Budgetmittel für die Wirtschaftsförderung 1994 ganz wesentlich angehoben werden, ist uns bei der Erfüllung der wirtschaftspolitischen Aufgaben eine wichtige Hilfestellung. In diesem Zusammenhang möchte ich eines ganz klar zum Ausdruck bringen: Niederösterreichs Wirtschaftsförderungssystem ist vielfältig und es trägt dadurch einer Vielzahl von unterschiedlichen Bedürfnissen in der Wirtschaft Rechnung. Für den Förderungswerber wurde das System zugleich entscheidend vereinfacht, indem es nur mehr ein Formular gibt, das der Förderungswerber auszufüllen hat. Den Rest, nämlich die auf das Anliegen des Förderungswerbers zugeschnittene Förderungsaktion, macht die Wirtschaftsförderungsabteilung des Landes. Spätestens sechs Wochen nach Erhalt ist der Förderungsfall erledigt. Diese rasche Abwicklung von Förderungsanträgen ist einmalig in Österreich.

Wer die Vielfalt der Förderungsaktionen in Niederösterreich kritisiert, der soll auch offen aussprechen, welche Landesförderungen gestrichen werden sollen. Ich bin auf solche Streichungsvorschläge sehr gespannt. Denn man wird dann jene Förderungswerber, die dann durch den Rost fallen würden, informieren müssen, wer die Qualität der NÖ Wirtschaftsförderung ruinieren will. Wir müssen nämlich immer bedenken, daß bei allen Aktionen auch Bundesmittel zum Einsatz kommen und die würden, wenn wir hier etwas abschaffen, natürlich verlorengehen.

Natürlich kann es in der Förderungspolitik nie einen Stillstand geben. Tatsächlich sind Veränderungen notwendig, aber es ist dies in eine andere Richtung notwendig. So wird es notwendig sein, bei der Förderungsvergabe gemäß den Richtlinien der Förderungsaktionen selektiver vorzugehen. Oder die Investitionsförderung wird sich stärker an konkreten Schwerpunktsetzungen wie Innovation, Forschung, Entwicklung, Qualität, Eigenkapitalstärkung orientieren müssen.

Die regionalen Disparitäten müssen stärker berücksichtigt werden. Zugleich brauchen wir aber auch neue Förderungsschwerpunkte bzw. müssen wir einzelne Förderungsbereiche verstärken. Daher ist zum Beispiel von Landesrat Gabmann geplant, die Aktion für die Sicherung der Nahversorgung wesentlich zu verbessern und eine Schwerpunktsetzung vorzunehmen. Details sind derzeit in Verhandlung, die Aktion soll aber

mit Beginn des kommenden Jahres bereits gestartet werden.

Kurz vor der Fertigstellung stehen auch die Richtlinien für die Förderung von Qualitätssicherheitssystemen in den Betrieben. Dafür werden im kommenden Jahr 30 Millionen Schilling aufgewendet. Diese Aktion ist Voraussetzung dafür, daß unsere Produktionsbetriebe mit ihren Produkten international wettbewerbsfähig bleiben.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Kürze wird eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes vorliegen, die aufzeigt, welche Entwicklungsperspektiven Niederösterreichs Wirtschaft in den nächsten Jahren angesichts der EG-Integration Österreichs und der Öffnung im Osten hat. Diese Studie wird natürlich auch zum Ausdruck bringen, was geschehen muß, damit Niederösterreich sein wirtschaftliches Chancenpotential im neu gestalteten Europa optimal nützen kann. Es geht darum, welchen Stellenwert wir im neuen, veränderten Europa als Wirtschaftsstandort haben. Es geht also um eine existentielle Frage. Und hier hat Herr Kollege Dkfm. Rambossek eine Forderung aufgestellt, daß wir uns bemühen sollen, Grundstücksreserven anzuschaffen, damit wir für diesen Wettbewerb, im Standort Niederösterreich auch in Zukunft gerüstet sind. Hier gehen wir bei ECO-PLUS einen sehr konsequenten Weg in diese Richtung. Wir haben angekauft in Ennsdorf, in Wolkersdorf, in Poysdorf, in Heidenreichstein. Und sind derzeit dran in Bruck, wo wir ganz groß einsteigen und viele hunderttausende Quadratmeter ankaufen, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Es kann uns ja nicht egal sein, ob wir als Wirtschaftsstandort attraktiv genug sind und daher die Chance haben, daß interessante Betriebe zu uns kommen. Als Betroffene sehen und spüren wir, daß teilweise bestimmte Produktionsbereiche in Länder mit billigeren Lohnkosten jenseits unserer Grenze ausgelagert werden. Das können wir selbst mit noch so großzügigen Förderungsangeboten leider nicht verhindern. Die Frage ist vielmehr, ob es uns gelingt, einen Ersatz zu finden, also neue Betriebe ins Land zu bringen und damit auch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Neue Betriebe kommen nur, wenn wir als Wirtschaftsstandort gewisse Kriterien erfüllen. Und dazu gehören gute Rahmenbedingungen, wie etwa ein wirtschaftsfreundliches Steuersystem. Landesrat Freibauer hat gestern darauf hingewiesen, daß die Steuerreform 1994 dazu beitragen wird, daß Niederösterreich für Ausländer durch diese Steuerreform ein wesentlich besserer Standort sein wird. Gut aus-



gebaute und leistungsfähige Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen, ein modernes Förderungssystem, gut ausgebildete und leistungswillige Mitarbeiter und so wenig Bürokratie wie möglich, alle diese Kriterien müssen wir erfüllen können, wenn wir ein attraktiver Standort sein wollen. Es wird eine unserer Herausforderungen in den kommenden Jahren sein, Niederösterreich im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte einen guten Platz zu sichern. Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir unseren Wohlstand und die soziale Sicherheit bewahren bzw. ausbauen können.

Diesem Ziel wird das Budget 1994 in seiner Gesamtheit, vor allem aber auch im Bereich der Wirtschaftsförderung durch starke Zuwächse und neue Förderungsstrategien gerecht. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich nehme zu einigen Resolutionsanträgen Stellung. Beginnend beim Resolutionsantrag 24, eingebracht vom Kollegen Abgeordneten Marchat, betreffend Einfrieren der Pflichtabgabe und der Parteienbeiträge an die Fraktionen der Landeslandwirtschaftskammer.

Ich möchte dazu sagen, das liegt nicht in unserer Intention. Wir bekennen uns eindeutig zu der politischen Standesvertretung, die durch Kammern signalisiert wird und die durch Kammern ihre Arbeiten und Pflichten erfüllt. Zum anderen bekennen wir uns auch zu einem funktionierenden Parteienstaat, der eine wesentliche Grundlage einer Demokratie ist! Gerade im Zusammenhang mit der Pflichtabgabe möchte ich sagen, daß in diesen Zeiten Information und Motivation ganz wichtig ist und wir in allen Kammern diesbezüglich im Zusammenhang mit einem eventuell bevorstehenden EG-Beitritt erhöhte Anstrengungen treffen müssen.

Zum Antrag 25, ebenfalls eingebracht von Kollegen Marchat kann ich einvernehmlich auch für die anderen Fraktionen des Hauses berichten, daß es gelungen ist, hier gemeinsam diesen Antrag zu gestalten. Es gibt eine geringfügige Änderung in der Antragsbegründung, wo die Adresse für 50 % des Prämienzuschusses nicht Land und Bund ist, sondern das an den Katastrophenfonds adressiert wird. Der Antragstext selbst bleibt

gleich. Somit kann ich den Antrag im Namen der Kollegen Marchat, Kurzreiter, Schütz und Stix einbringen.

Zum Antrag 26 betreffend ökosoziale Direktzahlungen: Hier treten ebenfalls einvernehmlich die anderen Fraktionen dem ursprünglichen Antrag des Kollegen Marchat bei.

Die gleiche Vorgangsweise konnte erreicht werden beim Antrag 27 betreffend Stärkung der Weinwirtschaft. Eingebracht von der Kollegin Lembacher treten ebenfalls die Fraktionen durch die Kollegen Schütz, Marchat und Stix diesem Antrag bei.

Das gleiche gilt für den Antrag 28, Resolutionsantrag betreffend Dürre- und Frostschäden in der Land- und Forstwirtschaft. Herr Kollege Abgeordnete Kurzeiter hat diesen Antrag in seinem Referat gestellt. Die Kollegen Schütz, Marchat und Ing. Dautzenberg werden diesen Antrag ebenfalls unterstützen. Somit liegen gemeinsame Anträge in genannter Form vor. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wagner.

Abg. Ing. WAGNER Josef (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Freunde!

Ich möchte einmal eine Feststellung machen. Ich möchte, daß Sie mir glauben, daß ich wirklich gegen jegliche Form der Illegalität bin. Der Idealzustand wäre, wenn man Gesetze wirklich getreu einhalten könnte und seine Arbeit und seine Wirtschaft und alles damit bestens in Ordnung halten könnte.

Aber jetzt kommen die Fragen, liebe Freunde. Wie kann sich ein österreichischer Arbeiter ein Haus bauen, ohne pfuschen zu gehen oder ohne pfuschen zu lassen? Ich bitte um Antwort. *(Abg. Dr. Bauer: Das ist Nachbarschaftshilfe und die ist erlaubt.)* Das ist natürlich Nachbarschaftshilfe. Das ist auch abgabenfreier Nebenerwerb. Der ist erlaubt. Ich komme schon so weit. Ich möchte jeden von Euch fragen, jeden von Euch, der ein Haus gebaut hat. Ich möchte jeden fragen, wer hat keinen Pfuscher verwendet?

Ich möchte noch etwas fragen. Wie glaubt Ihr, kann heute ein Wirtshaus betrieben werden, ohne daß man irgendeine bosnische Arbeitskraft hineinstellt, die man nicht anmelden kann? Und ich sage Euch, warum man sie nicht anmelden

kann. Weil man überhaupt nicht, nicht im Baugewerbe, nicht im Gastgewerbe noch irgendwo anders nur einen Funken einer Chance hat auf eine Arbeitsgenehmigung. Nicht den Funken einer Chance! (*Unruhe im Hohen Hause.*)

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Ich weiß, das waren jetzt ein paar unangenehme Fragen, ich weiß schon. Die einzigen, die wirklich unschuldig sind, sind die Baumeister. Ich möchte Euch weiter fragen, mit welcher Lust geht ein österreichischer Arbeiter sich vorstellen zu einer Firma, wenn er dort die Chance hat, 13.000,- Schilling brutto zu bekommen, wenn er im Notstand netto 9.000,- bekommt und alle weiteren Ansprüche auf die tollsten Sozialleistungen hat. Wenn er beweisen kann, daß er die Miete nicht zahlen kann, wird ihm die Miete bezahlt. Wenn er beweisen kann, er kann sich das Telefon nicht leisten und das Fernsehen, wird ihm das auch noch bezahlt. Und wenn er beweisen kann, daß er zu faul ist, daß er sich etwas zu Essen holt, dann bekommt er Essen auf Rädern. (*Zwischenruf: Das ist jetzt aber nicht mehr lustig! Bitte etwas konstruktiver! - Unruhe im Hohen Hause.*)  
Bitte höflich um Entschuldigung.

Zur Ausweispflicht möchte ich sagen, ist ein Autofahrer ein anderer Mensch? Denn als Autofahrer muß ich mich jederzeit ausweisen.

Das wichtige, warum ich mich kritisch äußere, der Sinn meiner Wortmeldung ist, ich möchte aufrufen und ich möchte die Besinnung von allen Beteiligten da einmal wachrufen, daß man Gesetze auch wirklich einhaltbar machen muß. Bei uns können nur mehr die Chinesen arbeiten. Ich habe nichts gegen Chinesen, wirklich nicht. Ich gehe selber leidenschaftlich gern chinesisch essen. Aber gestatten Sie bitte, wer ist dort angemeldet? Man kennt sie ja gar nicht auseinander. (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Was ich meine, ist, die Gesetze, die wir haben, besonders bei den Ausländern und besonders in diesem grauen Bereich, sind zum Teil nicht einhaltbar. Und darum haben wir die Illegalität. Und solange wir dort nicht ansetzen, um diese Illegalität zu verkleinern, solange wird es keine Verbesserung geben bei diesen ganzen Auswüchsen. (*Beifall beim LIF.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sivec.

Abg. SIVEC (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Abgeordnete Friewald hat angeregt, ich möge mich heute hier vom Rednerpult aus entschuldigen. Herr Abgeordneter! Ich werde dies selbstverständlich tun, wenn es keinen Vertrag Dr. Wille - B/M gibt. Wenn also der Vorstand keinen Auftrag erteilt hat und wenn diese Summe, die gestern genannt worden ist, nicht zutrifft.

Nachdem eine außerordentliche Kuratoriumssitzung, so wurde mir heute berichtet, am 15. Dezember 1993 um 13.00 Uhr stattfinden wird und wenn das dort geklärt ist, dann stehe ich nicht an, mich hier zu entschuldigen. Und ich werde mich auch nicht hinter der Immunität verstecken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Die nächste Wortmeldung kommt von Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst doch zum Vorredner eine Bemerkung. Man kann sich schon, aber man kann es sich nicht so leicht machen, daß man in Wirklichkeit mit lächelndem Gesicht einem Sozialdumping das Wort redet, denn um das handelt es sich. Und man kann auch nicht so tun, als würden hier nicht wirklich unter dem Deckmantel der gutmütigen Darstellung eigentlich ungeheuerliche Anschläge gegen den Sozialstaat unternommen.

Und ich sage das einmal sehr deutlich, weil es einer der Grundpfeiler ist, daß wir im Rahmen unserer Gesetze - und dazu gehören auch Kontingentierungen - eben diese zu vollziehen haben. Und ich gebe zu, jeder Gesetzgeber muß darauf achten, daß die Vollziehung der Gesetze möglich ist. Daher möglichst einfache Gesetze, möglichst Gesetze, die auch wirklich vollziehbar sind! Das ist ein Auftrag an alle Gesetzgeber. Das heißt aber nicht, daß man hier so leichtfertig über Kontingente, weil man es halt brauchen würde, sich hinwegsetzt. Denn wo könnte man dann die sozialen Grenzen ziehen wenn nicht über diese Kontingentierungen? Das würde dann ja eine unkontrollierte Flut werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sinne dieser Überlegungen muß man schon diese Grenzen auch ziehen. Und ich sage noch etwas dazu. Natürlich wird es immer schwieriger sein, hier diese Vollziehung, unter bestimmten Bedingungen sozusagen zu erreichen, weil es wirklich so ist, daß durch die Anmeldung - der Herr Kol-

lege Kaufmann hat das schon gesagt - die am dritten Tag erfolgt, natürlich einer, der sozusagen "erwischt wird", am nächsten Tag anmeldet. Und daher stehen wir auf dem Standpunkt, daß es eben wichtig ist, daß er vom ersten Tag oder von der Stunde an gemeldet ist, da er die Arbeitsstätte betritt.

Es ist zum Beispiel - ich glaube, Präsident Verzetnitsch hat das einmal zitiert - es ist zum Beispiel passiert, daß ein türkischer Arbeiter Augenverletzungen erlitten hat, jedoch nicht angemeldet war. Da wird das dann zum Problem. Das zweite, daß eine Verkäuferin in der Innenstadt sich den Fuß bei der Arbeit gebrochen hat und dann auf den Gehsteig hinausbefördert wurde, um nämlich dort diesen Unfall "zu erleiden". Ihr wißt schon, was ich meine. Das kann ja wirklich nicht mit unserer Auffassung von Sozialsystem in Einklang gebracht werden. Daher sollte man es sich nicht so leicht machen, unter gewisser Freundlichkeit eigentlich ungeheuerliche Anschläge hier vorzubringen.

Ich möchte vielleicht eines noch sagen: Natürlich gibt es unterschiedliche Auffassungen von Gerechtigkeit. Und wir sollten nur meinen, daß es nicht diese stolze, überhebliche Gerechtigkeit geben soll, die uns leiten soll, sondern eine Gerechtigkeit, die tatsächlich eine ist. Denn Anatol France hat einmal gesagt, der Arme und der Reiche haben beide das Recht, unter der Brücke zu schlafen. Nur, der Reiche wird dieses Recht nicht beanspruchen. Daher geht es nicht darum, liebe Freunde, eine formale Gleichstellung herzustellen, sondern tatsächliche Gerechtigkeit zu schaffen. Und damit glaube ich, wäre dieser Punkt beendet. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei den Abgeordneten Rosenkranz, Hiller und Hoffinger.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz auf den Resolutionsantrag eingehen, der Frau Abgeordnete Lembacher. Es paßt nicht hinein, aber nur zur Klarstellung. Wir sind auch beigetreten diesem Resolutionsantrag zur Weinwirtschaft. Ich möchte meinen, daß die Frage der schrittweisen Anpassung der Mengenkontrolle an die EG-Praktiken dann zu erfolgen hat, wenn auch die EG ihre Mengenregulierungen getroffen hat. Diese sind in Verhandlung, sie werden entweder noch Ende dieses Jahres oder im ersten Quartal des kommenden erfolgen. Und dann würde ich das auch für sinnvoll halten. Wir können aber nicht jetzt von uns aus diese Regelung treffen, sonst würde das wieder ein Nachziehen erfordern.

Was ich noch hinzufügen möchte ist, daß diese sogenannte Bestands- und Mengenmeldungen etwas sind, das natürlich - darauf habe ich auch im Zwischenruf hingewiesen - schon ein Wunsch war. Mit dieser Überbindung der Kontingente und damit auch einer gewissen administrativen Übertragung, sollte eine gewisse Bürokratisierung verbunden sein. Das war ein ausdrücklicher Wunsch, wirklich ein ausdrücklicher Wunsch, dem wir Folge geleistet haben. Aber es ist auch unsere Auffassung, daß man Überlegungen anstellen soll. *(Abg. Lembacher: Den Tafelwein sollte man dazuschreiben!)*

Tafelwein. Ich weiß schon, es bezieht sich nur auf den Tafelwein.

Eines möchte ich klarstellen zu dieser EG-konformen Verwertung von Tafelwein und was wir uns darunter vorstellen: Es kann nicht sein und wir wollen nicht unsere Weinbauern in diese Richtung bringen, daß sie EG-konform sind. Denn ich glaube, daß dieser Antrag in einem weiteren Sinne zu verstehen ist. Ich erläutere das deswegen, weil ich nicht nur diese Anpassung der Verwertung will. Denn das hätte für unsere Bauern nicht die besten Auswirkungen. Im Jahre 1992 haben die Bauern in der EG dafür 1,25 Schilling bekommen. Und das kann nicht unser Ziel, bitte für unsere Bauern sein! *(Abg. Lembacher: Darf ich dazu sagen, Herr Kollege: Wir wollen so viele Qualitätsstufen haben, daß wir mit dem Kontingent gar nicht drüber kommen. Soviel können wir gar nicht vermarkten, daher haben wir das herausgenommen!)*

Frau Abgeordnete! Ich habe das deshalb erläutert, damit es nicht in die falsche Richtung geht. Sonst könnte einer herauslesen, die Verwertung bei Tafelwein ist gleich EG-konform, das heißt, gleich bei 1,25 Schilling. Und das bitte wollen wir nicht. Daher meine Erläuterung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht noch ganz kurz auch zur Frage Nationalpark, weil er zwei Mal angesprochen wurde. Kollege Sivec hat ja seine Erklärung abgegeben. Ich glaube, wir werden noch Gelegenheit haben, auf Grund des endgültigen Berichtes diese Diskussion zu führen. Es soll soviel vermerkt sein, daß es immer wieder Informationen, Zwischenberichte, Zwischeninformationen gegeben hat, daß auch ein Konzept mit mehr oder weniger Detaillierungsgrad in der einen oder anderen Art, fast "konfettihaft" hat man es bekommen oder nicht bekommen - ist man gerade dort gestanden, hat man es bekommen - erfolgt ist. Und es geht eigentlich darum, daß wir einmal diesen Endbericht und dieses Endergebnis nach der Vorlage in

der Vorbereitungskommission auch bekommen. Damit sich der Landtag seriös damit auseinandersetzen kann.

Es ist tatsächlich so, daß dieser Nationalpark ja nicht nur jetzt als Nationalpark sozusagen interessant ist. Sondern daß Niederösterreich hier eine ungemeine Option insgesamt hat für einen Raum zwischen Wien, Marchfeld, Bratislava, der ja in einer vielfachen Weise zur Diskussion steht und der eine Europaregion ganz besonderer Qualität letztlich werden soll. Und daher meinen wir, daß es wirklich an der Zeit ist, erstens einmal jene Berichte zu bekommen, die schon vorliegen. Und auch, den Auftrag in dieser Richtung zu erweitern, daß, wenn notwendig, weitere ergänzende Studien und Überlegungen angestellt werden müssen. Weil ich wirklich überzeugt bin, daß wir hier eine riesige Chance und Verpflichtung in vielfältiger Weise haben. Nämlich einerseits der Natur gegenüber und wir alle wollen mehr Wasser in der Au. Wir haben aber auch von der Schifffahrt her über Verkehrsströme, über Siedlungsentwicklungen nachzudenken. Und wir müssen daher aus diesem Mehrfachnutzungspotential heraus letztlich eines tun, nämlich eine Optimierung dieser Gesamtentwicklung eines für Niederösterreich so wichtigen und auch für Wien so wichtigen Raumes erreichen. Daher sollte man in dieser Phase, wo jeder nur den einen oder einen anderen Bericht hat, möglichst sparsam sein in der Beurteilung oder in seinen Aussagen.

Was aber diese Dinge, die letztlich heute auch in den Medien gestanden sind, betrifft, so möchte ich meinen, wenn ein Abgeordneter eine Aussendung getätigt hat, zu der er eine Erklärung abgegeben hat, dann ist das letztlich eine sehr klare und sehr persönliche Aussage gewesen. Trotzdem möchte ich anmerken, ohne jetzt im Kuratorium zu sitzen, ohne das jetzt genau zu kennen, wir alle kennen es ja nicht, aber ich möchte eine Feststellung doch treffen, ganz generell, daß es nicht so ist, daß ein Auftrag nur schriftlich zustande kommen kann. Sondern ein Auftrag kann auch eine mündliche Beauftragung darstellen. Das ist in der Wirtschaft sehr oft der Fall.

Dann kann man jetzt sagen, ob das im Kulanzweg oder nicht im Kulanzweg geht, das alles ist dann eine Frage, die viel später gestellt wird. Jedenfalls ist es so, daß ich nicht annehmen kann, soweit meine Information aus diesem Bereich, daß ich nicht annehmen kann, daß sich jemand Gedanken darüber macht, in wieweit er mit jemanden verhandeln soll, wieviel sozusagen

an Vertragstext, an Vorleistung erbracht wird. Und ob zum Beispiel auch schon sehr klare Überlegungen hinsichtlich der Nutzung auch dieser Flächen, die dann im Nationalpark einzubringen wären, angestellt werden.

Also offensichtlich und das meine ich doch aus dem schließen zu können, ist es schon so, daß es in irgendeiner Form Gespräche gegeben haben muß. Sonst könnte man doch nicht über die Bejagung zum Beispiel schon nachdenken, ob das noch möglich ist oder nicht möglich ist. Und auch Verträge darüber abschließen oder Entwürfe und auf der anderen Seite so tun, als wären nie Gespräche gewesen. In diesem Sinne glaube ich, nachdem das einer der wichtigsten raumordnungspolitischen Entscheidungen in Niederösterreich ist, sollten wir gemeinsam diese große Entscheidung treffen. Nicht nur gemeinsam mit Niederösterreich, sondern im Einklang mit Wien und im Einklang auch mit der Bundesregierung. Und ich glaube, daß das von uns allen als Chance auch genützt werden wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Abgeordneter Preiszler erhält das Wort bitte.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich komme nochmals kurz zurück zu meinem Antrag betreffend Ausweisungspflicht für ausländische Arbeitnehmer. Herr Kollege Kaufmann! Ich glaube, es dürfte Ihnen wirklich entgangen sein, auch den anderen Herrschaften, daß tatsächlich aus dem Arbeitsübereinkommen der beiden Großparteien von 1990 wortwörtlich unser Antrag übernommen wurde. Von dort kommt unser Antrag. So ist es. Aber wahrscheinlich ist es halt so, daß die beiden Regierungsparteien wiederum der Mut verlassen hat. Das ist ja des öfteren der Fall, daß man sich viel vorgenommen hat, aber dann letztendlich wenig realisiert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich wollte nur sagen, das ist nicht auf unserem Mist gewachsen, sondern rein übernommen vom Papier der Regierung. Im übrigen steht auch einiges anderes drinnen. Die Gendarmeriepostenschließung habe ich schon genannt, sie steht auch drinnen. Daß man sich bundesweit einig ist über die Gendarmeriepostenschließung. Nur, Sie haben nicht den Mut, sich dazu zu bekennen. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Ich darf nochmals sagen, daß es nicht so ist, wie hier von verschiedenen Vorrednern genannt wurde, daß wir irgendjemanden diskriminieren wollen. Ich verweise vielmehr darauf, daß wir diesen Antrag schon vor zwei Jahren eingebracht haben. Der Antrag des Kollegen Kaufmann ist eigentlich sonst nichts anderes als das Resümee unseres Vorstoßes hier im NÖ Landtag.

Endlich hat man begonnen, per Regierungsbeschluß zu fordern, daß darüber berichtet werden sollte, was ich eigentlich bis jetzt vermißt habe. Aber das ist uns zu wenig. Nur eine Ankündigungspolitik zu machen, ist zu wenig. Wir wollen Fakten im Interesse der NÖ Arbeiter und auch der anderen Bevölkerung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich komme auch noch einmal auf meinen zweiten Resolutionsantrag zurück. Es ist wirklich sehr bedauerlich, in welcher demagogischer Art und Weise hier der Herr Abgeordnete Hoffinger von diesem Rednerpult aus agiert hat. Bedauerlich ist es für mich vor allem deswegen, da ich die Ausführungen des Herrn Abgeordneten

Hoffinger ansonsten sehr schätze. Bedauerlich aber auch, weil er Vertreter einer Partei ist, die sich nur allzu gerne als Unternehmerpartei apostrophieren läßt.

Herr Abgeordneter Hoffinger! Ich setze von Ihnen als Wirtschaftsvertreter voraus, daß Sie Resolutionsanträge eines Kollegen beurteilen können. Und es ist in meinem Resolutionsantrag in keiner Weise gesagt, daß wir Landesaktionen zur Wirtschaftsförderung, die von Bundesaktionen abhängen, also Anschlußaktionen sind, abschaffen wollen. Das steht in keiner Weise drinnen und wir werden es im Sitzungsbericht nachlesen können, das haben Sie hier von diesem Pult aus heute, bitte, behauptet.

Wir wollen mit unserem Resolutionsantrag vor allem erreichen, daß die Klein- und Mittelbetriebe, die die Säulen der Arbeitsplätze in Niederösterreich sind, das sind über 84 %, die Förderungsaktionen beurteilen können, ohne daß von Kammerfunktionären hier Hilfe gestellt werden muß. Darum geht es uns bitte und um nichts anderes. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben auch in keiner Weise die Beschäftigtenanzahl hier im Land von über 500.000 in Frage gestellt. Sondern wir haben nur auch die andere, die Kehrseite aufgezeigt, daß es auch über 30.000 Arbeitslose gibt und daß da verschiedene Aktionen, die von Ihnen in den Himmel hochgejubelt werden, nicht gegriffen haben. Und ich habe von diesem Rednerpult auch einmal schon gesagt, wäre das Beteiligungsmodell in dieser Weise durchgeführt worden, wie Sie es angekündigt haben im Jänner, nachzulesen im Sitzungsbericht, dann wären alle sieben Freiheitlichen Abgeordneten aufgestanden, ans Rednerpult gegangen und hätten Ihnen Applaus gespendet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zur Abstimmung liegt die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, vor. Ich ersuche den Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 7, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 1.429.559.000 und Einnahmen von S 110.220.000 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach Abstimmung über die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung)*: Mit Mehrheit angenommen! Die Abgeordneten der ÖVP, der SPÖ und Abgeordneter Wagner geben hier die Zustimmung. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ und LIF.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionsanträge.

Als erster gelangt zur Abstimmung der Antrag des Herrn Abgeordneten Marchat betreffend Pflichtabgabe und Parteienbeiträge für die Landwirtschaftskammer. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ und LIF; Ablehnung ÖVP und SPÖ.)*

Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat bezüglich Hagelversicherung gilt für das Protokoll als zurückgezogen und wird ersetzt durch den Resolutionsantrag der Abgeordneten Marchat, Kurzreiter, Schütz und Stix bezüglich der erwähnten Hagelversicherung. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Einstimmig angenommen!

Der Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Marchat über ökosoziale Direktzahlungen gilt ebenfalls als zurückgezogen und wird ersetzt durch den Resolutionsantrag Marchat, Kurzreiter, Schütz, Ing. Dautzenberg. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Einstimmig angenommen!

Der Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Lembacher zur Stärkung der Weinwirtschaft gilt so, wie er vorgelegt wurde, ebenfalls als zurückgezogen und wird ersetzt durch den Resolutionsantrag Lembacher, Schütz, Marchat und Stix. Ich wiederhole das Thema: Stärkung der Weinwirtschaft. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Einstimmig angenommen!

Der Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Kurzreiter betreffend Dürre- und Frostschäden in der Landwirtschaft gilt so, wie hier eingebracht als zurückgezogen. Er wird ersetzt durch den Antrag der Abgeordneten Kurzreiter, Schütz, Marchat

und Ing. Dautzenberg. Thema, wie erwähnt, Dürre- und Frostschäden in der Landwirtschaft. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Einstimmig angenommen!

Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Preisler bezüglich Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Mit Mehrheit abgelehnt! Zustimmung Abgeordneter Wagner und die Kollegen von der Freiheitlichen Partei. *(Zustimmung FPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, SPÖ und LIF.)*

Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Konjunkturausgleichsteil, 60 Millionen aus der Verfügungsstelle 7/61190. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Abgelehnt! Die Zustimmung erfolgt von Abgeordneten des Liberalen Forums und der Freiheitlichen Partei. Für das Protokoll wird das festgehalten. *(Zustimmung FPÖ und LIF; Ablehnung ÖVP und SPÖ.)*

Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Vereinfachung im Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ und LIF; Ablehnung ÖVP und SPÖ.)*

Resolutionsantrag des Abgeordneten Keusch betreffend Zufahrt zum Naturpark Ötscher-Tormäuer. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Einstimmig angenommen!

Resolutionsantrag des Abgeordneten Keusch betreffend Ausbau von Sporthäfen an der Donau. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Einstimmig angenommen!

Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Kaufmann, Ing. Dautzenberg und Dirnberger betreffend Bekämpfung der Schwarzarbeit. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Mit Mehrheit, mit den Stimmen der Abgeordneten der Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Liberalen Forums angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Somit wäre die Behandlung dieser Gruppe beendet. Ich ersuche den Berichterstatter, zu Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP):  
Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr  
verehrten Damen und Herren!

In die Gruppe 8, Dienstleistungen, fallen die  
Einnahmen und Ausgaben für Liegenschaften  
sowie für land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von  
S 13,640.000 ausgewiesen, denen Einnahmen  
von S 11,950.000 gegenüberstehen. Der Anteil  
der Ausgaben am Ausgabenvolumen des  
ordentlichen Teiles beträgt 0,03 %.

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von  
S 290,000.000 und Einnahmen von  
S 300,700.000 vorgesehen.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, die Debatte ein-  
zuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Die Debatte  
ist hiezu eröffnet. Zu Wort gelangt der Herr Abge-  
ordnete Gratzler.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr  
Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Her-  
ren!

In dieser Gruppe geht es auch um die Lan-  
deshauptstadtfinanzierung und mit der möchte ich  
mich jetzt auseinandersetzen. Ich möchte aber  
gleich vorausschicken, daß die Freiheitliche  
Partei, denn manche zweifeln das noch immer an,  
sich sehr wohl zur Landeshauptstadt - Herr  
Abgeordneter Gruber - bekennt und auch zur  
Übersiedlung des Regierungsviertels. Ich möchte  
das hier wirklich dokumentieren. *(Beifall bei der  
FPÖ und Abg. Hiller.)*

Aber es gibt einen Bereich darin, ich glaube  
den muß man sehr kritisch beobachten und auch  
kritisch beurteilen, weil hier viel Geld ausgegeben  
wird. Weil wir hier frühzeitig eine Entscheidung  
treffen, die nicht nur sich jetzt mit einigen hundert  
Millionen Schilling auswirkt, sondern unsere  
Nachfolger auch jährlich mit sehr viel Geld bela-  
stet. Es geht hier im Konkreten um das Festspiel-  
haus im Kulturbezirk.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Wenn man sich anschaut, wie im Laufe des Jah-  
res die Presse dieses Festspielhaus beurteilt hat  
oder wie unterschiedlich die Aussagen der NÖ

Planungsgesellschaft zu diesem Haus sind, dann  
muß man sich heute die Frage stellen, ob wir  
wirklich mit gutem Gewissen hier diesem  
Festspielhaus unsere Zustimmung geben können.  
Ich möchte in Erinnerung rufen: Im Februar des  
heurigen Jahres hat die Frau  
Landeshauptmannstellvertreter gesagt, daß sie  
noch heuer einen multikulturell und  
organisatorisch-kaufmännisch gleichermaßen  
talentierten Geschäftsführer finden muß. Also das  
ist einmal bis heute nicht zugetroffen.

Noch im Februar hat der Kurier berichtet, die-  
ses Festspielhaus wird 500 Millionen Schilling  
kosten. Im Juli wurde dann eine Studie vorgelegt,  
die besagt, was man aus diesem Festspielhaus in  
St. Pölten macht. Dieses Festspielhaus soll zum  
einen die NÖ Tonkünstler beherbergen. Nun wis-  
sen wir mittlerweile, die Tonkünstler wollen nicht  
übersiedeln. Und ich muß sagen, mit gutem Recht  
wollen sie das nicht.

Der zweite Grund für dieses Festspielhaus  
ist, daß dort das Donaufestival in konzentrierter  
Form abgehalten werden soll. Ich weiß schon,  
daß das Donaufestival über die Ufer der Donau  
hinausgeht. Das ist mir schon bekannt. Aber  
St. Pölten liegt halt noch immer nicht an der  
Donau und wird daher auch in Zukunft schlecht  
das Zentrum für das Donaufestival sein können.

Und als dritter Grund wurde angeführt, für ge-  
sellschaftliche Veranstaltungen braucht man das  
Festspielhaus gemäß dieser Studie. Nun wissen  
wir - und da gibt es schon große Übereinstim-  
mung - daß, wenn wir übersiedeln nach  
St. Pölten, wir gerade auch für gesellschaftliche  
Ereignisse eines der beiden Häuser hier entweder  
komplett oder zumindest teilweise bewahren wol-  
len. Und ich muß sagen, das wird auch meine und  
unsere Zustimmung finden.

Es kam dann der September. Ich möchte  
noch ergänzen, im Februar wollte man 1.000 Sitz-  
plätze im Festspielhaus. Im September kam die  
nächste Aussage von der NÖ Planungsgesell-  
schaft. Man ist einmal auf der fieberhaften Suche  
nach dem Kulturmanager, den es noch immer  
nicht gibt, aber wir beschließen es einmal. Am  
16. September sollte das Festspielhaus für 1.600  
Personen ausgelegt werden gemäß NÖ Pla-  
nungsgesellschaft. Vier Tage später, wiederum  
NÖ Planungsgesellschaft, nur mehr 1.200 Sitz-  
plätze. Wir wissen, die letzten Aussagen sind wie-  
der bei 1.000 Sitzplätzen. Im September hat man  
sich dann auch entschieden, die NÖ Landesaus-  
stellung 1996 sollte dort sein. Wir wissen, die Lan-  
desausstellung ist wirklich ein Argument für die

Regionalisierung, wir fördern damit immer irgendwelche Regionen. Und jetzt kommt schon zum Ausdruck, die Landesausstellungen - es ist nämlich nicht nur gesagt im Jahr 1996 - sollen konzentriert nach St. Pölten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sehen also, daß die Verantwortlichen bei weitem nicht wissen, was sie wirklich wollen. Aber wir wissen eines. Und ich habe mit vielen Abgeordneten hier gesprochen. Und kein einziger hat zu mir gesagt, wir brauchen das Festspielhaus, weil die neue Kulturmetropole St. Pölten sein wird. Wir sind in der glücklichen Lage in Niederösterreich, daß Wien als Kulturmetropole, nicht nur als österreichische, sondern als weltweite inmitten dieses Landes liegt. Und wenn heute jemand hergeht und sagt, das Einzugsgebiet von 400.000 Menschen für St. Pölten, dann kann man doch das nicht guten Gewissens sagen, wir wissen daß Niederösterreich das Einzugsgebiet für die Kultur für Wien ist. Und ich glaube, wir sollten froh sein, daß wir nach Wien fahren können, wenn wir einmal ins Theater oder in die Oper gehen. Daher sollten wir uns wirklich nicht hier hinreißen lassen, ein derart riesiges Projekt, das jetzt nach den verschiedenen Angaben der NÖ Planungsgesellschaft zwischen 300 und 500 Millionen Schilling kostet und mit einem jährlichen Abgang, jetzt bereits zugegeben, zwischen 30 und 50 Millionen Schilling zu beschließen. Das heißt, wenn wir heuer zustimmen, dann sagen wir von vornherein, wir sind bereit, jedes Jahr von vornherein mindestens 60 Millionen, wir wissen, es wird sicher mehr, aber bleiben wir vorsichtig, sagen wir, wie die Planungsgesellschaft, 50 Millionen wegzugeben dafür.

Ich glaube, wir haben heute hier sehr viele interessante und sehr weitreichende Resolutionsanträge beschlossen. Die müssen ja auch irgendwann einmal finanziert werden. Und daher macht die Freiheitliche Partei hier einen sehr ernsthaften Einsparungsvorschlag, nämlich dieses Festspielhaus nicht zu bauen.

Ich bringe daher den Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Bernhard Gratzler zur Gruppe 8 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Ltg. 52/V-1) betreffend Errichtung des Festspielhauses.

Niederösterreich verfügt landesweit über ein umfassendes Angebot an bestehenden Kultureinrichtungen, wie Landesausstellungen, zeitgenös-

sischer Herbst und vieles mehr. Mitten in Niederösterreich liegt die Kulturmetropole Wien mit einem vielfältigen Kulturprogramm. Gerade Niederösterreich profitiert von dieser Nähe.

Die Stadttheater Baden und St. Pölten bedürfen jährlich hoher Zuschüsse. Das auch für Konzerte geeignete Veranstaltungszentrum St. Pölten kann ebenfalls nur mit öffentlichen Mitteln existieren.

Die Betreuung eines Festspielhauses ist von vorne herein an große Zuschüsse aus dem Landesbudget gebunden. Derzeit gibt es keine Indikatoren, die ein Festspielhaus in St. Pölten als notwendig erscheinen lassen. Die angespannte Budgetsituation erlaubt kein Prestigeobjekt, von dem heute weder Nutzung noch Auslastung belegt werden können.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Planung des in der Landeshauptstadt vorgesehenen Festspielhauses zu stoppen und die dafür vorgesehenen Mittel einzusparen."  
(*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (*ÖVP*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als St. Pöltener Abgeordneter darf ich dem Herrn Abgeordneten Gratzler zunächst nur sagen, daß wir offensichtlich in dieser Angelegenheit nicht gesprochen haben. Wenn Sie einen Abgeordneten des Hohen Hauses suchen, der Ihnen sagt, daß wir ein Festspielhaus wollen und brauchen, dann haben Sie ihn hier vor sich stehen! Ich bin einer der Abgeordneten - und ich denke, daß ich nicht allein sein und bleiben werde mit dieser Auffassung - der sich für ein Festspielhaus ausspricht. Und ich denke, Herr Kollege Gruber, daß wir da nicht geteilter Meinung sind in dieser Sache. (*Abg. Gruber: Und da behauptet er, er wäre für St. Pölten!*) Ich glaube, er ist zu wenig oft in St. Pölten, sonst hätte er mehr mit uns geredet. (*Abg. Marchat: Der Abgeordnete Michalitsch wohnt in Wien, der weiß das ja! Der Abgeordnete Michalitsch wohnt in Wien und fährt von da nach St. Pölten!*)



Sehr geehrte Damen und Herren! Jawohl, in St. Pölten soll die Kultur nicht zu kurz kommen! Und ich wundere mich ein bißchen über den Antrag, den wir hier vorgelegt bekommen, nämlich daß die Landesregierung aufgefordert wird, die Planung des Festspielhauses zu stoppen und die Mittel einzusparen. Diese Planung für das Festspielhaus kann nicht mehr gestoppt werden, da der grundsätzliche Beschluß im Landtag nicht erst jetzt zu fassen ist, wie Sie vielleicht meinen, mit der Landtagszahl 69/5, die wir zu beschließen haben. Darin geht es um die zweite Phase des Kulturbeschlusses.

Wir haben in diesem Hohen Landtag am 2. Juli 1992 uns mit der Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt befaßt. Und weil wir immer wollten, daß die Landeshauptstadt nicht nur ein administratives Zentrum, sondern auch ein geistig-kulturelles Zentrum wird, beinhaltet schon diese erste Bauphase des Landeshauptstadtviertels den Kulturbezirk mit einer Planung für das Festspielhaus. Und der Landtag hat am 2. Juli des vorigen Jahres diesen Beschluß gefaßt, gegen die Stimmen Ihrer Fraktion. Aber ich glaube, es wäre an der Zeit nach eineinhalb Jahren, demokratisch gefaßte Entscheidungen in diesem Haus zur Kenntnis zu nehmen und nicht ständig dagegen anzurennen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das wurde 1992 genehmigt, in der Zwischenzeit fertig geplant und eingereicht und in 14 Tagen soll die Bauverhandlung für dieses Projekt stattfinden. Daß man bei einem so großen kulturellen Projekt natürlich verschiedene Überlegungen anstellen kann, liegt auf der Hand. Die Planungsgesellschaft hat sich diese Angelegenheit nicht leicht gemacht. Es liegt unter anderem auch eine umfangreiche Studie der Edlinger Tourismusberatungs GesmbH vor, eines sehr renommierten Unternehmens, das eben eine bestimmte Bandbreite im kulturellen Angebot der Landeshauptstadt feststellt. Ausgehend von den festgelegten Anforderungen. Ich will das gar nicht wiederholen, Sie kennen das ja alles. Ein repräsentativer Rahmen, eine gewisse Mindestgröße, perfekte Bühnentechnik. Ein reines Aufführungstheater, nicht so wie das Burgtheater wie Sie vielleicht befürchten, mit fix angestellten Schauspielern, sondern für bestimmte Einzelveranstaltungen. Und ich zitiere, da sind 1000 Sitzplätze aus der Sicht des Arbeitsteams jedenfalls für erforderlich erachtet, eine Ausweitung auf 1.200 Plätze sollte in diesem Zusammenhang zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Das heißt, es ist eine gewisse Bandbreite da. Vielleicht erklärt sich auch daraus die Verwirrung, die Sie den Zeitungen entnehmen.

Wenn Sie auf Primärquellen zurückgreifen, dann sehen Sie, daß hier eine Reihe von Möglichkeiten da sind und jetzt eine davon verwirklicht wird.

Wir meinen jedenfalls, daß zwar Wien in Niederösterreich liegt, aber die Aussage, es läge mitten in Niederösterreich, ist doch etwas gewagt. Mitten in Niederösterreich, Herr Abgeordneter Gratzner, liegt die Ortschaft Kapelln. Wir wissen das genau erst seit den letzten Tagen auf Grund geographischer Feststellungen. Und das liegt ganz knapp bei St. Pölten. Und wir wollen, daß St. Pölten ein echtes Zentrum Niederösterreichs wird. Daß die Mitte Niederösterreichs St. Pölten wird, eine funktionierende und blühende Landeshauptstadt, auch in kultureller Hinsicht.

Und das deckt sich auch mit den Überlegungen von Landesrat Gabmann, der ja im Kultur- und Tourismusleitbild 2001 dieses Synergien von Kultur und Tourismus festgestellt hat. Wir glauben jedenfalls, daß auch dieses Festspielhaus im Regierungsviertel ein wesentlicher Bestandteil für eine funktionierende und von den Menschen angenommene Landeshauptstadt ist und werden deshalb diesem Resolutionsantrag nicht zustimmen. Im übrigen ist nichts zu veranlassen, weil der Landtag schon am 2. Juli 1992 die notwendigen Beschlüsse getroffen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nur eine kurze Erklärung: Es wurde ja schon ausgeführt, warum diese Vorziehung sinnvoll erscheint. Auch die sozialdemokratische Fraktion bekennt sich zu diesem Bauvorhaben. An sich wurde es ja global schon beschlossen. Es geht

also darum, ob man den Vorteil einer einmaligen Baustellenausrüstung praktisch nützt und gleich fortsetzt. Und damit sich letztlich Kosten von rund 60 Millionen Schilling, wie berechnet wurde und das ist, glaube ich, sehr seriös berechnet worden - erspart. Darum geht es eigentlich.

Selbstverständlich heißt das nicht, daß man nicht sehr sorgfältig die Sparsamkeit der Folgekosten dann zu überwachen hat. Denn das ist ja unabhängig vom Zeitablauf, ob jetzt 1996 oder 1998 fertiggestellt wird. Das ist die wirkliche Frage und das wirkliche Thema, das uns zu beschäftigen hat. Denn die Baukosten fallen einmalig an, die sind auch letztlich gedeckt, so wie das in dieser Vorlage ausgeführt wurde.

Was aber natürlich uns schon sehr zu beschäftigen hat ist, wie das Kulturbudget und wie dann letztlich die Folgekosten dieses Kulturbezirkes möglichst sparsam zu bewältigen sind. Und in diesem Sinne möchte ich auch die Zustimmung zu diesem Antrag geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 8, Dienstleistungen. Ich ersuche Herrn Dr. Prober, nunmehr den Antrag zur Gruppe 8, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 8, Dienstleistungen, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 13,640.000 und Einnahmen von S 11,950.000 sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 290,000.000 und Einnahmen von S 300,700.000 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach Abstimmung über die Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung)*: Einstimmig angenommen!

Zu dieser Gruppe liegt ein Resolutionsantrag vor, wie bereits vorgetragen, des Herrn Abgeordneten Gratzner, betreffend Errichtung des Festspielhauses. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag)*: Abgelehnt! Zustimmung die Abgeordneten

der Freiheitlichen Partei und des Liberalen Forums. *(Zustimmung FPÖ und LIF; Ablehnung ÖVP und SPÖ.)*

Wir kommen zur Behandlung der Gruppe 9 unseres Voranschlages 1994. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Prober, zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, beziehen sich die Ausgaben und Einnahmen auf Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, öffentliche Abgaben, Umlagen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, nicht aufteilbare Schulden sowie Verstärkungsmittel.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 4.424,902.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 18.065,696.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 10,76 %.

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 7,380.000 und Einnahmen von S 129,022.000 vorgesehen.

Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hrubesch. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit! Der Herr Abgeordnete ist gut vorbereitet und möchte jetzt das Wort nehmen. Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Finanzlandesrat ist nicht da, aber das macht ja nichts. Er meinte nämlich am Montag, Geld schön auszugeben, das sei eine Kunst. Und zitierte den deutschen Schriftsteller Berthold Auerbach. Ich meine, es ist eine Kunst, das Budgetdefizit innerhalb eines Jahres um 47 % auf 3,9 Milliarden Schilling zu erhöhen. Es ist eine Kunst, den Schuldenstand des Landes innerhalb eines Jahres um über 3,2 Milliarden auf sage und schreibe 18,2 Milliarden Schilling zu erhöhen. *(Abg. Uhl: Herr Abgeordneter! Sie sind der Meinung, in Zeiten, in denen der private Investor kaum investiert, seien auch keine öffentlichen*

*Mittel* *bereitzustellen?*  
Wir kommen schon noch dazu.

Es ist aber keine Kunst, weitere 251 Dienstposten zu genehmigen und den Dienstpostenplan auf insgesamt 17.601 Planstellen zu vermehren. Das ist keine Kunst, meine Damen und Herren! Es ist aber sicher eine Kunst, jetzt bei der Haushaltsgruppe 9 ihre Aufmerksamkeit zu erzielen. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Das ist sicherlich auch eine Kunst, vielleicht gelingt mir das. Am Montag haben wir ja ein Trauerspiel betreffend der Landesumlage erleben müssen. Selbst der Finanzlandesrat Freibauer hat zugegeben, daß die NÖ Gemeinden österreichweit am höchsten verschuldet sind. Deshalb hätten wir es ganz gerne gesehen, wenn der Antrag des Präsidenten Haufek - und da stimmen wir mit Ihnen überein, Herr Präsident - auf Reduzierung der Landesumlage von 8,3 % auf 5 % im Jahr 1995 eine Mehrheit gefunden hätte. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Präs. Haufek: Hätten wir die Justierung, schuldet das Land uns eine Milliarde.)* Richtig. Sehen Sie, das ist ganz gut.

Allein die Reduzierung nämlich hätte den ohnehin stark verschuldeten Gemeinden 1995 eine Entlastung für die Gemeinden gebracht von ungefähr 350 Millionen Schilling. Die Reduzierung hätte cirka 350 Millionen gebracht.

Im Bericht über die finanzielle Lage der NÖ Gemeinden vom November 1993 können wir ersehen, daß der Schuldenzuwachs der Gemeinden Niederösterreichs 1992 erstmalig eine Milliarde Schilling ausgemacht hat und diese überschritten hat. Insgesamt sind die Gemeinden Niederösterreichs nun mit einer Summe von 24 Milliarden Schilling verschuldet. Deshalb wäre dieser Antrag ganz gut gewesen und wir verstehen die ÖVP wirklich nicht, warum sie der Reduzierung der Landesumlage bzw. in weiterer Folge der Abschaffung nicht zugestimmt hat. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Das versteht niemand.

Meine Damen und Herren! Die finanzielle Lage und die finanzielle Belastung der Gemeinden wird durch die kommende Steuerreform nicht verbessert sondern verschlechtert. Die Gewerbesteuer wird 1994 ersatzlos abgeschafft. *(Abg. Sacher: Das war auch eine freiheitliche Forderung!)* Ja, bekennen wir uns dazu, ist ja gut für die Unternehmer.

Damit kommt es aber auch zu einer Abschaffung der zweiprozentigen Lohnsummensteuer, die aber als dreiprozentige Kommunalabgabe, als

dreiprozentige Kommunalsteuer wieder eingeführt wird. Diese neue Kommunalsteuer stellt meiner Meinung nach eine Arbeitsplatzsteuer dar, welche besonders in der gegenwärtigen Wirtschaftslage völlig kontraproduktiv ist. *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Sollen wir sie abschaffen?)* Ja, an und für sich schon. Und führen wir eine Ökosteuer ein. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ja. Selbstverständlich. Wir können ja über das Steuersystem, ich glaube, das bringt da heute nichts, wir haben genug Möglichkeit gehabt bei den Ausschußsitzungen, zu sprechen. Der Landesrat hat mir ja einige Auskünfte geben können. Gewisse Steuereinhebungen hat er allerdings selber gar nicht gewußt. Die Berechnungen, welche für das Land Niederösterreich nächstes Jahr herkommen werden, also hier müssen wir sagen, wir finden, es ist eher kontraproduktiv in der derzeitigen Situation. *(Abg. Mag. Schneeberger: Ich würde sagen, Ihre Wortwahl ist eher kontraproduktiv.)*

Ja bitte, Herr Magister! Sie können dann auch herauskommen. Jeder wie er meint. Ich meine, meine Wortmeldung, ob Sie nur glauben, daß das kontraproduktiv oder das nicht gut ist, Sie haben die Möglichkeit, ihr Mißfallen auszusprechen. Sie können mich aber trotzdem nicht daran hindern, hier zu sprechen!

Was passiert mit dieser Kommunalsteuer? Im Endeffekt werden die Betriebe noch mehr belastet. Statt der zweiprozentige die dreiprozentige Belastung. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Die Gewerbesteuer, sicherlich. Aber im Endeffekt, wenn ich bitte heute neue Leute einstellen möchte, wissen wir, daß die Kommunalsteuer von diesen Leuten mitbezahlt wird. Also wird österreichweit der Lohn und die Lohnnebenkosten sicherlich für den Unternehmer steigen, das kann ich Ihnen garantieren.

Die Gemeinden werden verlieren nach den Berechnungen. Uns hat ja der Finanzlandesrat erklärt, er ist am Montag abend noch weggegan-

gen, nur wegen eines Härtefonds zu verhandeln. Wir wissen durch den Entfall der Gewerbesteuer und durch die Erhöhung der Lohnsummensteuer auf die neue Kommunalabgabe gehen trotz allem noch den NÖ Gemeinden zirka 1,2 Milliarden Schilling ab. Also verlieren die Gemeinden. Österreichweit. Und niederösterreichweit, das kann man ja ausrechnen, sind das ca. 180 Millionen Schilling. (*Zwischenruf: Wer gewinnt?*) Der Finanzminister wird gewinnen. Aber bitte, das können wir in weiterer Folge noch weiter debattieren.

So gesehen ist, meine Damen und Herren, an und für sich auch der Budgetanteil für die Wirtschaftsförderung eher gering gehalten. Denn der Anteil der eigentlichen Wirtschaftsförderung liegt mit 567 Millionen Schilling recht niedrig. Hier hätten wir es auch ganz gerne begrüßt, wenn der Resolutionsantrag - vom Abgeordneten Rambossek eingebracht - angenommen worden wäre, der noch einmal 60 Millionen Schilling für die Wirtschaftsförderung vorgesehen hat.

Meine Damen und Herren! Zwei Drittel der Ausgaben entfallen auf den Bereich der Sachausgaben. Das restliche Drittel teilt sich auf die Personalausgaben für die Verwaltung und die Landeslehrer auf. Die Aufteilung des Ausgabenvolumens nach Sachgebieten zeigt, daß es zu keiner speziellen Schwerpunktbildung in der Rezession kommt. Die Prozentanteile der einzelnen Kapitel bleiben nicht nur im Vergleich zwischen 1993 und 1994, sondern auch schon gegenüber 1992 in etwa gleich. Der Überschuß im Kapitel Finanzwirtschaft beträgt ca. 14 Milliarden Schilling. Damit fällt er aber um ca. 0,5 % geringer aus als im Jahr 1993. Es ist schon klar, so Zahlenspiele interessiert die Zuschauergalerie weniger. Es ist eine sehr schwierige Sache, über die Finanzen zu plaudern, denn es fallen sehr viele statistische Zahlenmaterialien an.

Hoher Landtag! Erst der Rechnungsabschluß 1994 wird zeigen, wie realistisch die vorgelegten Zahlen sind. Ich bin heute schon überzeugt davon, daß der Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1994 nochmals einen weiteren Abgang von ungefähr einer Milliarde Schilling oder noch mehr ausmachen, beinhalten wird. So wage ich heute schon zu behaupten, daß der vorgelegte Voranschlag 1994 nicht halten wird und der Abgang nicht 3,9 Milliarden Schilling sein wird, sondern mehr als 5 Milliarden Schilling ausmachen wird.

Damit wäre ich beim Ende und kann Ihnen sagen, wir werden dem Kapitel 9 nicht die Zu-

stimmung geben. Denn zwischen Traum und Wirklichkeit liegen Welten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist bei dem von mir eingebrachten Antrag auf Grund von Kommunikationsschwierigkeiten zu einer kleinen Panne gekommen. Und zwar ist dieser Antrag abgestimmt worden, obwohl fraktionelle Absprachen erstens vorgesehen hätten, daß diesem Antrag der Herr Abgeordnete Ing. Gansch beiträgt und zum zweiten wurden bei diesen Gesprächen kleinere Abänderungen vereinbart. Etwa, daß anstelle des Wortes "Fremdenverkehr" der Ausdruck "Tourismus" verwendet wird, aber auch eine maßgebliche inhaltliche Veränderung, die im Antragstext verankert werden sollte. Nämlich in der Aufforderung, daß das Land diese Zufahrt zu sanieren hätte, also für die Sanierung aufkommen soll. Insofern, als Land das nur dann tut, wenn gleichzeitig die Gemeinde Gaming bereit ist, die Landesstraße 6173 in ihr Eigentum und damit auch in die Betreuung und die Erhaltung zu übernehmen.

Das alles wurde vorher vereinbart. Ich darf nun den Herrn Präsidenten bitten, diesen ersten von mir eingebrachten Antrag als zurückgezogen zu erklären und darf hier den neuen Antrag der Abgeordneten Keusch und Ing. Gansch einbringen und den Herrn Präsidenten bitten, diesen zur Abstimmung zu bringen (*liest*):

#### "Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch und Ing. Gansch zu Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Zufahrt zum Naturpark Ötscher-Tormäuer.

Der Naturpark Ötscher-Tormäuer verfügt über drei Zufahrten, von denen zwei recht gut ausgebaut sind, die dritte, aufgrund ihres Einzugsbereiches wichtigste, allerdings völlig ungeeignet ist. Es handelt sich hierbei um die Zufahrt zum Naturparkeingang Eibenboden. Das Haupteinzugsgebiet dieser Zufahrt erfolgt über die Abfahrt von der Westautobahn und führt über Ybbs, Scheibbs

und Gaming über gut ausgebaute Landesstraßen. Ab dem 'Haus Steiner' beginnt jedoch eine den österreichischen Bundesforsten gehörende nicht asphaltierte Forststraße, die überdies eine sehr geringe Breite aufweist und für Busse, obwohl mit diesen trotzdem die Zufahrt vorgenommen wird, völlig ungeeignet ist.

Der Tourismus in Niederösterreich ist in einem hohen Ausmaß auf den Tagesausflugsverkehr angewiesen, sodaß es erforderlich erscheint, gerade für diesen Ausflugsverkehr auch die nötige Infrastruktur zu schaffen. Sowohl das Land als auch die Gemeinden, vor allem jene, die den Naturparkverein tragen, haben für den Ausbau des Naturparks Ötscher-Tormäuer hohe Summen ausgegeben. Dieser Naturpark könnte sicher noch viel besser genützt werden, wenn die Übernahme dieser Forststraße durch das Land unter Ausbau dieses Straßenstückes erfolgen würde. Es darf darauf hingewiesen werden, daß die Marktgemeinde Gaming auch bereit wäre, die Landesstraße L 6173 nach Polzberg im Gegenzug als Gemeindestraße zu übernehmen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Interesse der Verbesserung des Tourismus im Bereich des Naturparks Ötscher-Tormäuer geeignete Maßnahmen zu setzen, um auch zum Naturparkeingang Eibenboden eine dem dringenden Bedarf entsprechende Zufahrt zu schaffen, wenn die Marktgemeinde Gaming im Gegenzug bereit ist, die Landesstraße L 6173 nach Polzberg zu übernehmen."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Rahmen dieser Budgetdebatte wird ja nicht nur der Voranschlag beschlossen, sondern fassen wir auch den Beschluß über den Dienstpostenplan. Und ich werde ebenso zu diesem Dienstpostenplan wie zu einigen Aspekten, die aus dem Voranschlag 1994 erfließen, sprechen. Nicht so, wie es der Kollege Hrubesch gemeint hat, darüber zu plaudern. Denn der Voranschlag des Landes 1994 ist viel zu ernsthaft und setzt viel zu deutliche Impulse für das Land, als daß man darüber im Plauderton hinweggehen könnte. Ich wage mich auch nicht soweit vor, daß ich eine Prophezeiung treffe, wie der Rechnungsabschluß ausschauen wird, sondern ich beziehe mich hier nur auf die klar erkennbaren Fakten.

Zuerst zum Dienstpostenplan: Eine Tageszeitung meldete vor einer Woche, der Politiker ist fassungslos - was ich auf Grund der vielen Wortmeldungen durchaus zugestehende - daß trotz finanzieller Budgetkrise nicht gespart wird. Und er meint und hier wird er wörtlich zitiert, im Gegenteil, im nächsten Jahr werden wieder 251 Beamte aufgenommen.

Dazu stelle ich vorab fest, daß auf Grund dieser Beratungen und der Ergebnisse im Land Niederösterreich von keiner Budgetkrise gesprochen werden kann, sondern wir mit diesem Budget noch sehr deutliche Impulse für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze setzen.

Zum zweiten: Wenn angemerkt wird, daß 251 Beamte aufgenommen werden, so ist das nicht einmal die halbe Wahrheit. Denn, um das zu analysieren müßte man genauso sagen, daß auch eingespart wird. Und müßte bemerken, in welchem Bereich Neuaufnahmen erfolgen. Zum Beispiel bei den Krankenanstalten, in den Pflegeheimen, in unseren Jugendheimen und durch den Ausbau auch im Kindergartenbereich. Das sind allein notwendige Mehraufnahmen, vor allem im Sozialbereich, von 310 Dienstposten. Auf der anderen Seite wird eingespart. Und wird auch dort eingespart, wo Sie Ihre Kritik angesetzt haben. Ich denke hier zum Beispiel an den großen Bereich der Straßenerhaltung und -verwaltung. Wo im kommenden Dienstpostenplan gegenüber dem Dienstpostenplan 1993 175 Dienstposten eingespart werden. Auch bei den landwirtschaftlichen Schulen wird reagiert auf Grund der Schülerzahlenentwicklung. Hier werden 11 Landeslehrer eingespart. Insgesamt werden also 192 Dienstposten eingespart.

Und ich frage mich, wenn ich die 310 Mehraufnahmen betrachte, wo wollen Sie einsparen? Wollen Sie bei den Kindergärten einsparen? Wollen Sie bei den Krankenanstalten einsparen, oder im Pflegebereich?

Tatsache ist also, daß 310 Neuaufnahmen erfolgen, daß Einsparungen auch im Bereich der Hoheitsverwaltung erfolgen, daß Neuaufnahmen erfolgen und dadurch dieses Plus von 251 Dienstposten entsteht. Das nur zur Klarstellung. Der Herr Kollege Hrubesch hat nur die Zahl von 251 als Vermehrung hingestellt. Ich behaupte noch einmal, das ist nicht einmal die halbe Wahrheit.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch ein Wort zur Landesumlage sagen, weil sie auch von meinem Vorredner angesprochen worden ist. Ich komme selbst aus einer Gemeinde,

die einen erheblichen Anteil zur Einnahme des Landes aus dem Titel der Landesumlage leistet. Ich erkenne aber die Landesumlage als interkommunales Ausgleichsinstrument an, auch wenn der Herr Präsident Haufek jetzt den Kopf wiegt. Ich meine nämlich deshalb, weil die Ballungszentren, die an und für sich ein hohes Aufkommen an Landesumlage haben, auch jene sind, die große Vorteile bei den Einnahmen gehabt haben, aber die Wohnsitzgemeinden große Lasten zu tragen gehabt haben. Vergessen wir nicht, daß zwei Drittel aller Gemeinden Niederösterreichs unter 2.000 Einwohner haben, die auch aus den Betrieben auch in Hinkunft aus der Kommunalsteuer wenig Einnahmen haben, die aber hohe Lasten zu tragen haben. Und daß das auch jene Gemeinden sind, die in allen Bezirken bei dem Pro-Kopf-Steueraufkommen weit unter dem Bezirksdurchschnitt liegen und auch bei der Schulden-Kopfquote weit über dem Landes- und Bezirksdurchschnitt liegen.

Wir werden ja noch Gelegenheit haben, darüber zu reden. Nur, Herr Kollege Hrubesch: Ihre Argumentation kann ich überhaupt nicht verstehen. Sie kritisieren den Entfall der Gewerbesteuer, Sie kritisieren, daß als Ausgleich dazu die Kommunalsteuer wirkt und stellen auf der anderen Seite fest, daß die Gemeinden verschuldet sind. Wem kommt denn diese Kommunalsteuer in letzter Konsequenz nach dem Wirksamwerden zugute? Den Gemeinden, die Sie so in Ihrem Schuldenstand bedauert haben. Darüber wird aber noch zu reden sein. Und diese Ausgleichsmilliarde, die der Landesrat Freibauer angekündigt hat, ist auch eine spürbare Entlastung. *(Abg. Dr. Bauer: Verantwortlich ist der Finanzminister!)* Richtig! Das nehme ich zur Kenntnis, Herr Klubobmann. Ich wollte damit nur sagen, daß der Finanzlandesrat angedeutet hat, daß am vorigen Montag das Gespräch stattgefunden hat. Das Gespräch hat stattgefunden mit dem Bund und es wurde diese Milliarde als Ausgleich für die Abgänge gefunden. Da finden wir uns sicherlich auf einer Ebene, das ist eine Tatsache. Man müßte aber auch jeden Satz zu Ende hören um das dann zu erkennen, was man sagen wollte. Ich war

durchaus nicht bemüht, jetzt darzustellen, daß der Mag. Freibauer als Finanzlandesrat eine Milliarde Schilling - glücklich wären wir - in das Land gebracht hätte. Nur, der Finanzminister hätte sie ja sicherlich nicht ausgelassen.

Meine Damen und Herren! In dem Handbuch der österreichischen Finanzpolitik findet man einen Hinweis, daß die Länder auf Grund ihrer eingeschränkten finanziellen Spielräume auf der einen Seite, nur bedingt in der Lage sind, antizyklische Budgetpolitik zu betreiben. Ich glaube aber, daß uns das im Land Niederösterreich durchaus auch gelingt. Und daß der Voranschlag des Jahres 1994 sehr wohl dem gerecht wird, was der zuständige Landesrat gleichsam an die Spitze gestellt hat. Nämlich: Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze!

Und wir stellen fest, daß die antizyklischen Maßnahmen in der Praxis auch greifen. Sicherlich nicht in jenem gewünschten Ausmaß, wie wir das alle gerne hätten. Aber eines ist eine Tatsache: Daß die Arbeitslosenquote Ende Oktober 1993 uns wiederum in eine bessere Position gegenüber dem Bund gebracht hat als es vielleicht noch im Vormonat oder in den Monaten vorher gewesen ist. Eine unverfängliche Bestätigung findet sich auch in der Arbeiterkammerstudie, wenn es hier heißt, eine Stütze der NÖ Konjunktur stellt nach wie vor das Bau- und das Baunebengewerbe dar. Ich meine das, was heute schon gesagt worden ist, wiederholen zu müssen. Wir können dieser Herausforderung und den Problemen sicherlich nur durch positive Einschätzung und durch Optimismus begegnen. Im Mostviertel sagt man, "zu Tode gefürchtet ist auch gestorben". Und daher meine ich, man sollte sich hier auch der politischen Konsequenz, Arbeitsplätze positiv zu beeinflussen, mit Optimismus nähern. Die Bauwirtschaft ist eindeutiger Motor in Niederösterreich, das zeigt sich im Hochbau noch überdurchschnittlicher im Vergleich zum Bund, als bei allen übrigen Bauprojekten.

Meine Damen und Herren! Die Einnahmen im Voranschlag 1994 steigen gegenüber dem Jahr 1993 nur um rund fünf Prozent. Sicherlich ein Ergebnis, daß eine Konjunkturschwäche erwartet werden kann und eine Steuerreform zu berücksichtigen ist. Andererseits gehen aber doch von diesem Budget Impulse aus um die Gemeinden als Partner des Landes und damit auch als Inve-

stor in Zukunft zu stützen. Ich habe bereits erwähnt, daß diese Konjunkturmilliarde, daß die Kommunalsteuer doch ein Beitrag sein werden.

Meine Damen und Herren, zum Schluß noch einige Bemerkungen. Es wurde vor allem von den Vertretern der SPÖ mehrmals der Schuldenstand des Landes kritisiert. *(Zwischenruf: Der FPÖ! - Abg. Präs. Haufek: Mir ist es sogar zu gering!)* Der FPÖ, Entschuldigung. Nein, ich glaube nicht, jemanden falsch verdächtig zu haben. Aber, Herr Präsident Haufek, auf Grund der Kooperation mit der FPÖ verstehe ich schon, daß manches Mal SPÖ statt FPÖ verstanden werden kann. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Dr. Bauer: Siehe Semmering-Tunnel, Herr Abgeordneter!)* Wir haben das ja auch gestern erlebt, als ich auch hier an dem Rednerpult gestanden bin, daß sich der Herr Klubobmann Dr. Bauer beschwert hat, daß der freiheitliche Briefträger nicht funktioniert hat, um mir mitzuteilen, daß auch die SPÖ dem Antrag beiträgt. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird einerseits der Schuldenstand kritisiert, andererseits werden Impulse, die aus dem Budget erfließen, abgelehnt. Hier kann ich also die Situation nicht verstehen. Ich kann mir nur vorstellen, Herr Klubobmann Gratzer, daß Sie bei der Beurteilung des Voranschlages 1994 - auf der einen Seite wollen Sie weniger Schulden, auf der anderen Seite soll über Ihre Anträge mehr investiert werden - Ihre Theorie aufbauen auf der Mengentheorie. Da hat es früher ein Beispiel gegeben, das als Erklärung einer mathematischen Gleichung gedient hat. Und zwar hat es hier geheißen: In einem Bus sitzen fünf Personen. Wenn sieben Personen aussteigen, müssen zwei zusteigen, damit der Bus leer ist. Auf dieser Kalkulation scheinen Sie das Budget 1994 analysiert zu haben. *(Heiterkeit im Hohen Hause.)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zur Erläuterung darf ich feststellen, daß diese Mengentheorie wieder aus der Mathematik verbannt worden ist und daß das Beispiel dazu diente, den Schülern die "Leere Menge" zu erläutern. Und das, was die Analyse qualifiziert, nämlich die Leere Menge scheint offensichtlich das Fundament für diese Ihre Darstellung gewesen zu sein. Sie ignorieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, einfach jene Maßnahmen, die den wirtschaftlichen Trends entgegensteuern. *(Zwischenruf bei Abg. Uhl.)* Herr Kollege Uhl! Weil es eben nicht stimmt, hat man es ja wieder aus den Schulstuben verbannt. Weil die Schüler damit auch das Rechnen verlernt haben. Aber offensichtlich auch hat mancher Erwachsene es verlernt. Sie ignorie-

ren einfach jene Maßnahmen, die den wirtschaftlichen Trends entgegensteuern. Sie übersehen die Impulse der erhöhten Wohnbauförderung. Ich verstehe nicht, daß Kollege Hrubesch gemeint hat, daß keine Ansatzausweitung erkennbar ist. Nehmen Sie den Bericht des Herrn Finanzreferenten zur Hand. Man braucht nicht einmal die Zahlen vergleichen. Es genügt das Lesen und das Beobachten der Bilder. Dort haben Sie graphisch dargestellt, daß gerade über die Wohnbauförderung ein sehr deutlicher Impuls gesetzt wird.

Sie übersehen die erhöhten Beiträge für Spitalausbauten. Wir werden heute noch einen Beschluß fassen, nach dem rund 462 Millionen investiert werden in den Ausbau von Landes-Pensionistenheimen. In die Landes-Pensionistenheime Zwettl, Laa, aber auch St. Peter in der Au. Sie übersehen, daß es Vorziehungen gegeben hat und insgesamt für den Aus-, Zu- und Umbau bei den Landes-Pensionistenheimen eine Milliarde über das Budget wirksam wird, was ein Vielfaches davon im Baugewerbe und im Baunebengewerbe in Bewegung setzt. Sie übersehen die Mittelaufstockung für den Schul- und Kindergartenfonds und die verbesserte Förderung des Fremdenverkehrs ebenso wie die Ausgabensteigerung für die Kultur und die Landwirtschaft.

Der Einsatz dieser blau-gelben Milliarden löst ein Vielfaches von Impulsen aus. Und diese Milliardenimpulse wirken nicht nur konzentriert, sondern verteilt über das ganze Land. Und Sie haben wohl auch die Verdoppelung des Landes-Wasserwirtschaftsfonds übersehen, mit dem zusammen über die Bedarfsanweisungen rund nahezu drei Milliarden bewegt werden. Ich nehme an, daß Ihnen das Ihr Landesrat Schimanek nicht deutlich genug gesagt hat. Alle diese wirtschaftlichen Impulse, deren Richtigkeit bereits mehrmals bestätigt worden ist, werden einfach ignoriert.

Ich komme noch einmal zurück auf die Personalaufnahmen, von denen Sie meinen, daß man hier Beträge einsparen soll. Hier wurde verantwortungsbewußt das Personal dort aufgenommen, wo ganz einfach der Bedarf gegeben ist. Und der Herr Kollege Dkfm. Rambossek hat das selbst erlebt bei der Einschau im Landes-Pensionistenheim in Scheibbs. Dort können acht Diplomkrankenschwestern nicht aufgenommen werden und müssen durch SHD ersetzt werden, weil es sie ganz einfach nicht gibt. Manche Pflegeheime, manche Krankenhäuser warten gerade darauf, daß wiederum die Diplomierungen erfolgen, um diplomiertes Personal in die Krankenhäuser aufnehmen zu

können. All das, glaube ich, sind kräftige Impulse, die im Land 1994 wirken werden. Ich bitte noch einmal, abschließend, nicht mit Miesmacherei versuchen das Gemeinsame, Erfolgreiche in den Schatten zu stellen, sondern mit Optimismus den Herausforderungen zu begegnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zur Abstimmung liegt nun die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, vor. Ich ersuche den Berichterstatter, den Antrag zur Gruppe 9, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 4.424,902.000 und Einnahmen von S 18.065,696.000 sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 7,380.000 und Einnahmen von S 129,022.000 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach Abstimmung über die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung)*: Mit Mehrheit angenommen! Mit den Stimmen der Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Liberalen Forums. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Im Rahmen der Debatte zur Gruppe 9 hat der Abgeordnete Keusch formell einen Antrag betreffend der Resolution, "Zufahrt zum Naturpark Ötscher-Tormäuer" gestellt. Ich darf hier feststellen, der Landtag hat über den Resolutionsantrag Keusch bereits abgestimmt. Eine Zurückziehung ist daher nach unserer Geschäftsordnung nicht möglich. Um aber in der Frage selbst eine Lösung herbeizuführen, würde ich jetzt dem Hohen Haus folgenden Beschluß vorschlagen: Daß das Hohe Haus durch Beschluß den Beschluß bezüglich Resolutionsantrag Keusch betreffend Zufahrt zum Naturpark Ötscher-Tormäuer, wie er zuvor beschlossen wurde, aufhebt.

*(Nach Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung der Zustimmung zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Keusch betreffend Zufahrt zum*

*Naturpark Ötscher-Tormäuer)*: Einstimmig angenommen!

Damit kommen wir zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Keusch und Ing. Gansch, der ebenfalls die Zufahrt zum Naturpark Ötscher-Tormäuer behandelt. Der materielle Unterschied zu dem bereits vorher beschlossenen und jetzt behobenen Resolutionsantrag wurde vom Herrn Abgeordneten erläutert. Wenn keine Frage und Wortmeldung dazu vorliegt, was ich annehme, lasse ich über diesen Resolutionsantrag Keusch - Ing. Gansch abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen neugefaßten Antrag)*: Einstimmig angenommen!

Bevor wir zur Behandlung der Gruppe Dienstpostenplan kommen, darf ich die Schüler der Hauptschule Yspertal mit ihren Lehrern, die auf der Galerie Platz genommen haben, herzlich begrüßen. Nunmehr ersuche ich den Berichterstatter, zum Dienstpostenplan 1994 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Dienstpostenplan. Gemäß § 6 Abs. 1 der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 hat die Landesregierung alljährlich einen Dienstpostenplan zu verfassen und dem Landtag gemeinsam mit dem Voranschlag vorzulegen.

Gegenüber den vom Hohen Landtag für 1993 systemisierten 17.350 Dienstposten werden für 1994 17.601 Dienstposten beantragt. Dies bedeutet eine Vermehrung um 251 Dienstposten, das sind rund 1,45 %.

Gemäß § 2 Abs. 1 des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes obliegt der Landesregierung die Festsetzung des Dienstpostenplanes für Landeslehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen auf Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates. Gegenüber dem Dienstpostenplanantrag für das Schuljahr 1992/93 ergeben sich folgende Veränderungen:

An Volksschulen ist eine Steigerung der Dienstposten um 162 zu vermerken. An Hauptschulen tritt eine Erhöhung der Dienstposten um 154 ein. Bei den Sonderschulen steigt die Zahl der Dienstposten um 56. Bei den Polytechnischen Lehrgängen steigt die Zahl der Planstellen um 8.

Ebenso obliegt der Landesregierung die Erstellung des Dienstpostenplanes für Landeslehrer an berufsbildenden Pflichtschulen auf Vorschlag



des Gewerblichen Berufsschulrates. Die Zahl der Dienstposten (Planstellen) wird im Antrag für das Jahr 1994 gegenüber dem Dienstpostenplan 1993 insgesamt um 9,7 erhöht.

Die sich im Detail ergebenden Veränderungen sind aus dem Motivenbericht zum Dienstpostenplan zu entnehmen.

Herr Präsident! Ich bitte, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für den Bericht. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche daher den Herrn Berichterstatter, den Antrag zum Dienstpostenplan 1994 zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle den Antrag, den Dienstpostenplan für das Jahr 1994 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen zur Abstimmung.

*(Nach Abstimmung über den Dienstpostenplan 1994 sowie die im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze):* Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll: Die Mandatäre der Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Liberalen Forums gaben hier die Zustimmung. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich lasse nunmehr über den Antrag des Finanz-Ausschusses, Punkte I bis VIII unter einem abstimmen. Der Antrag des Finanz-Ausschusses liegt den Mitgliedern des Hauses in vollem Wortlaut vor. Ich glaube daher, dem Herrn Berichterstatter die Verlesung des Antrages ersparen zu können. Besteht dagegen ein Einwand? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Ich bitte den Berichterstatter um seinen Antrag.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich beantrage, die Punkte des Antrages des Finanz-Ausschusses anzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des Konjunkturausgleichsteiles und des Dienstpostenplanes 1994 sowie nach Genehmigung der im allgemeinen Teil des Dienst-

postenplanes festgelegten Grundsätze gelangen wir nunmehr zur Abstimmung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und des Antrages des Finanz-Ausschusses zum Voranschlag, Punkt I bis Punkt VIII.

Hohes Haus! Ich ersuche nunmehr, daß dem Antrag des Finanz-Ausschusses zum Voranschlag 1994, Punkt I bis Punkt VIII die Zustimmung gegeben wird.

*(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll: Alle Mandatäre der Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Liberalen Forums. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich stelle fest, der Voranschlag für das Jahr 1994 ist somit verabschiedet.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzreferent. Ich erteile es ihm.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst erinnere ich an meine Budgetrede, die ich am Montag hier gehalten habe. Und ich habe mich auch mit dem Thema Steuerreform beschäftigt und zum Ausdruck gebracht, daß diese Steuerreform für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Österreichs von größter Bedeutung ist. Ich habe aber auch berichtet, daß diese Steuerreform für viele Gemeinden in ganz Österreich und speziell auch in Niederösterreich bei der Umstellung von der Gewerbesteuer auf die neue Kommunalsteuer große finanzielle Probleme bringt.

Langfristig wird selbstverständlich diese neue Kommunalsteuer für alle unsere Gemeinden von

Vorteil sein. Aber speziell in den Jahren 1994 und 1995 müssen wir mit echten Härtefällen rechnen. So arg, daß manche Gemeinde größte Schwierigkeiten, hier zu budgetieren, haben würde. Und ich kann jetzt mit Freude dem gesamten Landtag mitteilen - denn ist ja uns allen ein Anliegen - daß am Montagabend die Finanzausgleichsverhandlungen aller Finanzausgleichspartner im Bundesministerium für Finanzen positiv abgeschlossen werden konnten. Es ist wirklich gelungen, in einer guten Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Ländern, vor allem was auch die Finanzierung dieses Ausgleichstopfes betrifft, hier eine Lösung zu finden, die diese Härtefälle echt vermeiden wird.

Wir haben uns darauf verständigt als Finanzausgleichspartner, daß die Gemeinden aus ihren Mitteln 400 Millionen in diesen Topf beisteuern werden und die Länder 600 Millionen. Es wird also einen Ausgleichstopf für die Härtefälle geben von einer Milliarde. Dem gegenüber stehen die Verluste bei der Steuerumstellung der Verlierergemeinden in ganz Österreich in einer Größenordnung von 1.242.000.000 Schilling. Diese Summe wurde errechnet, weil ja gleichzeitig auch der Finanzkraftschlüssel geändert werden muß. Wir werden uns also im Dezember noch hier in diesem Hohen Hause mit dieser Finanzkraftänderung beschäftigen müssen, damit bei den Verlusten die Verlierergemeinden nicht noch stärker verlieren und die Gewinnergemeinden nicht noch stärker gewinnen. Es soll also auch über die Finanzkraft zu einer Milderung dieser Unterschiede kommen.

Ich möchte noch einmal festhalten, in Niederösterreich haben alle Verlierergemeinden zusammen 151 Millionen an Verlusten durch die Steuerumstellung im Jahr 1994 und 1995 in Summe. Es wird daher jetzt aus diesem Topf einen Ausgleich von 120 Millionen geben für die NÖ Gemeinden. Wir können damit rund 80 % dieser Steuerumstellungsverluste ausgleichen. Das ist der Härteausgleich. Wir freuen uns alle darüber, daß hier die Gemeinden und die Länder echt an einer Problemlösung gearbeitet haben. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und LIF.)*

Und nun komme ich zu meinem eigentlichen Schlußwort der gesamten Budgetdebatte. Am Ende dieser drei Tage kann ich ja sagen, es war für mich ein kleines Jubiläum, es war die 15. Budgetdebatte, die ich bereits in diesem Hohen Haus mitgemacht habe. Aber es war für uns alle die erste Budgetdebatte, die unter völlig neuen Voraussetzungen über die Bühne gegangen ist.

Die Mehrheitsverhältnisse haben sich geändert, keine Fraktion in diesem Landtag verfügt über die absolute Mehrheit. Und niemand wird von meiner Fraktion und von mir nun erwarten, daß wir darüber in helle Freude ausbrechen. Aber man muß auch die positiven Seiten sehen. Und ich sehe einen positiven Aspekt darin, daß es nun möglich ist, immer wieder neue Mehrheiten, wechselnde Mehrheiten sozusagen, hier zustande zu bringen für das eine oder für das andere Anliegen. Und darin liegt aus meiner Sicht auch echt die Chance einer Aufwertung des Landtages und der Legislative. Das sage ich vor allem als ehemaliger Klubobmann, das war mir ja auch immer ein Anliegen.

Wir sollten, so meine ich, nunmehr auch genau analysieren, ob diese Chance bereits genützt wurde, ob wir zumindest auf dem Weg in die richtige Richtung sind oder ob weitere grundsätzliche Überlegungen zur Stärkung des Parlamentarismus noch anzustellen sind.

Mein Kollege Landesrat Wagner hat, glaube ich, gesagt in einem Debattenbeitrag, die Zuhörer hätten eher den Eindruck, da geht es flau zu. Also so ein bißchen mild und wenig Auseinandersetzung. Selbst wenn das so war, dann ist das allein noch kein negatives Zeichen für die Arbeit im Landtag. Denn Außenseiter und vor allem Medienvertreter, die publikumswirksame Konfrontationen und die politische Show wünschen, neigen dazu, die notwendige Suche nach dem Konsens als langweilig anzusehen. Eine Stärkung der Legislative wird aber sicher nicht über einen höheren Unterhaltungswert unserer Diskussion erreicht. Alles in allem kann ich feststellen, daß meine in der Einbegleitungsrede geäußerte Hoffnung erfüllt wurde. Die Debatte war sachlich, kritisch und konstruktiv. Und es ist mir ein Anliegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen dafür auch ein herzliches Dankeschön zu sagen. Ein Danke zuerst für die positive Beschlußfassung, für die Zustimmung zum Voranschlag 1994. Ein Danke für die wirklich ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Landeshaushalt des kommenden Jahres. Ein Danke auch für die vielen positiven Anregungen, die Sie in ihren Debattenbeiträgen eingebracht haben. Und ein Dankeschön auch für jede einzelne kritische Bemerkung mit der Einschränkung, soweit sie konstruktiv war.

Dieser Dank gilt selbstverständlich auch den Damen und Herren Regierungskollegen, an der Spitze unserem Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll sowie den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, die zum reibungslosen Ablauf der Budgetverhandlungen

beigetragen haben und damit auch hier dazu beigetragen haben, diese Beschlußfassung zu ermöglichen.

Hohes Haus! Eine dreitägige Debatte erfordert auch ein erhebliches Maß an Konzentration und Kondition. Man fühlt sich erleichtert, wenn sie abgeschlossen ist. Das möchte ich schon dazu sagen nach meinem ersten Budget, das ich vorgelegt habe. Aber das bedeutet nicht, daß wir mit leichtem Gepäck nach Hause gehen und auseinander gehen. Ganz im Gegenteil! Der Haushalt 1994 ist nun beschlossen, jetzt beginnt auf dieser Grundlage die eigentliche Arbeit. Nunmehr liegt es an uns allen, an der Landesregierung, am Landtag, an der Landesverwaltung, an den Verantwortlichen in den Bezirken und in unseren Gemeinden, das Zahlenwerk des Landeshaushaltes in die Wirklichkeit umzusetzen und mit Leben zu erfüllen.

Das Budget unter dem Motto, "Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze" wurde nun vom Hohen Landtag beschlossen. Er hat seine Zustimmung gegeben und es sind damit die materiellen Voraussetzungen für die weitere Arbeit gegeben. In den nächsten 12 Monaten sind wir aufgerufen, aus diesen Voraussetzungen insgesamt das Beste zu machen. Und es ist meine feste Überzeugung, daß wir das dann erreichen werden, wenn wir uns einem demokratischen Ideenwettbewerb aussetzen - das gehört dazu - aber gleichzeitig in den entscheidenden Fragen das Gemeinsame über das Trennende stellen.

In diesem Sinn, meine sehr geehrten Damen und Herren: Gehen wir an die Arbeit, gehen wir miteinander an die Arbeit für Niederösterreich und alle Niederösterreicher! *(Anhaltender Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Mag. Schneeberger, die Verhandlungen zur Zahl 27/B-5 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es liegt der Antrag des Finanz-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend den Gemeindepensionsverband und den Gemeindeärzte-Pensionsverband vor. Ich stelle daher den Antrag *(liest)*:

"Der Hohe Landtag möge beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über den Gemeindepensionsverband und den Gemeindeärzte-Pensionsverband wird zur Kenntnis genommen."

Herr Präsident, ich ersuche um die Debatte und daraufhin um die Abstimmung.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hätte mich an und für sich gar nicht mehr zu Wort gemeldet zu diesem Tagesordnungspunkt, aber der Herr Kollege Treitler hat mir zuerst erklärt bei den Landesbediensteten, daß wir die alle brauchen.

Ich habe mir jetzt diesen Bericht ein bißchen angeschaut, diesen Wahrnehmungsbericht und werde Ihnen dann beweisen, Herr Kollege Treitler, daß nicht alles so eitel Wonne ist. Denn was in diesem Wahrnehmungsbericht vorhanden ist, das beinhaltet so viel Zündstoff, daß ich mir erlaube, gewisse Passagen sogar aus diesem Wahrnehmungsbericht vorzulesen.

Herr Präsident! Ich muß Ihnen ein Kompliment machen. Sie haben das nach der Vorschlagsdebatte mit hineingenommen, vielleicht in der Meinung, es beschäftigen sich die Abgeordneten nicht mehr dann so viel damit, denn die drei Tage sind ziemlich intensiv gewesen. *(Abg. Uhl: Das ist allerdings kein Kompliment! Das ist eine Unterstellung! - Unruhe im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Was habe ich bitte? Was habe ich mit hinaufgenommen?

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Ein Kompliment muß ich Ihnen machen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wiederholen Sie es! *(Heiterkeit im Hohen Hause.)*

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Sie wissen eh alle, was ich dazu meine. Aber, meine Damen und Herren, es ist wirklich gigantisch, die Kurzfassung des Prüfungsergebnisses.

Und da liest man, ich kann es selber nicht fassen: Das Land Niederösterreich trug entgegen

den gesetzlichen Bestimmungen - das muß man sich einmal "geben", entgegen den gesetzlichen Bestimmungen - den Verwaltungsaufwand des Gemeindeverbandes zur Pensionsauszahlung an Gemeindebeamte. Die zuständigen Vertreter der Landesregierung werden die Angelegenheiten erörtern. Bis jetzt ist noch nichts erörtert worden. Ich bin gespannt, zu hören von den Vertretern der Landesregierung, wie sie das erörtern werden.

Punkt Zwei: Die Landesbeamten wurden beim Verband ohne gesetzliche Grundlage eingesetzt. Ich verstehe das nicht. Wie kann man das machen, bitte? Ohne gesetzliche Grundlage Landesbeamte einzusetzen, wo doch der Landesbeamte im Land arbeiten soll. Statt dessen bekommt er hier beim Verband eine Stelle und dann noch beim Ärzteverband, wo ich dann später noch dazukomme, noch eine zusätzliche Stelle.

Drittens: Der Rechnungshof hielt die Aufwandsentschädigung der Verbandsorgane mit dem gesetzlich zulässigen Höchstausmaß sowie den Personaleinsatz und den Personalaufwand wegen der beschränkten Aufgabenstellung des Verbandes für unangemessen. *(Abg. Treitler: Herr Kollege! Lesen Sie auf Seite 5 den Punkt 1.5.3 vor, dann haben Sie die Erklärung!)* Sie können dann herausgehen! Ich lese das vor, was ich möchte und Sie können vorlesen, was Sie wollen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das nächste, was der Rechnungshof feststellt: Allfällige Dienstpflichtverletzungen und Rückforderungen zu Unrecht bezogener Übergehüsse der beim Verband tätigen Beamten hätte das Amt der Landesregierung als Dienst- und Disziplinarbehörde zu untersuchen. Meine Frage an die Landesräte, an die Landesregierung: Wurde hier schon das Disziplinarrecht, wurde gegen diese Beamten schon Einleitung vollzogen oder nicht? Und wurden auch die Übergehüsse, wurden die schon eingezogen? Und so geht es weiter und so geht es weiter. Und wenn ich da jetzt vielleicht zum Kollegen Treitler, weil er zuerst die Landesbediensteten so verteidigt hat, komme. Ich habe mir in der Zwischenzeit das schnell kommen lassen: Seit 1986 sind insgesamt zusätzliche 1.600 Bedienstete im Landesbereich aufgenommen worden.

Früher hat man immer gesagt, wenn die Computer kommen, dann tun wir Dienstposten einsparen. Aber anscheinend ist das überhaupt nicht gekommen. *(Abg. Nowohradsky: Kann ein Computer die Krankenpflege durchführen?)* 1.600 Dienstposten wurden neu geschaffen innerhalb der letzten fünf Jahre.

So, Herr Kollege Treitler! Sie glauben, die Landesbeamten haben sehr viel zu tun und wir müssen sie einstellen! Dann lese ich da vor: Personalangelegenheiten, Landesbeamte als Verbandbedienstete. Auf Grund der Tätigkeit von sechs Landesbeamten - und da ist zuständig, glaube ich, der Herr Landeshauptmann Pröll, er ist ja leider nicht da, vielleicht kann mir dann jemand Bescheid geben - von sechs Landesbeamten beim Verband gegen Kostenersatz schrieb das Land Niederösterreich dem Verband eine Umlage für den erwarteten Pensionsaufwand in der Höhe von 54,3 % des pensionspflichtigen Dienstbezuges vor, wodurch der Personalaufwand erheblich überhöht wurde.

Weiters zahlte der Verband als zweiter Dienstgeber auf die zweite Lohnsteuerkarte diesen Beamten Belohnungen aus. Jetzt bekommt er einmal ein Gehalt vom Land, jetzt bekommt er vom Verband zusätzlich eine Entschädigung und zusätzlich Belohnungen. Die Dienstleistungen kommen ja noch dazu für diese sechs Beamten. Jetzt gehen sie in den Gemeindeärzterpensionsverband als Nebenbeschäftigung. Mit dem Verband zusammen tätigen die Landesbeamten, begründen ein drittes Dienstverhältnis und die dritte Lohnsteuerkarte. Herr Kollege Treitler! Es ist klar, daß wir dann so viele Landesbeamte brauchen, wenn die Landesbeamten zwei Nebenbeschäftigungen haben. Und das wird ja wahrscheinlich der Herr Landeshauptmann Pröll genehmigt haben als Repräsentant der Dienstleistungsbetriebe. Herr Kollege Treitler! Dann brauchen wir natürlich die Landesbeamten. Da würde mich interessieren, was Sie dazu sagen.

Denn hier frage ich mich schon Herr Kollege Treitler, wie viele, ob das richtig ist, daß die Landesbediensteten zwei Nebenbeschäftigungen nachgehen können. Ich könnte da jetzt weiter fortfahren, Mehrdienstleistungsentschädigungen bis zu 14 bzw. 22 Überstunden wurden zusätzlich noch pauschaliert. Das muß man sich vorstellen. Eine Nebentätigkeit, er ist Angestellter des Landes, hat zwei Nebenbeschäftigungen und bekommt noch pauschaliert dann Überstunden auch noch vergütet. Also hier verstehe ich die Welt überhaupt nicht mehr!

Was interessant ist, der Amtsleiter hat aber auch die Landesregierung teilweise nicht richtig informiert. Das ist auch eine interessante Sache. Wenn ich da weiterschau, die Tätigkeitsbeschreibung, meine Damen und Herren: Von 1986 bis 1992 wurden 2.900 Eintragungen vorgenommen. Das sind Neuaufnahmen, Berechnungen von To-

desfallbeiträgen, Änderungen von persönlichen Daten usw. und so fort. Das ergibt jährlich 691 Erledigungen. Das sind bei rund 200 Arbeitstagen im Jahr, für die gesamte Dienststelle, also alle sechs Bediensteten des Landes zusätzlich pro Tag 3,45 Aktivitäten. Das heißt, nur das Geburtsdatum umbessern, ausbessern, pro Tag 3,45 mal Aktivitäten für alle sechs Bediensteten zusammen. Ich glaube, hier muß man schon sagen, da muß der Herr Landeshauptmann aktiv werden und diese Nebenbeschäftigungen abstellen. Ich könnte da noch ziemlich weiter gehen. Ich glaube, ich habe gezeigt, daß nicht immer gut ist, Personalaufnahmen zuzustimmen. Man soll zuerst einmal die überprüfen, die bei uns hier arbeiten und dann können wir über neue Mitarbeiter sicherlich sprechen.

Eines zeigt sich auf jeden Fall, meine Damen und Herren! Dieser Bericht zeigt auf, wie wichtig es ist, eine Kontrolle zu haben. Und, meine Damen und Herren, als Abgeordneter fordere ich die Landesregierung und den Hohen Landtag auf, alles Erdenkliche zu unternehmen, um allfällige Dienstpflichtverletzungen und Rückforderungen zu Unrecht bezogener Übergewinne einzufordern und die Disziplinarbehörde einzusetzen. Das fordere ich Sie auf als Abgeordneter. Nach dem Motto "Macht braucht Kontrolle" nehmen wir den Bericht zur Kenntnis, nicht aber diesen vernichtenden Inhalt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Finanz-Ausschusses)*: Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll: Die Abgeordneten der Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Liberalen Forums gaben hier Zustimmung. *(Zwischenruf bei der FPÖ: Nein! Einstimmig!)* Habe ich etwas übersehen? Bitte dann aber auch deutlich das zu zeigen.

Gut. Ich stelle die einstimmige Annahme fest! Ich würde wirklich bitten, bei den Abstimmungen aufzupassen. Ich habe nämlich zur Freiheitlichen Partei hinübergesehen. Damit einmal das gleich außer Streit ist. Ich habe festgestellt, Sie haben ursprünglich kein Zeichen mit der Hand der Zustimmung gegeben. Das wird auch im Protokoll entsprechend vermerkt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, Landesfinanzsonderaktion. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Moser, die Verhandlungen zur Zahl 46/H-8 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte zur Geschäftszahl Ltg. 46/H-8. Die Landesfinanzsonderaktion ist eine Aktion, die sehr vielen Gemeinden schon für viele notwendige Investitionen behilflich war. Die Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden wurde mit Beschluß des Landtages von Niederösterreich am 25. Jänner 1973 als ganz spezielles Förderungsinstrumentarium ins Leben gerufen. Der ursprüngliche Zweck dieser Aktion war es, die Gemeinden bei der Erfüllung der Aufgabe als Folge der Kommunalstrukturverbesserung zu unterstützen. In den folgenden Jahren ergab sich die Notwendigkeit, die Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden mehrfach den sich ändernden Bedingungen und Voraussetzungen anzupassen. Dies führte auch zu einer Neustrukturierung der Gesamtktion, die in der Folge in drei Untersektionen gegliedert wurde. Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden beträgt insgesamt 4,5 Milliarden Schilling. Davon entfallen 4 Milliarden Schilling auf die allgemeine Aktion. Die Förderung besteht aus der Übernahme der Haftung gemäß § 1356 ABGB für bei Kreditinstituten aufgenommene Kredite oder Darlehen und der Gewährung eines Zinsenzuschusses in der Höhe von 5 % p.a. auf maximal 15 Jahre.

Die starke Inanspruchnahme der Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion - die vom Landtag erteilte Ermächtigung ist vollständig ausgenützt - macht es erforderlich, eine weitere Ermächtigung zur Übernahme von Haftungen zur Gewährung von Zinsenzuschüssen einzuholen. Es ist daher erforderlich, die nur einmalig ausnützbare Kredit- und Haftungsermächtigung in der Höhe von vier Milliarden Schilling um 150 Millionen auf S 4.150.000.000,- zu erhöhen. Die Bedeckung der in der Folge erforderlichen Aufwendungen im Rahmen der Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion erfolgt im Rahmen der vom NÖ Landtag zur Verfügung gestellten Mittel. Ich stelle daher folgenden Antrag *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landes-Finanzsonderaktion für Ge-

meinden - allgemeine Aktion, wird von S 4.000.000.000,- um S 150.000.000,- auf S 4.150.000.000,- angehoben.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung des Landtagsbeschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, darüber die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort ist niemand gemeldet. Sie haben Bericht und Antrag gehört. Wir kommen daher zur Abstimmung. (Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Finanz-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt und zwar zum Krankenhaus Melk, Neubau des Küchentraktes, Zahl 55/H-11/1. Ich ersuche den Abgeordneten Keusch, Bericht zu geben und den Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. KEUSCH (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Von seiten des Kommunalgipfels wurde in der Sitzung vom 9. Jänner 1992 die Errichtung des dritten Bauabschnittes, Küchentrakt, im A.ö. Krankenhaus Melk zur Planung freigegeben. Das Projekt entspricht dem derzeit geltenden Raumordnungsprogramm für das Gesundheitswesen, und ist insbesondere auf Grund der hygienischen Bedingungen in den derzeitigen Küchen- bzw. Wirtschaftsräumlichkeiten eine unbedingte Notwendigkeit zur Erfüllung der dem Krankenhaus übertragenen Aufgaben.

Die projektierten Gesamtherstellungskosten des Projektes belaufen sich auf 51 Millionen Schilling, davon werden projektsvorbereitende Planungskosten in der Höhe von 3,5 Millionen Schilling angesprochen. Bei den projektierten Gesamtkosten handelt es sich um gemittelte Richtpreise auf Preisbasis Jänner 1993.

Auf Grundlage der geschätzten Gesamtkosten von 51 Millionen errechnet sich im Falle einer Sonderfinanzierung eine voraussichtliche durchschnittliche Belastung des Landesbudgets in Höhe von ca. 2,5 Millionen auf 25 Jahre, also insgesamt 62,5 Millionen Schilling.

Da die errechneten Zahlungen auf einem gemittelten Schätzpreis basieren, sind sie im Hin-

blick auf die tatsächlichen Zahlungsleistungen als nicht fix anzusehen. Die endgültige Rate kann erst nach Vorliegen der Endabrechnungssumme ermittelt werden und ist demzufolge auch abhängig von erfolgten Valorisierungen, KRAZAF-Leistungen und Zinsentwicklungen bis Baufertigstellung. Weiters sind in dieser Berechnung die Bauzinsen nicht enthalten.

Die genaue Projektsbeschreibung des Investitionsvorhabens sowie die Angaben der Folgekosten und die derzeit abschätzbare zusätzliche Belastung des Landesbudgets exklusive Bauzinsen, ausgehend von dem derzeitigen Finanzierungssystem, sind aus der Beilage A ersichtlich.

Ich darf daher den Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend A.ö. Krankenhaus Melk, dritter Bauabschnitt, Küchentrakt, stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die projektsvorbereitenden Planungskosten in der Höhe von S 3.500.000,- für das Investitionsvorhaben 'Bauabschnitt 3, Küchentrakt im A.ö. Krankenhaus Melk' mit geschätzten Gesamtkosten von S 51.000.000,- werden grundsätzlich genehmigt.
2. Der Anwendung eines außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodells wird zugestimmt.

Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60 %igen Landesbeitrages für die projektsvorbereitende Planung des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs. 2 NÖ KAG 1974, LGBl. 9440-7.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich auf der Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen eine jährliche Belastung des Landes im Falle einer Sonderfinanzierung von durchschnittlich 4,9 % der Gesamtinvestitionskosten auf die Dauer von 25 Jahren. Die für das Landesbudget aus der Projektsrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen werden erst nach erfolgter Planung abschätzbar sein."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort ist niemand gemeldet. Sie haben Bericht und Antrag gehört. Wir gelangen daher zu Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Der nächste Tagesordnungspunkt befaßt sich mit der Bezirkshauptmannschaft Baden, Neubau. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlungen zur Zahl 57/S-5 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Hoher Landtag!

Mit Regierungsbeschuß vom 3. April 1990 wurde ein Baubeirat für das Bauvorhaben Bezirkshauptmannschaft Baden, Zubau und Aufstockung installiert. Die Dienststellen der Bezirkshauptmannschaft Baden - ausgenommen die Tbc-Abteilung und das Lebensmittelinspektorat, welche im Gebäude der Gebietskrankenkasse eingemietet sind - sind in einem in den Jahren 1962 bis 1964 geplanten und errichteten Bau untergebracht.

Um der äußerst angespannten Raumsituation entgegenzuwirken, mußten unter anderem bereits Teile von Gängen abgemauert und als Büroräume herangezogen werden. Auf Grund der starken Parteienfrequenz war ein geordneter Dienstbetrieb nur schwer aufrecht zu erhalten.

Von der NÖ Hypo Leasinggesellschaft wurde ein Sonderfinanzierungsmodell erstellt, wobei von einem gemittelten Richtwert von 290 Millionen Schilling ausgegangen wird. Dieser Betrag beinhaltet auch die Kosten von rund 9,5 Millionen Schilling zur Errichtung von Räumlichkeiten im Ausmaß von 440 m<sup>2</sup> für externe Nutzung zwecks Schaffung entsprechender Infrastruktur unter Berücksichtigung einer kostendeckenden Verwertung.

Bei Vermietung zu einem ortsüblichen Mietzins von 130,- Schilling pro Quadratmeter und Monat beträgt der erzielbare Mietertrag im ersten Jahr S 686.400,-. Unter Annahme einer 3,5 prozentigen Indexierung des Mieterlöses per anno übersteigt der Mietvertrag im sechsten Jahr mit S 815.000,-, die für die fremdgenutzten Flächen aufzuwendende Leasingrate von S 809.000,-. Die Kosten für den Grundankauf inklusive Nebenkosten von insgesamt S 20.022.000,- sind hinzuzurechnen.

Die geschätzte Realisierungszeit des Projektes (Planung, Ausführung, Abrechnung) beträgt vier Jahre, wobei nach Erstellung des Vorentwurfes 1993 als Baubeginn der April 1994 (Rohbau) angenommen werden kann. Im Jahre 1995 ist der Ausbau und die Einrichtung geplant, sodaß eine Inbetriebnahme des Objektes Anfang 1996 realistisch ist.

Von den projektieren Gesamtherstellungskosten des Projektes (290 Millionen inklusive Fremdnutzung, exklusive Grund- und Nebenkosten) werden projektvorbereitende Planungskosten in der Höhe von rund 20 Millionen Schilling angesprochen.

Ich stelle den Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Bezirkshauptmannschaft Baden, Neubau eines Amtsgebäudes *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Das Vorhaben 'Bezirkshauptmannschaft Baden, Neubau eines Amtsgebäudes' mit geschätzten Gesamtinvestitionskosten von S 310.022.000,- (inkl. Grundankauf) wird grundsätzlich genehmigt. Der Anwendung eines Sonderfinanzierungsmodelles wird zugestimmt."

Herr Präsident, ich bitte um Einleitung der Debatte und um Abstimmung.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir haben Bericht und Antrag auch zu diesem Geschäftsstück vernommen. Wir gelangen zur Abstimmung.

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum Landtagsgeschäftsstück 58/S-5/1. Es behandelt Landes-Pensionisten- und Pflegeheime in Zwettl, Laa/Thaya, St. Peter/ Au; Neuerrichtung bzw. Zu- und Umbauten. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hoffinger.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur Zahl 58/S-5/1. Vom NÖ Landtag wurde am 2. April 1992 ein Ausbau- und Investitionsprogramm für die NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime beschlossen, in dem unter anderem auch die Neuerrichtung des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Zwettl und der

Zu- und Umbau der Landes-Pensionistenheime Laa a.d. Thaya und St. Peter in der Au vorgesehen sind.

Zu Zwettl: Das neu zu errichtende Heim wird mit zwei Pflegeabteilungen mit insgesamt 76 Pflegebetten, einer Betreuungsstation mit 25 Betten und mit sämtlichen für den Betrieb erforderlichen Räumlichkeiten (Verwaltungs- und Wirtschaftsräume, Gemeinschafts-, Aufenthaltsräume und Therapieräume) ausgeführt.

In diesem Heim soll über die Anregung der Stadtgemeinde Zwettl auch ein Ambulatorium zur Frühförderung behinderter Kinder und für die allgemeine Rehabilitation errichtet werden, das vom NÖ Hilfswerk betrieben werden soll. Die für den Betrieb eines Ambulatoriums notwendigen Räumlichkeiten sollen durch die NÖ Hypo-Leasing im Rahmen des Gesamtprojektes finanziert werden.

Die Errichtung des Heimes wird auf einem derzeit im Eigentum der Sparkasse Zwettl stehendem Grundstück (erforderliche Grundstücksfläche ca. 14.200 m<sup>2</sup>) erfolgen, das von der Hypo-Leasing zu einem Preis von S 9,940.000,- (pro Quadratmeter sind das 700,- Schilling) erworben werden wird.

In Laa a.d. Thaya hat sich im Zuge der Planung des Zu- und Umbaus ergeben, daß aus Kostengründen und auch aus betrieblichen Gründen ein Neubau wirtschaftlicher ist. Der Baubeirat hat in seiner Sitzung am 26. November 1991 und am 16. Dezember 1992 daher die Neuerrichtung empfohlen. Der Neubau wird mit einem Wohnteil mit 23 Betten, zwei Pflegeabteilungen mit insgesamt 76 Pflegebetten und mit sämtlichen für den Betrieb erforderlichen Räumlichkeiten ausgeführt.

St. Peter in der Au: Durch einen Zu- und Umbau des vorhandenen neueren Traktes entstehen zwei Pflegeabteilungen mit insgesamt 74 Pflegebetten. Der alte Trakt wird saniert und es entstehen dadurch 29 Wohnbetten. Weiters werden die für den Betrieb eines Pensionisten- und Pflegeheimes erforderlichen Räumlichkeiten, soweit sie noch nicht vorhanden sind, errichtet.

Um das gesamte Projekt im Wege eines Sonderfinanzierungsmodelles (Leasing) abwickeln zu können, ist es aus steuerlichen Gründen notwendig, daß die Leasinggesellschaft das Eigentum am Grundstück Nr. 232, KG St. Peter/Au-Markt, EZ. 30, erwirbt. Nach Ablauf des Leasingvertrages wird das erwähnte Grundstück samt dem Gebäude dem Land wiederum übereignet. Der von der

Leasinggesellschaft zu bezahlende Kaufpreis wird als Mietvorauszahlung eingebracht, sodaß die Leasingrate lediglich mit den Nebenkosten belastet ist.

Der Baubeirat hat im Dezember 1992 die Vorentwurfspläne aller drei Projekte einstimmig zur Kenntnis genommen mit der Empfehlung, Einsparungsmöglichkeiten zu prüfen. Nach Prüfung hat die fachtechnische Hochbauabteilung B/1-C die Erstellungskosten (Preisbasis Jänner 1993) mit ca. 150 Millionen Schilling pro Projekt bekanntgegeben. Mit dem Bau der Projekte Zwettl, Laa a.d. Thaya, St. Peter in der Au wird Anfang 1994 begonnen. Als Bauzeit sind ca. drei Jahre vorgesehen.

Ich stelle daher namens des Finanz-Ausschusses folgenden Antrag (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Das Bauprojekt 'NÖ Landes- Pensionisten- und Pflegeheim Zwettl, Neuerrichtung' mit Gesamtherstellungskosten in der Höhe von S 160,387.300,- netto (Preisbasis Jänner 1993) wird genehmigt. Für die budgetmäßige Bedeckung wird in den kommenden Jahren vorgesorgt werden.

Die Finanzierung des Projektes erfolgt in einer Sonderform.

Die jährliche Leasingraten betragen für

- Immobilien S 9,303.319,- netto inkl. Kautions (25 Jahre Laufzeit)
- Mobilien S 7,816.859,- netto inkl. Kautions (7 Jahre Laufzeit)

2. Das Bauprojekt 'NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Laa/Thaya, Neuerrichtung' mit Gesamtherstellungskosten von 150 Millionen Schilling netto (Preisbasis Jänner 1993) wird genehmigt. Für die budgetmäßige Bedeckung wird in den kommenden Jahren vorgesorgt werden. Die Finanzierung des Projektes erfolgt in einer Sonderform.

Die jährlichen Leasingraten betragen für

- Immobilien S 8,465.823,- netto inkl. Kautions (25 Jahre Laufzeit)



- Mobilien S 7,816.859,-  
netto inkl. Kautions  
(7 Jahre Laufzeit)

3. Das Bauprojekt 'NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim St. Peter/Au, Zu- und Umbau' mit Gesamtherstellungskosten in der Höhe von S 151,507.500,- netto (Preisbasis Jänner 1993) wird genehmigt. Für die budgetmäßige Bedeckung wird in kommenden Jahren vorgesorgt werden. Die Finanzierung des Projektes erfolgt in einer Sonderform.

Die jährlichen Leasingraten betragen für

- Immobilien S 8,587.368,-  
netto inkl. Kautions  
(25 Jahre Laufzeit)
- Mobilien S 7,816.859,-  
netto inkl. Kautions  
(7 Jahre Laufzeit)

Die Leasingraten werden entsprechend der geltenden Rechtslage gemäß § 50 Abs. 4 NÖ SHG vom Land und den Gemeinden, im Verhältnis 74 zu 26, getragen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Diese Fragen wurden bereits während der Budgetdebatte mitdiskutiert; die Damen und Herren werden sich erinnern. Wir kommen daher zur Abstimmung.

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

*(Präsident Mag. Romeder erhebt sich.)*

Hohes Haus!

Der Landtag hat heute den Voranschlag 1994 sowie weitere, äußerst wichtige Vorlagen beschlossen. Es ist sicher Aufgabe aller öffentlichen Gebietskörperschaften, in Zeiten der Rezession Maßnahmen zu setzen, um einen stärkeren wirtschaftlichen Rückgang hintanzuhalten und alle Vorkehrungen zu treffen, für die Zukunft bessere Entwicklungen zu ermöglichen.

Bei aller gegenpoligen Diskussion in manchen Sachfragen, die auch während der Diskussion sichtbar waren, stand sicher - und für alle - außer Streit, daß das Budget 1994 diesen Prämissen Rechnung trägt. Ich darf daher abschließend nur ein Wort des Dankes sagen. Ein Wort des Dankes an den zweiten und dritten Präsidenten für die gegebene Unterstützung in der Vorsitzführung. Ein Dankeschön den Berichterstattern und allen Diskussionsteilnehmern. Mein Dank gilt heute und hier dem Finanzreferenten des Landes, der gesamten Landesregierung, allen Beamten und Mitarbeitern in der Finanzabteilung, in der Druckerei, Buchbinderei und auch den Damen und Herren in der Presseabteilung. Einen besonderen Dank darf ich in dieser Stunde aber meinen Mitarbeitern in der Landtagsdirektion sagen, die durch ihren Einsatz mitgeholfen haben, daß diese drei Tage problemlos ablaufen konnten.

Ich danke auch dem ORF-Landesstudio und der Tages- und Wochenpresse für die gegebene, ich hoffe es zumindestens, Berichterstattung über die Budgetberatungen. Es ist sicher eine besondere Aufgabe der Medien, über die Entscheidungen des NÖ Landtages heute und in Zukunft verstärkt zu berichten, wirken doch die Beschlüsse, die wir hier treffen, weit ins Land hinaus und haben Konsequenzen für alle Bevölkerungskreise in diesem Land.

Ich danke, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen allen, daß diese Diskussion in den letzten drei Tagen so fachbezogen war, setzt sich doch der Landtag seit der letzten Landtagswahl in seiner politischen Komplexität anders zusammen. Und doch können wir gemeinsam feststellen, daß das Gemeinsame auch bei dieser Budgetdebatte im Vordergrund gestanden ist. Ich darf hoffen, daß es auch in Zukunft so bleibe.

Hohes Haus! Am Schluß dieser Diskussion in diesen drei Tagen, wir haben ein Budget beschlossen, wichtige Entscheidungen getroffen, noch einmal ein Danke. Und ich darf für heute feststellen, die Tagesordnung ist erledigt. Ich wünsche allen ein gutes Nachhausekommen.

Die Sitzung ist geschlossen.  
*(Beifall im Hohen Hause. - Schluß der Sitzung um 16.41 Uhr.)*